



universität
wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation / Title of the Doctoral Thesis

„Petitionen an das Regime. (Rhetorische) Strategien
in der Kommunikation mit der kommunistischen Büro-
kratie in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepub-
lik 1953-1989“

verfasst von / submitted by

Inga Paslaviciute M.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree
of

Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the
student record sheet:

A >792 312<

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /
field of study as it appears on the student record
sheet:

Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Karin Liebhart, Privatdoz.

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Für meine Tochter

Vorwort	1
Einleitung	2
1. Das sowjetische Petitionswesen als Forschungsgegenstand	7
1.1. Erklärungsversuch.....	7
1.2. Forschungsstand und Forschungsfragen.....	12
1.3. Methodologie.....	19
1. 1.4. Beispiel einer Analyse.....	24
2. 1.5. Beschwerderecht in der LSSR.....	34
2. Was damals geschah – Themen und Akteure	38
2.1. Anliegen, Bereiche, Thematik 1953-1962.....	38
2.1.1. Arbeit.....	38
2.1.2. Kolchosen und Kombinate.....	40
2.1.3. Wohnraum.....	41
2.2. Charakteristika der Autoren.....	51
2.2.1. Interdependenzen.....	51
2.2.2. Kollektive Briefe.....	52
2.2.3. Anonyme Briefe.....	55
3. Formen der Briefe und Wege der Erledigung	57
3.1. Bitten, Beschwerden oder Stellungnahmen?.....	57
3.2. Bürokratische Umsetzung -Wege über (Um)wege.....	58
3.2.1. Die Organisation der Arbeit mit Briefen der Werktätigen bei den Institutionen der Partei.....	61
3.2.2. Archivierung der Briefe der Werktätigen.....	63
3.2.3. Beispiel der Berichterstattung.....	64
3.3. Berichte 1980-1985 – Blick ins Innere der Partei.....	65
3.3.1. Entwicklung in den Jahren 1977, 1978 und 1979.....	65
3.3.2. 1980.....	69
3.3.2.1. Exkurs – Parteistadtkomitee von Alytus.....	69
3.3.2.2. Presse und Medien 1980.....	72
3.3.3. 1981.....	74

3.3.4. 1982.....	79
3.3.5. 1983.....	84
3.3.6. 1984.....	91
3.3.7. 1985.....	98
3.3.7.1. Exkurs – Versorgung mit Nahrungsmitteln.....	101
3.3.7.2. Brot und Spiele im Dorf – zur Arbeit des Rayonkomitees Švenčioniai.....	103
4. Zwischen Hilflosigkeit und Unzufriedenheit – der Weg zur Strategie.....	106
4.1. Instrumentalisierung der (Selbst)kritik.....	106
4.1.1. Kritik an Arbeits- und Wohnverhältnissen.....	108
4.1.2. Wirtschafts- und Systemkritik.....	112
4.1.3. Kritik am Dienstmissbrauch und an der Korruption.....	117
4.1.4. Kritik an Institutionen.....	120
4.1.5. „Kritik und Selbstkritik“.....	123
4.2. Rollenmetamorphose der Propaganda.....	133
4.2.1. Propagandasprache als Strategie.....	135
4.2.2. Formalisierung der Sprache: Institutionalisierung der öffentlichen Kommunikation.....	139
4.2.3. Einfluss der Propaganda auf Denunziation.....	142
4.3. Drastische Kommunikation.....	146
4.3.1. Denunziation.....	146
4.3.1.1. Denunziation als Bewältigung von Alltagsproblemen.....	149
4.3.1.2. Denunziation gegen lokale Amtsträger.....	153
4.3.1.3. Öffentliche Denunziation.....	158
4.3.2. Drohung.....	161
4.3.3. Gewalt.....	165
4.3.3.1. Physische Gewalt.....	168
4.3.3.2. Gewalt durch unterlassene Hilfe.....	172
4.3.3.3. Denunziationen mit inkludierten Gewaltberichten.....	173
4.3.3.4. Anonyme Gewaltberichte an die Gewaltsubjekte.....	175

5. Wege der Strategie	177
5.1. Argumentationsstruktur.....	178
5.1.1. Sachliche Argumente.....	178
5.1.2. Emotionale Argumente.....	181
5.1.2.1. Anklagend und opfermäßig.....	182
5.1.2.2. Bittend und persönlich.....	184
5.1.2.3. Rechtfertigung und Reue.....	186
5.1.2.4. Literarisch.....	189
5.1.2.5. Vergleich.....	191
5.2. Rhetorische Mittel.....	192
5.2.1. Lexikalische Ebene.....	192
5.2.1.1. Euphemismus.....	192
5.2.1.2. Metapher.....	194
5.2.2. Syntaktischer Bereich.....	197
5.2.2.1. Ironie.....	197
5.2.2.2. Rhetorische Frage – „Lohnt es sich, über die Wahrheit zu sprechen?“	200
5.2.2.3. Zitat.....	202
5.2.3. Kompositorischer Bereich – Antithese, Exkurs, Vorgriff.....	204
6. 1988 und 1989	207
6.1 Das Jahr 1988. Der Hungerstreik für die Freilassung politischer Gefangener und das gewaltsame Ende durch die Miliz – der sogenannte „Bananenball“	208
6.2. Das Jahr 1989. Der Baltische Weg und seine Folgen.....	224
6.3. 1988 und 1989 - Immerwährende Wohnraumproblematik.....	229
7. Conclusio	233
Kurzfassung.....	239
Abstract.....	241
Anhang	242
Quellenverzeichnis.....	242
Bibliographie.....	246

Vorwort

Die Geschichte von Litauen war stets begleitet von existenziellen Fragen. Wie sehr diese Litauen prägten und prägen zeigt sich insbesondere im Bemühen um Unabhängigkeit und Religionsfreiheit. Für das Leben selbst waren vor allem die Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten und Bildung von Bedeutung.

Eine angemessene Erfüllung dieser Daseinsgrundfunktionen forderte das litauische Volk in der sozialistischen Sowjetrepublik Litauen in Form von Briefen (auch Beschwerden, Stellungnahmen, Petitionen genannt) ein.

Persönlich, kollektiv oder privat verfasst, landeten von 1953 bis 1989 Tausende Briefe bei Institutionen von Staat und Partei, vor allem aber bei der wichtigsten Instanz der kommunistischen Partei – dem Zentralkomitee.

Ziel der Arbeit ist es, das Ausmaß der Kommunikation („Briefe der Werktätigen“, so nannte die Partei die Schriftstücke) mit dem Staat samt ihren Facetten sichtbar zu machen.

Impulsgeber für die Arbeit war Prof. Dr. Thomas Bohn (Deutschland), später waren es meine Betreuer, Privatdozentin Mag. Dr. Karin Liebhart und Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, die mir mit theoretischen und methodischen Ratschlägen zur Seite standen. Dafür und für ihre Motivation möchte ich mich ganz besonders herzlich bedanken; hatte doch 2014 ein bösartiger Hirntumor nicht nur die Fortsetzung meiner Arbeit, sondern auch meine Existenz und die meiner Tochter in Frage gestellt. Nun 10 Jahre nach dem Beginn der Arbeit an dieser Dissertation und nach fünf Jahren meines „neuen“ Lebens ist ein Ende absehbar. Meiner lieben Mama danke ich für die psychische und physische Unterstützung. Für aufmunternde Worte und wertvolle Gespräche im Zusammenhang mit dem Abschluss dieser Arbeit bin ich auch Mag.^a Dr. Petra Mayrhofer und Herrn Dipl.-Ing. Dr. Kurt Ricica zu Dank verpflichtet.

Wien, im Oktober 2019

Einleitung

Die Entstehung, die Dauer sowie der Zusammenbruch der totalitären Regime wurden seit der Öffnung der Archive von der Geschichtswissenschaft umfassend analysiert. Dreißig „Jahre nach dem Zusammenbruch des Regimes in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik ist es an der Zeit, den Geschichtsblick „nach unten“ zu richten, auf Abertausende von Briefen, die die „Stimme des Volkes“ für die Zeit dokumentieren, in der Glasnost und Transparenz nicht möglich waren.“¹

Das Prinzip, dass Öffentlichkeit und Diktatur Gegensätze darstellen, nahm in den früheren Entwürfen einer zivilen Gesellschaft der postsowjetischen Länder eine bedeutende Rolle ein. Die Bürgergesellschaft galt nach Jürgen Habermas als Voraussetzung für die funktionierende Öffentlichkeit.² In der folgenden Dissertation wird versucht, die Grenzen dieses normativen Kontextes zu lösen und für breitere Semantik(en) zu öffnen.

In Anlehnung an Schulze-Wessels und Requates Forderung, die Öffentlichkeitsbegriffe voneinander zu trennen, verwende ich demnach zwei Begriffe, einen normativ theoretischen und einen empirischen.³ Öffentlichkeit bezeichnet zunächst eine „Sammlung der empirisch nachweisbaren Kommunikationen.“⁴ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern sich die Petitionskultur als eine kommunikative Strategie zwischen den

¹ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und ‚Politisierung des Privaten‘ als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 69.

Thomas Bohn forderte, bei der Untersuchung von nonkonformistischem Verhalten im Realsozialismus die Perspektive auf Reaktionen „von unten“ zu richten. Vgl.: Bohn Thomas: „Resistenz“ und „Eigensinn“. Kategorien für widerständiges Verhalten in der Sowjetunion nach Stalin.“ In: Osteuropa, 57, 12/2007, S. 1.

² Vgl.: Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962], Neuauflage mit einem Vorwort von 1990, Frankfurt am Main 1999, S. 12-21.

³ Vgl.: Requate, Jörg/Schulze-Wessel, Martin: Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz. In ders.: Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert. Frankfurt/New York 2002, S. 13.

⁴ Dittrich, Lisa: Antiklerikalismus in Europa. Öffentlichkeit und Säkularisierung in Frankreich, Spanien und Deutschland (1848-1914). Göttingen 2014, S. 24.

Bürgern⁵ und dem Staat etablierte und ob man diese rudimentäre schriftliche Kommunikationssphäre als „Ersatz“ öffentlicher Kommunikation definieren kann.⁶

Selbst eine strikte Dichotomisierung zwischen der offiziellen „inszenierten“ Öffentlichkeit und den Ersatzöffentlichkeiten sei nach Requate zu vermeiden.⁷ Dies gilt gleichermaßen für die Annahme, dass das Petitionswesen primär ein „sozialer Protest“ und eine Form „widerständigen Verhaltens“ in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik darstellte.⁸ Sicherlich ist aber zutreffend, dass das Petitionswesen die offiziell inszenierte Öffentlichkeit beeinflusste.

In diesem Zusammenhang konstituierte sich die Öffentlichkeit als „parteistaatliche Veranstaltung“ im sowjetischen Litauen folgendermaßen: Es wurde eine Appellationsinstanz – das Zentralkomitee – geschaffen, welche versuchte, eine partizipierende öffentliche Meinung zu generieren.⁹ Die Sichtbarmachung und Inszenierung (Aufstellung von Beschwerdekästen in Geschäften) war ein Projekt der sowjetischen Elite, das solche Tragweite erreichte, dass es nicht mehr beherrscht werden konnte (von Mitte der 1960er bis Ende der 1980er Jahre). Worin also bestanden das Interesse und die Motivation des Regimes und warum förderte das System diese Art Petitionswesen?

Die beherrschte partizipierende Teilöffentlichkeit versuchte die parteistaatliche Öffentlichkeit im Sinne einer diskursiven Figur zu disziplinieren. Die Grenzen der Herrschaft zeigten sich dadurch, dass die „Öffentlichkeit der Schreibenden“ die Themen dominierte, ganz egal wie sich der paternalistische Parteistaat um Kontrolle bemühte. Die Bürokratie

⁵ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Dissertationsschrift die Sprachform des generischen Maskulinums verwendet. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

⁶ Vgl.: Hausmann, Guido: Öffentlichkeit. In: Bohn, Thomas M./Neutatz, Dietmar (Hrsg.): Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 2. Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 261.

⁷ Vgl.: Requate, Jörg: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse. In: Geschichte und Gesellschaft, Nr. 25, 1999, S. 5-32.

⁸ Vgl.: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 90.

⁹ Vgl.: Rittersporn, Gábor/Malte Rolf/Jan C. Behrends: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: Ein erster Blick aus komparativer Sicht. In: Dies. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten. Frankfurt am Main u.a. 2003, S. 7-22.

beschäftigte sich mit sich selbst (Korrespondenzen und Disziplinierungsschriften an Beamte), denn die Praxis war die Beherrschung der „eigenen“ Bürokratie. Dies erklärt auch das Phänomen der Geheimhaltung – die Empfänger der Disziplinierungsschriften hatten kein Interesse, dass deren Inhalt publik wurde; das Gegenteil waren öffentliche Denunziationen von den Petitionsschreibern beziehungsweise Leserbriefautoren, die die sowjetische Presse propagierte.

Wichtig ist es festzuhalten, dass die Autoren insofern das existierende System beeinflussten, als sie aus der „schreibenden Öffentlichkeit“ erfuhren, dass ihre Anliegen bei derselben Institution landeten, von der das Anliegen handelte, obwohl sie an das höchste Organ der kommunistischen Partei adressiert waren. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die schreibende Öffentlichkeit hier also eine regulative beziehungsweise disziplinierende Funktion hatte.

Das Ineinandergreifen von Öffentlichem und Privatem nahm in den Petitionen eine bedeutende Rolle ein. Die Briefe trugen die private Sphäre an die große Öffentlichkeit. Die Zentralorgane der Partei erschienen den Verfassern als kompetente Adressaten – hier wurde die Grenze von privat und öffentlich verwischt. Es war beinahe paradox, dass der Bürger sich dieses Instruments bediente, im Glauben, die Obrigkeit würde seine Stimme erhören. Genauso sah der Staat das Petitionswesen als Instrument des Regierens an, denn nirgendwo sonst war das Regime dem Bürger so „nah“ als durch die Briefe. Dem totalitären System wurde laufend ein Feedback gegeben, denn es war viel einfacher, einen Stift in die Hand zu nehmen als eine Instanz aufzusuchen beziehungsweise die Rechte vor Gericht vorzutragen.¹⁰ Ganz unterschiedlich in ihrem Verhalten suchten die Bürger unter anderem auch Zuwendung und Fürsorge, denn es wurde den Bürgern metaphorisch suggeriert, der Staat und die Partei seien die Eltern.¹¹ Die Botschaften der Autoren waren von der Mangelwirtschaft (Arbeiten und Wohnen) diktiert. Die Themen entstanden in Interaktion mit dem Regime: Man schrieb und man reagierte.

¹⁰ Vgl.: Markovits, Inga: Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR. In: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 315-347.

¹¹ Dazu siehe Kapitel „4.2.1. Propagandasprache als Strategie“.

Die Partei lehrte, dass die Kritik und die Selbstkritik die mächtigsten treibenden Kräfte der Gesellschaft waren. Da das Prinzip der „Selbstkritik“ und der „Kritik“ eine diskursive Verkehrsform unter den Parteimitgliedern herstellte,¹² wird der Frage nachgegangen, ob (a) sich in den Petitionen eine ähnliche Praxis der „Kritik“ entwickelt hatte und versteckte Kritik in den nicht anonymen Petitionen nach stalinistischem Prinzip erst als „Selbstkritik“ dann als „Kritik“ erfolgte und (b), ob 1988 sowie 1989 die Kritik in ein Raisonement gegenüber der staatlichen Autorität übergang. Während die anonymen Petitionen den Rahmen der „erlaubten“ Kritik sprengten, soll die Untersuchung der nicht anonymen Petitionen die Frage beantworten, wie systemgefährdende Kritik sprachlich realisiert wurde und wie in eine politisch loyale auch eine kritische Äußerung impliziert wurde.

Auf Grund des Oben skizzierten, stehen im Zentrum dieser Studie zum einen die Rekonstruktion des Alltags unter mangelwirtschaftlichen Bedingungen, zum anderen die Interpretation der Wechselbeziehung zwischen zwei Mächten, nämlich dem Staat (der Partei) und dem Volk. Zahlreiche alltägliche Widrigkeiten lösten den stetigen Kampf aus.¹³ „Oben“ wurde reglementiert, „unten“ reagiert. Der Forschungsschwerpunkt liegt darin, diese ambivalente Interaktion, ja Kommunikation, aus Sicht der beiden „Mächte“ zu verdeutlichen.

Zu Beginn der vorliegenden Dissertation wird ein Versuch unternommen, das Petitionswesen für die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik zu verorten; dargelegt werden dabei der Forschungsstand, die interdisziplinären Zugänge und die Petitionsgesetzgebung. Es wird auf die Themen und die Personen (inklusive kollektiver und anonymer Briefe) eingegangen. Danach wird die historische Entwicklung anhand der Berichte im Kontext der Kommunikation mit dem Regime beleuchtet. Es wird versucht, das Formelle in diesem „Prozess“ der Kommunikation zu erfassen, sowie dessen Entwicklung aus der Sicht des Höchsten Organs – dem Zentralkomitee – zu beschreiben. Den Jahren 1980 bis 1985 ist der Teil „Blick ins Innere der Partei“ gewidmet. Die Bürger konnten sich auch mündlich an das Zentralkomitee wenden; dafür gab es ein bestimmtes Prozedere, das kurz nachgezeichnet wird. Presse und Medien, als Organe der Partei, spielten im Petitionswe-

¹² Vgl.: Erren, Lorenz: „Kritik und Selbstkritik“ in der sowjetischen Parteiöffentlichkeit der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002), S. 157.

¹³ Vgl.: Schier, Barbara: *Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“: Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945-1990*. Münster/New York/München/Berlin 2001, S. 179-181.

sen eine große Rolle. Auf welche Weise sie mit der kommunistischen Partei interagierten und kooperierten wird ebenfalls in einigen Exkursen aufgezeigt. Das vierte Kapitel besteht aus vier Teilen: Zum einen geht es dabei um die Kritik, welche besonders am Dienstmissbrauch und an den Institutionen ausgetragen wurde.¹⁴ Im zweiten Teil wird festgehalten, auf welche Art der Sprache die „schreibende Öffentlichkeit“ kommunizierte, welche Funktion die Propagandasprache hatte, wie sie rezipiert und normalisiert wurde sowie welchen Einfluss sie auf die Denunziation hatte. Die Partei unternahm ihrerseits eine Sprache der Randnotizen (schriftliche Notizen am Rand eines Briefes). Da in vielen Briefen Denunziation inkludiert war, wird außerdem diskutiert, welche Gründe für ein derartiges Verhalten zu Grunde lagen. Des Weiteren wird öffentliche Denunziation in der Presse als quasi Professionalisierung und als eine Art Konfliktlösung beleuchtet. Zum Schluss des Kapitels wird dramatische Kommunikation, nämlich Drohung und Gewalt, nachgezeichnet. Dem fünften Teil gilt das sprachwissenschaftliche (und das literaturwissenschaftliche) Interesse. Das besondere Augenmerk liegt dabei auf der Argumentationsstruktur und den rhetorischen Figuren. Das letzte Kapitel ist dem Petitionswesen in den Jahren 1988 und 1989 gewidmet. Die Jahre 1988 und 1989 galten als Ausnahme, weil die „übliche“ Thematik der mangelwirtschaftlich bedingten Briefe fehlte. Für Litauen waren es zwei Konfliktjahre voller Gewalt und Drohgebärden. Das Jahr 1988 war im Petitionswesen vom Hungerstreik und der daraus folgenden Polizeigewalt dominiert und das Jahr 1989 vom „Baltischen Weg“ sowie von dem – von der Parteizeitung „Prawda“ initiierten – Artikel und den Reaktionen darauf geprägt. Es wurden hauptsächlich kollektive Briefe geschrieben.

¹⁴ Dienst- und Amtsmissbrauch sind Synonyme, daher wird ausschließlich „Dienstmissbrauch“ verwendet. Vgl.: „DUDEN. Das Synonymwörterbuch. Ein Wörterbuch sinnverwandter Wörter. 6., vollständig überarbeitete Auflage, Band 8. Berlin 2014, S. 262-263.

1. Das sowjetische Petitionswesen als Forschungsgegenstand

1.1. Erklärungsversuch

Petitionen bildeten eine besondere Art „der öffentlichen Meinungsäußerung bzw. privaten Kommunikation mit den Herrschaftsträgern in der Sowjetunion. Es handelte sich um Bittschriften, Beschwerden und sonstige Stellungnahmen der Bevölkerung an die verschiedenen Instanzen von Staat und Partei.“¹⁵ Ziel des Schreibens war es, private Interessen durchzusetzen beziehungsweise auf gesellschaftliche Mängel aufmerksam zu machen. Auf diese Weise vermittelten Petitionen dem Staat Problematiken in allen Bereichen öffentlichen und privaten Lebens (zum Beispiel Arbeit, Konsum, Wohnen etc.).

Das litauische Petitionswesen zeichnete sich durch die Sowjetisierung aus. Die Praxis des Petitionsschreibens erfuhr im Laufe der Zeit eine Steigerung solchen Ausmaßes, dass ein Teil der Briefe aus Platzmangel nicht mehr archiviert wurde. Immerhin ist damit in Litauen „Volkes Stimme“ in bizarrer Weise für diese Zeit dokumentiert.

„Der politisch-ideologisch verfasste Staat sowjetischen Typs betrachtete die Kommunikation mit den Bürger/innen als seine Verantwortung, um einerseits Einblick in deren Sorgen und Nöte zu haben (Kontrollfunktion) und um andererseits die Kontrolle über die sozialistische Demokratie abzusichern (Ventilfunktion).“¹⁶

Der Staat fühlte sich also verantwortlich, das Petitionswesen zu fördern, sei es durch die Einrichtung von Beschwerdebüros oder das Aufstellen von Beschwerdekästen in staatlichen beziehungsweise öffentlichen Einrichtungen. „Unter diesen Bedingungen unternahmen die Bürger/innen einzeln, kollektiv oder anonym Schreibversuche, um sich aus den Zwängen der Mangelwirtschaft zu befreien.“¹⁷ Die Briefe an das Zentralkomitee landeten des Öfteren wieder bei den örtlichen Organen; dennoch hatten sie als „Signal von oben“

¹⁵ Diese Darstellung wurde für die Beschreibung des Einzelprojets auf der Homepage <https://diktaturforschung.univie.ac.at/fellows-des-ik/paslaviciute-inga/einzelprojekt/> verwendet.

¹⁶ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und 'Politisierung des Privaten' als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 69.

¹⁷ Ebd., S. 69.

mehr Einfluss auf die Disziplinierung der Institutionen. Somit stellte das Petitionswesen „ein Kommunikationsfeld zwischen Staat und Gesellschaft dar und führte zu einer Praxis der Bitt- und Beschwerdekultur seitens der Bevölkerung und der Sozialdisziplinierung auf der Seite des Staates.“¹⁸

Die Dichotomisierung des Öffentlichen und des Privaten wurde gerade im Petitionswesen in sozialistischen Systemen verwischt.¹⁹ Durch die repräsentative Darstellung des Privaten hofften die Individuen zum Erfolg zu gelangen. Durch Partizipationsansprüche des sozialistischen Staates bedingt fand auch umgekehrt Politisierung des Privaten statt. Die Privatsphäre des Individuums verschmolz mit der öffentlichen Sphäre eines Kollektivs und bildete quasi eine Einheit von Arbeitsbeziehungen und Privatleben. De facto entstand eine verkehrte Realität: Parteigemäß gestaltete das Individuum das sozialistische Ideal, während die Petitionsschreiber „selbst nicht selten einen letzten Hilferuf darstellten, mit dessen Hilfe sie sich aus den Zwängen dieses Ideals zu befreien hofften.“²⁰

Beim Petitionswesen handelt es sich um ein Forschungsdesiderat, welches das – bis jetzt noch wenig erforschte – Feld der Alltagsgeschichte und -kultur in Gesellschaften sowjetischen Typs bedienen soll. In der vorliegenden Dissertationsschrift sollen zum einen die materiellen und sozialen Lebensverhältnisse beschrieben und in die alltagskulturellen und -historischen Diskurse der Sowjetzeit eingeordnet werden. Zum anderen soll der Schwerpunkt des Forschungsvorhabens folgenden Teilbereichen gewidmet werden: der Reflexion des Konsens/Dissens hinsichtlich der Politik der Sowjetunion, der Beobachtung der Kritikäußerung, der Feststellung der sprachlichen Dependenzverhältnisse der forcierten Öffentlichkeit in den Medien und der „Ersatz-Öffentlichkeit“ in den Briefen, der Verifizierung des Einsatzes der Denunziation sowie der sprachlichen Analyse der Quellen (Formation der rhetorischen Strukturen).

¹⁸ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und 'Politisierung des Privaten' als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 69.

¹⁹ Vgl.: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen. Wiesbaden 1998, S. 11.

²⁰ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und 'Politisierung des Privaten' als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 69.

Die historische und sprachwissenschaftliche „Untersuchung der Kommunikationsstrategien im Petitionswesen der LSSR ist geradezu prädestiniert dafür, die Grenzen der Loyalität aufzuspüren und zu erkunden, in welchen Situationen und mit welchen Zielen bestimmte Kommunikationsverhalten genutzt wurden. Die Petitionen können Antworten auf die Frage liefern, inwieweit innerhalb der Kommunikation mit der kommunistischen Elite nonkonformes und systemresistentes bzw. systemkonformes Denken und Handeln vorhanden waren, konstant blieben oder sich veränderten und inwieweit ein absoluter Herrschaftsanspruch „die Stimme des Volkes“ in die (Non)konformität drängte.“²¹

Das Petitionswesen wird im Dissertationsprojekt nicht als ein Phänomen an sich betrachtet, sondern als zunehmende Kommunikation mit dem Staat, die alle sozialen Schichten umfasst und alle privaten, sozialen und gesellschaftlichen Angelegenheiten betrifft, kann eine Basis dafür liefern, es als solches für das sozialistische Litauen zu verstehen. Das Ausmaß dieser Kommunikation samt der Themen, Strategien und Partizipationsansprüchen – so der zentrale Ausgangspunkt im Dissertationsprojekt – entwickelte eine gegenseitige Wechselwirkung mit dem politischen System, in diesem Fall dem totalitären. Petitionen als Appell an die politische Führung substituierten demgemäß das zunehmende Nicht-Funktionieren der Institutionen, das hier als grundsätzlicher Systemfehler des totalitären Regimes und als Ursache für die massive Verbreitung dieser Art der Briefe an die Eliten verstanden wird.

Für die Zwischenkriegszeit in Litauen können hingegen keine großen „Auffälligkeiten“ des Ausmaßes des Petitionswesens festgestellt werden.²² Die Annahme, dass das Petitionswesen bereits von 1920 bis 1926 unter der starken politischen Rechten sowie unter der umfassenden Machtkonzentration im Amt des Präsidenten Antanas Smetona seit 1926 eine Vorstufe hinsichtlich des späteren totalitären Regimes angenommen haben könnte, kann nicht verifiziert werden und schließt eine etwaige Möglichkeit einer kontinuierlichen Entwicklung aus: Die Petitionen aus den Jahren von 1918 bis 1940 sind im Ver-

²¹ Paslavičiute, Inga: „‘Privatisierung des Staates‘ und ‚Politisierung des Privaten‘ als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964“ in: „Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa“. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 71.

²² Da die vorliegende Dissertation im Rahmen des Initiativkollegs „Europäische Historische Diktatur- und Transformationsforschung“ mit Schwerpunkt Zwischenkriegszeit entstanden ist, wurden auch Beschwerden aus dieser Periode recherchiert.

gleich zu den Hunderttausenden Briefen aus der Sowjetzeit in eher geringem Umfang überliefert.²³ Den größten Teil der Petitionen bilden Bittschriften zu Agrarfragen der im Zuge von Smetona durchgeführten Landreform. Die Petitionen in der Zwischenkriegszeit suggerieren zwar subjektive Reaktionen auf die politischen Handlungen, können aber im Ausmaß mit dem sowjetischen Phänomen nicht verglichen werden, welches gerade durch die steigende Anzahl der Briefe von wachsender Unzufriedenheit und der um einiges vielschichtigeren Problematik zeugt.

Das Phänomen der überwältigenden Praxis des Petitionsschreibens im sozialistischen Litauen wird im herrschaftsbedingten Kontext verortet. Die Legalisierung der Litauischen Kommunistischen Partei (LKP) im Jahr 1940 brachte rasche strukturelle Veränderungen mit sich. Das Zentralkomitee wurde zum Mittelpunkt aller politischer und Verwaltungsinstitutionen;²⁴ unter dieser Voraussetzung realisierte die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik (LSSR) unverzüglich die „neue“ Politik. In der Quantität und Qualität der zwischen 1945 und 1989 an das Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei (ZK der LKP) adressierten Petitionen lassen sich die Strategien sowie auch die Mängel der Sowjetisierungspolitik ablesen.

Im Archiv des ZK der LKP existieren für den Zeitraum Mitte der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre keine Beschwerden, denn diese wurden aus Platzmangel vernichtet. So ergeben sich zwei zeitliche Untersuchungsblöcke. Die erste zeitliche Zäsur im Dissertationsprojekt bildet die „Taufwetterperiode“ (1953-1964) unter Nikita Sergejewitsch Chruschtschow bis zu seiner Entmachtung durch Leonid Iljitsch Breschnew. Auf die „stalinistische Phase“ im Petitionswesen wird bewusst verzichtet. Im Sinne der Abrechnung mit Stalin hat Chruschtschow nicht den sozialistischen Staat kritisiert, sondern sich vor allem von den politischen Repressionen und deren Rezidiv distanziert. Doch genau um das Funktionieren des sozialistischen Staates ging es den meisten opportunen Schreibenden an die litauischen Parteigenossen Chruschtschows; durch Beschwerden und Verbesserungsvorschläge versuchten sie, die Parteiführung auf die Realität in der defizitären Wirtschaft aufmerksam zu machen und sie zur Lösung brisanter Probleme zu bewegen.

²³ Während des Aufenthalts im LVCA (Zentralarchiv des litauischen Staates) im Dezember 2009 wurden etwa 30 Gerichtsakten, ein Microfish (500 S.) sowie ca. 100 pro-memoria-Unterlagen der litauischen Regierung der Zwischenkriegszeit gesichtet.

²⁴Vgl.: Anušauskas, Arvydas (Hrsg.)/Banionis, Juozas, Bauža/Česlovas (et al.): Lietuva 1940-1990: Okupuotos Lietuvos istorija. Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras 2005, S. 92.

Die in Abertausenden Briefen in Archiven konservierte Stimme des Volkes benützte die symbolkräftigen Begriffe *Chruschtschowka* und *Maisparanoia* als pars pro toto für die Mangelwirtschaft in der Ära Chruschtschows.²⁵

Die zweite zeitliche Zäsur stellt die Transformationsphase von 1988 bis 1989 dar, denn sie dient als Folie für die Kontrastierung der meist mangelwirtschaftlich bedingten Petitionen in der poststalinistischen Ära und in den Petitionen, die durch Glasnost, Perestroika und Transparenz das Herausbilden der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen deuten.

²⁵ Der Begriff *Chruschtschowka* steht als Metapher für das Wohnungsbauproblem, dem unter der Federführung Chruschtschows 1954 bedeutender Platz unter den Schwerpunktfragen der Sowjetpolitik eingeräumt wurde sowie für den entstandenen Wohnungsbau geringwertiger drei- bis fünfstöckiger Häuser, die als typisch für die Ära Chruschtschows gelten; *Maisparanoia* umschreibt den flächendeckenden Maisanbau im kasachischen Steppenland 1955 und das darauffolgende Ernte-Fiasko.

1.2. Forschungsstand und Forschungsfragen

Für das Petitionswesen im Sozialismus haben sich vor der politischen Wende in erster Linie Juristen interessiert (Kuss, Bilinsky, Fincke, Markovits),²⁶ mit Beginn der Archivrevolution entdeckten auch die Historiker den Wert dieser Quelle (Baberowski, Lüdtkke, Becker, Merkel).²⁷ Ersteren ging es darum, ein Substitut für eine fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit ausfindig zu machen, letzteren darum, Strategien der Konfliktbewältigung im Alltag aufzuzeigen. Die Erforschung der kommunikativen Strategien ist hingegen in Ansätzen steckengeblieben, die mitunter über den Verweis auf Anredeformen nicht hinausgehen (Mühlberg).²⁸ In allen Fällen war der Fokus dabei auf die Geschichte der Sowjetunion unter Stalin und die Geschichte der DDR gerichtet. Die Sichtung der Archivbestände aus der LSSR befindet sich hingegen in ihrer Anfangsphase.

Ilko-Sascha Kowalczuk begriff das Petitionswesen in der DDR als „sozialen Protest“ und verstand Petitionen demgemäß als Form „widerständigen Verhaltens“.²⁹ Das Ausmaß sei

²⁶ Vgl.: Kuss, Klaus-Jürgen: Das Beschwerde- und Antragsrecht in der sowjetischen Verwaltungspraxis unter rechtsvergleichender Berücksichtigung der anderen sozialistischen Staaten. In: *Recht in Ost und West* 29 (1985), H. 3, S. 128-141; Bilinsky, Andreas: Rechtsmittel im sowjetischen Verwaltungsverfahren. Das Beschwerderecht der Bürger als Ersatz der Verwaltungsgerichtsbarkeit? In: *Jahrbücher für Ostrecht* 13 (1972), S. 77-106; Fincke, Martin: Die Kontrolle der sowjetischen Verwaltung. Ursprünge, Entwicklung, Gegenwart. In: *Jahrbuch für Ostrecht* 6 (1965), S. 165-200 und Fincke, Martin: Die Kontrolle der sowjetischen Verwaltung. Die Zeit der NEP 1922-1927. In: *Jahrbuch für Ostrecht* 7 (1966), S. 129-169; Markovits, Inga: Rechtsstaat oder Beschwerdestaat. Verwaltungsrechtsschutz in der DDR. In: *Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme* 31 (1987), S. 265-281.

²⁷ Vgl.: Baberowski, Jörg: „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein“: Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928-1941. In: Friso Ross/Achim Landwehr (Hrsg.): *Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens*. Tübingen 2000, S. 165-197; Lüdtkke, Alf/Peter Becker (Hrsg.): *Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*. Berlin 1997 sowie Lüdtkke, Alf: *Geschichte und Eigensinn*. In: *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.): *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*. Münster 1994, S. 139-153; Merkel, Ina (Hrsg.): „Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation.“ *Briefe an das DDR-Fernsehen*. Köln u. a. 1998. Stark erweiterte Neuauflage. Berlin 2000. Vgl. auch: *Gutenachtlektüre für DDR-Nostalgiker. Briefe aus der Zeitgeist-Sammlung 1980-1990. Texte zu Ina Merkel: „... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen.“ Briefe an das Fernsehen der DDR*. In: Alf Lüdtkke/Peter Becker (Hrsg.): *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*. Berlin 1997, S. 299-310.

²⁸ Vgl.: Mühlberg, Felix: *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR*. Berlin 2004; Mühlberg, Felix: Wenn die Faust auf den Tisch schlägt. Eingaben als Strategie zur Bewältigung des Alltags. In: Ina Merkel (Hrsg.): *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*. Köln/Weimar/Wien 1996, S. 175-184.

²⁹ Vgl.: Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hrsg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*. Berlin 1995, S. 90.

nur der Herrschaftsschicht bekannt gewesen.³⁰ Im litauischen Fall ließ sich der parteiinterne paranoide Umgang mit der wachsenden Zahl der Beschwerden deutlich an den geheimen Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichten ablesen, die an die Parteiführung in Moskau weitergeleitet wurden.³¹ Thomas Lindenberger prägte das Begriffspaar „Herrschaft und Eigen-Sinn“: Die „Herrschaft“ verteile ihre Machtressourcen dauerhaft ungleich und ungleich; für den „Eigen-Sinn“ ständen die Orientierung und die „Sinnhorizonte“ des Individuums im Vordergrund.³² War das Petitionswesen also eine institutionalisierte asymmetrische (soziale) Praxis mit „Eigen-Sinn“-igem Verhalten“?

In methodischer Hinsicht vorbildlich sind die Untersuchungen, die Alex Inkeles und Kent Geiger bereits in den fünfziger Jahren zu Leserbriefen in der sowjetischen Presse vorgelegt haben.³³ Aus soziologischer Sicht weisen sie auf die Interdependenz zwischen Wohnort, Geschlechts- und Altersstruktur, Bildungsgrad und Beruf einerseits und dem Motiv einer Petition andererseits hin. Zudem untersuchten sie die Kommunikations-Modalitäten quantitativ und gaben einen Einblick in die Ziele der Petition: Konsumwelt, Kommunalpolitik, Wirtschaft usw. Es handelt sich hier um komplexe Arbeiten, die zur weiteren Bearbeitung struktureller Interdependenzstrukturen in den Petitionen als Grundlage dienen können.

Aufschlussreich ist ferner die Arbeit von Ina Merkel. Sie untersuchte Briefe an das DDR-Fernsehen, die zum größten Teil Charakteristika einer Petition vorwiesen und ging in einzelnen Segmenten (Wohnen, Arbeiten, Konsum etc.) auf die vielfältige Problematik der mangelwirtschaftlich bedingten Briefe ein.³⁴ Sie betonte, dass die Briefe an das Fernsehen vor allem eine Funktion der Sichtbarmachung von Problemen in der Öffentlichkeit und nicht des individuellen Nutzens hatten. Im Gegensatz dazu erzielten die – an ein

³⁰Vgl.: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 104.

³¹ Fond [fondas] 1771, Bestand [apyrašas] 254, Akte [byla] 305, S. [puslapis] 77-85.

³² Vgl.: Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13-44.

³³ Vgl.: Inkeles, Alex/Geiger, Kent: Critical Letters to the Editors of the Soviet Press. Areas and Modes of Complaint, in: American Sociological Review 17 (1952), S. 694-703; sowie ders.: (1953): Critical Letters to the Editors of the Soviet Press. Social Characteristics and Interrelations of Critics and Criticized, in: American Sociological Review 18 (1953), S. 12-23.

³⁴ Vgl.: Merkel, Ina (Hrsg.): Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation. Briefe an das DDR-Fernsehen. Köln 1998, S. 7-32.

Staatsorgan adressierten – Petitionen vor allem Erfolg für die Petitionsschreiber, daher kann man nicht von einer Öffentlichkeitswirksamkeit der Petitionen, zumindest jener, die in der Periode zwischen 1953 und ca. 1961 an das ZK der LKP adressiert wurden, sprechen.

Dorothee De Nève untersuchte Leserbriefe an die Mitteldeutsche Zeitung im Kontext der Bundestagswahl 2009 und legte nahe, dass die Leserbriefe ein unkonventionelles Instrument der Politikberatung seien und einen Beitrag zum pluralistischen politischen Diskurs leisten.³⁵

Thomas Horstmann machte den Erfolg einer Petition vom sozialen Status der Beschwerdeführer abhängig: Beschwerden von Arbeitern galten als erfolgreicher als die von Beschwerdeführern bürgerlicher Herkunft.³⁶ Dieser These ist nur bedingt Plausibilität anzuerkennen, denn die Beschwerdeführer verfügten über vielfältige Einflussmechanismen. Um die Erfolgchancen zu erhöhen, setzten die Verfasser der Briefe diverse Strategien ein, zum Beispiel bei der Entscheidung, welche persönliche Daten primär preisgegeben wurden, welches Verhältnis zum Regime bezeugt wurde, welche rhetorischen Mittel die Verfasser gegenüber den Adressaten einsetzten, um ein positives beziehungsweise mitleidendes Gegenüber zu kreieren.

Im Gegensatz zur gewöhnlichen vertikalen Perspektive in den Bittschriften (Bürger – Staat), untersuchte Katarzyna Korzeniewska ein horizontales Projektionsverfahren in der Denunziationspraxis (Staatsorgan – Staatsorgan).³⁷ In ihrer Studie über die Priester-Anklagen beschrieb sie eine breite Denunziationspraxis des ideologisch indoktrinierten sowjetischen Beamtentums zur Demaskierung der „Feinde“. Eine ähnliche Praxis war in der DDR üblich, so Sheila Fitzpatrick und Robert Gellately, eine nicht nur seitens der

³⁵ Vgl.: De Nève, Dorothee: „Diese ewigen Diskussionen sind gelinde gesagt unerträglich!“ – Erwartungen der BürgerInnen im Kontext der Bundestagswahl (2009) in Deutschland. *Polis*, Nr. 70, 2013, S. 1-33 sowie De Nève, Dorothee/Wawro, Fabian: Ratschläge aus erster Hand – Bürger beraten Politiker. Leserbriefe als Instrument der Politikberatung. *Zeitschrift für Politikberatung* 3-4/2010, S.331-346.

³⁶ Vgl.: Horstmann, Thomas: *Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958.* Köln/Weimar/Wien 2002, S. 291f.

³⁷ Vgl.: Korzeniewska, Katarzyna: *Vykdomasis kabinetas praneša... Sovietų valdininkai skundžia katalikų kunigus (1962-1965). Kas? Kam? Ką? Naujasis Židinys-Aidai* 2006, S. 157.

Staatskontrolle und -sicherheit, sondern regelrecht von den „gewöhnlichen Bürgern“ initiierte Angelegenheit.³⁸ Denunziation etablierte sich im Petitionswesen als gängige Praxis.

Dalia Marcinkevičienė leitete die Kausalität der Petitionen in der LSSR von fehlenden Netzwerkstrukturen beziehungsweise Beziehungen (litauisch *blatas*) ab.³⁹ Wer keine Beziehungen hatte, neigte eher dazu, sich mit einer Bitte an den Staat zu wenden, als diejenigen, die ihre Bedürfnisse durch Beziehungen befriedigen konnten. Die „schreibenden Opfer“ – diejenigen ohne *blatas* – hätten hierdurch eine autochthone Umgebung geschaffen, in der der Staat als Mentor und die Bürger als Klienten agierten.⁴⁰

Eine ähnliche Tendenz stellte auch Marc Garcelon fest: Er sprach von einer durch das systemadaptive Verhalten entstandenen Form der Selbstdarstellung der Bürger, die durch Protektionsbeziehungen, Schattenwirtschaft, Gütertausch und *blat* (russisch für Beziehungen) zu charakterisieren sei.⁴¹ Vilius Ivanauskas untersuchte in seiner Studie die sowjetischen Nomenklatura und ihre Privilegien: bessere medizinische Versorgung, Wohnungen, Möbel, Dienstwagen, Rehabilitationszentren und Urlaubsgutscheine. Er machte aus, dass die Phase der späten sowjetischen Gesellschaft von der „Defizitkultur“ und der ständigen Suche nach Lösungen in der Mangelwirtschaft geprägt war und nur der Nomenklatura die Privilegien vorbehalten waren. Die „informellen Routinen“ – Nachbarschaft, Feste, Fischerei und Jagd (vorbehalten für die Nomenklatura) – war die „informelle Regel“ im ideologischen Diskurs im sowjetischen Alltag.⁴²

³⁸ Vgl.: Fitzpatrick, Sheila/Robert Gellately (Ed.): *Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History*. Chicago/London 1997 [Original: *The Journal of Modern History* 68 (1996) H. 4.], S. 1.

³⁹ Vgl.: <http://www.genocid.lt/centras/lt/590/a/> (04.08.2009).

⁴⁰ Vgl. weiter zu „*blatas*“ beziehungsweise Korruption: Palidaukaitė, Jolanta „Korupcijos sklaidos formos Lietuvoje: tarp sovietinio palikimo ir rinkos padiktuoto pragmatizmo“. *Viešoji politika ir administravimas* Nr. 18. Kaunas 2006, S. 57-72.

⁴¹ Vgl.: Garcelon, Marc: *The Shadow of the Leviathan: Public and Private in Communist and Post-Communist Society*. In: Jeff Weintraub/Krishan Kumar (Ed.): *Public and Private in Thought and Practice. Perspectives on a Grand Dichotomy*. Chicago/London 1997, S. 325.

⁴² Vgl.: Ivanauskas, Vilius: *Work Ethics of Soviet Bureaucrats, Informal Routines and Shortages of the Planning System: the Case of Soviet Lithuania*. *Filosofija, Sociologija* Nr. 4. Vilnius 2006, S. 1-12.

Mirjam Sprau beschrieb in ihrer Studie die Lebensbedingungen von ehemaligen Häftlingen des GULAG, die Petitionen an den Obersten Sowjet und den Ministerrat der Sowjetunion richteten.⁴³

Ein großer Teil der Briefe der Werktätigen in der Litauischen Sowjetrepublik handelte vom Wohnungsmangel. Thomas Bohn wies nach, dass anhand zahlreicher Eingaben der Minsker Stadteinwohner das Problem von Stadtwachstum und Verstädterung, das im Kontext der Industrialisierung und Urbanisierung der Sowjetunion entstanden war, publik gemacht wurde. Der Zentralstaat spielte eine vorherrschende Rolle und führte weitreichende Planungsmaßnahmen im Sinne der Modernisierung durch.⁴⁴

Julian Mühlbauer untersuchte anhand der Briefe der Werktätigen neben der Entwicklung, Funktions- und Wirkweisen des sowjetischen Eingabewesens die Praxis des Kommunizierens und Partizipierens in der belorussischen sowjetischen Gesellschaft. Er versuchte, einen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit auszumachen und teilweise ein neues Licht auf Macht- und Partizipationsstrukturen zu werfen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei dem Wohnungsmangel.⁴⁵

Die Ethnologin Michaela Fenske betrachtete die Briefe als Kommunikationsmedium zwischen Regierenden und Regierten und verdeutlichte, dass die Bürgerbriefe und Petitionen als ein gemeinsames Medium politischer Kommunikation galten. Sie zeigte, dass die Praxis des Schreibens ein beeinflussendes Instrument für Staat, Politik und Demokratie darstellte.⁴⁶

⁴³ Vgl.: Sprau, Mirjam: Leben nach dem GULAG. Petitionen ehemaliger sowjetischer Häftlinge als Quelle. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2012 (1), S.93-110.

⁴⁴ Vgl.: Bohn, Thomas M.: Minsk - Musterstadt des Sozialismus. Stadtplanung und Urbanisierung in der Sowjetunion nach 1945. Köln/Weimar/Wien 2008.

⁴⁵ Vgl.: Mühlbauer, Julian: Kommunizieren und Partizipieren im „entwickelten Sozialismus“: die Wohnungsfrage im Eingabewesen der Belorussischen Sowjetrepublik. Wiesbaden 2015.

⁴⁶ Vgl.: Fenske, Michaela: „Demokratie einschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950-1974“. Frankfurt am Main 2013.

Tomas Vaiseta versuchte in seiner Monografie „Gesellschaft der Langeweile. Alltag und Ideologie in der späteren Sowjetunion 1964-1984“ den Begriff „Langeweile“ anhand der soziologischen, anthropologischen und kommunikativen Theorien auszumachen und meinte „wenn ein Mensch fühlt, dass seine Handlungen [...] keinen Ziel oder Sinn mehr haben, fällt er in einen emotionalen Zustand hinein – Langeweile.“⁴⁷ Da beinahe jede Sphäre des Alltags von der Ideologie beherrscht war und alles ihrer Kontrolle unterlag, so Vaiseta, könne man nicht nur von Langeweile durchherrschten Individuen, sondern auch von einer Langeweile durchherrschten Gesellschaft sprechen. Vaiseta nannte es „Praktiken der Langeweile“, dazu gehöre auch das Schreiben der Beschwerden, vor allem der Denunziationen. Laut Vaiseta hatten die Denunziationen nicht persönliche, sondern ideologisch-politische Gründe. Weiter führte er aus, dass einen bedeutenden Teil der Denunzianten diejenigen ausmachten, denen es an „informellen Verbindungen“ mangelte.

In der vorliegenden Studie kann man feststellen, dass die Petitionen als eine Form „widerständigen Verhaltens“ beziehungsweise „sozialen Protestes“ im diskursiven Rahmen der „Herrschaft und des Eigen-Sinns“ in der vom Parteistaat „inszenierten Öffentlichkeit“ zu verorten sind.

Unter anderem von Langeweile bestimmt wurde ideologisch-politische Denunziation betrieben und die Briefe der Werktätigen waren ein Generator für partizipierende Meinung im entwickelten Sozialismus.

Im Hinblick darauf ergeben sich folgende Forschungsfragen:

1. Welche Funktion nahmen die Briefe der Werktätigen in der Kommunikation mit der sozialistischen Bürokratie ein und welche Wirkung hatten sie?
2. Warum förderten die Institutionen von Staat und Partei so eine Art Petitionswesen?

⁴⁷ Vgl.: Vaiseta, Tomas: Nuobodulio visuomenė: kasdienybė ir ideologija vėlyvuoju sovietmečiu (1964–1984). Vilnius 2014, S. 82.

Die vorliegende und alle weiteren Übersetzungen wurden von der Autorin der Dissertation getätigt.

3. Was waren die meist besprochenen Themen in den Briefen der Werktätigen und wie wurde Kritik ausgeübt?
4. Welche Rolle nahmen Denunziation und Gewalt im Petitionswesen ein?
5. Welche sprachgestalterische und -strategische Mittel wurden im Petitionswesen eingesetzt und welche Funktion hatten sie?

1.3. Methodologie

In der modernen Geschichtswissenschaft gilt es zunächst festzuhalten, dass die historische Erzählung, und Petitionsbriefe sind als solche anzusehen, immer subjektiv ist und immer eine Wertung impliziert. Die Erzählung spiegelt das tatsächlich Geschehene, die Handlungen, die Prozesse, die Akteure sowie die subjektive Wahrnehmung der vergangenen Wirklichkeit wider.⁴⁸

Als Quellenmaterial gibt die Petition einen Einblick darüber, wie elementare Veränderungen in wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen vom Individuum verstanden und interpretiert werden. Winfried Schulze definiert Quellen, in denen „[...] Aussagen oder Aussagenpartikel vorliegen, die – wenn auch in rudimentärer und verdeckter Form – über die freiwillige oder erzwungene Selbstwahrnehmung eines Menschen in seiner Familie, seiner Gemeinde, seinem Land oder seiner sozialen Schicht Auskunft geben oder sein Verhältnis zu diesen Systemen und deren Veränderungen reflektieren [...]“ als „Ego-Dokumente“.⁴⁹ Nach der repräsentativen Auswertung der Ich-Bezogenheit und der Individualität der Quellen wird davon ausgegangen, dass Petitionen zum Quellencorpus der „Ego-Dokumente“ gehören.

Das interdisziplinäre Dissertationsprojekt beruht auf der empirischen Beschreibung des Geschehenen; es ließ zu, dass stark realitätsbezogene Aussagen getroffen werden konnten. Die Quellen selbst waren sozusagen Teil des Phänomens, das vor allem in Gesellschaften sowjetischen Typs vorkam. Die Briefe wurden deswegen als Echo der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Ereignisse verstanden. Demnach erfolgte die Auswertung der Quellen durch die Narrativanalyse. Hier wurden Kommunikationsinhalte verfolgt und in die alltagsgeschichtliche und -kulturelle Entwicklung eingeordnet. Dabei ging es darum, welche alltäglichen, gesellschaftlichen und politischen Anliegen kommuniziert und reflektiert wurden.

⁴⁸ Vgl.: Frings, Andreas: Sowjetische Schriftpolitik zwischen 1917 und 1941. Eine handlungstheoretische Analyse. Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. Bd. 73. Stuttgart 2007, S. 27-30.

⁴⁹ Schulze, Winfried: Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“. Schlussbemerkungen zur Konferenz über „Ego-Dokumente“. In: Ders. (Hrsg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte. Berlin 1996, S. 28.

Als zweites wurde die linguistisch-hermeneutische Untersuchung durchgeführt, das heißt es wurde ein sprachwissenschaftliches Verfahren des Verstehens unternommen.⁵⁰ Laut Jochen Bär verhalten sich ein konkretes syntaktisches Gefüge sowie dessen grammatische Interpretation offen zu seiner Bedeutung beziehungsweise zu seiner semantischen Interpretation.⁵¹ Im Rahmen der linguistisch-hermeneutischen Textanalyse beziehungsweise Interpretation wurde folgendes Instrumentarium angewendet: Festlegung des kommunikativen Status der Verfasser und der Adressaten,⁵² Analyse der Argumentationsstruktur, der lexikalischen Ebene, des syntaktischen Bereichs sowie Analyse des kompositorischen Bereichs. Bei der Interpretation der Texte (der Briefe) erschienen manche Einzelaussagen problematisch, weil teilweise solche Konstruktionen gegeben waren, die mehrere Lesarten möglich machten.⁵³

Die Quellen befinden sich im Litauischen Spezialarchiv (Lietuvos Ypatingasis Archyvas) in Vilnius im Fond 1771 (Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei). Sie stammen aus dem Zeitraum von 1953 bis 1962. Seit dem Jahr 1963 bis ca. 1988 wurden die Briefe aus Mangel am Platz vernichtet. Ab dem Jahr 1977 bis 1985 existieren Berichte des Zentralkomitees, die auf Litauisch und Russisch verfasst worden sind. Die vorhandenen Quellen aus dem KGB-Archiv (Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti, Komitee für Staatssicherheit) in Vilnius werden hier nicht behandelt, da es sich hierbei zum größten Teil um die staatssicherheitsrelevante Problematik handelt. Das Interesse dieser Arbeit liegt vor allem in der Alltagsgeschichte.

Die Briefe der Werktätigen umfassten schätzungsweise mehrere Hunderttausende Schriftstücke. Die Quellensammlung beinhaltet hingegen nur einen verhältnismäßig geringen Teil, etwa 6000 Seiten. Die Quellen wurden in einem randomisierten Verfahren ausgewählt. Es waren sowohl maschineschriebene als auch handgeschriebene, litauische als auch russische Quellen dabei. Ein Aspekt war am wichtigsten – die Lesbarkeit. Nach der

⁵⁰ Vgl.: Felder, Ekkehard: Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In: Ekkehard Felder/Markus Müller/Friedemann Vogel (Hrsg.): Korpuspragmatik. Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen. De Gruyter Berlin/München/Boston 2012, S. 119.

⁵¹ Vgl.: Bär, Jochen A.: Hermeneutische Linguistik. Theorie und Praxis grammatisch-semantischer Interpretation. Grundzüge einer Systematik des Verstehens. De Gruyter Berlin/München/Boston 2015, S. 196.

⁵² Mühlberg bezeichnet den Kommunikativen Status als „Rollenzuweisung“ in der Anredeform. Vgl.: Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. Berlin 2004, S. 201.

⁵³ Vgl. Kapitel 1.4. Beispiel einer Analyse.

Sichtung der Quellen wurde ein digitaler Quellencorpus in Form einer Exceltabelle erstellt. 150 ausgewählte Petitionen wurden in den Corpus aufgenommen. Sie wurden computergestützt erfasst und, soweit in konkreten Zitationsfällen notwendig, übersetzt sowie – angesichts des Datenschutzgesetzes – anonymisiert.⁵⁴

Das Quellenmaterial wurde nach folgenden Gesichtspunkten erfasst:

1. Allgemeine Daten:

Das Datum, an dem die Petition verfasst wurde. Bürokratische Erledigung hieß im folgenden Fall, an wen die Petition zuerst geschickt, wohin sie weitergeleitet beziehungsweise von wem sie bearbeitet wurde sowie letzten Endes von wem die Antwort kam (vom ZK, vom Ministerium etc.). Die Petitionsart wurde divers betitelt (Bitte, Beschwerde, Stellungnahme, Bericht, Brief, Denunziation, Beschwerde-Stellungnahme, Anfrage) oder wurde mit keinem Titel versehen. Als Adressat konnten diverse Institutionen in der LSSR beziehungsweise der UdSSR fungieren (ZK der LKP, ZK der KPdSU, erste Parteiorgane, Ministerien, zuständige Ämter, Medien LSSR, Medien Moskau). Als Ort wurde angegeben, woher das Schriftstück stammte (Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai, Panevėžys, jeweils im Umkreis von den Städten oder nicht LSSR).

Die Verfasser wurden nach ihrem Geschlecht unterschieden, wobei auch mehrere Personen ein Schriftstück verfassen konnten (zum Beispiel Mutter und Tochter). Die Schreibenden wurden auch einer Nationalität zugeteilt (Litauer, Russen, Polen). Die Bereiche Alter, Familienstand, Kinder, Bildung, Beruf, Ideologie – soweit aus der Quelle ersichtlich – wurden ebenfalls kategorisiert.

Zu der äußeren Quellenkritik gehörten die äußeren Merkmale wie handgeschrieben oder maschineschrieben, erfolgreich, nicht erfolgreich oder nicht nachvollziehbar. Die Antwort an Adressaten konnte mündlich oder schriftlich erfolgen, auch Antwort innerhalb des Zentralkomitees wurde miteinbezogen. Hier wurde auch vermerkt, ob die Petition anonym, kollektiv, persönlich oder fremd verfasst war. Hierzu gehörten auch die Vermer-

⁵⁴ Namen und persönliche Daten, die auf die Identität der Person hinweisen.

ke der Partei – im Schriftstück wurden für die Partei besonders interessante Zeilen oder Absätze unterstrichen.

2. Narrativ und linguistisch-hermeneutisch relevante Daten:

Das Anliegen war entweder privat oder öffentlich oder beides. Manchmal gab es kein Anliegen, sondern eine pure Denunziation.

Da die Anliegen verschiedenen Bereichen angehörten, wurde genau solche Einteilungen wie im ZK vorgenommen: Bildung und Kultur, Arbeit der Parteiorgane, Wohnungswesen, Handel und Dienstleistungen, Kader, Kolchos und Sowchos, ideologische Arbeit, Medizin, Soziales, Arbeit, Nahrungsversorgung, Verwaltung, Konsum und Reisen. Alle anderen Zuteilungen und Unterteilungen wurden in dieser Dissertationsschrift explizit eingeführt. Wohnen zum Beispiel wurde in die Bereiche größere Wohnung, Renovierung, Zuteilung, Kündigung, Umzug wegen dem Zustand, Wegnahme der Wohnung teils oder ganz sowie Meldung unterteilt. Der Bereich Arbeit wurde beispielsweise folgendermaßen strukturiert: Kündigung, Wiedereinstellung, Bezahlung, Bitte um Arbeit.

Unter dem Gesichtspunkt Strategie wurden hauptsächliche Schreibstrategien beschrieben: Beklagend und opfermäßig, bittend und persönlich oder gar literarisch. Gab es Rechtfertigung, Reue oder wurde der Brief sehr sachlich beziehungsweise emotional formuliert? Der kommunikative Status konnte entweder gleichwertig oder infantil sein. Die Argumentationsstruktur umfasste Beispiel, Rechtfertigung oder Vergleich. Auf der lexikalischen Ebene wurden Metaphern, Euphemismen oder Hyperbeln beschrieben. Zum syntaktischen Bereich gehörten Ironie, rhetorische Frage und Zitat.

Für Kritik gab es folgende Zuteilungen: positive Kritik, Selbstkritik, Kritik an Institutionen, Wirtschafts-, System- und Regimekritik. Falls es Propagandaausdrücke gab, wurden sie hier erörtert.

Für Denunziation gab es immer einen Denunziationszweck. Dies konnte Bewältigung von Alltagsproblemen sein, gegen lokale Amtsträger gerichtet werden oder aus dem Zentral-Peripherie-Konflikt entstanden sein. Die Anzahl der denunzierten Personen wurde ebenfalls angegeben sowie Geschlecht der denunzierten Person. Auch Angaben, ob es ein Kollege, Nachbar, Vorgesetzter denunzierte oder denunziert wurde, wurden gemacht.

Der Grund für Drohung und die Angabe „wer droht wem“ wurden erläutert. Gewalt konnte entweder physisch oder psychisch sein. Der Auslöser für Gewalt sowie Opfer und Täter wurden ebenso beschrieben.

1.4. Beispiel einer Analyse⁵⁵

Übersetzung aus dem Litauischen

„Geehrte Partei, ich wende mich in Anbetracht unseres Arbeiterlebens an Sie, so wie wir jetzt leben. Im Himmel oder im Paradies, wie man sagt.

Ich lebe mit einer sechsköpfigen Familie zusammen. Ich bekomme 500 Rubel, meine Frau aber 350 Rubel und wie soll man davon leben, die Kinder arbeiten nicht und auch die Wohnung ist halb im Keller. Der Betrieb verteilt Prämien und wer bekommt diese, ja alle Vorgesetzten, die Tausende bekommen, kriegen noch 1000 Prämie dazu und derjenige, der 300 Rubel verdient, der bekommt nichts und ist mit der Arbeit dermaßen überwältigt, dass es schwer zu beschreiben ist. Und was halten die Herrschaften davon, gibt es denn keine Ausbeutung? Wie ihr schreibt und sagt, dass es zu Zeiten der Bourgeoisie Ausbeuterbanden gegeben habe, jetzt aber nicht mehr? Wie scheint es euch, da ihr, Herrschaften, ja klug seid, wo man auch hinschaut, in jedem Schritt wird man ausgebeutet, angefangen mit dem Vorgesetzten bis hin zum Direktor. Vor jedem soll man sich verbeugen und jedem dienen, aber bloß nicht versuchen, etwas dagegen zu sagen, sonst wird einem erwidert, man solle sie wie die Fürsten loben und rühmen – und auch die Staatsordnung. Aber wie viele hier verarmen, seht ihr nicht. Ihr schreibt über die Armut der Arbeiter im Ausland, wie sie verarmen; mir scheint es aber, dass in unserem Land ein Arbeiter, der es hier am besten hat, so lebt, wie einer, der im Ausland am schlechtesten lebt. Damals, als wir es noch nicht gesehen hatten, niemand eine Verbindung mit dem Ausland hatte, da waren wir blind, und jetzt, wenn irgendwelche Touristen herumreisen, da haben wir die ganze Wahrheit über das Ausland und die Armut gesehen. Aber bei uns ist ein ‚echtes Paradies‘, nur andererseits, oder wie ihr über dieses Ausland schreibt, über verschiedene Quälereien, Terror und das ins-Gefängnis-Bringen – aber bei uns gibt es das nicht und es hat nie gegeben. Sagt mal, wie viele habt ihr im Lukiškės-Gefängnis zu Tode gequält und wie habt ihr gequält? Als ich in Panevėžys drei gequälte Töchter und eine Krankenschwester gesehen habe, so bekam ich einen Schauer, wenn ich an diese Quälereien denke, angekettet mit Kabeln, damit sie nach eurem Ermessen schreien können. Oder ihr beschreibt und besingt die geliebte Heimat, aber wie viele unschuldige Menschen habt ihr

⁵⁵ Fond 1771, Bestand 205, Akte 46, S. 138.

in das verdammte Sibirien deportiert, wie viele haben in der sibirischen Erde ihre Knochen niedergelegt, ist das denn menschlich, und diejenigen, die überlebt haben, wollt ihr in der Heimat und in den alten Hütten nicht leben lassen. Wie kann man nur so viel Gewissen haben und Menschlichkeit, wie gesagt, wie viele habt ihr in den Lagern umgebracht, wer kann es nur zählen, oder wie viele Unschuldige habt ihr hier, vor Ort, umgebracht – ausgenommen die Banditen, die gegen die Staatsordnung waren, das ist zu rechtfertigen, die waren schuldig, die haben die Strafe verdient. Doch wie vielen wolltet ihr durch das Quälen und Schlagen die Schuld zuzuweisen? Die, die überlebt haben, haben es erzählt, aber die, die nicht nachgegeben haben, wurden zu 25 Jahren verurteilt, ist das menschlich? Oder jetzt, wie ihr die Jugend erzieht und sie zu diesen Komsomolez-Organisationen einschreibt. Wer schreibt sich freiwillig ein, nur ein sehr geringer Prozentsatz. Man redet darüber, was solle man sonst tun, man müsse sich dort eintragen lassen, dann bekomme man vielleicht leichter einen Studienplatz oder bessere Arbeit. Aber ansonsten sagt man, wir achten gar nicht darauf, pfeifen auf die kommunistische Jugend, es bringe nichts, außer dem Kombinieren-Lernen, dann wird alles gut und wenn man noch lügen kann, dann ist es noch besser, dann kann man leben. Wer lebt heute denn gut? Diejenigen, die kombinieren können und alle anderen Natschalniki, die Tausende bekommen. Selbstverständlich loben sie dann alles, erheben alles zum Himmel, wie schön heute das Leben sei und solche wie wir, die selbst ein Stück Brot sparen müssen und in solchen untergekommenen Unterkünften wohnen, nicht wie die da, die vier bis sechs Zimmer und dazu de luxe haben. So ist sie, die Gleichheit. Was hat sich dieses Volk erkämpft? Nur mehr Ausbeuter oder nach dem Motto „Programm Soz-Rennen“ – man soll mehr arbeiten, aber wenn man mehr arbeitet, dann werden die Löhne gekürzt, wer mehr arbeitet, bekommt dasselbe wie heute – sieben Stunden arbeiten, für sieben Stunden auch bezahlt werden, und damit soll man leben, wenn man will. Wer nicht klaut, der kann hungern, dazu hat die Volksregierung geführt. Welche Jugend wird man denn großziehen, in Jahrhunderten werden ihre Wunden nicht heilen. Wie heute – jeder klaut, der nur kann, vom Arbeiter bis zum Direktor und die Jugend sieht dies alles und macht nach. Oder wenn man im höheren Alter eine Rente erhofft – wer 25 Jahre nicht gearbeitet hat, für den gibt es keine, wie nicht auf diesem Planeten, was haben nun die Alten damit zu tun, dass die frühere Staatsordnung anders war, es gibt viele Beispiele, Hunderte, es würde schwer fallen, alle aufzuzählen. Und was die Abrüstung betrifft, wie kann man denn auch eine Vereinbarung finden, wenn einer den ganzen Kontinent regieren will und der andere

auch. Und am allermeisten sind die Kommunisten schuld. Wenn ein Krieg ausbrechen würde, dann wären nur die schuld, wer deren Absichten nicht kennt, der kann noch anders denken, aber wir wissen ja, so kann man uns nicht belügen, weil es jetzt nur Propaganda, Propaganda und Propaganda oder Lüge gibt. Wenn ein Krieg ausbrechen würde, dann würde man alle Kommunisten auf den Zungen aufhängen, eine andere Strafe gibt es für sie nicht.

Hochachtungsvoll, die Arbeiter.

1960.V.I. Vilnius“

Den meisten opportunen Schreibern an die litauischen Parteigenossen Chruschtschows ging es darum, durch Beschwerden und Verbesserungsvorschläge die Parteiführung auf die Realität in der defizitären Wirtschaft aufmerksam zu machen und sie zur Lösung brisanter Probleme zu bewegen. Beschwerdegründe gab es wie nie zuvor – von der Nahrung bis zur Wohnung – dementsprechend stieg auch permanent die Zahl der Beschwerden.

Geläufiges Bittmuster in den Schriftstücken, die von konkreten Personen stammten – man hätte damals im Parteijargon von „identifizierbaren Personen“ gesprochen – war es, die Gunst des Lesers zu gewinnen, um höhere Erfolgchancen zu erzielen. Die Briefe, deren Schreiber anonym blieben, liefern allerdings ein sehr diffuses Bild über die Erfolgserwartung. Einerseits ging es diesen Schreibenden nicht a priori darum, den Leser zum Beitrag bei der Lösung angesprochener persönlicher Belange zu bewegen. Andererseits wurde quasi eine Inszenierung komplexer Szenen von Missständen aus allen Sphären gesellschaftlichen Lebens geboten und eine ernsthafte Wahrnehmung dieses Spektakels durch die Herrschaftsstrukturen erwartet.

Wie äußerte man also seinen Unmut, wenn die Gunst des Lesers überflüssig war und es nicht um konkreten Erfolg ging? Wenn es zwar insgesamt um mehr Lohn und eine anständige Wohnung ging, doch die Intention des Briefes „denen da“ größere Zusammenhänge liefern sollte? Die vorliegende Quelle liefert diverse Rückschlüsse auf die Politik Chruschtschows. Wie die Beschreibung des Arbeiterlebens am Strang der Systemkritik festhielt beziehungsweise mit ihr korrelierte und in welchem Maß hier die öffentliche

Meinung „von unten“ etabliert war, soll im Folgenden anhand der ausgewählten Exkurse gezeigt werden.

Zur äußeren und inneren Kritik des Briefes. Bei zwei – in maschinenschriftlicher Form vorhandenen – Exemplaren der anonymen Eingabe handelt es sich um eine Quelle aus dem Archiv des Zentralkomitees der Litauischen Kommunistischen Partei in Vilnius, die beim Sondersektor am 3. Mai 1960 eingegangen war. Die Eingabe lag in handschriftlicher Form vor. Was davon allerdings blieb, ist ein maschinenschriftlicher Abdruck samt Durchschlag, durch eine offizielle Unterschrift als „Abschrift korrekt“ (litauisch „nuorašas tikras“) gekennzeichnet. Der Abdruck enthält einen nur teilweise lesbaren handschriftlichen Kommentar „[...] *weswegen es interessant wäre, sich mit dem Autor des Briefes zu unterhalten [?]*“ sowie unterstrichene Zeilen, worauf die Genossen ein besonderes Augenmerk gelegt zu haben schienen; hier sowohl auf die Wohnumstände des Verfassers als auch auf die „bedrohlichen“ beziehungsweise für die Partei besonders „aussagekräftigen“ Passagen.⁵⁶

Die direktbezogenen Daten wie Alter, Beruf und Herkunft wurden in diesem Brief, wie in vielen anderen anonymen, verschwiegen. Das Instrumentarium der indirekten Verweise wie die Wohnortbeschreibung („*und auch die Wohnung ist halb im Keller*“) und die Angabe des Lohnes („*Ich bekomme 500 Rubel, meine Frau aber 350 Rubel*“) lassen hier vorerst die Vermutung bestätigen, dass der Verfasser ein „einfacher“ Arbeiter war.⁵⁷ Der Bildungsstand kann nicht eindeutig eingeschätzt werden. Die Sätze weisen ein rares Aufkommen auf, werden dafür aber durch semantisch zusammenhängende, durch zahlreiche Kommata getrennte Blöcke ersetzt. Diese wurden – immerhin! – größtenteils in richtiger Schreibweise und korrekter Interpunktion verfasst. Womöglich war der Verfasser kein niedrig gebildeter Arbeiter. Griff er eher brüskiert zu einer spontanen Niederschrift? Der „*geehrten Partei*“ hat er die dringende Ernsthaftigkeit der Fakten suggeriert, da sie ja von *einer* Arbeiterstimme („*Hochachtungsvoll, Arbeiter*“) geäußert wurden. Allerdings war der Autor wohl kein gewiefter Taktiker, denn er verfolgte diese Absicht nicht konsequent.

⁵⁶ Diese Art der Quelle ist insofern problematisch, dass sie auf formaler Ebene, beispielsweise auf Grund der unlesbaren Schrift, Verschmierungen und Unvollständigkeit zu Interpretationsschwierigkeiten führen kann.

⁵⁷ Zum Vergleich: Der Jahreslohn pro Arbeiter auf Kolchosen und Sowchosen betrug beispielsweise im Jahr 1960 332-565 Rubel. Vgl.: Hildermeier, Manfred: „Geschichte der Sowjetunion 1917-1991“. München 1998, S. 796.

Während die 1. Person Plural in der einleitenden Ansprache sowie einige Male sporadisch im Text angewendet wurde, wurde die Absicht des Verfassers, in der Rolle der Arbeiter deren Leben zu schildern, durch den Gebrauch des Personalpronomens in der 1. Person Singular („*Ich lebe*“, „*Ich bekomme*“) konterkariert.

Im Allgemeinen sprachen die Beschwerden konkrete Mängel an, um deren Beseitigung es den Schreibenden ging. Hier hingegen beruhte das Anliegen keinesfalls auf einer bedachten Abhandlung eines Problems, sondern im Aufzeigen der facettenreichen Realität des miserablen Arbeiterlebens. Es wurden spontan und provokant Querverweise zu diversen Politikfeldern geschaffen, worüber die Partei von der Arbeiterstimme informiert werden sollte beziehungsweise ihr die Augen geöffnet werden sollten. So wurden anfangs marginale Beispiele über die Wohnsituation, die ungerechte Vergütung der Arbeiter und die Prämienverteilung aufgeführt, die in umfassende Exkurse wie Propagandapolitik gegenüber dem Westen, Deportationen, Haltung zum Kommunismus, Innen- und Außenpolitik etc. hineinfließen.

Hunderte und Tausende. Der Verfasser des Briefes griff zunächst den von der Partei synonym zum Kapitalismus und Ausbeutung verwendeten Begriff Bourgeoisie auf, stellte einen Bezug zur Herrschaft her und machte deutlich, die Diskrepanz zwischen den programmatischen Versprechen über die Alltagsnormalität seitens der Führung und der erlebten Umwelt erkannt zu haben. Den vehementen Unterschied zwischen der Herrschaft und Gesellschaft betonte er, indem er die Herrschaftsklasse zum Leitmotiv der Erzählung transformierte. Die vor allem durch die Partei idealisierte Vorstellung des Arbeiteralltags erfuhr scharfe Kritik und wurde durch Beschreibung gravierender Mängel und Störungen demontiert. Ausgehend von einer konkreten Situation mit überstrapazierter Geduld, vielleicht sogar im Affekt, legte der Schreiber im makabren Ton der Partei offen, dass dies keine Einzelmeinung, sondern weit verbreitete gesellschaftliche Unzufriedenheit sei („*Aber bei uns ist ein echtes Paradies*“; „*dann würde man alle Kommunisten auf den Zungen aufhängen, eine andere Strafe gibt es für sie nicht*“; „*aber wir wissen ja, so kann man uns nicht belügen*“). Durch gewagte Aussagen stellte der Autor die Verantwortung über die politischen und sozialen Missstände allein bei der führenden kommunistischen Elite fest („*Und am allermeisten sind die Kommunisten schuld*“). Der Anachronismus zwischen dem Volk und der Herrschaftsklasse wurde weiterhin durch die Darstellung des

vom Mangel geprägten Arbeiterlebens verschärft. Neben der Schilderung einer notorisch schlechten Wohnsituation und des geringen Verdienstes („*Der Betrieb verteilt Prämien und wer bekommt diese, ja alle Vorgesetzten, die Tausende bekommen, kriegen noch ein 1000 Prämie dazu*“) wurde ein direkter Vergleich zu wohlsituierten Bürokraten vorgenommen, die sich im Lichte der Bourgeoisie-ähnlichen Verhältnissen zeigten („*Wie ihr schreibt und sagt, dass es zu Zeiten der Bourgeoisie Ausbeuterbanden gegeben habe, jetzt aber nicht mehr?*“). In diesem Exkurs nahm der Verfasser Bezug auf die soziale Reformpolitik Chruschtschows im Zuge derer Bargeld-Boni am Monatsende als Zulagen zu den Gehältern abgeschafft werden sollten, um größere soziale Gerechtigkeit herzustellen.⁵⁸ Trotz der programmatischen Maxime, das materielle Lebensniveau zu erhöhen und trotz der tatsächlichen Erhöhung der Reallöhne unter Chruschtschow, waren diese, insbesondere jene der Arbeiter, in der Litauischen SSR im Jahre 1959 immer noch unter dem Niveau von 1941.⁵⁹ Doch infolge des politischen und propagandistischen Ziels gegenüber dem Westen hob auch der erste Parteisekretär der LKP, Sniečkus, liniengetreu die wirtschaftliche Lage im sowjetischen Litauen gegenüber jener im autoritären Smetonschen Litauen deutlich hervor.⁶⁰

„**Echtes Paradies**“. Den Armutsgedanken knüpfte der Schreibende an den Exkurs über das Arbeiterleben im Ausland an. Die Beschreibung beruht auf der Erkenntnis, dass man im Jahr 1959 beziehungsweise 1960, im Gegensatz zu „früher“, Touristen sehen und in der Folge erkennen konnte, dass das propagierte Arbeiter-Bild nicht stimmte. („*Damals, als wir es noch nicht gesehen hatten, niemand eine Verbindung mit dem Ausland hatte, da waren wir blind, und jetzt, wenn irgendwelche Touristen herumreisen, da haben wir die ganze Wahrheit über das Ausland und die Armut gesehen.*“). Diese Ausführung ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 1959 tatsächlich die ersten ausgewählten Touristengruppen nach Vilnius reisen durften, der Rest der Republik war nach wie vor für Ausländer gesperrt.⁶¹ Nicht auszuschließen ist, dass man sich parallel über die Sender Radio Free Europe und Voice of America informieren konnte, da diese je nach „politischem

⁵⁸ Vgl.: Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära: Entstalinisierung und die Grenzen der Reform in der UdSSR 1953-1964. Internationale Einführungsreihe, Bd. 2, Decaton-Verlag 1995, S. 42.

⁵⁹ Vgl.: Anušauskas, Arvydas (Hrsg.)/Banionis, Juozas/Bauža, Česlovas (et al.): Lietuva, 1940-1990: Okupuotos Lietuvos istorija. Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras 2005, S. 435.

⁶⁰ Vgl.: ebd., S. 432.

⁶¹ Diese Ausführung lässt vermuten, dass der Schreibende aus Vilnius stammt, da er dies nicht außerhalb von Vilnius hätte beobachten können.

Wetter“ mehr oder weniger störungsfrei zu empfangen waren.⁶² Das ZK der LKP nutzte seinerseits die Medien für kommunistische Kontra-Propaganda gegenüber dem kapitalistischen Westen. Die Argumente der Partei korrespondierten nicht mit der defizitären Wirtschaft im Alltag und blieben für den Verfasser unglaubwürdig.

...und wie habt ihr gequält. Die misstrauische Haltung gegenüber der sozialen Politik führte der Verfasser offenkundig in ein politisches Prisma hinein, während er neben der vorrangigen Gesellschaftskritik, zwar rudimentär, aber im deutlich emotionalen Zustand die Verbrechen Stalins attackierte. Neben der Erzählung zweier konkreter Gewalt-Aktionen im Lukiškės-Gefängnis (in Vilnius) und in Panevėžys, wurden Ausführungen nicht nur zu sowjetischen Deportationen von 1946 bis 1952, sondern zum gesamten Sowjetisierungsprozess inklusive umfassenden Terrors fortgesetzt (*„wie viele unschuldige Menschen habt ihr in das verdammte Sibirien deportiert“, „oder wie viele Unschuldige habt ihr hier, vor Ort, umgebracht“*). So sprach der Verfasser anscheinend von der Rückführung der Deportierten im Jahr 1959, denen allerdings die Rückkehr in die Litauische SSR, je nach Rückführungs-Kategorie, verboten war (*„wie viele haben in der sibirischen Erde ihre Knochen niedergelegt, ist es denn menschlich, und diejenigen, die überlebt haben, wollt ihr in der Heimat und in den alten Hütten nicht leben lassen.“*).⁶³ Die Interpretation der folgenden Aussage ist allerdings problematisch: *„...oder wie viele Unschuldige habt ihr hier, vor Ort, umgebracht – ausgenommen die Banditen, die gegen die Staatsordnung waren, es ist zu rechtfertigen, die waren schuldig, die haben die Strafe verdient.“* Um den Boykott der militärischen Mobilisation zu vermeiden, wurden alle sich im Widerstand befindenden un- oder bewaffneten Männer zu „Banditen“ und deren Familien zu „Banditen-Familien“ und somit zum „antisowjetischen Element“ erklärt. Die insgesamt kritische Einstellung des Verfassers als Selbstbehauptung gegenüber dem Regime mündet hier in einen Konsens mit den Eliten. Die Aussage von der Schuld und der verdienten Strafe der Banditen offenbart sich als Anpassung an die damals funktionierende Demagogie.

⁶² Vgl.: Anušauskas, Arvydas (Hrsg.)/Banionis, Juozas/Bauža, Česlovas (et al.): Lietuva, 1940-1990: Okupotos Lietuvos istorija. Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras 2005, S. 458.

⁶³ Vgl.: ebd., S. 414.

Rennen. Die lange Tradition des autarken Militärs wurde auch von Chruschtschow nicht angezweifelt.⁶⁴ Die Disproportionen, die auf Grund der bislang schwerpunktmäßigen Prioritätensetzung auf die Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie und des Handels in der Volkswirtschaft entstanden, führten zu den hastigen Wirtschaftsreformen. Auf die ideologische – und nicht die wirtschaftliche Kategorie – des anzustrebenden Prozent-Wachstums im neuen hochgesteckten Siebenjahresplan als Ausdruck sowjetischer Gigantomanie schien der Schreiber kritisch Bezug genommen zu haben. In Chruschtschows ambitionierten Leistungskampagnen, von 1959 bis 1970 die USA im Pro-Kopf-Produktionsumfang einzuholen und zu überholen, war das Vorzeigen der wirtschaftlichen Indizien von den Verdiensten des Sowjetvolkes verankert. Diese Intension brachte größte Unzufriedenheit bei dem Verfasser, die er als bewusste Ausbeutung seitens der Volksführung bezeichnete (*„Nur mehr Ausbeuter oder nach dem Motto ‚Programm Soz-Rennen‘ – man soll mehr arbeiten, aber wenn man mehr arbeitet, dann werden die Löhne gekürzt, wer mehr arbeitet, bekommt dasselbe [...].“*).

Neben den in der ideologischen Maschinerie etablierten wirtschaftspropagandistischen Zielen sah der Verfasser auch die Abrüstungsdebatte als Rennen um Herrschaftsanspruch mit dem stringenten Bestreben der alleinigen Bestimmung der kommunistischen Partei an (*„Und was die Abrüstung betrifft, wie kann man denn auch eine Vereinbarung finden, wenn einer das ganze Kontinent regieren will und der andere auch.“*).⁶⁵ Womöglich vor dem Hintergrund der Interventionen in der DDR 1953 sowie in Polen und Ungarn 1956, bezweifelte der Verfasser Chruschtschows außenpolitische „friedliche Koexistenz“ als einziges Mittel zum Frieden der zwei auf diesem Planeten vorhandenen Systeme – des sozialistischen und des kapitalistischen – auf Grund ihrer Ansprüche auf die Weltmachtkontrolle.⁶⁶

⁶⁴ Vgl.: Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. München 1998, S. 800.

⁶⁵ Vgl.: Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära: Entstalinisierung und die Grenzen der Reform in der UdSSR 1953-1964. Internationale Einführungsreihe, Bd. 2, Decaton Verlag 1995, S. 94.

⁶⁶ Vgl.: Interview N.S. Chruschtschows mit John Waters über Fragen der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung. In: Prawda vom 25. Juni 1958. Die Sowjetunion heute, Nr. 20/1958 (Beilage). Zitiert aus: Alfred Anderle (Hrsg.): Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR 1958. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Berlin 1960, S. 315-324.

...man redet darüber. Als Sphäre fragmentierter sowjetischer Öffentlichkeit wurden Petitionen vom Leitungsapparat geduldet und vom Bürger als eine Form der Einflussnahme etabliert. Wenn alles gut ging. Die Einflussnahme hätte diesem Verfasser zum Verhängnis werden können, wäre die Petition nicht anonym gewesen. Die Anonymität erlaubte offensive Kritik, wenn auch keine konstruktive.

Ein folgender Gesichtspunkt leitet sich aus der am Anfang gestellten Frage ab, ob der inhaltsreiche Brief Systemkritik impliziert und von welchen systemgefährdenden Aussagen hier zu sprechen ist. Der Autor setzte diverse Exkurse ein, um die notwendige Argumentation leisten zu können beziehungsweise die Argumentation ging aus den Exkursen hervor, wenn auch teilweise sehr intuitiv. Einerseits zeichnete sich seitens des Verfassers eine deutliche Enttäuschung über die Politik Chruschtschows ab, indem die Propagandaversprechen und die realen Zustände einander gegenüber gestellt wurden. Die Anwendung solcher Taktik zeigt, dass der Autor nach seinen Feststellungen seine Illoyalität gegenüber der Partei betonen wollte. Vor allem die Tatsache, dass der Verfasser das Prinzip der „guten“ Kritik, die an die euphorisierte „gesellschaftlich nützliche Kritik“ anknüpfen sollte, nicht verfolgt hat, weist auf eine distanzierte und kritische Haltung zum System hin.⁶⁷ Andererseits schien der Autor ebenfalls an der erhärteten offenen Kritik festzuhalten. Durch die sowjetische Hegemonialpolitik motivierte Verbrechen veranlassten den Verfasser scheinbar unkontrollierte Kritik zu äußern, zum Beispiel offene Schuldzuweisung an die Vertreter des Regimes. Den Genossen schien die Akzentsetzung in der Drohung zu liegen (so in den markierten Zeilen) – an die Tradition der Politik Stalins geknüpft und paranoid, möglicherweise, weil die Partei bereits in der Halbzeit der Ära Chruschtschow Defizite hinsichtlich der inneren Legitimation hatte.⁶⁸

⁶⁷ Vgl.: Erren, Lorenz: „Kritik und Selbstkritik“ in der sowjetischen Parteiöffentlichkeit der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002), S. 188.

⁶⁸ Vgl.: Foitzik, Jan (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise. In (Ders., Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956: vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand; politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn 2001, S. 21.

Das Anliegen der fiktiven Arbeiterstimme war es, die Partei vom Scheitern der „sozialistischen Demokratie“ zu unterrichten und ihr eigenes Versagen explizit vorzuführen. Der Versuch, mit einer Stimme der Arbeiterschaft zu sprechen, scheiterte. Womöglich gelang es dem Verfasser aber, den Eindruck zu vermitteln, dass es nicht seine einzige Haltung war. Eine öffentliche Meinung, ob die der Arbeiter, der Nachbarn oder der Bekannten mag in diesem Brief vertreten gewesen sein, wenn auch auf dem Niveau der Gerüchteküche („*man redet darüber*“).

1.5. Beschwerderecht in der LSSR

Eine einheitliche litauische Rechtsordnung gab es auf Grund der historischen Zersplitterung nicht. Durch polnische Einflüsse galt im Südwesten der Code Napoléon von 1804 und der polnische Zivilkodex, im Memelgebiet das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und in Palanga als auch im Südwesten das „baltische Privatrecht“.⁶⁹ In den meisten Teilen des Landes wurde zwischen 1918 und 1940 der russische Zivilrechtskodex vom Jahr 1864 angewendet, geändert im svod zakonov (Gesetzensammlung) vom Jahr 1932. Der Anspruch der Bolschewiki, die Bevölkerung in die Bildung der Staatsinstitutionen zu inkludieren, schlug sich auch im Beschwerdewesen nieder. So wurde das Beschwerderecht im November 1918 auf alle Bürger ausgeweitet.⁷⁰

Im Zuge der Oktoberrevolution wurde die gesetzliche Verankerung der Beschwerde im November 1918 vom VI. Allrussischen Außerordentlichen Sowjetkongress der Arbeiter- und Bauerndeputierten sowie die detaillierte Verfahrensordnung für Beschwerden (žaloby) und Stellungnahmen (zajavlenija) eingeführt, seit 1921 konnten diese mündlich oder schriftlich bei eingerichteten Büros (Bjuro žalob i zajavlenij) eingereicht werden. In den 1930er Jahren wurde verboten, die Beschwerde an die Institution oder Person weiterzuleiten, gegen deren Handlung sie sich richtete. Es wurde eine öffentliche Sprechstunde eingeführt. In den Beschwerdeordnungen von 1968 und 1980 wurden formale Änderungen vorgenommen. Die Einreichung schriftlicher oder mündlicher Beschwerden konnte bei allen staatlichen und gesellschaftlichen Organen, Betrieben, Institutionen und Organisationen getätigt werden. Eine Entscheidung sollte innerhalb eines Monats getroffen werden, im Falle einer Ablehnung erfolgte eine Mitteilung an den Bürger unter Angabe von Gründen.⁷¹

⁶⁹ Vgl.: Käerdi, Martin: „Die Neukodifikation des Privatrechts der baltischen Staaten“. In: Heiss, Helmut (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. Tübingen 2006, S. 20.

⁷⁰ Vgl.: Mommsen, Margareta: *Hilf mir, mein Recht zu finden. Russische Bittschriften. Von Iwan dem Schrecklichen bis Gorbatschow.* Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 111.

⁷¹ Vgl. dazu: Kuss, Klaus-Jürgen: *Das Beschwerde- und Antragsrecht in der sowjetischen Verwaltungspraxis unter rechtsvergleichender Berücksichtigung der anderen sozialistischen Staaten.* In: *Recht in Ost und West* 29 (1985), H. 3, S. 128-141.

Zum weiteren Bearbeitungsprozedere speziell für LSSR siehe Kapitel „3.2. Bürokratische Umsetzung – Wege über (Um)wege“.

Ab 1940 galten die Rechtsprinzipien der Sowjetunion für das gesamte Land: Durch die Unionsgesetze wurde 1940 der räumliche Geltungsbereich des Zivilgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) ausgedehnt.⁷² Für die gesamte Sowjetzeit galt in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (LTSR) der Zivilkodex vom 7. Juli 1964. „In der Sowjetunion, zu der auf Basis der freiwilligen Vereinigung und Gleichberechtigung mit den anderen Sowjetrepubliken die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik gehört, ist eine entwickelte sozialistische Gesellschaft als gesetzmäßiger Weg der weiteren Etappe des Kommunismus geschaffen worden.“ In der Auflage vom Jahr 1983 wurde in der Präambel dieser Einleitungssatz hinzugefügt, der Rest blieb entsprechend der Zivilrechtsreform vom 8. Dezember 1961 beinahe gleich.⁷³ Die Zivilrechtsreform hatte zum Ziel, das Konglomerat aus halbsozialistischen und halbkapitalistischen Einrichtungen vollkommen zu beseitigen und durch jenes des kommunistischen Typs zu ersetzen.⁷⁴ In der Passage „Der Sowjetische Staat verwirklicht die Planung und Leitung der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR nach Lenins Grundsätzen des demokratischen Zentralismus“ in der Präambel des Zivilprozessrechts von 1961 war in der litauischen Version der Präambel von 1983 statt „Lenins Grundsätzen des demokratischen Zentralismus“ die „Berücksichtigung der [wirtschaftlichen] Zweige und der territorialen Prinzipien“ enthalten. Doch der Grundsatz des demokratischen Zentralismus samt dem Ansatz der Gleichberechtigung der Völker entwickelte sich dennoch in der gesamten Sowjetzeit zur Hegemonie des russischen Volkes und der russischen Sprache.⁷⁵

In Bezug auf das sowjetische Verwaltungsrecht wurden drei Arten von verwaltungsrechtlichen Beziehungen unterschieden: Staatsorgan zu Staatsorgan, Staatsorgan zu gesellschaftlicher Institution und Staatsorgan zu Bürger. Das Gerichtssystem in der LSSR war zweistufig: zum einen gab es Volksgerichte von Rayon und Stadt, zum anderen das

⁷² Vgl.: Meder, Walter: Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917-1970. Frankfurt am Main/Berlin 1971, S. 365.

⁷³ Lietuvos Tarybų Socialistinės Respublikos Civilinis kodekas. Oficialus tekstas su pakeitimais ir papildymais. 1985m. sausio 1d. Vilnius 1985, S. 3-4.

⁷⁴ Vgl.: Meder, Walter: Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917-1970. Frankfurt am Main/Berlin 1971, S. 446.

⁷⁵ Vgl.: ebd., S. 361.

höchste Gericht der LSSR.⁷⁶ Das höchste Gericht bestand wiederum aus Präsidium und Plenum und es wurde meistens in Straf- oder Zivilsachen angerufen.

Das Gerichtssystem war de jure unabhängig und diente nicht zur Rechtsfindung, sondern entwickelte sich in seinem Verlauf zum Helfer der Repressalien der Sowjetunion. Das Zivilprozessrecht der Sowjetunion mit den Ergänzungen vom Jahr 1964 galt in Litauen bis ins Jahr 2003.

Im Vordergrund standen die Interessen des Staates und nicht die des Bürgers, dem nur geringe Rechtsschutzmittel zur Verfügung standen.⁷⁷ Durch diesen Mangel bedingt, versuchte der sowjetische Gesetzgeber verschiedene Ersatzlösungen zu finden zum Beispiel durch den Ausbau der gesellschaftlichen und der staatlichen Volkskontrolle sowie durch die Einführung der formlosen Beschwerde bei einer übergeordneten Institution.⁷⁸ Verfolgte man den Ansatz, dass das Beschwerde-Phänomen seine Ursprünge auf Grund einer fehlenden Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Sowjetunion hat, so ist dieser in vielerlei Hinsicht richtig, denn das Beschwerde- und Antragsrecht schien eine Ersatzlösung für das Administrativrecht zu sein.⁷⁹ Das Beschwerde- und Antragsrecht blieb nun das Rechtsschutzinstrument des sowjetischen Bürgers, weil Volkskontrolle und sämtliche Kontrollinstitutionen die Verletzung der Bürgerrechte nicht überwachten.⁸⁰

Petition, Bitte oder Beschwerde? Die Trennung resultiert aus der geschichtlichen Entwicklung des Petitionsrechts, denn das Recht der Bitte und das Beschwerderecht waren teilweise getrennt zu behandeln. Bei Beschwerde ist die Komponente der Rüge enthalten, bei Bitte besteht der Wunsch nach einer konkreten Änderung.⁸¹ Auf jeden Fall ist den drei Begriffen der Wunsch einer Änderung gemeinsam.

⁷⁶ Vgl.: <https://www.vle.lt/Straipsnis/civilinio-proceso-teise-117935> (09.05.2019).

⁷⁷ Vgl.: Meder, Walter: Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917-1970. Frankfurt am Main/Berlin 1971, S. 362.

⁷⁸ Vgl.: ebd., S. 521-522.

⁷⁹ Vgl.: Kuss, Klaus-Jürgen: Das Beschwerde- und Antragsrecht in der sowjetischen Verwaltungspraxis unter rechtsvergleichender Berücksichtigung der anderen sozialistischen Staaten. In: Recht in Ost und West 29 (1985), H. 3, S. 129.

⁸⁰ Vgl.: ebd., S. 135.

⁸¹ Vgl.: Schick, Rupert: Petitionen. Von der Untertanenbitte zum Bürgerrecht. Heidelberg 1996, S. 61.

Das Beschwerderecht griff dann ein, wenn der Bürger sonst nirgends gehört wurde. Einige Massenbeschwerden, anonym oder aber mit mehreren Unterschriften vom Zentralkomitee als kollektive Briefe betitelt, beabsichtigten besonders Ende der 1980er Jahre eine öffentliche Diskussion.

Die Beschwerde, die im deutschen Sprachgebrauch, vor allem in Deutschland, auch als „Eingabe“ fungiert, ist dem Begriff Petition gleichzusetzen. Da aber in der Bundesrepublik Deutschland die Bürger nichts mit dem Begriff „Petitionsrecht“ anfangen konnten, wurde es durch den Begriff „Eingaberecht“ ersetzt.⁸² Demnach galten in der Deutschen Demokratischen Republik Eingaben als „formlose Beschwerden, die von jedermann gegen jeden von ihm beanstandeten gesellschaftlichen Mißstand bei jeder Behörde seiner Wahl eingelegt werden können.“⁸³

Im Folgenden wird der Begriff Beschwerderecht synonym mit Petitions- und Eingaberecht gebraucht. Vom Zentralkomitee wurde das Phänomen als „Briefe der Werktätigen“ betitelt. So versuchten die Bürger (die Werktätigen) mit den Briefen (ihren Zivilrechtsansprüchen) ihre Anliegen (Klagen) gegen den Staat durchzusetzen.⁸⁴

⁸² Vgl.: Neumaier, Eduard: „Petitionen. Das Eingaben-Recht – des Bürgers Notrufsäule“. Bundestag von a-z, Nr. 16, Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse und Informationszentrum, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1982.

⁸³ Gesetz über die Bearbeitung von Eingaben der Bürger v. 19.6.1975, GBl, I, S. 461. Zitiert aus Markovits, Inga: Rechtsstaat oder Beschwerdestaat. Verwaltungsrechtsschutz in der DDR. In: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme 31 (1987), S. 268.

⁸⁴ Vgl.: Markovits, Inga: Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR. In: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999, S. 333.

2. Was damals geschah – Themen und Akteure

2.1. Anliegen, Bereiche, Themen von 1953 bis 1962

2.1.1. Arbeit

Seit dem Jahr 1940 wurde die sozialistische Sowjetrepublik Litauen nach den üblichen Sowjetisierungsmaßnahmen, die alle Lebensbereiche grundlegend umfassten, umgestaltet. Der am meisten thematisierte Bereich in den „Briefen der Werktätigen“ war die Arbeit. Dazu gehörten Kündigungen, Bitten um Einstellung beziehungsweise Wiedereinstellung, Bezahlung und Versetzung. Die Industrialisierung, die einen Prozess der Verstädterung forderte war ein weiterer Grund für die Briefe, Bitten und Beschwerden bezüglich der Arbeit. In der Folge der Industrialisierung lebten am Ende der Sowjetphase ca. 70 Prozent der litauischen Bevölkerung in Städten, die Zahl der Landbewohner verringerte sich von 1959 bis 1969 auf 6,5 Prozent.⁸⁵ Mit der Strategie, Industriestandorte möglichst dezentral zu verteilen („dezentrale Zentralisierung“) verfolgte die Kommunistische Partei Litauens nicht nur urbanistische, sondern auch bevölkerungspolitische Ziele.⁸⁶ Denn eine verdichtete Industrieansiedlung hätte zu einem Einwanderungsschub von „Arbeitskräften“ aus anderen Sowjetrepubliken geführt.

Es wurde ein zentralistischer Verwaltungsapparat aufgebaut, in dem sowjetisches Recht galt. Bildung und Kultur wurden verstaatlicht. Während Chruschtschows „Tauwetterperiode“ konzentrierten sich die Bildungsschichten in Vilnius, deren Absolventen zum größten Teil in der Hauptstadt beschäftigt werden sollten (Akademisierung). Die Hochschulabsolventen blieben meist in der Hauptstadt, weil die Etablierung der sowjetischen Parteibürokratie gebildete „Arbeitskräfte“ benötigte.

⁸⁵ Vgl.: Horn, Hannelore: Wirtschaftliche Niveaueingleichung der Nationalitäten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal. Berlin/New York 1978, S. 141-176.

⁸⁶ Vgl.: Bohn, Thomas M.: Das „Phänomen Minsk“. Stadtplanung und Urbanisierung in Weißrussland nach dem Zweiten Weltkrieg. Habilitationsschrift: Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2004 (erschien 2008 unter dem Titel „Die sozialistische Stadt in der Sowjetunion nach 1945. Studien zum Minsker Phänomen“ im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien, hier S. 31-65).

Die einheimischen politischen und kulturellen Eliten wurden durch die kommunistische Partei gefördert, um die Regimeakzeptanz der autochthonen Bevölkerung zu vergrößern. Der Austausch der litauischen Kader durch die russischen zog aber Briefe als Reaktion nach sich. Das Gefühl der Fremdbestimmung förderte eher Dissidenz als Zusammenhalt.

2.1.2. Kolchosen und Kombinate

Die Landwirtschaft wurde kollektiviert und dementsprechend gab es ein großes Echo zum Thema Kolchos seitens der Landbewohner. Aber auch in Betrieben und Kombinat in den Städten herrschten chaotische Zustände. Es ging um Enteignung, Dienstmissbrauch, Gewalt, Trinkgelage und Korruption. Das Verhalten der Vorsitzenden sowohl in Kolchosen als auch in Betrieben wurde zum zweitgrößten beschriebenen Thema.

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebte in Litauen weniger als ein Drittel der Bevölkerung in Städten, das Land war stark agrarisch geprägt. In den 1970er Jahren gründete Moskau in Litauen große Produktionskombinate für Chemie, Zement, Ölverarbeitung sowie ein Kernkraftwerk. Unter Sowjetmacht wurden elektronische, elektrotechnische und chemische Betriebe angesiedelt, die für große Teile der UdSSR produziert haben. Außerdem wurde ein Wohnungsbaukombinat NSK (Namu Statybos Kombinat) gebaut. Neben NSK gab es 26 Bauorganisationen.

Zunehmend kamen Beschwerden über das Verhalten und den Dienstmissbrauch der Vorsitzenden beziehungsweise der Leiter der Kombinate, Betriebe und Fabriken. Es gab eine Art Selbstverwaltung und Selbstjustiz an den erwähnten Orten. Die Leiter bestrafte und konfiszierten das Eigentum der Kolchosbauer beziehungsweise der Arbeiter. An das ZK der LKP gesandte Briefe wurden zum Teil an dieselbe Einrichtung zurückgesandt, von der der Brief handelte, was rechtswidrig war.

Trotz des Wachstumstopps waren die Städte stark gewachsen – fast ausschließlich aus zugewanderten Einwohnern. In den 1960er und 1970er Jahren waren die meisten Einwanderer aus anderen litauischen Städten wegen des Studiums zugezogen. Die kulturelle und technische Elite brauchte mehr Wohnraum. Sie waren verpflichtet, in die Stadt zu ziehen, in der sich der zukünftige Arbeitsplatz befand.

2.1.3. Wohnraum

Die Industrialisierung und die daraus folgende Verstädterung zog Wohnungsnot nach sich. Der Gegensatz zwischen den Versprechungen der Partei und der offiziellen Wirklichkeit (Wohnungsmangel) bildete Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber dem Staat. So berichtete das Zentralkomitee der LKP nach Moskau in Jahren 1977 und 1978 über 3000 Eingaben die Gewährung, Zuweisung beziehungsweise Renovierung von Wohnraum betreffen. Der Berichterstattungsdruck nach Moskau lässt allerdings die Statistiken bezweifeln. Die Angst vor dem Aufkommen der antisowjetischen Stimmung erklärt das paranoide Verhalten bei Bearbeitung der Eingaben, die als „geheim“ abgestempelt worden sind.

Die Haushaltsgröße war für die Wohnungsgröße kein Kriterium, besonders in der Altstadt. Deswegen klagten viele Bewohner mit größeren Familien über Überbelag ihrer Wohnungen. Jedoch war für die Autoren, die parteikonform schrieben und gebildet waren, tendenziell die Chance größer, eine größere Wohnung in der Altstadt zu bekommen. In den Neubausiedlungen waren diese Unterschiede weniger ausgeprägt. Die Wohnungsgrundrisse waren viel zu knapp konzipiert; dennoch gab es sehr lange Wartelisten. Da bei der Wohnungsvergabe junge Familien mit Kindern bevorzugt wurden, hatten Alleinstehende keine Chance.

Entscheidungen in der Wohnungsfrage wurden von der Partei getroffen und realisiert: Der Parteistaat entwickelte ein paternalistisches Verhältnis gegenüber der Gesellschaft – es war vorgeschrieben, was jeder zu wollen habe. Die ideologische Figur umfasste nicht nur Arbeit und Wohnraum, sondern auch das Verhalten in der Öffentlichkeit.

Wohnen im Staatssozialismus hatte hohen Stellenwert, da die Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum dazu führte, dass sich das persönliche Leben neben den bestehenden politischen und ideologischen Strukturen abspielen musste.

Die programmatische Maxime zielte darauf ab, das kulturelle und das materielle Lebensniveau des Volkes zu erhöhen, also die Steigerung der Quantität und der Qualität des sozialistischen Wohnungsbaus. Die Vergrößerung des Wohnungsbestandes wurde 1971 zum Kernpunkt der Sozialpolitik der kommunistischen Partei erklärt.

Im Folgenden sollen Tabellen zum besseren Verständnis der Thematik beitragen.

Приложение № 3 84

РЕЗУЛЬТАТЫ
рассмотрения писем, поступивших в ЦК Компартии Литвы
за 1984 год

Индекс	Характер поставленных вопросов, вид обращения	Остаток на 01.01.84	Поступило за 1984 год	Исполнено за 1984 год	Способ рассмотрения											Результаты				Остаток на 01.01.85
					Получено партийным советом, комсомольскими организациями	в т.ч. с ответом	Проверено различными аппаратами	в т.ч. с выездом на места	Проверено комиссией	Результаты обследования, статьи, публикации	Объявлено в газетной форме	Качественность исполнения	Положительно	Факты нестрогий подотчетности	Разъяснено	Отклонено				
01	Парт. совет, комс. органы	7	143	143	51	36	92	53	11	9	11	128	11	18	43	56	7			
02	Н.п.о., проф. комсомольских организаций	4	54	54	28	21	26	16	3	3	3	47	2	8	8	29	4			
03	Детские дошкольные учреждения	2	10	10	9	7	1	1	1	1	1	8	2	2	2	2	2			
04	Общеобразовательные школы	3	70	71	49	39	22	17	13	9	7	61	5	22	9	25	2			
05	Вузы, техникумы, ПТУ	3	24	26	16	13	10	7	6	1	1	23	4	8	6	5	1			
06	Культура	2	45	44	23	16	21	14	6	3	2	37	3	8	15	11	3			
07	Научные учреждения	-	6	6	-	-	6	6	4	-	-	6	-	-	3	3	-			
08	Идеологическая работа	6	115	118	60	37	58	44	11	3	5	95	16	15	35	29	3			
09	Здравоохранение	4	98	97	73	41	24	18	20	3	7	65	11	11	26	17	5			
10	Зажим критики	6	40	44	19	17	25	17	12	7	6	42	1	10	10	21	2			
11	Предыдущие обращения, ответы на них	12	138	145	55	42	90	28	4	3	4	132	7	8	48	69	5			
12	Социальное	10	138	141	113	67	28	8	15	5	-	95	19	1	34	41	7			
13	Сельское хозяйство	14	147	154	123	110	31	23	21	13	17	141	8	39	37	57	7			
14	Промышленность, качество продукции	8	88	92	53	43	39	29	22	15	9	82	9	30	19	24	4			
15	Транспорт	2	25	26	22	17	4	3	4	2	3	21	6	5	6	4	1			
16	Связь	4	29	32	26	19	6	3	1	-	-	25	5	3	15	2	1			
17	Торговля, обменит	9	58	63	50	35	13	7	4	3	3	48	5	14	18	11	4			
18	Бытовое обслуживание	2	9	11	9	6	2	2	2	-	1	8	2	1	2	3	-			
19	Строительство	1	25	23	15	15	8	6	5	5	5	23	2	8	5	8	3			
20	Неисправное поведение, злоупотребление служ. долж.	19	743	740	436	357	304	249	150	92	124	661	9	295	65	292	52			
21	Коммунальное хозяйство	13	296	294	262	195	32	22	24	8	7	227	38	37	118	34	15			
22	Жилищные вопросы	53	1282	1257	946	750	311	192	58	19	4	1061	181	20	746	114	78			
23	Распределение жилищности	35	360	379	267	240	112	84	37	28	4	352	42	59	129	122	16			
24	Трудовые вопросы	18	320	323	212	166	111	78	43	13	10	277	27	38	87	125	15			
25	Работа административных органов	20	539	527	456	297	71	43	17	8	18	368	55	43	123	147	32			
25/3	Временный выезд за границу	2	211	208	208	73	-	-	56	-	-	73	28	-	14	31	5			
25/6	Выезд за границу на постоянное жительство	1	88	87	86	22	1	1	15	-	-	23	3	-	3	17	2			
26	О распределении автомобилей	2	38	39	33	15	6	3	1	1	2	21	4	1	10	6	1			
27	Коллективные сады	-	22	22	19	13	3	3	1	-	-	16	3	-	10	3	-			
28	Другие вопросы	9	205	201	139	43	62	22	7	1	-	105	28	7	39	31	13			
	Всего	301	5366	5377	3858	2752	1519	999	574	255	254	4271	536	711	1685	1339	290			
	Повторные обращения	43	477	491	258	195	233	132	64	19	27	428	38	61	174	155	29			
	Многokrатные обращения	12	161	157	48	31	109	46	12	10	16	140	7	25	37	71	16			
	Перешло из ЦК КПСС	40	583	600	174	146	426	249	98	35	40	572	31	90	173	278	23			
	в т.ч. с ответом	14	268	270	47	47	223	172	73	25	31	270	20	61	78	111	12			
	Жалоба	180	2149	2177	1483	207	694	505	278	145	164	1901	190	428	582	701	152			
	Коллективные	22	296	299	202	181	97	80	55	30	28	278	42	70	130	36	19			
	Без подписи	64	912	920	585	462	335	265	54	111	109	297	23	330	53	391	56			
	Ранее обращались на местах	139	2978	2967	1966	1501	1001	625	316	114	131	2502	300	342	1107	753	150			
	Уч. впр. Выходящих погубань вояков	37	707	692	483	356	209	110	38	11	14	565	99	25	306	135	52			

В ЦК Компартии Литвы обращались письменно: пенсионеров - ветеранов труда - 567; многодетных матерей и матерей-одиночек - 194; членов КПСС - 476; 113 других организаций перешло 60 писем.

Сектор писем Общего отдела ЦК Компартии Литвы

Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 84.

Als Zusammenfassung wurde ein thematischer Überblick in Form eines Formulars angehängt.

„Ergebnisse der Durchsicht der beim ZK der LKP eingelangten Briefe im Jahr 1984“

Vertikal wurden die Themen aufgelistet:

- „01 Partei-, Sowjet-, Komsomolorganisationen
- 02 Gewerkschaften der Komsomolorganisationen
- 03 Vorschuleinrichtungen
- 04 Einrichtungen der allgemeinen Bildung
- 05 Hochschuleinrichtungen
- 06 Kultur
- 07 wissenschaftliche Einrichtungen
- 08 ideologische Arbeit
- 09 Gesundheitsversorgung
- 10 Unterdrückung der Kritik
- 11 Antwort auf vorhergehende Stellungnahmen
- 12 soziale Versorgung
- 13 Landwirtschaft
- 14 Industrie und Qualität der Produktion
- 15 Transport
- 16 Kommunikation
- 17 Handel, öffentliche Ernährung
- 18 Alltägliche bzw. Haushaltsversorgung
- 19 Bau
- 20 unzulässiges Verhalten, Dienstmissbrauch
- 21 Gemeindegewirtschaft
- 22 Wohnungsfragen
- 23 Wohnungsverteilung
- 24 Arbeitsfragen
- 25 Arbeit der Verwaltungsorgane
- 25/5 zeitlich begrenzte Reisen ins Ausland
- 25/6 Ausreise

26 Anträge auf PKWs
27 Kollektivgärten (Anm. Genossenschaftsgarten)
28 andere Fragen.“

Weiters folgte ohne Aufzählung:

„insgesamt
wiederholte Anfragen
mehrmals wiederholte Anfragen
von ZK der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion)
mit Antwort
Beschwerden
kollektive Briefe
ohne Unterschrift
früher vor Ort untersucht
Familien der Gefallenen im Krieg“

Horizontal folgten Angaben wie:

„Rest zum 01.01.84
Eingang im Jahr 1984
erledigt im Jahr 1984
Art der Durchsicht
Zur Erledigung an den Parteisowjet, öffentliche Handelsorgane weitergegeben
darunter mit Antwort
geprüft von den Mitarbeitern des Apparats
darunter mit Aufenthalt vor Ort
durch Kommissionen geprüft
davon mit Strafe
Durchführung kontrolliert
Ergebnisse
positiv

Fakten haben sich zum Teil oder ganz bestätigt
geklärt
abgelehnt
Rest für 01.01.85“

СВЕДЕНИЯ О ХАРАКТЕРЕ ПИСЕМ ТРУЖИЩИСЯ, ПОСТУПИВШИХ В ЦК КОМПАРТИИ ЛИБЕИ за 1985 Приложение № 1

Город, район	Сектор											Сектор											Сектор											Всего	Тотал	Жен.	Муж.	Всего	Тотал	Жен.	Муж.		
	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33									34	35
Вильнюс	56	27	3	17	17	26	9	48	39	12	31	53	7	20	16	37	29	6	10	240	49	83	122	103	181	73	138	75	47	223	277	321	156	269	139	74	16	277	17	33	29	191	69
Г. Каунас	18	5	-	4	4	10	-	11	9	-	12	15	2	11	8	9	10	2	7	103	31	19	33	36	83	53	13	3	16	231	218	176	143	173	86	27	2	277	97	71	21	40	73
Г. Клайпеда	23	1	-	1	6	3	-	6	4	-	8	9	1	1	1	4	-	3	110	11	14	24	25	31	23	3	1	7	322	338	169	24	60	15	15	3	136	19	10	4	23	72	
Г. Панаевежис	2	1	-	1	2	3	-	2	-	4	6	-	6	-	2	-	-	-	16	6	32	4	6	10	9	3	1	6	124	11	54	1	26	21	6	-	53	11	13	2	11	7	
Г. Шяуляй	2	1	-	-	-	-	-	1	2	-	1	5	4	3	-	4	4	-	16	4	16	3	6	11	3	1	1	2	91	8	18	6	22	7	1	-	11	11	12	3	5	7	
Г. Алитус	3	4	-	1	1	-	-	3	3	5	3	6	6	6	-	7	1	1	1	29	4	11	6	13	13	3	1	1	4	134	39	4	10	19	4	3	69	10	9	8	8	9	
Г. Копсукас	3	1	-	1	-	-	-	1	3	-	4	-	-	-	-	4	-	-	5	11	-	1	9	1	1	-	-	2	67	4	23	2	3	4	2	23	4	5	-	3	-		
Г. Друскининкай	3	1	-	-	-	-	-	1	1	-	1	-	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Дзукский район	2	1	-	-	-	-	-	1	1	-	1	2	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Анкайский	2	1	-	-	-	-	-	1	1	-	1	2	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Вяржайский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Варенский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Вильнянский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Зельский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Игналинский	2	-	-	-	-	-	-	2	3	3	1	2	-	-	-	4	4	1	2	4	18	2	8	4	-	-	-	2	67	4	18	1	6	14	2	16	3	2	3	2	3		
Г. Йонавский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Йонавский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Кайнавский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Келайский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Кельский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Клайпедский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Крейгайский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Кушский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лавинский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лаздийский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лажский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1	32	3	2	4	1	4	1	11	1	3	2	1	-		
Г. Лейский	1	-	-	-	-	-	-	1	1	-	1	1	-	-	-	1	1	1	1	7	5	2	-	4	4	-	-	1															

- 12 soziale Versorgung
- 13 Landwirtschaft
- 14 Industrie und Qualität der Produktion
- 15 Transport
- 16 Kommunikation
- 17 Handel, öffentliche Ernährung
- 18 Alltägliche bzw. Haushaltsversorgung
- 19 Bau
- 20 unzulässiges Verhalten, Dienstmissbrauch
- 21 Gemeindegewirtschaft
- 22 Wohnungsfragen
- 23 Wohnungsverteilung
- 24 Arbeitsfragen
- 25 Arbeit der Verwaltungsorgane
- 25/5 zeitlich begrenzte Reise ins Ausland
- 25/6 Ausreise
- 26 Anträge auf PKWs
- 27 Kollektivgärten
- 28 andere Fragen
- 29 insgesamt
- 30 wiederholte Anfragen
- 31 Beschwerden
- 32 Kollektive Briefe
- 33 ohne Unterschrift
- 34 von ZK der KPdSU früher vor Ort untersucht
- 35 mit Antwort
- 36 Parteiorgane
37. [nicht lesbar]
- 38 Teilnehmer des Krieges
- 39 Rentner
- 40 Alleinerziehende, mehrere Kinder
- 41 Mitglieder der KPdSU
- 42 mehrmals wiederholte Anfragen

СВЕДЕНИЯ
О ХАРАКТЕРЕ ПИСЕМ ТРУДЯЩИХСЯ, ПОСТУПИВШИХ В ЦК КОМПАРТИИ ЛИТВЫ за 12 месяцев 1985 г.

Отдел	Секторы ЦК Компартии Литвы													Секторы ЦК Компартии Литвы													Итого																						
	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26		27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42						
1. Секретари ЦК Компартии Литвы	25	4	3	14	9	18	2	13	33	7	6	24	59	23	5	5	13	2	9	314	22	114	94	30	63	2	1	5	16	14	1393	112	209	180	344	74	17	7	712	115	142	53	94	14					
2. Отделы организационно-партийной работы	60	15	-	3	2	-	-	2	1	2	18	58	4	2	-	1	-	-	-	135	21	322	45	21	34	-	-	3	1	15	765	101	235	17	152	143	62	10	4	30	231	144	29	129	22				
3. Пропаганда и агитация	7	1	-	-	-	8	-	70	-	1	5	-	-	-	-	-	-	-	-	30	2	3	-	8	2	-	-	-	-	12	158	13	79	11	35	15	4	4	61	23	10	-	18	6					
4. Научи и учебных заведения	10	-	5	23	29	1	5	3	45	7	9	36	-	1	-	-	-	-	-	58	8	44	12	38	9	2	-	4	-	10	386	40	229	23	109	46	19	4	11	30	31	22	14	14					
5. Культуры	1	-	-	-	-	17	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	1	-	1	2	1	1	-	-	-	1	33	-	20	2	9	2	-	1	9	-	-	-	-	-					
6. Промышленности	2	-	1	-	-	-	-	-	-	-	4	1	1	48	1	-	1	-	-	14	1	116	12	6	1	-	-	3	-	2	214	17	84	3	20	21	7	1	128	35	29	17	10	-					
7. Легкой промышленности и товаров народного потребления	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	-	12	-	-	-	-	1	14	-	30	6	9	1	-	-	-	-	7	7	9	45	2	19	13	4	2	46	9	10	9	8	6					
8. Текстильства и горючего хозяйства	40	1	-	-	-	1	-	-	-	5	2	-	5	1	-	-	-	-	20	20	137	120	26	24	6	-	-	-	1	390	18	218	61	46	39	21	-	204	42	29	17	18	22						
9. Транспорта и связи	2	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	1	25	40	-	-	-	-	2	23	8	52	11	10	1	-	-	-	1	173	12	93	13	23	17	3	-	12	28	24	10	18	1						
10. сельского хозяйства и пищевой промышленности	23	1	-	1	-	-	2	-	2	5	1	77	8	-	-	3	-	-	-	98	2	24	24	30	4	-	-	1	2	3	614	21	237	17	131	58	27	149	15	22	7	13	9						
11. торговли и бытового обслуживания	4	1	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	3	-	-	45	9	-	-	40	2	40	7	28	2	-	-	3	3	-	122	14	116	11	42	26	8	2	96	20	13	11	10	7					
12. Экономический	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	7	2	4	1	1	1	-	-	-	3	22	-	14	1	8	5	1	-	13	2	2	-	1	-						
13. Административных органов	12	2	-	-	1	1	-	3	4	2	12	7	1	-	-	1	1	-	-	52	4	49	11	27	35	2	-	1	-	27	335	47	331	15	62	35	29	6	235	39	49	1	44	23					
14. Зарубежных связей	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	3	200	30	-	-	2	103	33	9	-	1	9	1	2	106	9	11	2	5	7
15. Общии	26	6	8	4	5	2	-	15	20	1	43	32	29	7	3	15	46	2	5	54	102	239	26	47	163	1	1	8	11	106	1041	75	132	22	102	120	3	8	516	132	93	35	35	37					
16. Отданий воедами	1	-	-	-	-	-	2	1	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	10	1	4	-	-	-	-	-	-	5	27	3	9	3	1	4	-	2	12	5	6	1	3	-					
17. Подгоскомисии	23	5	-	1	-	-	-	9	2	-	-	2	2	-	-	-	-	-	1	33	-	3	5	9	4	-	-	-	1	102	12	41	4	23	39	20	1	69	13	9	1	20	10						
Итого	311	40	14	144	99	177	9	222	104	33	116	142	171	114	37	62	80	147	37	934	410	1321	554	344	625	92	123	122	1613	52	2129	305	415	321	1226	57	324	36	36	202	15	110	143						

Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S.78.

Hier wurden vertikal die Abteilungen aufgelistet, die im Jahr 1985 die Briefe bearbeitet haben:

- „1. Секретаре des Zentralkomitees der LKP
- 2. Abteilungen für Organisations- und Parteiarbeit
- 3. Propaganda und Agitation
- 4. Lehr- und Wissenschaftseinrichtungen
- 5. Kultur
- 6. Industrie
- 7. Leichte Industrie und Waren des öffentlichen Konsums
- 8. Bau und Stadtwirtschaft
- 9. Transport und Kommunikation
- 10. Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie
- 11. Handel und Alltägliche bzw. Haushaltsversorgung
- 12. Wirtschaft
- 13. Verwaltungsorgane

14. allgemeine Abteilung
15. [nicht lesbar]
16. Parteikommission; Insgesamt“

Horizontal wurden dieselben thematischen Bereiche angegeben:

- „01 Parteiorganisationen
- 02 Gewerkschaften der Komsomolorganisationen
- 03 Vorschuleinrichtungen
- 04 Einrichtungen der allgemeinen Bildung
- 05 Hochschuleinrichtungen
- 06 Kultur
- 07 wissenschaftliche Einrichtungen
- 08 Ideologie
- 09 Gesundheitsversorgung
- 10 Unterdrückung der Kritik
- 11 Antwort auf vorhergehende Stellungnahmen
- 12 soziale Versorgung
- 13 Landwirtschaft
- 14 Industrie und Qualität der Produktion
- 15 Transport
- 16 Kommunikation
- 17 Handel, öffentliche Ernährung
- 18 Alltägliche bzw. Haushaltsversorgung
- 19 Bau
- 20 unzulässiges Verhalten, Dienstmissbrauch
- 21 Gemeindewirtschaft
- 22 Wohnungsfragen
- 23 Wohnungsverteilung
- 24 Arbeitsfragen
- 25 Arbeit der Verwaltungsorgane
- 25/5 zeitlich begrenzte Reise ins Ausland
- 25/6 Ausreise

- 26 PKWs
- 27 Kollektivgärten
- 28 andere Fragen
- 29 insgesamt
- 30 wiederholte Anfragen
- 31 Beschwerden
- 32 kollektive Briefe
- 33 ohne Unterschrift
- 34 vom ZK der KPdSU
- 35 mit Antwort
- 36 von anderen Parteiorganen
- 37. früher vor Ort angefragt
- 38 Teilnehmer des Krieges
- 39 Rentner, Arbeitsveteranen
- 40 Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern
- 41 Mitglieder der KPdSU
- 42 mehrmals wiederholte Anfragen“

In den drei Tabellen aus den Jahren 1984 und 1985 scheinen die Wohnungsfragen das am meisten problematisierte Thema, da die Zahlen am höchsten sind (Siehe „22 Wohnungsfragen; 23 Wohnungsverteilung“).

Interpretationsfähig wären die Punkte „20 Unzulässiges Verhalten, Dienstmissbrauch“ und „25 Arbeit der Verwaltungsorgane“. Zum Beispiel hat eine Person aus der Nomenklatura mit seinem Verhalten Aufsehen erregt. Wohin würde man sie zuordnen? Sowie wenn es um Wiedereinstellung zum Beispiel in einer pädagogischen Einrichtung ging, wurde „24 Arbeitsfragen“ oder „03 Vorschuleinrichtungen; 04 Einrichtungen der allgemeinen Bildung; 05 Hochschuleinrichtungen“ zugeordnet? Oder welche Beschwerden hat man dem Punkt „13 Landwirtschaft“ zugeordnet: Bitte um Arbeit als Melkerin oder Vergehen eines Kolchosvorsitzenden.

Man kann nur festhalten, dass es an der subjektiven Entscheidung eines LKP Mitarbeiters lag, welcher Kategorie er die Briefe zuordnete.

2.2. Charakteristika der Autoren

2.2.1. Interdependenzen⁸⁷

Das am meisten beschriebene Thema in den Jahren 1953 bis 1962 war Arbeit, gefolgt von Kolchosen und Kombinatensowie Wohnungswesen.

Mehr als doppelt so viele Männer als Frauen haben sich an die Partei gewandt. Es wurden die besprochenen drei Themen proportional von den Männern wie von den Frauen thematisiert.

Aus dem vorhandenen Quellenmaterial lässt sich erschließen, dass mehr Männer als Frauen Briefe an die Institutionen der Partei geschrieben haben. Fast die Hälfte der Männer jedoch mehr als die Hälfte der Frauen war mit der jeweiligen Petition erfolgreich. Unter den Männern war fast die Hälfte Kommunisten, unter den Frauen nur ein Fünftel (mit Parteiausweis o.Ä.). Kommunistisch konform schrieben ein Viertel Männer und jede dritte Frau. Kollektive und anonyme Briefe handelten meistens von öffentlichen Themen. Die kollektiven Briefe waren erfolgreicher als die anonymen.

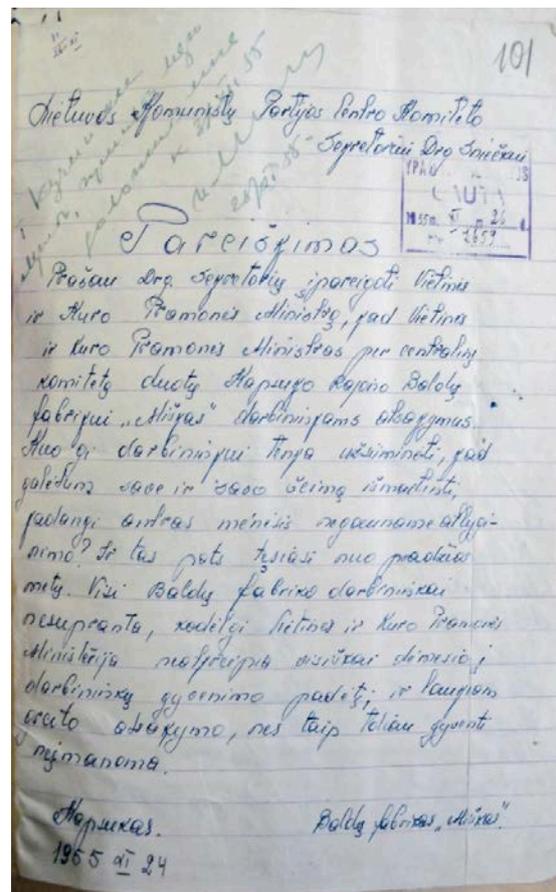
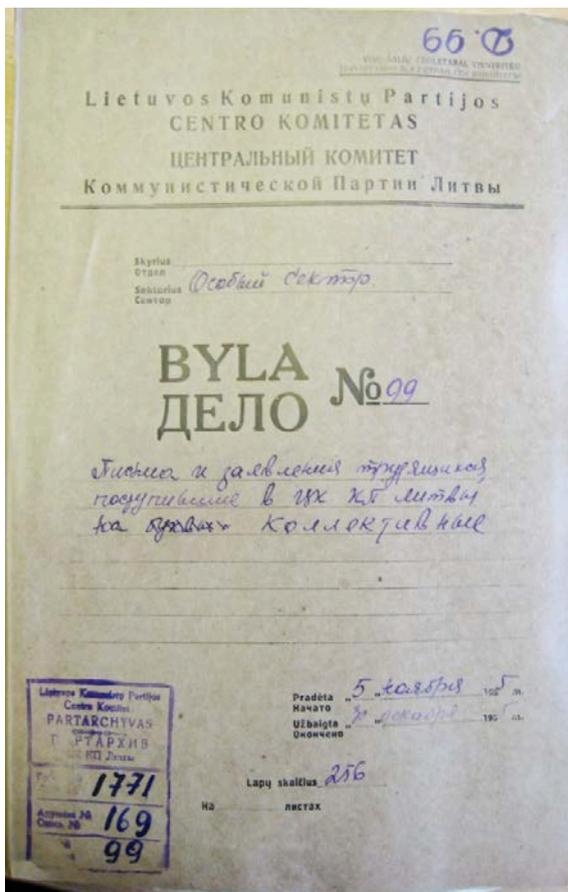
Ein Fünftel der Briefe wurde schriftlich beantwortet, fast jeder achte Brief mündlich. Der Rest blieb unbeantwortet. Die Hälfte der Briefe wurde markiert. Die meisten Bittsteller wandten sich an das Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei. Ein Drittel der Anliegen war öffentlich, mehr als ein Drittel privat, der Rest waren pure Denunziationen.

Die Akteure standen zueinander nicht in einem hierarchischen Verhältnis, sondern gleichwertig. Für die Partei schien es kaum eine besondere Rolle zu spielen, ob ein Schriftstück bittend, persönlich, rechtfertigend, beklagend, opfermässig oder gar literarisch verfasst worden ist. Jeder fünfte Brief war anonym oder kollektiv.

⁸⁷ Die folgende Darstellung bezieht sich ausschließlich auf das analysierte Quellenmaterial.

2.2.2. Kollektive Briefe

Kollektive Briefe wurden von mehreren Personen vor allem zu den Themen Arbeit, Kader, ideologische Arbeit, Kolchos sowie Arbeit der Parteiorgane verfasst. Die Autoren der Briefe waren Studenten, Einwohner, Kolchosbauer und Arbeiter; auch die Kommunisten verfassten kollektive Briefe. Die meisten kollektiven Briefe waren erfolgreich. Die Erklärung dafür ist einfach: mehrere Menschen haben sich zusammengetan und sich zu einem Thema beschwert. Die meisten Anliegen waren öffentlich; wenn es keine öffentlichen Anliegen waren, waren es pure Denunziationen. Die kollektiven Briefe waren zu gleichen Teilen maschinen- wie handgeschrieben. Folgend ein Beispiel eines handgeschriebenen kollektiven Briefes mit mehreren Unterschriften:⁸⁸



⁸⁸ Fond 1771, Bestand 169, Akte 117, S. 101-102.

Übersetzung aus dem Litauischen:

„Dem Sekretär der Litauischen Kommunistischen Partei Genossen Sniečkus

Stellungnahme

Ich bitte den Genossen Sniečkus den Minister der Lokalen- und Kraftstoffindustrie zu verpflichten, den Arbeitern der Möbelfabrik ‚Miškas‘ [‚Der Wald‘] des Rayons Kapsukas Antwort[en] über das Zentralkomitee zu geben. Womit müssen sich die Arbeiter beschäftigen, dass sie sich selbst und ihre Familien ernähren können? Wir bekommen schon den zweiten Monat keinen Lohn und dies hat Anfang des Jahres begonnen. Alle Arbeiter der Möbelfabrik verstehen nicht, warum das Ministerium für Lokale- und Kraftstoffindustrie die Lebenslage der Arbeiter missachtet. Wir warten auf schnelle Antwort. So kann man länger nicht leben.

Möbelfabrik ‚Miškas‘

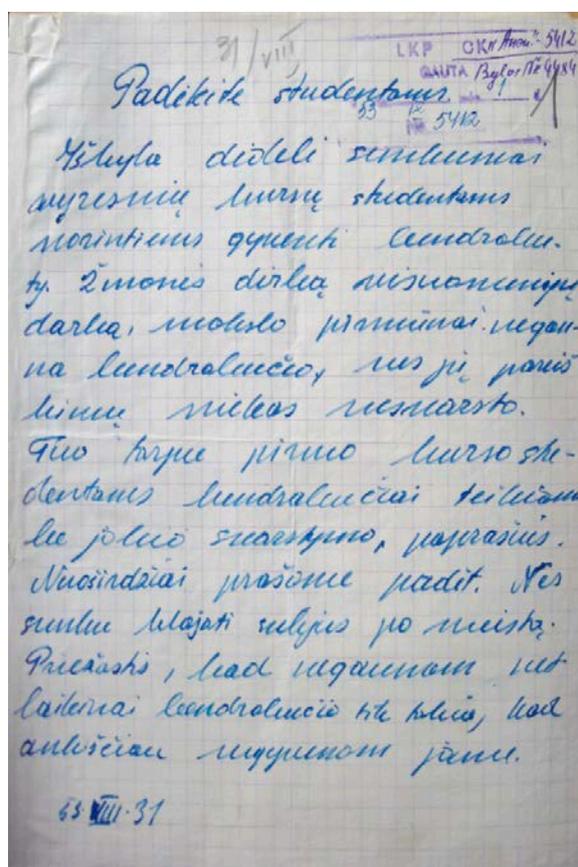
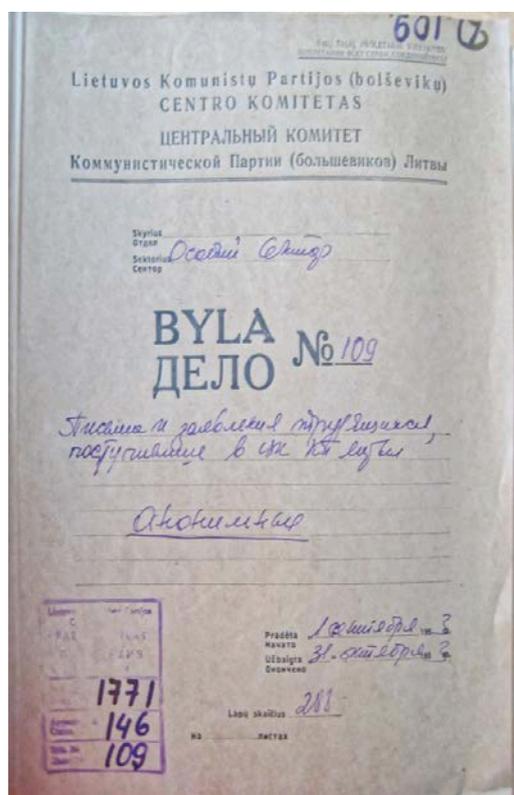
Kapsukas

24.11.1955“

2.2.3. Anonyme Briefe

Die anonymen Briefe betrafen meist öffentliche Angelegenheiten. Unter anderem waren die Thematiken Arbeit und Kader, Arbeit der Parteiorgane, Bildung und Kultur sowie Kolchos für die unbekanntenen Autoren besonders interessant. Der Erfolg der meisten Briefe war nicht nachvollziehbar; erfolgreiche und nicht erfolgreiche Briefe waren in ihrer Anzahl gleich.

Die anonymen Briefe thematisierten viel stärker Kritik. Es war nachvollziehbar, dass die anonymen Briefe ganz wenig persönliche Daten beinhalteten. Die meisten anonymen Briefe waren handgeschrieben.



Anonymer Brief aus dem Jahr 1953.⁹⁰

⁹⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 91, S. 167.

„Helfen Sie den Studenten

Es entstehen große Schwierigkeiten für die Studierenden älterer Jahrgänge, die in einem Wohnheim wohnen möchten. Die Menschen führen öffentliche Arbeit durch, haben hervorragende Noten und bekommen keinen Platz in einem Wohnheim, weil deren Gesuche niemand in Erwägung zieht. Währenddessen können die Studierenden im ersten Studienjahr im Wohnheim wohnen, – sie müssen nur darum ersuchen und ohne es in Erwägung gezogen zu haben, bekommen sie einen Platz. Wir bitten Sie herzlich um Hilfe; weil es schwierig ist, vom Regen durchnässt durch die Stadt zu wandern. Die Ursache, weil wir keinen Platz im Wohnheim bekommen ist folgende: Wir haben früher in keinem Wohnheim gewohnt.

31.8. 1953“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bereiche Arbeit, Kolchos und Kombinat sowie Wohnraum am meisten thematisiert wurden. Entlassungen, Kündigungen und Kader austausch spielten dabei eine besondere Rolle. Zunehmender Dienstmissbrauch, Willkür und Korruption in der Stadt und am Land wurden zum zweitgrößten Thema in den Briefen der Werktätigen. Die zunehmende Industrialisierung förderte die Verstädterung, was wiederum Wohnungsnot nach sich zog.

3. Formen der Briefe und Wege der Erledigung

3.1. Bitten, Beschwerden oder Stellungnahmen

Eine Eingabe wird laut Duden als „Antrag, Bittgesuch/Bitte, Gesuch, Schriftliche Beschwerde; (österr., sonst Papierdt. veraltend): Ansuchen; (bayr., österr.): Gebitt; (veraltend): Bittschrift; Amtsspr.): Petition; (Amtsspr. Veraltet): Petitem. [...]“ definiert und wurde von der KP als „Briefe der Werktätigen“ bezeichnet.⁹¹

„Briefe der Werktätigen“ umfassten Anfragen, Berichte, Beschwerden, Bitten, Stellungnahmen sowie sogenannten Informationen (Denunziationen). Die meisten waren Stellungnahmen, gefolgt von Briefen ohne Betreff sowie Beschwerden. Dass die meisten Briefe als Stellungnahmen definiert waren, hatte die Absicht einer quasi neutralen Äußerung; eine Beschwerde dagegen inkludierte eine Klage, mit etwas oder jemandem unzufrieden zu sein. Die unbetitelten Briefe beziehungsweise Briefe ohne Betreff zeigten eine Mischung aus Unentschlossenheit, Spontanität und Desinteresse für den Titel.

Der Inhalt der unbetitelten Briefe und der Stellungnahmen konnte jedoch genauso eine Beschwerde enthalten; die Autoren wollten scheinbar nicht zu nah an das Regime herantreten. Fast alle Briefe kommunizierten die wirtschaftliche beziehungsweise politische Unzufriedenheit.

Die Bevölkerung bediente sich an dem von der Herrschaft geschaffenen Kanalisierungsinstrument. Sie brachte dem Staat einen Mitgestaltungswillen entgegen und korrigierte mit diversen Verbesserungsvorschlägen die Partei, wenn sie von der Richtung abwich. In Folge war die Diskrepanz zwischen den Versprechungen der Partei und der Realität zu groß.⁹²

⁹¹ DUDEN. Das Synonymwörterbuch. Ein Wörterbuch sinnverwandter Wörter, 6., vollständig überarbeitete Auflage. Hrsg. Von der Dudenredaktion, Band 8. 2014, S. 299.

⁹² Vgl.: Zatin, Jonathan: Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997) H. 10, S. 902-917.

3.2. Bürokratische Umsetzung – Wege über (Um)wege

Entsprechend den Instruktionen des ZK der KPdSU wurde im ZK der LKP ein Reglement für die Arbeit im Apparat, für die Aktenarbeit in der allgemeinen Abteilung sowie die für wesentliche Funktionen der Mitarbeiter im ZK ausgearbeitet.

Für die Koordination der Arbeit mit den Briefen war die Abteilung für allgemeine Angelegenheiten (weiter AfaA) zuständig. Nachdem die Briefe eingelangt waren, wurde zuerst die Leitung der AfaA in Kenntnis gesetzt. Dann wurden sie im Sektor für Briefe auf perforierten Karten (3 Exemplare) registriert. Die Mitarbeiter des Sektors verfassten inhaltliche Annotationen. Bei der Registrierung der Briefe wurde ein Vergleich in der alphabetischen Kartothek des laufenden Jahres bzgl. der wiederholten Briefe gezogen. Auch wurde dieser Vergleich mit den Kartotheken aus den letzten zwei Jahren gemacht. Dabei wurden Aktennummer und Familienname auf der Karteikarte vermerkt und festgehalten, ob der Antragsteller sich bereits früher an das ZK oder andere Organisationen wandte, ebenso die Seitenzahl in der Anlage des Briefes.

Die Thematik der Briefe wurde auf Grund einer Klassifikation festgelegt, die 28 Haupt-Indexe und 95 Unterindexe beinhaltete.⁹³ Zuerst wurden die Briefe in Anträge, Vorschläge und Beschwerden unterteilt. Dann wurden diese in kollektive, anonyme sowie mehrmalige und vom ZK der KPdSU zugesandte Briefe, gesondert sortiert. Die soziale Struktur der Schreibenden in der Annotation des ZK Mitarbeiters wurde nach folgenden Kriterien klassifiziert: *„Teilnehmer oder Invalide des Großen Vaterländischen Krieges, Mitglied der Familie eines Gefallenen, Pensionär, Personal-Pensionär, Arbeitsveteran, Mitglied der KP, Familien mit mehreren Kindern, alleinerziehende Mutter, Invalide usw.“*⁹⁴

Die Kartothek der Briefe wurde nach geografischen Aspekten angelegt (Städte, Rayons, andere Sowjetrepubliken). Zum einen wählten die Leitung der AfaA und des Briefsektors Briefe für die Berichte der Sekretäre im ZK aus. Zum anderen haben sie die Briefe an die zuständigen Partei-, Stadt- und Rayonorganisationen weitergeleitet. Ein Teil der Briefe

⁹³ Aus den Akten ist nicht zu entnehmen, worauf sich die Indexe bezogen haben.

⁹⁴ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 9. Ein Personal-Pensionär konnte unter anderem ein ehemaliger Nomenklatura-Mitarbeiter sein.

wurde innerhalb der vorgesehenen Frist – fünf Tage nach dem Erhalt – an den zuständigen Ort weitergeleitet, ohne erforderliche Antwort an das ZK.

Auf dem ersten Exemplar der perforierten Karte wurden die Resolutionen der Sekretäre vermerkt. Dann wurde der Brief gemeinsam mit zwei perforierten Karten an die Abteilungen zur Ausführung weitergeleitet. Vor der Weiterleitung an andere Organisationen des ZKs, wurde dem Autor eine Karte-Mitteilung zugesandt, von welcher Institution er die Antwort zu erwarten habe.⁹⁵

Technische Sekretäre beobachteten die Einhaltung der Fristen (1 Monat), wenn die Briefe an andere Organisationen weitergeleitet wurden beziehungsweise wenn die Überprüfung durch die Mitarbeiter im ZK erfolgte. Über die Ergebnisse der Überprüfung wurde von den Mitarbeitern des ZK eine spravka erstellt und an das ZK adressiert.⁹⁶ Eine spravka beinhaltete folgende Informationen: Aufenthalte vor Ort beziehungsweise Kommissionen, die Ergebnisse der Überprüfung, Maßnahmen, von wem und wann der Autor unterrichtet wurde.⁹⁷

Die Sekretäre und Leiter der Abteilungen im ZK entschieden selbst, ob sie einverstanden waren oder die zusätzliche Kontrolle anforderten. Die technischen Sekretäre mussten in solchen Fällen drei Exemplare der Karteikarte für die zusätzliche Kontrolle ausfüllen, eines davon erhielt der Briefsektor. An die ausführenden Organisationen wurden Erinnerungen über die Notwendigkeit, das ZK zu unterrichten, welche Entscheidungen beziehungsweise Maßnahmen getroffen wurden, ausgesandt. Nach der Aufhebung der zusätzlichen Kontrolle mussten die technischen Sekretäre die Briefe samt aller Materialien an den Briefsektor übergeben, wo die zuständigen Mitarbeiter die weitere Bearbeitung durchführten. Sie notierten, dass die zusätzliche Kontrolle aufgehoben wurde, ob die Bearbeitungsfrist eingehalten wurde und ob der Brief eine zusätzliche Kontrolle erforderte. Mit Hilfe farblicher Reiter wurde die Art der Durchsicht (mit und ohne Antwort, persönlich von den Mitarbeitern des Apparats überprüft, Aufenthalt vor Ort, Miteinbeziehung der öffentlichen Institutionen und des Aktivs, getroffene Maßnahmen bezüglich der ver-

⁹⁵ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 10.

⁹⁶ Als spravka (справка) wird im Russischen eine Bescheinigung, eine Bestätigung, Auskunft oder ein Nachweis sowie ein Attest bezeichnet.

⁹⁷ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 10.

antwortlichen Personen, deren Verhalten den Brief an das ZK ausgelöst hat), aber auch die Ergebnisse der Überprüfung (ob positiv entschieden, ob die Fakten sich ganz oder nur teilweise bestätigt haben, Antwort an Antragsteller oder Brief abgelehnt) notiert.⁹⁸

Betont wurde die thematische, formale und geografische Unterteilung. Ausführliche Zusammenfassungen wurden monatlich erstellt. Nach der Aufhebung der Kontrolle sowie nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist im Briefsektor wurden die Materialien gesondert nach jedem Antragsteller in den Akten festgehalten.

Die Sachbearbeitung in Bezug auf mündliche Beschwerden wurde von technischen Sekretären im ZK durchgeführt. Die Sprechstunden der Leitung der Abteilungen wurden halbjährlich festgelegt und von den Sekretären bestätigt. Dafür gab es ebenfalls spezifizierte Karteikarten. Die Kartothek wurde nach Jahren und Rayons geführt sowie alphabetisch sortiert. Die speziellen Reiter auf den perforierten Karteikarten bedeuteten, dass die Angelegenheit noch nicht gelöst wurde.⁹⁹

⁹⁸ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 11.

⁹⁹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 13.

3.2.1. Die Organisation der Arbeit mit Briefen der Werktätigen bei den Institutionen der Partei

Nach einem Beschluss des Kollegialorgans beziehungsweise der Leitung in einem Ministerium oder Amt wurde ein Angestellter bestimmt und ihm die Organisation der zentralisierten Führung der Arbeit mit den mündlichen und schriftlichen Beschwerden übertragen. Der Angestellte sollte die Leitung über die Arbeit mit Briefen informieren sowie ihre Beschlüsse ausführen beziehungsweise an die Ausführenden weiterleiten. Er sollte auf termingerechte Durchsicht der Briefe achten. Die analytische Arbeit mit Briefen (Erstellung der Zusammenfassung, thematische Übersicht und spravka), die Vorbereitung der Materialien über die Arbeit mit den Briefen der Werktätigen für die Sitzungen der Kollegialorgane, die Überprüfung der Arbeit mit den Briefen in Einrichtungen und Ministerien sowie Formierung und Aufbewahrung der Akten der Autoren, das Eintragen der Veränderungen beziehungsweise Ergänzungen und die Ausgabe der Akten an die Ausführenden oblag ebenfalls seinem Verantwortungsbereich.¹⁰⁰

Die Briefe an das ZK und an andere Parteiorganisationen mussten in unterschiedliche Kategorien – von Anträgen zu Kaderfragen bis hin zu mündlichen Beschwerden – unterschieden werden. Die Unterscheidungskriterien zur Bearbeitung der mündlichen und schriftlichen Eingaben mussten zuerst definiert und dann Empfehlungen zu Fragen der Registrierung, der Abwicklung, des Umgangs mit Briefen von konkreten Absender, mit anonymen und kollektiven Briefen sowie Anfragen der Deputierten entwickelt werden. Als Letztes sollte eine gewisse Ordnung der Register- und Kontrollkarten, die Komplettierung der Kartothek bestimmt und ein Archiv für die Akten der Briefe der Werktätigen, Aufbewahrungsfristen der Briefe und der dazugehörigen Materialien eingerichtet werden.¹⁰¹

Zuerst legte man fest, welche Briefe von den Angestellten des Apparats beziehungsweise unter deren Kontrolle bearbeitet werden mussten, welche Briefe an die zuständigen Institutionen weitergeleitet werden inklusive der Mitteilung an den Autor und welche Briefe die Weiterleitung nicht benötigen. Als Nächstes wurde erläutert, ob eine zusätzliche Kon-

¹⁰⁰ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 5-6.

¹⁰¹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 5-6.

trolle beziehungsweise Aufhebung der Kontrolle erfolgen sollte. Ebenso mussten Überprüfungsfristen zur Kontrolle der Briefe, die eine zusätzliche Überprüfung oder andere Maßnahmen erfordern, festgelegt werden. Hinsichtlich der Formation der gesamten spravka (über die Ergebnisse der erstmalig und wiederholt eingegangenen Briefe und deren Überprüfung) mussten Übersichten erstellt werden. Auch der formelle Rahmen in der Berichterstattung von Angestellten in Bezug auf diejenigen Briefe, die zur Überprüfung an das jeweilige Ministerium beziehungsweise Amt oder ein höher stehendes Organ gesendet wurden, musste entwickelt werden.¹⁰²

Des Weiteren musste bestimmt werden, von wem welche analytische Tabellen sowie Notizen in den Ministerien geführt werden sollten und wie oft die Analyse erfolgen sollte. Es wurde unter anderem festgelegt, wie die Überprüfung der analytischen Tabellen beziehungsweise spravkas und wie oft die Berichterstattung über die Qualität, den Charakter und die Ergebnisse erfolgen sollte. Auch eine Ordnung für Berichtzusammenfassung, Zusammenfassung kritischer Anmerkungen und Vorschlägen, die die Werktätigen während der Zusammentreffen mit der Leitung äußerten, musste ausgearbeitet werden.¹⁰³

¹⁰² Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 6-7.

¹⁰³ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 7-8.

3.2.2. Archivierung der Briefe der Werktätigen

Zum Ersten legte man Aufbewahrungsfristen, Ausarbeitung einer Klassifizierung der Akten für Briefe der Werktätigen und die Ordnung für die Verwendung der Archivmaterialien und der Zusammenfassungen fest. Zum Zweiten wurde eine Person bestimmt, die für die Aufbewahrung, Komplettierung und Veränderung der Akten verantwortlich war. Über die Fristen für die Aufbewahrung, die Verlängerung der Fristen und die Übergabe in das staatliche Archiv mussten die Institutionen der Partei ebenfalls eine Entscheidung treffen.¹⁰⁴

Es gab immer wieder neue Ordnungen und Ergänzungen zur Archivierungspraxis. Im Folgenden wird die Archivierungspraxis im Jahr 1985 beschrieben: Im laufenden Archiv wurden die Akten chronologisch aufbewahrt. In jeder Akte wurden die Briefe chronologisch geordnet. Die Akten der Autoren, die sich mehrmals an das ZK wandten, wurden gesammelt im Archiv aufbewahrt, dies galt auch für die Materialien wiederholter sowie mehrmaliger Briefe. Die Akten mit Beschwerden gegen die Mitarbeiter der Nomenklatura wurden im Parteiarchiv aufbewahrt. Die briefbezogenen Materialien in Form von spravka, Übersichten, Notizen wurden jährlich nach Ablauf der fünfjährigen Aufbewahrungsfrist an das Parteiarchiv am Institut für Parteigeschichte am ZK der LKP übergeben.¹⁰⁵

¹⁰⁴ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 8.

¹⁰⁵ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 12.

3.2.3. Beispiel der Berichterstattung

„[...] Im Jahr 1983 wurden von den Mitarbeitern des ZK [der KPdSU] 92% der an das ZK der LKP adressierten Beschwerden über das Fehlverhalten der leitenden Angestellten (836 Briefe) kontrolliert. Die Mitarbeiter des Apparats haben 43% der Beschwerden wegen des unwürdigen Verhaltens, davon 34% mit Besuch vor Ort und 57% mit Weiterleitung an Partei-, Sowjet- und andere Organe, davon 49 Prozent mit Antwort an das ZK der LKP überprüft.

Für die Überprüfung von 157 Briefen mit Beschwerden wegen unwürdigen Verhaltens wurden Kommissionen gegründet. Die Ergebnisse von 122 Briefen wurden in den Sitzungen von Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorganen sowie in Betriebsversammlungen besprochen; in 187 Beschwerden haben sich die geäußerten Fakten bestätigt und über die Beschuldigten wurden diverse Strafen verhängt.

In den Jahren 1982 bis 1983 haben sich Fakten in 49 Prozent der Briefe über unwürdiges Verhalten der Angestellten völlig oder teilweise bestätigt (im Jahr 1982 in 395 Briefen, im Jahr 1983 in 410 Briefen).

Ein bedeutender Teil der Briefe über unwürdiges Verhalten der Angestellten ist ohne Unterschrift. Im Jahr 1982 hat das ZK der LKP 694 (72 Prozent von der Gesamtzahl der Briefe solchen Ursprungs), im Jahr 1983 602 Briefe (66 Prozent) erhalten. Die Überprüfung zeigte, dass in jedem zweitem Brief ohne Unterschrift die Fakten sich bestätigt haben (im Jahr 1982 – 333, im Jahr 1983 – 273. [...])“¹⁰⁶

¹⁰⁶ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 9-10.

3.3. Berichte 1980-1985 – Blick ins Innere der Partei

3.3.1. Entwicklung in den Jahren 1977, 1978 und 1979

Die Jahre 1977, 1978 und 1979 waren von Themen wie fehlende Disziplin der Arbeiter, Dienstmissbrauch und Verletzung des Statuts der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beherrscht. Es gab diverse Briefe, die den Bereichen der Produktion, der Enteignung sozialistischen Guts und der ungerechten Kündigungen oder Versetzungen gewidmet waren.¹⁰⁷

Insgesamt waren im Jahr 1979 fast ein Viertel der Briefe anonym und ca. vier Prozent kollektive Briefe, es wurden mehrere Dutzend Personen von diversen Sachbearbeitern empfangen.¹⁰⁸ Von Vilnius kam die Mehrheit der Briefe, Kaunas war an zweiter Stelle. Aus 19 Rayons trafen gar keine Briefe ein.¹⁰⁹

Über 80 Prozent der Briefe wurden von den Mitarbeitern des ZK bearbeitet, davon wurden über die Hälfte an Parteikomitees sowie Ministerien weitergeleitet. Fast ein Zehntel der Briefe seien vor Ort überprüft worden.¹¹⁰

Es wurde sehr detailliert berichtet, in wie vielen Briefen sich die Fakten ganz, teilweise oder gar nicht bestätigt hatten und dass die Anzahl der Briefe, die positiv beantwortet worden waren, sich vergrößert habe, unter anderem beispielsweise bei Fragen betreffend Wohnraum.¹¹¹

Die KP erklärte es für notwendig, die Arbeit mit den Briefen der Arbeiter zu verbessern, die Analyse zu vertiefen, die Ursachen zu erforschen sowie unter strenger Kontrolle Entscheidungen zu treffen.¹¹²

¹⁰⁷ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 2.

¹⁰⁸ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 2.

¹⁰⁹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 2.

¹¹⁰ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 2.

¹¹¹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 3.

¹¹² Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 5.

Die Berichte zeugen vom Druck, unter dem sie verfasst worden sind. Die Analysen waren unübersichtlich; die Inhalte sowie Prozentangaben wurden vielfach wiederholt. Exemplarisch wurden Inhalte herausgefiltert und als zumeist positiv dargestellt.

Im Jahre 1980 schrieb ein Instruktor der Abteilung für allgemeine Angelegenheiten des ZK eine geheime spravka über die Überprüfung der Beschlüsse der Arbeit der Litauischen Konsumunion bezüglich der Konsultationen für Partei-, Sowjet- und anderer Organisationen der Republik (vom 25. April 1979).¹¹³

Der Bericht erfolgte in der üblichen Form: Anzahl und Themen der Briefe, Vor-Ort-Besichtigungen, positive Bescheide etc. Auffallend war das Verlangen nach mehr analytischer Arbeit mit den Briefen. Notwendig sei die Verbesserung des persönlichen Empfangs der Arbeiter; sie sei wichtige Quelle der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung.¹¹⁴ Beklagt wurde in der spravka, dass die Fixierung der Konsultationszeiten mit entsprechenden Namen und Uhrzeiten der Sprechstunde wenig Beachtung beim Vorstand sowie den Abteilungsleitern fand. In den meisten Fällen sei die schriftliche Bearbeitung erwähnt worden und der persönliche Empfang nur in groben Zügen erläutert worden. Dies zeuge von der Missachtung der mündlichen Eingaben.¹¹⁵

Das für die Bearbeitung der Briefe zuständige Personal sei inkompetent.¹¹⁶ Die Kritik anderer Organisationen verlange mehr Ordnung vor allem „im eigenen Apparat“.¹¹⁷ Es reiche nicht, Verordnungen und Vorschläge zu formulieren, man müsse sie auch realisieren; daher wurden konkrete, sofortige und praktische Lösungen im System der Litauischen Konsumunion gefordert.¹¹⁸

Eine eigene Abteilung in der Berichterstattung bildeten die wiederholt eingelangten Briefe beim ZK von 1979 bis Mai 1980.

¹¹³ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 7. An der Überprüfung nahmen teil der Inspektor der Gruppe der Briefe vom Ministerrat der LSSR und der Inspektor des Komitees für Volkskontrolle.

¹¹⁴ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 7.

¹¹⁵ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 9.

¹¹⁶ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 9.

¹¹⁷ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 10.

¹¹⁸ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 10.

Rund 40 Prozent der im Jahre 1979 und 1980 wiederholt eingetroffenen Briefe betraf das Thema „Wohnen“. ¹¹⁹ Fast die gleiche Anzahl der wiederholten Briefe betraf im Jahr 1979 das fehlerhafte Verhalten der leitenden Angestellten und Verletzungen des Statuts der KPdSU sowie Arbeitsfragen und ungerechte Kündigungen (jeweils ca. 10 Prozent).

Warum wurden Briefe wiederholt gesendet? Einerseits schien eine der Ursachen die Weiterleitung der Briefe vom ZK an Partei-, Sowjetorgane, Organisationen und Lehreinrichtungen zu sein, was die Bearbeitung verzögerte, andererseits waren die Briefe der Werktätigen nicht rechtzeitig bearbeitet worden, was wiederholte Briefe hervorrief. ¹²⁰

Eine der weiteren Ursachen der wiederholten Briefe war, dass die Zusagen seitens der Institutionen kurz- oder längerfristig verzögert eingehalten oder gar nicht eingehalten wurden. So im Brief von Frau M. wurde beklagt, dass die Nachbarn illegal eine Garage errichtet hätten und das Garagentor den Zugang zur Straße versperrte. Die Angelegenheit wurde vor Ort überprüft, vom Stadtbauamt wurde ein Beschluss zur Entfernung der Garage erlassen. Die Erfüllung des Beschlusses wurde nicht kontrolliert, weswegen Frau M. an das ZK drei weitere Briefe schickte. ¹²¹

Eine weitere Ursache bestand laut ZK darin, dass seitens der Stadt-, Rayon- und Sowjetorgane eine rechtzeitige Lösung der Probleme nicht erfolgte und mit dem leitenden Personal, das die Staats- und Parteidisziplin verletze und amoralisches Verhalten zulasse besonders liberaler Umgang gepflegt werde. ¹²²

Die Mitarbeiter des ZK leisteten akribische Arbeit: *„Die Analyse der wiederholt eingelangten Briefe zeigt: 450 der Antragssteller haben im Laufe des Jahres 1979 zweimal geschrieben, 79 dreimal, 35 viermal, 16 fünfmal, drei sechsmal, zwei siebenmal, ebenfalls zwei neunmal und eine Person elfmal“*. ¹²³

¹¹⁹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 13.

¹²⁰ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 13.

¹²¹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 14.

¹²² Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 14.

¹²³ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 16.

Es wurde weiterhin für notwendig erklärt, einen anspruchsvolleren Zugang und eine anspruchsvollere Überprüfung der in den Briefen geäußerten Fakten zu betreiben. Das ZK betonte jegliche „Ausrottung des Schlendrians“ sowie die Unterlassung des unverantwortlichen und formell-bürokratischen Zugangs zu Entscheidungen der in den Briefen hervorgebrachten Fragen der Werktätigen.¹²⁴

Am 2. März 1979 sagte Breschnew bei einem Treffen eines Wahlkreises: *„Jeder sowjetischer Mensch könnte davon überzeugt sein, dass Teilhabe an staatlichen Angelegenheiten, dass seine Meinung, seine Stimme erhört und bei der Erarbeitung großer und kleiner Entscheidungen berücksichtigt werden.“*¹²⁵

Noch im selben Jahr und im ersten Halbjahr 1980 trafen zum Thema Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung sowie zu Streitigkeiten im Bereich Arbeit über 8000 Briefe beim ZK ein. Diese thematisierten neben den Verstößen in der Arbeitsgesetzgebung und ungerechten Kündigungen unter anderem Bitten nach der Verbesserung der Bezahlung und der richtigen Verteilung der Prämien.¹²⁶ Vor allem sei es die Aufgabe der Gewerkschaften, mehr auf die *„rechtmäßige Kultur“* der Verantwortlichen bei der Einstellung und Kündigung zu achten und die persönliche Verantwortung bei der Umsetzung des Rechts im Bereich der Arbeitsbeziehungen zu bedenken.¹²⁷

¹²⁴ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 16.

¹²⁵ Zitat übernommen aus: Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 24.

¹²⁶ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 18.

¹²⁷ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 20.

3.3.2. 1980

3.3.2.1. Exkurs – Parteistadtkomitee von Alytus

Da das Zentralkomitee forderte gleiche Berichterstattung von allen Parteirayons und – stadtkomitees. Im Folgenden wird dies anhand einer Kleinstadt im Südwesten von Litauen, Alytus, exemplifiziert.

Im Bericht des Parteistadtkomitees von Alytus aus 1980 wurde angemerkt, dass in den vergangenen drei Jahren in den Sitzungen über 20 Mal Punkte zur Arbeit mit den Briefen auf der Tagesordnung gestanden waren.¹²⁸ Manche Vorsitzende wurden wegen der Verletzungen der pädagogischen Ethik und des Verlusts der parteilichen Bescheidenheit abgemahnt beziehungsweise zur parteilichen Verantwortung gezogen.¹²⁹ Erstens wurde mehr Verantwortung der Kader in den ersten Parteiorganisationen gefordert und zweitens wurde eine beachtliche Aufmerksamkeit der kommunistischen Erziehung der Arbeiter geschenkt.

Im genannten Parteikomitee wurden mehrere Maßnahmen unternommen, um bessere Arbeit mit den Briefen der Einwohner zu gewährleisten. Es wurden zum Beispiel Kommissionen aus Parteimitgliedern, Deputierten und Personen mit Führungsverantwortung gegründet.¹³⁰ In die Tagesordnung der Parteiorgane wurde auch die Arbeit mit den Briefen aufgenommen. Es gab sogar eine Tafel, ein sogenanntes schwarzes Brett, auf dem die Dynamik der letzten fünf Jahre nachvollziehbar gemacht wurde; auf einem anderen Brett wurde eine Analyse präsentiert, woher die Briefe stammten (Werke, Organisationen, Kolchosen etc.), sogar „*die Analyse über den Empfang der Bürger*“ stand auf der Tafel.¹³¹

Es wurden unzählige Parteiveranstaltungen erwähnt, daher entsteht die zwingende Annahme, dass es keine einzige Parteiveranstaltung mehr gab, in der die Briefe nicht zum Thema gemacht worden wären.

¹²⁸ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 21.

¹²⁹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 21.

¹³⁰ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 22.

¹³¹ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 23.

Die meisten Briefe, die an das Parteistadtkomitee von Alytus adressiert worden waren, betrafen das Fehlverhalten von Personen mit Führungsverantwortung und Dienstmissbrauch.¹³² Man sprach sogar über die Produktivität in der Arbeit mit den Briefen und man sei darüber erfreut, dass aus den höheren Parteiorganisationen weniger Briefe eintrafen.¹³³

Da im Jahr 1978 ein Viertel der eingelangten Briefe anonyme Beschwerden betraf, wurde ein ganz besonderer Umgang zur Regel – die Gründung der Kommissionen. Eine wichtige Rolle spielten die Resolutionen der Parteisekretäre. Eine Resolution im Beschwerdewesen ist eine Notiz der ersten Parteisekretäre, die meist die Entscheidungsrichtung und Fristen der Entscheidung vorgab. Offensichtlich wurde der Arbeit mit den Briefen eine ganz besondere Rolle zugesprochen, da zum Aufgabenbereich der Sekretäre auch der Empfang der Bürger gehörte.¹³⁴

Die Hälfte der mündlich vorgebrachten Beschwerden wurde sofort gelöst, bei 30 Prozent dauerte es fünf bis 15 Tage und bei 20 Prozent mehr als 15 Tage. Themen und Problematik der mündlichen Beschwerden bezogen sich im Jahr 1980 zur Hälfte auf Wohnungsfragen.¹³⁵

In Alytus wurde sogar eine Volksuniversität gegründet mit dem Ziel die „rechtliche Propaganda“ voranzutreiben. In den Jahren 1977 bis 1980 wurden über 3000 Vorlesungen von Juristen gehalten. Da aus dem Rayon Alytus Unmengen Eingaben beim ZK eingingen, mussten die Vorsitzenden der Kolchose, der Werke etc. mehr Berichte zur Lage der Arbeit mit Briefen der Werktätigen verfassen.¹³⁶

Vorgesehen war ein System, das nicht nur zu den Zahlen, sondern auch zur Thematik der Briefe Aussagen treffen sollte. Mehr Beachtung sollten diejenigen Briefe finden, in denen über das Fehlverhalten der leitenden Funktionäre berichtet wurde samt Analyse der Konfliktsituationen und deren Prophylaxe. Die Partei nannte folgende Aufgaben: *„Sicherstellen, dass die an die Bittsteller und Besucher gegebenen Versprechungen über die Aus-*

¹³² Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 24.

¹³³ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 24.

¹³⁴ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 25.

¹³⁵ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 26.

¹³⁶ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 27.

*sicht auf positive Lösung strenger kontrolliert werden. Und das ist nicht immer der Fall.“ [...] „Versichern, eine tiefe und detaillierte Analyse jeder schriftlichen oder mündlichen Beschwerde zu garantieren, indem auf jede einzelne Frage in der Beschwerde eingegangen wird, und prinzipielle Parteibewertung jedem Kommunisten zuteilwerden soll, der die Verletzungen begangen hat“.*¹³⁷

Über die massenhaften Briefe der Bürger wurde nach einem bestimmten System berichtet. Zuerst wurde erwähnt, wie viele Briefe insgesamt im entsprechenden Jahr an das ZK der LKP eingetroffen waren und dann ein zahlenmäßiger Vergleich zum vergangenen Jahr gezogen. Als Nächstes wurden die wiederholt eingegangenen Briefe erwähnt; der Vergleich mit dem vergangenen Jahr zog sich durch den gesamten Bericht. Des Weiteren sprach man von den Briefen, die aus dem ZK der KPdSU an das ZK der LKP weitergeleitet wurden. Nicht unerwähnt blieb auch die Entscheidung, wie viele Eingaben positiv entschieden wurden, wie viele Fakten sich bestätigten und wo die Beschwerden sinnlos blieben. All dieses geschah in Zahl- und Prozentangaben. In derselben Form folgten Berichte über die Stadt- und Rayonkomitees. *„Bei den Exekutivkomitees von Stadt- und Rayonkomitees der Sowjetvolksdeputierten sind im laufenden Jahr 53.411 Stellungnahmen und Beschwerden eingegangen, mündlich haben sich 39.496 Besucher an diese Exekutivkomitees gewandt.“*¹³⁸

Einen bedeutenden Einfluss auf die Bearbeitung der Briefe hatten Verordnungen des Generalsekretärs der ZK, der KPdSU sowie des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Genossen Breschnew, über die Überprüfung der Lage in der Litauischen SSR seitens des ZK der LKP. Die große Zahl der Eingaben betreffend Wohnungsfragen blieb auch hier nicht unerwähnt wie auch der Missbrauch bei der Ver- und Zuteilung des Wohnraums. Fälle von Korruption vonseiten der Vorgesetzten wurden gemeldet.

¹³⁷ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 28.

¹³⁸ Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 41.

3.3.2.2. Presse und Medien 1980¹³⁹

Eine der Maßnahmen in der Verbesserung der Arbeit mit Briefen und der Organisation des Empfangs der Arbeiter waren „Tage des Offenen Briefes“. Sie wurden von Redaktionen der staatlichen Zeitungen und Zeitschriften in Absprache mit den Parteikomitees, Sowjet- und Wirtschaftsorganen und öffentlichen Organisationen in Städten und Rayons durchgeführt.¹⁴⁰ Über Termine und Daten erfuhren die Leser durch Zeitungen und Zeitschriften, durch Institutionen und Bildungseinrichtungen. Es erforderte diverse und allseitige Vorbereitungen, wie zum Beispiel Einrichtung der Briefkästen in den Institutionen, Öffnung öffentlicher Empfangsstellen. Exemplarisch erwähnt sei hierbei der „Tag des Offenen Briefes“ bei der Zeitung „Sowjetisches Litauen“ („Tarybinė Lietuva“) zum Thema „Ihre Freizeit“ im Rayon von Švenčioniai. Man berichtete von 180 eingegangenen Briefen mit kritischen Anmerkungen und Vorschlägen zum Thema „kulturelle Versorgung“. Die Durchsicht und Lösung wurden leitendem Personal des jeweiligen Rayonkomitees, des Exekutivkomitees, den Vertretern des Ministeriums für Handel und für Gesundheitsschutz und der staatlichen Agentur „Druck-Union“ anvertraut.¹⁴¹

Auch in mehreren Städten und Rayons wurden solche Tage von diversen Zeitungen durchgeführt und in den Sitzungen der Stadt- und Rayonkomitees besprochen. Es erschienen Zeitungsartikel von Parteisekretären über die am „Tag des Offenen Briefes“ aufgedeckten Missstände.¹⁴²

Jede Zeitung und Zeitschrift organisierte periodisch einen solchen Tag. Am „Tag des Offenen Briefes“ zum Thema „Wie werden Sie versorgt?“ gingen 150 Briefe ein, es gab ein Treffen mit Stadtbewohnern und hochrangigen Vertretern der Partei, diverser Institutionen und Ministerien. Solche „Tage-Treffen“ wurden von der Hauptredaktion der Briefe und den soziologischen Rechercheteams von Fernsehen und Radio veranstaltet. Außer-

¹³⁹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 46.

¹⁴⁰ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 46.

¹⁴¹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 47.

¹⁴² Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 48.

dem gab es in der Redaktion der Zeitschrift „Sowjetische Frau“ („Tarybinė Moteris“) regelmäßige Treffen mit Frauengruppen, welche 30-40 Anwesende zählten.¹⁴³

Es wurden Werke, Kombinate und Fabriken aufgezählt, deren Arbeiter ungefähr 700 Vorschläge, Anzeigen und Beschwerden einreichten. Das Büro des Leninschen Rayonkomitees der Stadt Vilnius verpflichtete Parteiorganisationen unverzügliche und höchstmögliche Aufklärung der in den Briefen der Werktätigen gestellten Fragen zu leisten.¹⁴⁴

In die Redaktionen des Fernsehens und des Radios gelangten immer mehr Briefe über die Missstände im Gesundheitswesen, deshalb berichtete die Zeitschrift „Leuchtturm“ („Švyturys“) in mehreren Ausgaben über medizinische Themen. Die Publikationen riefen breite Aufmerksamkeit der Leser hervor.¹⁴⁵

Die „Tage des Offenen Briefes“ halfen dabei, die öffentliche Meinung der Leser zu aktuellen Fragen zu verstehen und operativ auf die Nöte und Anfragen zu reagieren.¹⁴⁶

¹⁴³ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 49.

¹⁴⁴ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 50.

¹⁴⁵ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 50.

¹⁴⁶ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 50.

3.3.3. 1981

Genosse Breschnew sagte am XXVI Parteitag der KPdSU: *„Briefe und Anträge der Arbeiter besitzen gewaltige Bedeutung als Kanal einer lebendigen Verbindung der Partei mit den Massen. Im unbegrenzten Vertrauen an die Partei wenden sie sich mit offenem Herzen an diese in elementarsten Fragen des öffentlichen Lebens, des Arbeits- und Alltagslebens, offen teilen sie mit der Partei ihre Vorstellungen und Sorgen mit und kritisieren vorhandene Mängel. Das ZK misst in der Arbeit mit Briefen der rechtzeitigen Reaktion große Bedeutung bei.“*¹⁴⁷

Anzumerken ist, dass das ZK die Arbeit mit Briefen positiv beurteilte; es berichtete über die Maßnahmen zur Verstärkung der staatlichen Hilfe für kinderreiche Familien sowie zur Verbesserung der sozialen Versorgung der Bevölkerung. Selbst im Angesicht dessen, dass die Partei von Abertausenden von Briefen überschwemmt wurde, strotzte sie vor Selbstlob.

*„Eine verbindliche Norm des Lebens der Kommunistischen Partei ist demokratischer Zentralismus, welcher zum Teil engste Verbindung vom Zentrum und Peripherie, leitender Parteiorgane und Massen bedeutet, wobei diese Verbindung gegenseitig ist. Einen wichtigen Platz diesbezüglich nimmt die Verbreitung und Verstärkung dieser Verbindung mit den Massen der Werktätigen ein. In Wirklichkeit ist die Form dieser Verbindung Briefe der Werktätigen, ihr Appell an Partei- und Sowjetorgane, Gewerkschaften und Wirtschaft, Redaktionen der Zeitungen und Zeitschriften.“*¹⁴⁸

*„[...] Lenin bezeichnete Briefe der Werktätigen als die wahren menschlichen Dokumente“.*¹⁴⁹ Die Verbindung zu Ego-Dokumenten von Schulze wird hier sichtbar. Die in einer Diktatur lebenden Bürger haben in gewisser Weise freiwillig erzwungene Aussagen in Form der Briefe geschaffen. *„Er [...] [Wladimir Iljitsch Lenin] verlangte hinter jedem*

¹⁴⁷ Zitat übernommen aus: Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 2.

¹⁴⁸ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 1.

¹⁴⁹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 2.

Brief einen echten Menschen zu sehen, die Briefe einfühlsam und aufmerksam zu betrachten, rechtzeitig Entscheidungen zu treffen, deren Durchführung zu kontrollieren.“¹⁵⁰

Die LKP verstand die Briefe der Werktätigen als einen neuen Impuls für die Vervollkommnung aller Partei- und Staatsarbeit und beurteilte sie *„als Anzeichen wachsenden Vertrauens der Arbeiter in ihre Kommunistische Partei, als Ergebnis des rechtmäßigen Wachstums der Führungsrolle der Partei und der kontinuierlichen Entwicklung der sozialistischen Demokratie.*“¹⁵¹ Die Partei dankte ihrer Führung und den öffentlichen Organisationen, dass sie die elementaren Nöte und Anfragen rechtzeitig lösten und dass *„über Jahrzehnte von keinem der Arbeitskollektive Beschwerden mehr eintreffen“.*¹⁵²

*„Man kann behaupten, dass es keine Seite des Lebens, keine aktuellen Fragen des Partei- und des Staatslebens gibt, die auf die eine oder andere Art nicht in den Briefen beinhaltet ist. In diesen wirklichen menschlichen Dokumenten spiegeln sich die Breite des Horizonts und die Urteilsreife des sowjetischen Menschen und ihre aktive bürgerliche Position wider.“*¹⁵³

Bedauert wurde, dass die positive Wirkung nicht einen größeren Grad erreichte und dass immer noch Anzeichen von Formalismus und Bürokratismus vorhanden waren.¹⁵⁴

Manche Parteikomitees befolgten keine gesetzlichen Termine hinsichtlich der Durchsicht der Briefe. Denn die Briefe, Stellungnahmen oder Beschwerden mussten innerhalb eines Monats nach Erhalt beantwortet werden. War dies nicht der Fall, weil die Beschwerde einer zusätzlichen Überprüfung unterzogen werden musste oder andere Organe eingeschaltet wurden, musste die Bearbeitung innerhalb weiterer 15 Tage erfolgen.¹⁵⁵ Briefe

¹⁵⁰ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 2.

¹⁵¹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 4.

¹⁵² Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 4.

¹⁵³ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 5.

¹⁵⁴ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 7.

¹⁵⁵ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 8.

der Armeeinghörigen mussten binnen sieben Tagen bearbeitet werden, in Ausnahmefällen binnen maximal 15 Tagen.¹⁵⁶

Die Partei beklagte in ihren Reihen Formalismus. Denn neben der üblichen Praxis des Nichteinhaltens der Fristen war die Weiterleitung zur Durchsicht an andere Organisationen, ohne den Brief genau gelesen zu haben, üblich.

Im XVI Plenum des ZK der LKP wurde betont, dass jeder Leiter die politische sowie erzieherische Bedeutung gegenüber Bittstellern verstehen sollte. Politische Bedeutung beinhaltete das aufmerksame, wache und respektvolle Zuhören und alles Notwendige zu unternehmen, damit Hilfe geleistet werden konnte. Außerdem müsse die Leitung ehrlich sein, keine Angst haben, die Wahrheit auszusprechen und in der Lage sein, keine unrealistischen Versprechungen zu machen.¹⁵⁷

Die Arbeit mit Vorschlägen, Anzeigen und Beschwerden durch die Organe des Staatsamtes waren in den Normen des Administrativ- und Prozessrechts reguliert und in der Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjet SSSR vom 12. April 1968 und in der Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjet SSSR vom 4. März 1980 festgehalten.¹⁵⁸

Ziel der Ergebnisse des XXVI Parteitages der KPdSU war eine grundlegende Richtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der SSSR von 1981 bis 1985 und bis 1990 für die Partei und das Volk zu bestimmen.¹⁵⁹

Auf dem XXVI Parteitag betonte Breschnew: „...in der Verteilung des Wohnraums muss besondere Aufmerksamkeit, Objektivität und wenn Sie wollen Ordnung sein. Alles muss an die Teilnahme an öffentlichen Organisationen geknüpft sein und streng kontrolliert werden.“¹⁶⁰

¹⁵⁶ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 9.

¹⁵⁷ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 26.

¹⁵⁸ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 27.

¹⁵⁹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 31.

¹⁶⁰ Zitat übernommen aus: Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 36.

Pro Monat kamen ca. 100 Briefe vom ZK der KPdSU. Die Abteilung für Briefe im ZK KPdSU verlangte, zusätzliche Antworten vorzubereiten und befahl strengstens, die Briefe der Arbeiter mit größerer Sorgfalt und keineswegs oberflächlich durchzusehen.¹⁶¹

Angesichts der Durchführung der Beschlüsse „Über die Maßnahmen der weiteren Verbesserung der Arbeit mit Briefen im Lichte des XXVI Parteitages der KPdSU“ beschäftigten sich mehrere Parteiorganisationen, darunter Kollegialorgane des ZK der LKP, Stadt- und Rayonkomitees, das Präsidium des Obersten Rates, der Ministerrat, der Republikrat der Gewerkschaften, das Komitee der Volkskontrolle, die Staatsanwaltschaft sowie Volksdeputierte der Städte. Es wurden Themen wie Erhöhung der Produktivität für Massenwaren, für Lebensmittel und Wohnungsbau hervorgehoben. Ca. 500 Sitzungen gab es zu der entsprechenden Thematik im Jahr 1981.¹⁶² Von den oben genannten Institutionen wurden regelmäßig Kontrollen durchgeführt sowie Sitzungen und Seminare organisiert.¹⁶³ Seitens der Staatsanwaltschaft wurde die Aufsicht der Einhaltung der Gesetze verstärkt.¹⁶⁴ Es wurden Fragen von der „Begrenzung der Pelztierhaltung“ bis hin zur Alimentenverpflichtung der Eltern herausgehoben.¹⁶⁵ Man suchte nach effektiverer Bearbeitungsform der Briefe sowie nach einem einheitlichen Systems der Analyse und Kontrolle der Briefe.¹⁶⁶

Kritische Briefe wurden von der Zeitung „Советская Литва“ („Sowjetlitauen“) in den Rubriken „Разговор ведет читатель“ („Das Gespräch führt der Leser“), „Из почты этих дней“ („Aus der Post dieser Tage“), „Под контроль масс“ („Unter Kontrolle der Massen“), Юридическая служба („Juristischer Dienst“) publiziert.¹⁶⁷

¹⁶¹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 53.

¹⁶² Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 54.

¹⁶³ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 55.

¹⁶⁴ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 56.

¹⁶⁵ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 57.

¹⁶⁶ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 59.

¹⁶⁷ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 60.

Im Laufe des Jahres 1981 erhielten die kommunistischen Institutionen 88 000 Briefe und es wurden 91 000 Besucher empfangen.¹⁶⁸

Im Jahr 1981 war das Hauptthema der Briefe „Wohnraum“. Im Plan für den Wohnungsbau in der LSSR im Jahr 1981 stand: „*In Notunterkünften wohnen 53 529 Personen (über 17 000 Familien). Zum 1.1.1982 sind zur Erteilung des Wohnraums registriert: Kommunalwohnung (Gemeinde) 109 100 Personen (alle Familienmitglieder 327 100), Kooperativwohnung (Genossenschaft) 30 500 Personen, individueller Bau 2000 Personen.*“¹⁶⁹

¹⁶⁸ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 61.

¹⁶⁹ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 74.

3.3.4. 1982

Im Jahr 1982 wurden Pläne zur Überprüfung der Arbeit mit Briefen der Werktätigen seitens der Mitarbeiter des ZK der LKP, des Obersten Rates, des Ministerrates sowie des Komitees der Volkskontrolle und Staatsanwaltschaft der Litauischen SSR vorgelegt.

Es handelte sich dabei um Berichte zu Arbeit, Organisation und Lage, zum öffentlichen Empfang (Sprechstunden) und zur Einhaltung der Verordnung des ZK der KPdSU „Über Maßnahmen der Verbesserung der Arbeit mit den Briefen und Vorschlägen der Werktätigen im Lichte der Beschlüsse des XXVI Parteitags der KPdSU“. Des Weiteren wurde die Vermeidung der Konfliktsituationen und Vorbeugung der Ursachen, die die Beschwerden „erzeugen“, punktuell erwähnt.¹⁷⁰

Von Februar bis Juni 1982 fanden die „Tage des Offenen Briefes“ in verschiedenen Städten beziehungsweise Rayons und in diversen Zeitungen meist zu „allen Fragen“ statt.¹⁷¹

Die Themen waren neben den üblichen Forderungen nach Wohnraum, besserer medizinischer Versorgung und sozialer Sicherung teilweise neu: unzureichende Heizungsversorgung des Wohnraums, Verbesserung der Qualität der Fernseher, Vergünstigungen und Ermäßigungen für Teilnehmer des „Großen Vaterländischen Krieges“ und die „*Verstärkung des Kampfes gegen kollektive Trinkereien in den Betrieben, Institutionen und öffentlichen Organisationen der Republik*“.¹⁷² Die allgemeine Abteilung des ZK bemühte sich die Vorkommnisse „*aktiv zu untersuchen*“.¹⁷³

Das ZK der LKP führte im Jahr 1982 ein neues System für die Bearbeitung der schriftlichen und mündlichen Beschwerden ein. Die Inventur und Analyse erfolgte nach einer inhaltlichen Klassifikation. Man beabsichtigte, ein einheitliches System in allen Verwaltungsorganen der Republik zu schaffen. Gemeinsam mit den Wissenschaftlern der Vilniusser Parteihochschule wurden Musterprogramme zur Erforschung der Arbeit mit den Briefen und Konfliktsituationen entwickelt. Das Ziel war es, die wertvolle Information

¹⁷⁰ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 3.

¹⁷¹ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 5.

¹⁷² Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 7.

¹⁷³ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 12.

operativ herauszufiltern, die in Form von Beschwerden geäußerte Problematik zu erkennen sowie Maßnahmen und Schritte zur Lösung des Problems einzuleiten.¹⁷⁴

Seit 1982 fanden die wissenschafts- und praxisorientierten Konferenzen zum Thema Arbeit mit den Briefen und Organisation der Bürgersprechstunden in Städten und Rayons statt.¹⁷⁵

Mit der Überlegung, die Verbindung mit den Massen zu stärken veranstalteten die Parteiorganisationen seit dem Jahr 1966 periodische Treffen mit den Bürgern.¹⁷⁶ Bedauert wurde, dass noch nicht alle Führungskräfte die Bedeutung dieser Form der Arbeit verstanden hatten und die Sache formell angingen.¹⁷⁷

Die wichtigste Funktion aller Parteiorganisationen war die Realisierung sozialer und wirtschaftlicher Pläne, die Erfüllung des politischen und erzieherischen Auftrags der Partei und die Weiterführung der kommunistischen Idee, um das Ziel der engsten Verbindung mit den Massen zu erreichen. Der Unterschied zu den Bourgeoisie-Staaten bestünde in der indigenen Verbindung zwischen Partei und Volk. *„Es ist gut die Stimmung und Hoffnung der sowjetischen Menschen zu wissen, deutlich sich vorzustellen, worin der Auftrag des Volkes besteht [...]. Andererseits ist es der wichtigste Kanal, womit der Staat die Massen beeinflussen, sie erziehen und mobilisieren sowie zur Lösung der vorhandenen Aufgaben bewegen kann.“*¹⁷⁸ Die Briefe wurden von der Partei als *„Beteiligung der Massen in der Regierung des Staates“* und als *„unerschöpfliche Informationsquelle über das Leben und die Nöte des Volkes“* gesehen.¹⁷⁹ Die Partei hatte sich die Arbeit mit Briefen als eine der wichtigsten Aufgaben gestellt. Sie sei die Pflicht eines jeden Arbeiters und jeden Leiters der Partei gegenüber dem Volk und der Partei; immer dann, wenn etwas Wichtiges im Leben des Volkes oder der Partei geschehe, erhalte man mehr Briefe der Werktätigen.¹⁸⁰ Um die Briefzahl zu begrenzen, fingen die städtischen und Rayonsinstitu-

¹⁷⁴ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 14.

¹⁷⁵ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 17.

¹⁷⁶ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 19.

¹⁷⁷ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 22.

¹⁷⁸ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 29.

¹⁷⁹ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 29.

¹⁸⁰ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 30.

tionen der Partei an, das Volk zu innen- und außenpolitischen Themen zu informieren, weil „*ein informierter Mensch weniger unüberlegte Fragen hat und weiß, an wen er sich wenden soll, was seine Rechte und Pflichten sind*“.¹⁸¹ Die Bearbeitung der Briefe lag im Zentrum der Parteiorganisationen. Das Ziel der Partei war, ständig die „*Öffentlichkeit*“ und „*breite Bevölkerungskreise*“ über die verschiedenen Maßnahmen, die auf Grund von zahlreichen Beschwerden getroffen worden waren, zu informieren.¹⁸² In diesem Zusammenhang tauchte das erste Mal der Begriff der Öffentlichkeit auf. Dort, wo die Parteileitung die Meinung der Werktätigen, die Initiative und das Bewusstsein der Öffentlichkeit wahrnehme und bemüht war, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, gäbe es keine Gründe und Anlässe für Beschwerden und umgekehrt.¹⁸³ Die Partei versuchte, das Phänomen der massenhaften Briefe über alles andere zu stellen. Aus ihrer Sicht hatte sie genug Personalreserven, das Problem aber lag darin, dass das Verhalten mancher Parteifunktionäre immer noch sehr von Formalismus und Bürokratismus geprägt war. Die Partei kam zur Einsicht, je mehr Entscheidungen vor Ort (in Betrieben und Fabriken, in Städten und Rayons) getroffen werden würden, desto weniger Beschwerden würden beim ZK ankommen. Es wurde betont, dass die Arbeit mit den Briefen nicht nur die Weiterleitung an zuständige Adressen sei. Wichtig sei, wie es in der KPdSU längst die Praxis sei, dass die Partei ständig über den Charakter der Briefe informiert sei, dass es keine mechanische Arbeit sei und man die Briefe nicht mit „ja“ oder „nein“ beantworten könne.¹⁸⁴

Es kamen zunehmend mehr anonyme Briefe mit Beschwerden über die Leitung. Die Autoren erklärten dies damit, dass sie nicht in Konflikte mit der Leitung geraten wollten und für die geäußerte Kritik verfolgt werden wollten beziehungsweise in objektive und in kompetente Lösung und Durchsicht der Beschwerde nicht vertrauten.¹⁸⁵

In einem Bericht an das ZK der KPdSU schrieb das ZK der LKP, dass die Briefe der Werktätigen, die beim ZK der LKP und bei Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen eingingen, von der vollständigen Zustimmung der Innen- und Außenpolitik der Partei

¹⁸¹ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 33.

¹⁸² Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 35.

¹⁸³ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 35.

¹⁸⁴ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 37.

¹⁸⁵ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 48.

zeugten sowie innige Dankbarkeit dem ZK der KPdSU, der Regierung sowie dem Genossen Breschnew ausdrückten. Ebenso dankte das ZK für die Erfüllung und Weiterführung der Arbeit Lenins, für die Verbesserung des Wohlstands der Werktätigen, ihrer Arbeit und ihrer Freizeit.¹⁸⁶

In die Praxis der Parteikomitees wurde die immerwährende Berichterstattung zur Lage der Briefe, zur Kritik und den Vorschlägen der Werktätigen seitens der jeweiligen Leitung gegenüber den jeweiligen Kollektiven aufgenommen.¹⁸⁷

Man sprach sogar vom „*unaufhörlichen Fluss*“ der Briefe an das ZK der LKP.¹⁸⁸ Die Mehrheit der Briefe im Jahr 1982 betraf das Thema Wohnraum. An zweiter Stelle lag der Dienstmissbrauch. Die Anzahl der Briefe ohne Unterschrift wuchs ebenfalls.¹⁸⁹

Nach dem Plenum des ZK der KPdSU im November 1982 erhöhte sich in der litauischen Sowjetrepublik die Anzahl der Briefe, die die prinzipielle Frage der Stärkung des Kampfes gegen Unwirtschaftlichkeit, Augenwischerei, Verletzungen der Staats-, Arbeits- und Produktionsdisziplin sowie Aneignung des sozialistischen Eigentums behandelten.¹⁹⁰

Im Dezember 1982 organisierte die allgemeine Abteilung des ZK der LKP eine Versammlung mit Vertretern der Redaktionen der Zeitschriften und Zeitungen, mit Fernsehen und Radio wegen des höheren Wirkungsgrades der Presse auf die öffentliche Meinung.¹⁹¹

Für die Prüfung der Briefe wurden ständig neue Kommissionen im ZK, Stadt- und Rayonkomitees gegründet. Das ZK bemühe sich, das Gewicht der Arbeit mit den Briefen in die jeweiligen Arbeitskollektive zu verlegen und die Arbeit nach dem Wohnort zu erledigen. Jeden Monat fanden in allen Städten und Rayons „Polittage“ statt.¹⁹²

¹⁸⁶ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 55.

¹⁸⁷ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 58.

¹⁸⁸ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 60.

¹⁸⁹ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 61.

¹⁹⁰ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 63.

¹⁹¹ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 65.

¹⁹² Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 66.

Als Form der Verbindung mit den Massen organisierte die Partei auch ländliche Zusammentreffen, Tage der Betriebe oder Tage der Brigade. Besserer Information der Bevölkerung dienten auch Radio- und Fernsehforen.¹⁹³

Laut ZK brachte die Arbeit die erwarteten Resultate: es verringerte sich die Anzahl wiederholt eintreffender Briefe. Der Zustrom der Briefe zum Thema „Wohnraumzuteilung und Verbesserung der Wohnbedingungen“ reduzierte sich; im Jahr 1980 waren dies 76 Prozent, im Jahr 1982 67,5 Prozent aller eingelangten Petitionen.

¹⁹³ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 66.

3.3.5. 1983

Auch im Jahr 1983 wurden Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit mit Briefen an alle Stadt- und Rayonkomitees unterbreitet.¹⁹⁴ Allgemeines Material in Form von spravka wurde in einem „speziellen Container“ in einer Informationsgruppe des ZK der LKP gesammelt.¹⁹⁵ Mit dieser Dokumentation wurden alle verantwortlichen Mitarbeiter bekanntgemacht.

Inspektoren vor Ort (in Stadt-, Rayonkomitees, Gewerkschaften, ersten Parteiorganisationen) wurden informiert und besprachen die Ergebnisse der Arbeit mit Briefen mit der Leitung der allgemeinen Abteilung im ZK sowie den Sekretären des ZK.¹⁹⁶ Berichtet wurde auch von den Briefen, die bei Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Radio eingegangen waren und Fragen, die während der Polittage an die Vortragenden und Lektoren gestellt wurden.

Im Bericht über die Arbeit der Verwaltung des Werks für Kunststoffherzeugnisse ging hervor, dass „für die Prüfung eines jeden Antrags eine Kommission gegründet“ wurde.¹⁹⁷ Die Antworten an die Antragssteller erfolgten schriftlich. Sprechstunden für die Werktätigen wurden so organisiert, damit die Arbeiter beider Schichten ihre Arbeitszeit nicht beeinträchtigten.¹⁹⁸ De facto konnten sich die Arbeiter mit ihren Bitten und Beschwerden an die Zuständigen in ihrer Freizeit wenden.¹⁹⁹

Das ZK der LKP richtete alle seine Kräfte auf die Verbesserung „der Kultur der Arbeit“ mit Briefen der Werktätigen.²⁰⁰ Es wurde mehr analytische Arbeit gefordert. Die Berichtserstattungspraxis sah folgend aus: Einmal jährlich mussten die leitenden Parteiangehörigen die erste Parteiorganisation beziehungsweise das Politbüro über die Briefe informieren. Den Ratschlägen von Lenin aus dem Jahr 1921 folgend, wurde darauf hingewie-

¹⁹⁴ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 1.

¹⁹⁵ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 1.

¹⁹⁶ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 2.

¹⁹⁷ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 8.

¹⁹⁸ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 8.

¹⁹⁹ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 8.

²⁰⁰ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 27.

sen, dass solche Berichte nicht seltener als einmal monatlich erforderlich wären, damit den Massen „*die Möglichkeit der Kritik der sowjetischen Institutionen und derer Arbeit erteilt wird*“.²⁰¹

Um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, wurden die Berichte im Radio übertragen. So konnten beispielsweise in einer Geflügelfabrik in Kaišiadoriai die Arbeiter all jener Werkshallen, wo ein Telefon vorhanden war, Fragen an den Direktor stellen, der mindestens einmal jährlich Stellung zu den Briefen nahm.²⁰²

Immer wieder wurde betont, dass durch diverse Maßnahmen (zum Beispiel „Tag der Betriebe“) breitere Bevölkerungskreise und mehr Öffentlichkeit erreicht werden müssten.²⁰³ Zunehmend mehr an Popularität gewannen die Übertragungen im Fernsehen, wo die Vertreter diverser Ministerien auf die Fragen der Bevölkerung eingingen.²⁰⁴ Zu einem solchen Bericht gehörte auch die selbstkritische Betrachtung der Partei: „*Wir haben keinen Grund für volle Zufriedenheit; in diesem wichtigen Bereich der Partei- und Staats-tätigkeit gibt es noch immer Fehler, Leerlauf und Nachlässigkeit*“.²⁰⁵

Die Aussage, dass alle Briefe bei allen Institutionen eingereicht werden konnten, wurde relativiert. „*Querulanten, Intriganten und Denunzianten fänden darin Gefallen*“ und richteten moralischen oder materiellen Schaden ein.²⁰⁶

Im Jahr 1983 betraf jeder dritter Brief das Thema Wohnraum.²⁰⁷ Für jeden Brief wurden zwei perforierte Karten ausgefüllt. Jede Karte wurde mit einer ausführlichen Annotation versehen, die Inhalt und Charakter der Fragen, Form des Briefes sowie sozialen Status des Autors beinhaltete.²⁰⁸

²⁰¹ Zitat übernommen aus: Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 28.

²⁰² Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 30.

²⁰³ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 32.

²⁰⁴ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 33.

²⁰⁵ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 33.

²⁰⁶ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 35.

²⁰⁷ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 66.

²⁰⁸ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 76.

Immer mehr Briefe schilderten Probleme, die „*Verbesserung der Verteilung und der Erziehung der Kader, Vervollkommnung des Arbeitsstils und der Arbeitsmethoden in den ersten Parteiorganisationen*“ betrafen.²⁰⁹

Neben der statistischen Analyse der wiederholt eingegangenen und der kollektiven Briefe wurde ein Augenmerk auf die „soziale Struktur“ der Absender gelegt, „*die Teilnehmer und Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges, Familien der gefallenen Soldaten, Pensionäre, Arbeitsveteranen, alleinerziehende Mütter sowie Familien mit mehreren Kindern und Mitglieder der kommunistischen Partei*“.²¹⁰ Besondere Aufmerksamkeit wurde den Briefen geschenkt, die vom ZK der KPdSU ankamen und beantwortet werden mussten. Dafür waren Aufenthalte vor Ort vorgesehen sowie die Gründung von Kommissionen, die das Problem untersuchten.²¹¹

Bemängelt wurde, dass Partei- und Sowjetorgane noch immer keinen Einfluss auf die Verbesserung „*der erzieherischen Arbeit besonders in den Organisationen und Institutionen, wo keine Möglichkeit zur sachlichen Kritik gegeben ist und die Menschen zur anonymen Form der Äußerung fliehen*“ hätten. Somit war die Anzahl der Briefe zur Hemmung beziehungsweise Unterdrückung der Kritik gewachsen.²¹²

In einem Großteil der Briefe der Werktätigen waren die Missstände in der Arbeit der Kolchos- und Sowchosleitung beschrieben worden: Verantwortungslosigkeit, Diebstahl, Verschwendung der staatlichen Mittel und bürokratisches Verhalten gegenüber den Dorfbewohnern.²¹³

Die kommunistische Partei war bemüht, die Ausbildung der Kader hinsichtlich der Arbeit mit Briefen zu fördern. In der Parteihochschule in Vilnius wurden Kurse angeboten, die Methoden der Analyse der Briefe beinhalteten. In der Stadt Jonava wurden zwei Tage lang jeweils eintägige Seminare abgehalten.²¹⁴ Abgesehen davon wurden seitens der All-

²⁰⁹ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 60.

²¹⁰ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 61.

²¹¹ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 63.

²¹² Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 64.

²¹³ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 67.

²¹⁴ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 79.

gemeinen Abteilung und der Abteilung der Agitation und Propaganda des ZK der LKP in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistik der Universität Vilnius Ratschläge für die Analyse und Berichterstattung in Medien und Presse erarbeitet.²¹⁵

Auch im Sektor der Briefe der Allgemeinen Abteilung im ZK wurden Weiterbildungen für die Mitarbeiter der Rayon- und Stadtpresse organisiert.²¹⁶

²¹⁵ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 80.

²¹⁶ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 80.

Exkurs – Arbeit mit den Briefen in der Zeitung „Panevėžio tiesa“ („Wahrheit von Panevėžys“) ²¹⁷

Wie bei allen Zeitungen und Zeitschriften waren alle Redaktionsmitarbeiter der „Panevėžio tiesa“, die in Panevėžys, einer Großstadt im Norden Litauens erschien, dazu verpflichtet, die Briefe zuerst zu bearbeiten.

In erster Linie untersuchten die Mitarbeiter die notwendigen Briefe und bereiteten sie für den Druck vor. Von den Ergebnissen der Untersuchung wurden der Leiter der Abteilung für Briefe, der Redaktor und der Autor des Briefes unterrichtet. Einmal wöchentlich berichtete die Leiterin der Abteilung für Briefe in der Redaktionsbesprechung zur Lage der Arbeit mit Briefen berichtet.

Alle eingehenden Briefe wurden zuerst in einem Buch registriert, dann wurden sie vom Redakteur und der Leitung der zuständigen Abteilung gelesen. Der Redakteur leitete die Briefe mit einer Resolution an Journalisten weiter, von denen die Briefe bearbeitet werden sollten. Entweder wurde ein Brief für den Druck vorbereitet oder es erfolgte die Antwort an den Autor und die Überprüfung geschah dann vor Ort oder der Brief wurde an die Verantwortlichen der zuständigen Organisation beziehungsweise des Werks weitergeleitet. Für jeden einzelnen Brief wurde eine Karteikarte eingerichtet. Diese sollte helfen, die Verfolgung der Bearbeitung besser nachzuvollziehen. Aufbewahrt wurden die Karteikarten in der Abteilung für Briefe. Die bereits veröffentlichten Briefe wurden von den Journalisten in die Briefabteilung zurückgegeben. Die Briefe wurden archiviert und für drei Jahre aufbewahrt. Bis Februar 1982 wurden die Briefe in den großen Umschlägen aufbewahrt; darin enthalten war der jeweilige *„Brief, die Antwort an den Autor und das dazugehörige Material“*, aber *„auf Grund des Mangels der Umschläge im größeren Format, wurde das System der Aufbewahrung nicht mehr betrieben“*, aber ab 1. Januar 1984 wollte man wieder zu dem System auf Grund seines Fortschritts zurückkehren.²¹⁸ Die Antworten wurden von der Leiterin der Briefabteilung hinsichtlich der Qualität und der termingerechten Erledigung kontrolliert. Es wurde gefordert, termingerecht und höflich zu antworten; falls der Brief nicht zur Veröffentlichung geeignet war, mussten die Gründe –

²¹⁷ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 10-15.

²¹⁸ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 11.

Nachteile und Vorteile – erklärt werden. Falls ein Brief zur Verbesserung zurückgegeben wurde, musste genau erklärt werden, was verbessert werden sollte, damit dieser veröffentlicht werden konnte.

Die Journalisten fuhren vor Ort, um die Hintergründe der Briefe zu recherchieren. In komplizierteren Fällen wurden Kommissionen gegründet, die Spezialisten oder die verantwortlichen Mitarbeiter wurden einberufen. Falls ein Brief an weitere Organisationen gesendet wurde, wurde der Autor darüber informiert. Wenn die Briefe an weitere Institutionen weitergeleitet wurden und die Fakten sich bestätigt hatten, wurde darüber in den Rubriken „Iš nepaskelbtų laiškų“ („Aus nicht veröffentlichten Briefen“), „Mums atsako...“ („Antwort an uns...“) sowie „Po to kai rašėme“ („Nach dem wir berichtet haben“) berichtet.²¹⁹ Falls die Bearbeitung des Briefes längere Zeit in Anspruch nahm, wurden die Autoren darüber informiert.

In den Werken und Betrieben haben „freie Korrespondenten“ gearbeitet. Von diesen kamen die meisten Briefe. Die Zeitungsredaktionen seien bemüht gewesen, mehr Briefe zu veröffentlichen und „*neue Formen ihrer Nutzung*“ zu finden.²²⁰ Neben den Rubriken „Darbininko žodis“ („Wort des Arbeiters“), „Iš redakcijos pašto“ („Aus der Redaktionspost“), „Klauskite atsakome“ („Sie fragen – wir antworten“), „Juridinė konsultacija“ („Juristische Konsultation“) sowie „Laiškas pakvietė korespondentą“ („Ein Brief lud Korrespondenten ein“) wurden die Briefe auch eigensinnig zur Findung neuer Themen für die Leitartikel genutzt. Seit 1981 wurden auf Grund der Erfahrung der Zeitungen „Tiesa“ („Wahrheit“) und „Vakarinės naujienos“ („Abendnachrichten“) „thematische Tage des Briefes“ veranstaltet, um die Verbindung der Leser mit der Zeitung zu stärken und von Nöten und Sorgen, aber auch von kritischen Anmerkungen zur Arbeit der Institutionen und Organisationen zu berichten. Auf die schriftlichen Anfragen an die leitenden Organe bekamen die Leser schriftliche Antworten. Ein ausführlicher Bericht von den „Tagen des Briefes“ wurde in der Zeitung publiziert.

²¹⁹ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 11.

²²⁰ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 12.

Auf Initiative einer Zeitung wurde sogar eine Fakultät für Journalistik an der „Volksuniversität“ gegründet. Für sie schrieben mehr als 300 freie Korrespondenten, 50 Absolventen hat die Fakultät hervorgebracht, rund ein Drittel davon waren Arbeiter.²²¹

De facto jedoch wurde die Redaktion vom Stadtkomitee der Partei kontrolliert. Es wurden Quartalspläne erstellt, und über die Erfüllung der Pläne und die „Arbeit mit den Massen“ musste berichtet werden.²²²

Vom ZK wurde bemängelt, dass die wichtigeren Briefe in den Redaktionsbesprechungen nicht besprochen wurden und direkt von den Mitarbeitern der Redaktion zu wenige Fälle gelöst wurden. Man fahre insgesamt zu wenig vor Ort, um die Missstände aufzuklären.²²³

Entsprechend der zugespitzten internationalen Lage habe man mehrere Briefe zur Außenpolitik der Sowjetunion bekommen. Die Leser äußerten Unmut betreffend *„Anstiftungs- und Aggressionspolitik der Imperialisten in den USA und dem Präsidenten R. Reagan, Verletzungen der atomaren Parität auf der Welt [...] Der Vortrag von [...] Andropov und die Maßnahmen der Sowjetischen Regierung in Sachen der Erhaltung des Friedens und der Antwort gegen NATO und USA haben große Zustimmung bei den Lesern erfahren“*.²²⁴

Die Allgemeine Abteilung des ZKs riet den Redaktionen, wenn möglich, täglich die Leserbriefe zu veröffentlichen.

²²¹ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 13.

²²² Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 14.

²²³ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 15.

²²⁴ Fond 1771, Bestand 261, Akte 210, S. 81.

3.3.6. 1984

Die Abteilung für Propaganda und Agitation informierte die Sekretäre im ZK der LKP jedes Quartal über die Arbeit mit Briefen in der Presse und den Medien.²²⁵

Im Auftrag der Abteilung für Propaganda und Agitation wurden am Institut für Journalistik der staatlichen Universität Vilnius Vorschläge zur Vervollkommnung des Systems der Kontrolle und Registrierung sowie der Methoden der Analyse der Briefe der Werktätigen erarbeitet. Die Tradition mit Tagen, Wochen, Dekaden des Briefes, Gespräche mit den Lesern, Leserkonferenzen sowie Zusammentreffen der Journalisten wurde fortgesetzt. Diese Maßnahmen würden die Qualifikation der Pressemitarbeiter verbessern; mit solchem Ziel wurde ein „Camp-Seminar“ in Molėtai organisiert, in dem die Verantwortlichen des ZK auftraten.²²⁶

Die überwiegende Anzahl der Briefe, die an die Abteilung der Propaganda und Agitation adressiert worden war, waren Briefe der Gläubigen. Als vom „*klerikalem Extremismus inspiriert*“ wurden die Briefe betitelt. Diese hätten „*unbegründete Forderungen*“ enthalten.²²⁷ Im Zusammenhang hiermit leiteten die Mitarbeiter der Abteilung eine „*große Aufklärung unter der Bevölkerung und der katholischen Kirche*“ ein; im Jahr 1983 wurden zwei Sammelbände und mehr als 90 Artikel, die den „*klerikalen Extremismus entlarven*“, publiziert.²²⁸

Des Weiteren klagte das ZK darüber, dass die Leserbriefe in unterschiedlichen Zeitungen nach unterschiedlichen Kriterien analysiert wurden.²²⁹ Die Abteilung für Propaganda und Agitation kritisierte die Arbeit der Redaktionen. Diese hätten die Sprechstunden für die Leser nicht genau definiert, Besucherlisten nicht geführt und die leitenden Redakteure nicht informiert.²³⁰

²²⁵ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 2.

²²⁶ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 3.

²²⁷ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 4.

²²⁸ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 4.

²²⁹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 4.

²³⁰ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 5.

Unter den Beschwerden an das ZK war ein Teil, der die Verstöße der leitenden Angestellten gegen die Vorschriften der staatlichen Disziplin, Entwendung des sozialistischen Eigentums sowie Unwirtschaftlichkeit beinhaltetete.²³¹

Die Werktätigen klagten in ihren Briefen über fehlerhaften Arbeitsstil und -methoden, über Inkompetenz sowie groben Umgang und Gleichgültigkeit gegenüber den menschlichen Bedürfnissen. Die Leitung ignorierte das Statut der KPdSU, die Normen der kommunistischen Moral und missbrauche den Dienst.²³² „In jedem dritten Brief“ aus diversen Rayons in der litauischen SSR kamen Beschwerden über die Leitung im Bau-, Gesundheits-, Transport- und Handelswesen sowie über Partei- und Sowjetarbeiter. In den meisten Beschwerden waren die Kolchosvorsitzenden und Sowchos-Direktoren die Adressanten. Diese wurden „*der Korruption, Spekulation mit defizitären Medikamenten, Inkompetenz, [...] unmoralischem Verhalten oder Dienstmissbrauch mit dem Ziel persönlicher Bereicherung*“ beschuldigt.²³³

Als ein Signal der aktiven Beteiligung wurden kollektive Briefe sowie anonyme Briefe angesehen. Die meisten betrafen Landwirtschaft und soziale beziehungsweise Haushaltsfragen.²³⁴

Interessanterweise wurde sogar die Anzahl der Institutionen („37 (oder die Hälfte) Betriebe, Kolchose, Sowchose, Lehreinrichtungen, Organisationen und Schulen“²³⁵) notiert, aus denen keine Briefe an das ZK adressiert worden waren.

Bei der Erfüllung der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU wurden im Rayonkomitee von Raseiniai losungsgemäß Programme der sozialen und kulturellen Entwicklung, Verbesserung der erzieherisch-politischen Arbeit, immerwährende Information der Bevölkerung zu Innen- und Außenpolitik, Propaganda sowjetischer Gesetzgebung und Erhöhung der Transparenz hinsichtlich der Arbeit mit Briefen proklamiert.

²³¹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 6.

²³² Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 6.

²³³ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 7.

²³⁴ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 11.

²³⁵ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 13.

Immer mehr geriet das Problem des Wohnraums ins Visier. In den Jahren 1981 bis 1983 erreichte „die Erschließung der Kapitaleinlagen zu 108,3 Prozent, der Wohnraumnutzung auf Kosten der Betriebe 112 Prozent, Wohnraumnutzung auf persönliche Kosten 135 Prozent und auf Kooperativ- beziehungsweise Genossenschaftskosten 100 Prozent“.²³⁶

Auch über die Versorgung der Familien der Gefallenen und Kriegsinvaliden sowie über die Problematik des Alltagslebens, wie Krippen, Kindergärten, Kantinen und Geschäfte musste das Rayonkomitee Bericht erstatten. Das Rayonkomitee betonte, dass die Briefe der Werktätigen vom Interesse in „Angelegenheiten der gesamten Parteiorganisation“ zeugten.²³⁷ Das Interesse wurde in Klagen über die Landwirtschaft, soziale Versorgung und Dienstmissbrauch deutlich. Dies fordere die „prinzipielle Bewertung“ der Lage.²³⁸

Das schriftliche Material würde dem Rayonkomitee helfen, die Bedürfnisse besser nachzuvollziehen und zu bewerten, die Stimmungen der Bevölkerung zu beobachten, die besonders schwachen Glieder aufzudecken und im Sinne der Entwicklung des Rayons Entscheidungen zu treffen. Dafür wurden „453 Politinformatoren, 655 Agitatoren und 290 Lektoren“ im Rayon eingesetzt.²³⁹

Im Jahr 1981 wurden 22730, im Jahre 1982 23316 und im Jahre 1983 27239 Schriftstücke an diverse Parteiorganisationen im Rayon gerichtet.²⁴⁰ Das ZK wies darauf hin, dass die Koordination der Sowjet-, Gewerkschafts-, Kontrollorgane im Rayon mangelhaft sei und deswegen die Ordnung der Bearbeitung der Briefe nicht fehlerfrei ablaufe.²⁴¹

Die meisten Briefe beinhalten Wohnraumproblematik, wie Zuteilung und Qualität, sowie Probleme in dem individuellen Bau wie Straßen-, Kanalisations-, Wasserleitungsverlegung sowie Telefonanschluss.²⁴²

²³⁶ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 18.

²³⁷ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 19.

²³⁸ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 19.

²³⁹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 20.

²⁴⁰ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 23.

²⁴¹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 23.

²⁴² Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 24.

Verschwenderischer Umgang sowie persönliche Bereicherung unter den Kommunisten war ein weiteres Thema. Dabei wurde mehr Einfluss des Rayonkomitees auf die entsprechenden Angelegenheiten gefordert.

Im Bericht der Abteilung für Bau und städtische Wirtschaft im ZK sprach man zunehmend von Briefen, die die ungerechte Wohnraumverteilung und den Dienstmissbrauch thematisierten. Auch im Bericht der Abteilung für Handel finden sich dieselben Themen wieder.²⁴³

Auffallend ist erstens, dass das Thema Wohnen/Wohnraum (Vergabe, Renovierung) gefolgt vom Dienstmissbrauch alle Berichte dominiert und zweitens, dass Briefe von Kriegsveteranen und -invaliden in den Berichten mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt wurden. Auch ein bürokratischer und formalistischer Zugang zu den Inhalten wurde betont, beispielsweise, dass die Berichte von den Abteilungen an das ZK nur auf Grund eines Telefonats mit der Leitung verfasst worden waren.²⁴⁴

Im Jahr 1984 wurde wiederholt beschrieben, was alles unternommen worden sei, um die Arbeit mit Briefen der Werktätigen zu verbessern; in der Kritik, die am Ende des Berichts üblicherweise folgte, wurde beteuert, dass leider noch nicht alle kollektiven und wiederholten Briefe von den Mitarbeitern des ZKs überprüft wurden und nicht alle Rayon- und Stadtkomitees schriftlichen oder mündlichen Eingaben genügend Aufmerksamkeit schenkten.²⁴⁵

Im Bericht an das ZK der KPdSU betonte die allgemeine Abteilung des ZK der LKP pathetisch die ständige Vervollkommnung der Arbeit mit den Briefen der Werktätigen in allen Parteiorganisationen der Republik. In den Sitzungen des Büros und des Sekretariats des ZKs der LKP wurden die Briefe „*allseitig und ausführlich*“ besprochen und es sei auf Vorbeugung der Ursachen, die die Beschwerden der Bürger hervorrufen, hingewiesen worden.²⁴⁶

²⁴³ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 37.

²⁴⁴ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 50.

²⁴⁵ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 66-70.

²⁴⁶ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 71.

Es wurden jährlich Koordinierungspläne zur Überprüfung der Arbeit mit den Briefen in den Ministerien, Behörden sowie einigen Arbeitskollektiven erstellt. Durchgeführt wurden sie von den Abteilungen des ZKs, dem Präsidium des Obersten Rats, dem Ministerrat, dem Komitee der Volkskontrolle und der Staatsanwaltschaft.²⁴⁷ *„Die Fragen der Arbeit mit den Briefen und die Organisation der Sprechstunden für Bürger stehen im Zentrum der Sowjet-, Wirtschafts- und öffentlichen Organisationen der Republik.“*²⁴⁸ Im Jahr 1984 wurden bedeutend mehr Bürger *„zu Abendstunden und an Wochenenden“* empfangen.²⁴⁹ Auch von der Betriebsleitung wurden die Berichte zur Arbeit mit Briefen von den Parteikomitees gefordert; so haben 6600 Betriebsleiter im Jahr 1984 Bericht vor den Kollektiven erstattet.²⁵⁰

Als effektive Form der Koordination der Arbeit mit den Briefen erwiesen sich Treffen im ZK, die in jedem Quartal stattfanden. Es nahmen Vertreter aus dem Präsidium des Obersten Rats, aus dem Ministerrat, dem Komitee der Volkskontrolle und der Staatsanwaltschaft, den Gewerkschaften, der Presse und den Medien teil. Bis zum Jahr 1983 wurden solche Treffen halbjährlich veranstaltet.²⁵¹ Vorschläge und kritische Anmerkungen, die in den Sitzungen besprochen wurden, wurden der Entscheidung in den Abteilungen des ZKs überlassen. Erst dann wurde die Briefabteilung für die Realisierung der getroffenen Maßnahmen hinzugezogen.²⁵² Danach erstellte die Briefabteilung einen Übersichtsplan, der wiederum an die Abteilungen im ZK sowie an die betroffenen Organisationen versandt wurde. Solche Pläne dienten der Vermeidung der Doppelüberprüfung sowie der *„wesentlichen Erhöhung des Überprüfungs niveaus“*.²⁵³

Die Parteiorganisationen würden immer noch die aktive Gestaltungsrolle in den pädagogischen Kollektiven meiden. In den pädagogischen Einrichtungen wurde unwürdiges Verhalten, Dienstmissbrauch der Direktoren, Verletzung der Finanz-, Arbeits- und der pädagogischen Ethik, Gewaltanwendung, nicht richtige Bewertung der Schüler, große

²⁴⁷ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 75.

²⁴⁸ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 76.

²⁴⁹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 76.

²⁵⁰ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 77.

²⁵¹ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 87.

²⁵² Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 88.

²⁵³ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 90.

Stundenbelastung für die Lehrer, unkorrektes, grobes und nicht objektives Verhalten der Schulleitung thematisiert.²⁵⁴

In einem geheimen Bericht aus dem Jahr 1984 kritisierte das ZK die unkorrekten Handlungen der Polizei, die Überschreitung der Befugnisse und Eigenmächtigkeit. Der geheime Bericht beinhaltete gewalttätige Handlungen, unrechtmäßige Festhaltungen sowie Wohnungsdurchsuchungen. Thematisiert wurden Gewalt, Verweigerung strafrechtlicher Verfolgung, absichtliche Verfahrensverlängerungen, Unterstützung von Kriminellen, niedrige Disziplin, Dienstmissbrauch, Alkoholmissbrauch und Korruption.²⁵⁵

²⁵⁴ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 92.

²⁵⁵ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 59.

Mündliche Eingaben

Mündliche Beschwerden wurden vom ZK aufgenommen und genauso wie die schriftlichen bearbeitet. In erster Linie wandten sich die Bürger bezüglich der Wohnraumproblematik (Renovierung, Wohnen in den Abbruchhäusern) an die Beschwerdestellen. Des Weiteren wurden die Arbeit der Verwaltungsorgane und das Beobachtung des Arbeitsrechts thematisiert.²⁵⁶ Vereinzelt wurden Probleme des Arbeitsstils in den Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und öffentlichen Organisationen sowie Missstände in den Kolchosen und Sowchosen angesprochen.²⁵⁷ Die Anzahl der mündlichen Beschwerden war 1984 gestiegen. Da in den Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und öffentlichen Organisationen die Arbeit des mündlichen Empfangs schlecht organisiert sei und immer mehr Leiter die Empfangsarbeit den einfachen Arbeitern übertragen würden, die Arbeitszeit missachteten, sowie die Durchführung nicht kontrollierten, wandten sich immer mehr Antragssteller an den Empfang im ZK.²⁵⁸

²⁵⁶ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 97.

²⁵⁷ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 98.

²⁵⁸ Fond 1771, Bestand 265, Akte 182, S. 100.

3.3.7. 1985

Das Staatskomitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR sowie Archivbehörden des Ministerrats arbeiteten eine neue Bestimmung der Arbeitsschritte in Bezug auf Vorschläge, Anträge und Beschwerden aus. An alle Behörden der LSSR wurden solche erklärenden Briefe ausgesandt. Doch nicht alle Ministerien und Ämter konnten diese umsetzen, zum Beispiel war in vielen Ministerien und Ämtern nicht festgelegt, wer für die Buchführung, Kontrolle und Analyse verantwortlich war.²⁵⁹

Abgesehen von der Reglementierung durch das ZK führten manche Behörden, die Ministerien unterstellt waren, keine ständige Kontrolle der Briefe durch. Der Erlass des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 4. März 1980 besagte, dass jeder leitende Angestellte nicht weniger als einmal im Jahr Bericht vor seinem Arbeitskollektiv erstatten sollte. In den meisten Ministerien und Behörden war das nicht der Fall.²⁶⁰

In vielen betrieblichen Bestimmungen fehlten die Angaben zu Lage und Kontrolle in der Arbeit mit den Briefen. Manche Instanzen hielten sich nicht an die Forderungen, Briefe und dazugehörige Materialien und andere Dokumente getrennt zu archivieren. Wiederum andere Instanzen vermissten die Bestimmung, „*welche Eingaben man für anonym halten sollte und wie die Registrierung derer erfolgen sollte*“ sowie den Umgang mit wiederholt eingegangenen Briefen.²⁶¹ In vielen Instruktionen in den Ämtern und Ministerien fehlten die Angaben, wie man mit den mündlichen Beschwerden umgehen sollte, welche Bearbeitungsfristen einzuhalten waren, in welchen Fällen die Frist verlängert werden konnte. Auch die Angaben zu Arbeit mit den vom ZK weitergeleiteten Briefen fehlten in den meisten Bestimmungen. In einem Teil der Instruktionen stand, dass die Arbeit mit Briefen „*nur einmal jährlich, ansonsten bei Bedarf*“ durchgeführt werden sollte.²⁶²

In den ersten drei Monaten des Jahres 1985 habe man eine Menge Briefe mit den Beschwerden über die Leitung der landwirtschaftlichen Organisationen und Betriebe erhalten, Unwirtschaftlichkeit, Dienstmissbrauch, gefälschte Bilanzen, Diebstahl des sozialisti-

²⁵⁹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 1.

²⁶⁰ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 3.

²⁶¹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 3.

²⁶² Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 5.

schen Eigentums, Verletzungen der Finanzdisziplin, Ignorieren der Beschlüsse der KPdSU und der Normen kommunistischer Moral. Mit Sorge wurde auf die steigende Tendenz der vorhin genannten Thematiken hingewiesen. Gegen einige Leiter wurden Strafprozesse eröffnet, mehrere leitende Personen wurden gekündigt.²⁶³ So hatten beispielsweise ein Kolchosvorsitzender und sein Agronom 14,5 Tonnen Kartoffeln schwarz verkauft und sich persönlich bereichert. In einem anderen Betrieb wurde unrechtmäßig Technik für die Abschreibung freigegeben, Baumaterialien entwendet und verkauft sowie „Autotransporte“ privat statt dienstlich genutzt.²⁶⁴ Außerdem habe man die untergebenen Arbeiter zum Bau eines Privathauses benutzt und den Dienstwagen für Privatzwecke genutzt.²⁶⁵ Beim ZK gingen Briefe ein, die die unzureichende Bestrafung der Leitung zum Thema hatten. Die Resolution „*diese Notiz an Stadtkomitees und Rayonkomitees der Partei senden, damit diese Maßnahmen zur Beseitigung der vorhandenen Missstände treffen.* Griškevičius P.P. 28. Mai 1985“²⁶⁶ des ersten Sekretärs der LKP war sinnlos, da die Willkür bereits seit vier Jahrzehnten bestand.

Die Beschwerde-Besprechungen weiteten sich mittlerweile auf Krankenhäuser und Trusts beziehungsweise Betriebsverbände von Restaurants und Cafés aus.

In einem Bericht an das ZK der KPdSU lobte die litauische Dependance die Pläne der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der Sowjetunion von 1986 bis 1990 und für die Periode bis 2000. Der detaillierte Bericht spiegelt das übliche Muster wieder (die Bereiche, Prozentangaben, persönlich oder von Kommissionen überprüft). Am Ende wurde beteuert, dass das Mikroklima in den Betrieben noch „genesungsfähig“ war, dass noch nicht überall der Kampf gegen Denunziantentum akzentuiert wurde und die Kommunisten und Parteilosen immer noch für Kritik von den Unterdrückern der Kritik verfolgt wurden.

Stolz berichtete das ZK, dass sich immer mehr Bürger während der Massenveranstaltungen äußerten. Davon wurden im Jahr 1985 17 668 in der LSSR organisiert. Sie dienten, so

²⁶³ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 35.

²⁶⁴ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 36.

²⁶⁵ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 37.

²⁶⁶ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 33-40.

die Partei, „*der Erhöhung der Aktivität der Bevölkerung*“.²⁶⁷ Im ZK selbst wurde die Mehrheit in der Abteilung für Außenbeziehungen empfangen. Auch im Jahr 1985 war das meist besprochene Thema der Wohnraum, davon Wohnen in Abbruchhäusern, Wohnen ohne WC und Waschgelegenheit sowie Wohnen unter fünf m² pro Person.²⁶⁸

Ein Kolchosarbeiter wandte sich mehrmals an das Rayonkomitee. Ihm wurde die Zuteilung einer Wohnung verweigert. Erst nach dem Intervenieren entsprechender Mitarbeiter aus dem ZK wurde ihm eine Zwei-Zimmer-Wohnung zugeteilt, weil er im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft hatte.²⁶⁹

Im letzten vorhandenen Bericht zur Arbeit mit Briefen der Werktätigen im Jahr 1985 und im ersten Quartal 1986 gab es fast keinen Bereich, in dem sich die Anzahl der Briefe nicht erhöht hatte. 200 Tage des offenen Briefes wurden 1985 veranstaltet. Das ZK forderte mehr Kontrolle bei der Überprüfung der Briefe bei den örtlichen Organen. Die Willkür und der Dienstmissbrauch in den Betrieben wuchsen. An erster Stelle standen Fragen zum Wohnraum und an die zweite Stelle rückte langsam das Thema des Verhaltens der Leitung in Betrieben.²⁷⁰

²⁶⁷ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 63.

²⁶⁸ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 65.

²⁶⁹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 65.

²⁷⁰ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 74.

3.3.7.1. Exkurs – Versorgung mit Nahrungsmitteln

Die Nahrungsmittelversorgung erreichte in den 1980-er Jahren noch kein einheitliches Niveau.²⁷¹ Besonders in den dörflichen Gegenden waren die Öffnungszeiten der Geschäfte und der Verkauf von Grundnahrungsmitteln nicht zufriedenstellend. Viele Geschäfte wurden geschlossen, weil der Verkauf von Lebensmitteln in nicht dafür geeigneten Räumen stattfand. Aus Sanitär- und Brandschutzmängeln wurde ein Geschäft einer Rayonkooperative geschlossen. Doch nach einer kollektiven Beschwerde an das Rayonexekutivkomitee der Stadt Kaunas wurde das Geschäft wieder geöffnet.²⁷² Nicht immer rechtzeitig, so die Bewohner der Stadt Druskininkai, wurde beim Bau eines neuen Mikrorayons an den Bau neuer Geschäfte gedacht. Nach mehreren Beschwerden an die Stadtorgane und einem kollektiven Brief an das ZK wurde statt *„einem Friseurgeschäft und einer Stelle für die Haushaltsversorgung ein [Nahrungsmittel]geschäft eröffnet.“*²⁷³ Ebenso wurde beklagt, dass es zu wenige Obst- und Gemüsegeschäfte sowie Konditoreien gäbe. In einem kollektiven Brief der Einwohner der Stadt Klaipėda wurde *„die richtige Organisation des Handels mit alkoholischen Getränken“* bemängelt und gefordert, den Handel woanders hin zu verlegen oder zu verbieten, da sich in der Nähe Kindergärten, Schulen sowie Wohnheime und Kinos befinden würden. Der Verkauf von Wodka fand von 12 bis 22 Uhr statt, rund um das Geschäft herrschte Unordnung und die örtlichen Organe hielten *„die Auflösung des Geschäfts für unzweckmäßig“*.²⁷⁴ In einem anderen Brief aus Vilnius forderte ein Bewohner, die Produktion der alkoholischen Getränke zu mindern, den Handel zu begrenzen, den Verkauf an den Wochenenden zu verbieten sowie Antialkohol-Propaganda zu aktivieren.

Die Spanne umfasste die Beschwerden von Ermäßigungen für die Kriegsinvaliden bis zu Diätkost in den Kantinen. In den letzten fünf Jahren sei die Versorgung der Bevölkerung in den Vordergrund gerückt. Die Waren, für die die Nachfrage besonders groß war, wurden nur gegen Vorlage von Einladungen verkauft. Auch auf diese Frage folgte ein großes Echo der Bevölkerung. Besonders stark wurde der Zustand in den Betrieben sowie Kade-

²⁷¹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 24.

²⁷² Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 25.

²⁷³ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 26.

²⁷⁴ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 26.

rauswahl und Dienstmissbrauch kritisiert. So wurde zum Beispiel ein korrupter Buchhalter versetzt, da er seine Position bei der Wohnungsvergabe missbraucht und sich selbst auf den ersten Platz gesetzt hatte. Doch nach einer Beschwerde im ZK und einer Besprechung im Exekutivkomitee des Rayons wurde er anstatt an den ersten auf den zweiten Platz gereiht.²⁷⁵

Es folgten mehrere kritische Signale seitens der Bevölkerung, die Kündigungen beziehungsweise Versetzungen erforderten. Es wurde bekannt, dass Briefinhalte seitens der Leitung verheimlicht wurden und dass nicht unverzüglich auf Anmerkungen in „*Büchern der Beschwerden und Vorschläge*“ reagiert wurde.²⁷⁶

Wie immer standen am Ende der Berichte utopische Losungen mit Forderungen nach mehr Kontrolle bei der Auswahl der Kader, besserer Verfolgung und Realisierung der Beschlüsse der Partei sowie mehr Produktivität für die Verbesserung der miserablen Lage der Bevölkerung.

²⁷⁵ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 29.

²⁷⁶ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 31.

3.3.7.2. Brot und Spiele im Dorf – zur Arbeit des Rayonkomitees Švenčioniai ²⁷⁷

Neben den „Polittagen“ und den „Tagen des Offenen Briefes“ wurden im zunehmenden Maß die „dörflichen Zusammenkünfte“ von der Partei ins Leben gerufen. Die Partei interessierte die Frage, wie die in der Peripherie lebende Masse, vor allem Pensionisten, die nicht mehr aktiv am Arbeitsleben teilnehmen konnten, die Politik der Partei verstand. Diese Zusammentreffen erwiesen sich schon beim Aufbau der kollektiven Wirtschaft als positiv. Solche Treffen standen im Kalender des Rayonkomitees und in den Plänen der Abteilung für Propaganda und Agitation. Die Organisation der genannten Treffen musste zwei Etappen durchlaufen: Zuerst erkundigte sich die Abteilung für Propaganda und Agitation bei den Exekutivkomitees der Kreissowjets, welche Anliegen die Bewohner des jeweiligen Dorfes hätten. Danach wurde die Leitung des Rayons informiert und die Presse geladen. Gemeinsam besuchte man dann die „dörfliche Zusammenkunft“. Fast bei jedem Treffen waren die Sekretäre der Rayons, die Vertreter des Volksgerichts sowie der Abteilung für soziale Angelegenheiten anwesend.²⁷⁸

Die Parteivertreter informierten die Bevölkerung zu den Beschlüssen der Partei und Regierung, zur internationalen Lage und zur Veränderungen im Alltagsleben. Die Zusammenkünfte wurden in Gesprächsform durchgeführt. Die Parteifunktionäre *„erzählten über die Lage und Probleme in der Volksversorgung, über die Lage der Pensionssicherung. [...] Menschen, besonders der älteren Generation, erinnern sich an die schwere Vergangenheit, vergleichen sie mit jetzigem Leben, freuen sich, wie das Gesicht des Dorfes, das Leben, der Interessenskreis und die geistigen Bedürfnisse sich verändert haben. Nicht selten enden die dörflichen Zusammenkünfte mit volkstümlichen Liedern der örtlichen Bevölkerung.“*²⁷⁹

In erster Linie sorgten sich die Dorfbewohner um die wirtschaftliche Lage. Die Partei sah ein, dass allmählich weniger Jugend vorhanden war; um diese zurückzubringen, war der Bau von Wohnraum, Geschäften, Kantinen, Kindergärten und Schulen mehr als notwendig. Die Willkür mancher leitender Angestellter wurde beklagt, sodass mehr „Erzie-

²⁷⁷ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 14-19.

²⁷⁸ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 14.

²⁷⁹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 15.

hungsarbeit“ in den Kolchosen und in den Farmen erforderlich wurde. Seitens der Bewohner wurde die Missachtung von städtischen Diensten beklagt – die unzureichende, öfters zu späte Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln, Probleme im öffentlichen Transport und in der medizinischen Versorgung.

Die Partei war stolz darauf, solche *„dörflichen Zusammenkünfte durchzuführen, man könne operativ die Probleme vor Ort lösen“*, deshalb konnte *„in den Rayonkomitees und in den anderen Einrichtungen des Rayons die Anzahl der Beschwerden und der Anträge bis zum Minimum reduziert werden“*.²⁸⁰ Darüber wurden Artikel in der Presse publiziert und Beiträge im Radio ausgestrahlt. Im Jahr 1983 wurden die *„dörflichen Zusammenkünfte“* fast in jedem Betrieb eines Rayons organisiert.²⁸¹ Ein Vorsitzender des Kreissowjets habe sich erinnert, wie sich *„das Dorf verändert hat und damit der Wohlstand seiner Bewohner, und welche Nöte noch immer bestehen. Ihm macht nur Sorgen, dass die Dorfbewohner zwar gut den Preis des Brotes kennen, aber verlernt haben, es zu schätzen und angefangen haben, es an das Vieh zu verfüttern.“*²⁸²

Die Zusammenkünfte schienen ein Erfolg zu sein. Zuerst wurde die Vergangenheit verunglimpft, dann aber positiv die Gegenwart betrachtet und erfreut in die Zukunft geblickt. Etwas nostalgisch umrahmt wurden die Treffen, indem man *„Nationalgerichte [vorbereitet hat], alte Volkslieder gesungen und getanzt [hat]“*.²⁸³ Nicht selten griffen auch die Vorsitzenden der Kolchose zum Akkordeon oder Ensembles spielten Volksmusik. *„Bei allen herrschte festliche Stimmung“*.²⁸⁴ Es wurde auch über manche Probleme gesprochen zum Beispiel *„über renovierungsbedürftige Straßen, für die Schüler ungünstige Abfahrtszeiten des Busses. Innerhalb von ein paar Tagen wurden die örtlichen verantwortlichen Organe in Kenntnis davon gesetzt und die Probleme wurden behoben“*.²⁸⁵ Die Dorfbewohner hatten immense Probleme mit Nahrungsmittel- und medizinischer Versorgung. Von oben (Partei) nach unten (Volk) erfolgte die Erziehung, Agitation und Propa-

²⁸⁰ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 15.

²⁸¹ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 16.

²⁸² Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 16.

²⁸³ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 17.

²⁸⁴ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 17.

²⁸⁵ Fond 1771, Bestand 268, Akte 209, S. 18.

ganda, aber in entgegengesetzter Richtung standen die existenziellen Ängste der Menschen.

Im Zentrum standen also der Aufbau und eine ständige Verbesserung eines enormen bürokratischen Regelwerkes zur Bewältigung der Arbeit mit Briefen. Tatsächlich war die Umsetzung schwierig. Über Jahre wiederholte Aufforderungen konnten nicht gewährleistet werden. Die Partei schaffte zwar mit den Weiter- und Fortbildungen, Seminaren, dem „Tage des Offenen Briefes“, den „Polittagen“ den öffentlichen Diskurs für sich einzunehmen, es gelang aber nicht die innere Akzeptanz der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

4. Zwischen Hilflosigkeit und Unzufriedenheit – der Weg zur Strategie

4.1. Instrumentalisierung der (Selbst)kritik

„Bereits in den zwanziger Jahren hatte sich die kommunistische Partei angesichts der Gefahr der gesellschaftlichen Polarisierung und der Fragmentierung des Klassenzusammenhalts mit der essentiellen Frage von „Kritik“ und „Selbstkritik“ konfrontiert gesehen. Das Prinzip der „guten“ Kritik war innerhalb der Partei willkommen, sollte aber an die euphorisch propagierte „gesellschaftlich nützliche Kritik“ anknüpfen“.²⁸⁶ Berthold Unfried thematisierte den Aspekt, dass die Selbstkritik immer mit der Kritik anderer Beteiligter einherging, weil darauf das kommunistische Prinzip der Verantwortung für seine Umgebung beruhte.²⁸⁷

Für das Petitionswesen lässt sich für die zu untersuchende Periode beobachten, dass Kritik als positive Kritik, Selbstkritik, Kritik an Institutionen, System- beziehungsweise Wirtschaftskritik und Regimekritik auftritt.

Wenn das Regime kritisiert wurde, darf man keinesfalls von einer kompromittierenden Kritik ausgehen, da die Schreibenden namentlich unterschrieben haben und eine „harte“ Regimekritik nur in Ausnahmefällen auftritt. Einen Brief an die Institutionen der Partei zu verfassen hieß, sich selbst einer vollständigen Kontrolle zu unterziehen, denn die Fakten wurden in der Regel geprüft und unter Umständen wurde eine falsche Aussage mit „Verleumdung“ gleichgesetzt und konnte schwere Konsequenzen für den Verfasser haben.

²⁸⁶ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und 'Politisierung des Privaten' als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 70 sowie vgl. Erren, Lorenz: "Kritik und Selbstkritik" in der sowjetischen Parteiöffentlichkeit der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002), S. 188.

²⁸⁷ Vgl.: Unfried, Berthold: Kritik und Selbstkritik. In: Brigitte Studer/Berthold Unfried: Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Köln/Weimar/Wien 2001, S. 149-191.

Deswegen handelte es sich bei den kritischen Äußerungen um ein sehr mäßiges, sehr vorsichtiges Herantasten an Aussagen, die der Partei vermitteln sollten, dass das versprochene Funktionieren des Sozialismus und das wahre Leben im Sozialismus nicht kongruent waren.

4.1.1. Kritik an Arbeits- und Wohnverhältnissen

Kritisiert wurde, wenn es um ungerechte Kündigungen und Entlassungen ging. Bemängelt wurde der Zwang zu einer Kündigung, wobei die Schreibenden hier nicht wussten, dass es sich um Kündigung wegen ihrer Vergangenheit handelte. Bei der nachfolgenden Arbeitssuche war das anscheinende Fehlen an Arbeitsplätzen in den Augen der Schreibenden eine große Lüge, da beispielsweise Zugereiste aus anderen Sowjetrepubliken durchaus Arbeit hatten.²⁸⁸ Im Kontext einer scheinbar grundlosen Kündigung wurde der Sozialismus als „*Traum eines ganzen Jahrhunderts, der endlich in Erfüllung gegangen ist*“²⁸⁹ mit den Bourgeoisie-Zeiten²⁹⁰ verglichen und geriet somit für den Ersten Parteisekretär durch einen Vergleich eindeutig in die Kritik: „[...] *im Bourgeoisie-Litauen hatte ich keine höheren Dienste und wurde die ganze Zeit gejagt. Jetzt ist es dasselbe*“.²⁹¹

Beteuert wurde, dass noch nicht alle Leiter ihre Funktion als moralisches Vorbild inne hatten, ihre Fehler nicht selbstkritisch betrachteten und ihre Position benutzten, um ihre Mitarbeiter zu bestrafen. Bereits im Jahr 1954 wurde über ungerechte Kündigungen, Verfehlungen sowie Dienstmissbrauch berichtet. Eine Autorin warf die Frage auf, ob die Parteidisziplin für alle gelten würde. Sie habe vier Jahre im Parteikomitee gearbeitet, habe viel Missbrauch gesehen und als Kommunistin würde sie nicht einsehen, zu schweigen.²⁹² Die Missachtung der Gesetze durch die Leitung wurde hervorgehoben, denn eigentlich müssten diese in der gesamten Sowjetunion gelten.²⁹³

Kritik wurde nicht gerne gesehen, vor allem dann nicht, wenn man einen Minister informierte. Anstatt die Vorfälle objektiv zu untersuchen, wurde Rache ausgeübt und es folgte die Kündigung. Ein Autor beschwerte sich über einen Minister, der „*grobe Verletzungen der Gesetze bei der Stellenreduktion*“ zuließ.²⁹⁴

²⁸⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 12, S. 40-46.

²⁸⁹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 244-248.

²⁹⁰ Mit Bourgeoisie-Zeiten wurde in den meisten Briefen die Regierungszeit von Antanas Smetona gemeint.

²⁹¹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 244-248.

²⁹² Fond 1771, Bestand 169, Akte 37, S. 1-4.

²⁹³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 49, S. 103-112.

²⁹⁴ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 58-66.

Das Beschwerdewesen war nicht effektiv. Es verlief sich ins Unendliche. So wurde zum Beispiel eine an das Zentralkomitee gesandte Beschwerde an die Litauische Kooperationsunion weitergeleitet, die sie wiederum an die Einrichtung weiterleitete, über die die Beschwerde handelte. Man fragte sich *„Hätte ich dies erreichen wollen, hätte ich selbst eine Stellungnahme während der Vorstandssitzung schreiben können. Was können diejenigen entscheiden, die Gegenstand der Beschwerde sind?“*²⁹⁵ Ein Direktor wurde wegen der Verarbeitung eines Schinkens voller Maden zu Wurst gekündigt. Die Kündigung des Autors, der die ganze Angelegenheit ans Tageslicht gebracht hatte, wurde jedoch nicht aufgehoben. Auch bei der Arbeitssuche beziehungsweise Anstellungen, wurde man vertröstet: *„Jetzt habe ich keine Zeit, komme[n Sie] in einer Woche wieder“* und so verging Woche für Woche.²⁹⁶

Wenn Aussage gegen Aussage vorlag, wie im Brief einer gekündigten Lehrerin, die schrieb *„in der Familie gibt es weder Banditen noch Deportierte“*, vermerkte das ZK nach den entsprechenden Nachforschungen im Bescheid, dass die Autorin Verbindungen zu den Banditen habe und diese finanziell unterstützte.²⁹⁷ Dadurch wurde die Kritik am System generalisiert ausgesprochen: *„Solche Handlungen senken die Autorität der Partei. Die Menschen sind sehr verärgert.“*²⁹⁸

Wenn manch einer gezwungen wurde, unter seinem Ausbildungsgrad zu arbeiten, dann erwiderte ein Dienstleiter ironisch: *„Es macht nichts, wenn du auch als Agronom tätig bist“*. Durch direkte Gegenüberstellung von unausgebildetem und qualifiziertem Personal versuchten die Autoren, das ZK zu überzeugen und einen Appell an die Institutionen zu richten.²⁹⁹

²⁹⁵ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 25-29.

²⁹⁶ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 84-85.

²⁹⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg kämpften die sogenannten „miško broliai“ (im Volksmund „Waldbrüder, Partisanen) weiter. Die sowjetischen Behörden bezeichneten sie als Banditen und somit zum „antisowjetischen Element“.

²⁹⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S. 48-51.

²⁹⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 79, S. 85-89.

Positive Kritik wurde geübt, um auf gewisse Missstände hinzuweisen: „*Wir können uns nicht vorstellen, dass in der Sowjetunion, wo jeder das Recht auf Arbeit hat, wo die älteren Spezialisten verehrt werden, Genossin K. plötzlich ohne Arbeit bleiben sollte [...]*“.³⁰⁰

In Kolchosen war die ungerechte Bezahlung der Arbeit ein Thema. So wurde beispielsweise der Kolchos „Agluona“ als „Nest der Betrüger der gesamten Republik“ bezeichnet, das man kaum ausrotten konnte. Außerdem wurden auf die Beschwerden seitens der Organe „Resolutionen“ verhängt: diejenige Person oder Institution, von der die Beschwerde handelte, wurde aufgefordert, sie zu lösen, was wiederum Aufsehen erregte.

Für den „normalen“ Bürger unerreichbarer Wohnraum suggerierte gleichzeitig, dass gewisse Gruppen bevorzugt behandelt wurden und im sozialistischen System nicht nur die Wohnraumverwaltung einem großen Korruptionsproblem ausgesetzt war. Korruption, Beziehungen und Schattenwirtschaft seien von der Nomenklatura nicht wegzudenken, wie der Verfasser eines Briefes kritisierte „*Obwohl manche [Wohnungen] irrational an Freunde vergeben wurden oder für die in die persönliche Tasche erhaltenen Geschenke.*“³⁰¹

Eine Frau beschwerte sich darüber, dass sie keine Wohnung bekam und fragte, warum es genügend Wohnungen für diejenigen gäbe, die Häuser besäßen. Sie gab zugleich auch die Antwort „*weil sie Tausende zum Schmieren haben*“ und beteuerte, dass sie nicht „*die Hosentaschen voll stopfen kann*“. Sie bat, den Brief nicht an das Rayonkomitee zurückzuschicken, weil sie dort „*nur was zum Lachen haben*“.³⁰²

Die korrupte Vergabe des Wohnraums wurde nachfolgend beschrieben. Ein Autor hatte über 30 negative Antworten bekommen. Er beschwerte sich, dass es neben der normalen Warteliste eine Liste „x“ existiere und man benötige keine mathematischen Kenntnisse, um zu wissen, was es bedeutete.³⁰³

³⁰⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 117, S. 66-67.

³⁰¹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 78, S. 109-115.

³⁰² Fond 1771, Bestand 188, Akte 112, S. 167-169.

³⁰³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 66, S. 126-133.

Das Nicht-Wirken der Parteiorgane zeigte sich daran, dass es mehrere Aufforderungen vom Zentralkomitee an das Rayonkomitee mit Disziplinierungsanweisungen gab, zum Beispiel „[...] wiederholt bitten wir um Hilfe an der Herstellung der normalen Wohnverhältnisse“.³⁰⁴ Unter anderem zeigte sich ein Parteinetzwerk, da die Wohnung für einen Abteilungsleiter für Propaganda und Agitation reserviert war.

Im Jahr 1953 wandte sich eine Funktionärin wegen der schlechten Wohnsituation an das Zentralkomitee; allerdings konnte sie kaum Grammatik sowie Interpunktionsregeln einhalten.³⁰⁵ Es war ein übergreifendes Phänomen und den Netzwerken beziehungsweise der Korruption geschuldet, dass Stellen freigehalten wurden und quasi Analphabeten an leitende Posten kamen.

³⁰⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 60, S. 76-84.

³⁰⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S. 27-28.

4.1.2. Wirtschafts- und Systemkritik

Kritik trat in einer Verbindung von Wirtschafts- und Systemkritik auf. Es wurde beteuert, dass auf Betriebsebene ausgesprochene Kritik bei der Leitung keine Konsequenzen hatte und nicht wahrgenommen wurde und am Ende die Missstände in der Produktion deswegen nicht beseitigt werden konnten. Ein Verfasser erklärte: „[...] vielleicht darum, damit der Staat die Arbeitsnormen nicht erhöht, vielleicht auch darum, dass anscheinend bis heute noch einige Angestellte [...] in der Lage sind, ihren Verdienst auch auf andere Art, auf anderem Weg zu erhöhen.“³⁰⁶

Eine eindeutig mutige(re) Systemkritik konnten sich „verdiente“ Kommunisten in höheren Positionen leisten. Eine Ärztin, die zugleich auch einen Posten im Gesundheitsministerium innehatte, beklagte sich in insgesamt drei Briefen über endlose Wege zur Zuteilung einer Wohnung, über das Nicht-Funktionieren des Parteikomitees und anderer zahlreicher Institutionen. Am Ende des dritten Briefes schrieb sie: „Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass eine solche Verspottung der Arbeitsmenschen wie die Erteilung von ungültigen Wohnungsbesitznachweisen und das Brechen von Beschlüssen die Autorität entsprechender sowjetischen Einrichtungen senkt und die sowjetische Gerichtsbarkeit verletzt, was in unserem Land mit der Parteipolitik nicht übereinstimmt.“³⁰⁷ Diese Kritik beinhaltete eine Disziplinierungsfunktion. Das ZK gab Weisungen, der Ärztin bis zu den Feierlichkeiten des Großen Vaterländischen Krieges eine Wohnung zuzuteilen und übte Kritik und Druck auf das Parteikomitee aus für die Verspottung der Verfasserin und ihrer Familie.³⁰⁸

Die Rückständigkeit der sozialistischen Gerechtigkeit wurde auch in der Peripherie betont. Das sozialistische System sei noch nicht ausgereift, seine volle Wirkung der Gesetze noch nicht entfaltet und deswegen seien die Lücken zu groß, um sich bewusst zu bereichern. So leitete ein – in seinen Augen auf Grund der Unterdrückung der Kritik – gekündigter Kommunist seinen Brief ein, der gleichzeitig einige Funktionäre demaskierte und denunzierte. „Kritik von unten existiert nicht. Nicht nur, dass die Partei und Regierung

³⁰⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 114-118.

³⁰⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 34, S. 137-156.

³⁰⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 34, S. 137-156.

sich um einen armen Menschen nicht kümmern, sondern sie ekeln sich vor ihm. [...] Die Kommunisten haben kommunistische Prinzipien brüskiert und proletarische Wachsamkeit verletzt. [...] Ja, hier ist es kein Bürokratismus, Liberalismus sondern ein echter Trotzismus [...]. Großlandbesitzer, Banditen, Überläufer, Anpasser, Karrieristen haben die Methode des Kampfes geändert und schleichen in die Einrichtungen und Betriebe hinein. Sie schmieren und das Schmieren ersetzt Empfehlungen und Protektion.“³⁰⁹

Kritik und Initiative von „unten“ wurde von den Parteibürokraten und der sozialistischen Führung verdrängt. Mutig kritisierte ein Kommunist die im Jahre 1955 ausgebrochene *„Maiskrankheit, von der nicht nur ein verantwortlicher Kopf betroffen war [...]. Und warum? Weil es immer noch manche gibt, die kommandieren mögen und die Regeln nicht können[...]“*³¹⁰ Die fixe Idee von Chruschtschow endete im Bankrott. Der Verfasser war sich sicher, dass wenn sich die sowjetische Führung einig gewesen wäre, man die Ziele erreicht hätte. Seine Kritik war offen und mutig angesichts der sowjetischen Leitung, der Politik und der Führung.

Nicht-Wirken, Versagen der Organe auf der einen Seite und protektionistische Beziehungen auf der anderen Seite ergänzten sich zunehmend. So beschwerte sich eine Autorin mit mutigem Ton, dass es Beschwerden des Arbeitsvolkes in der ganzen Sowjetunion an diverse Institutionen gäbe, aber diese nicht beachtet wurden, denn es gäbe dafür keine Konsequenzen. Die örtlichen Organe würden *„durch die Finger schauen“*, sie seien *„machtilos und Deppen“*. Auch wenn es zur öffentlichen Kritik in der Presse kam, hieß es nicht, dass dies irgendeine Wirkung hatte. Protektionsbeziehungen waren wichtiger Bestandteil des sowjetischen Systems.³¹¹

Ein rhetorisch gewiefter Schreiber wandte sich im Jahr 1961 an das Zentralkomitee wegen der Verzögerung und der Täuschung in der Entscheidungsfindung. Er stellte die Frage: *„Wie kann es sein, dass das Exekutivkomitee auf meine Anfrage solange nicht geantwortet hat?“* Und gab selbst die Antwort: *„Ja darum, weil es nicht so leicht war, für die Sitzung des Komitees alle Mitglieder für hinterhältige Ziele einzuberufen und weil es län-*

³⁰⁹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 55, S. 34-41.

³¹⁰ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 67-76.

³¹¹ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 50-63.

ger gedauert hat, einen von der Sitzung des Komitees gefälschten Auszug [...] zu bekommen. Ich glaube, dass es im sowjetischen System eine Wahrheit gibt, und ich bitte Sie mir zu helfen, diese aufzudecken, da sie in der gegebenen Sache in Lüge untergegangen ist.“³¹²

Dienstmissbrauch gab es vom Zentralkomitee über die Staatsanwaltschaft bis zum Kolchos. Eine Autorin beschwerte sich, dass der Kolchosleiter gewalttätig zu ihr war. Der Staatsanwalt eines Rayons ließ sie ärztlich untersuchen und verwies sie zum Staatsanwalt der Republik. Seine Mitarbeiter teilten ihr schließlich mit, dass die Rayonsleitung dagegen sei, den Kolchosleiter strafrechtlich zu verfolgen.³¹³ Denn auch durch die Mitarbeiter des Rayon- und Stadtkomitees konnte Druck ausgeübt werden.³¹⁴

Man übte Rache für die Kritik, die an die Leitung gerichtet wurde. In Betrieben, Fabriken etc. gab es Korruption und Beziehungen unter dem sogenannten Stichwort *blatas*.³¹⁵ Zum Beispiel antwortete ein Ministerium gleich der Fabrik anstatt, wie üblich, dem Zentralkomitee.³¹⁶

Die meiste Kritik galt dem Kolchos. Bereits am Anfang der 1950-er Jahre gab es Beschwerden über Korruption und Selbstbereicherung. Im Jahr 1956 sprach man davon, dass die Kolchosbuchhalter so korrupt waren, dass es teilweise „*öfters an Brot*“ fehlte. Durch die Machenschaften der Buchhalter erhielten ihre Frauen goldene Zähne und Ledermäntel. Die Kolchosarbeiter wunderten sich über die Luxusmöbeln und Alkoholgetränke in Kisten, die man „*unter der Hand*“ bekam. Um die Bedürfnisse der Kolchosarbeiter kümmerte man sich nicht, weil die Kolchosleiter nur selten im nüchternen Zustand waren.³¹⁷ Nach dem Beschluss der Versammlung des Exekutivkomitees des Rayons und der Leitung des Kolchos wurde jedem Kolchosarbeiter erlaubt, eine Kuh und einen Kalb

³¹² Fond 1771, Bestand 211, Akte 52, S. 8-27.

³¹³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 9, S. 118-123, 126.

³¹⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 37, S. 207-210.

³¹⁵ Unter *blatas* versteht man, ein in der ehemaligen Sowjetunion entstandenes System der Beziehungen durch die man leichter an die Waren oder Dienstleistungen kam. Vgl.: Marcinkevičienė, Dalia: *Laiškas pakvietė kelionėn: Buitinių skundų praktika sovietinėje Lietuvoje*. [http://www.genocid.lt/centras/lt/590/a/\(04.08.2009\)](http://www.genocid.lt/centras/lt/590/a/(04.08.2009)).

³¹⁶ Fond 1771, Bestand 169, Akte 58, S. 173-177.

³¹⁷ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 100-114.

zu halten. Realisiert wurde es aber nur für diejenigen, „die loyal zu den Machenschaften des Kolchosvorsitzenden und dessen Verwandtschaft waren. Und selbst der Vorsitzende D. hat drei [...] Kühe, einige Schafe und [...] Schweine und zwei Bedienstete, die sich um diese Farm kümmerten.“³¹⁸ Außerdem wurden die Kolchosarbeiter, die die Beschwerde verfassten oder ihr zustimmten, bedroht.

Ein Beispiel der Rache für die Beschwerde an das Zentralkomitee: „Die Kolchosarbeiter haben mehrmals versucht, ihre Fragen bei den höheren Instanzen zu lösen. Zum Beispiel C.P. [Nachname, Vorname]. Er hat eine Beschwerde an das Zentralkomitee geschrieben. Die Beschwerde wurde geprüft, für richtig empfunden und der Vorsitzende bekam Ärger. Aber dann hat der Vorsitzende irgendwie herausgefunden, dass es C. [C.P.] war, der die Beschwerde verfasst hatte. Der Vorsitzende hat seine Macht dadurch gezeigt, dass er C. [C.P.] das Holz, das Futter und das Heu weggenommen hat. Dann hat sich C.P. bei der Leitung des Rayons beschwert und beim ehemaligen Vorsitzenden des Exekutivkomitees. [...] C. [C.P.] wurde nicht verteidigt, stattdessen wurde der Vorsitzende sogar gerechtfertigt und unterstützt. [...] Im Jahr 1956 hat Kolchosarbeiter M.R., Mitglied der LKP, R.M. beim Verkaufen des Kolchos-Heus erwischt. Anstatt den Dieb zu bestrafen, hat der Kolchosvorsitzende umgekehrt Druck auf M.R. ausgeübt. M.R. bekam von oben keine Unterstützung und die Kolchosarbeiter hatten Angst, da sie das Schicksal von C.P. befürchteten. Die Kolchosarbeiter versuchten nochmals an die höher stehenden Organisationen zu schreiben. [...] Und es geschah Folgendes: Die Leitung des Rayons stellt eine telefonische Anfrage oder sendet ihre Vertreter, um die Angelegenheit vor Ort zu überprüfen. Wenn sie da sind, fangen sie die Überprüfung nicht von unten, sondern gleich von oben an, beim Vorsitzenden. Und er seinerseits schleppt Kisten von [alkoholischen] Getränken an. Und dann fängt die Untersuchung an, öfters erfährt er die Namen der Beschwerdeführer. Und dann, – halte dich fest, – der Vorsitzende und seine Freunde versuchen dir Angst einzujagen, koste es, was es wolle. Jedes Mittel ist recht. [...]“³¹⁹

Stellte man im Rayonskomitee Fragen bezüglich der Korruption, wurde man entlassen und bekam keine weitere Anstellung. In der Meinung eines Autors konnte man sich am

³¹⁸ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 100-114.

³¹⁹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 100-114.

Kolchos bedienen, wenn man ein Sekretär war.³²⁰ Das Rayonskomitee wurde durch die – der Partei unterstellte – Presse gedeckt.

Wenn auch in der Presse mehrmals über die Leitung eines Kolchos geschrieben wurde, musste dies nichts bedeuten, denn es herrschte Selbstverwaltung durch Protektionsbeziehungen.³²¹ Protektionsbeziehungen unter den Bürokraten wurden verschwiegen und die Tatsachen wurden nicht an die Öffentlichkeit gebracht.³²²

Der Kolchos galt als Hauptkritikadressat. Es gab keine Kontrolle vor Ort und die Rayonskomitees würden durch die Finger schauen und falsche Kader für die Posten auswählen. Um Leiter anzuwerben, wurden „*Berge von Gold*“ versprochen, während de facto mancher Kolchos vor dem Bankrott stand. Die Kolchosarbeiter übten leisen Protest gegen die Genossen aus, die nur dafür sorgten „*mehr Geld in ihre eigenen Taschen zu bekommen, Trinkgelage veranstalten, die Arbeiten sabotieren und der Produktionstätigkeit im Kolchos schädigen*“.³²³

³²⁰ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S. 1-3.

³²¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 67-74.

³²² Fond 1771, Bestand 189, Akte 72, S. 75-76.

³²³ Fond 1771, Bestand 188, Akte 90, S. 29-33.

4.1.3. Kritik am Dienstmissbrauch und an der Korruption

Korruption konnte auch als Wirtschaftskritik beziehungsweise Systemkritik verstanden werden, wenn es um Defizitwaren ging. Die einflussreichen Ehefrauen der Leiter hatten Zugang zu den Waren, von denen der „normale“ Bürger nur träumen konnte. Beispielsweise wurden in der Buchhaltung Rechnungen über den Verkauf von Teppichen gefunden, aber das Geschäft hatte gar keine Teppiche im Sortiment.³²⁴

In einem anonymen Brief der Kolchosarbeiter wurden mit Ironie die Zustände im Kolchos beschrieben. *„Wir schreiben nach Vilnius, dort – Verwandte, [...], Bekannte und eindeutige Antwort: die Fakten haben sich nicht bestätigt. Genosse Sekretär, lenken Sie Ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse [...]. Wir haben viele Schulden und werden Millionär genannt. Wir bleiben, wie immer, leise, weil wir für das Reden hart bestraft werden.“*³²⁵

In einem denunziationsähnlichem Schriftstück über einen korrupten Kolchosvorsitzenden samt seinem Netzwerk behauptet die Autorin *„Alles was hier geschrieben ist, ist Wahrheit.“*³²⁶ Das Zentralkomitee ging dem Brief nach. Bei der Suche nach der Adresse der Autorin fand das ZK heraus, dass niemand mit einem solchen Namen dort wohnhaft war. Die Autorin beabsichtigte, Hinweise über Korruption dem ZK zu liefern. Die Handschrift des Namens der Autorin und des übrigen Textes stimmten nicht überein.

Nachdem die Kolchosarbeiter an eine Rayon-Zeitung, die Leitung des Rayons und den Staatsanwalt des Rayons geschrieben hatten, hofften sie, dass im Zentralkomitee ihre Stimme erhört werde. Sie beschwerten sich über den nicht verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichem Eigentum (Vieh, Nutzung der Kraftfahrzeuge), über die Abwesenheit einer richtigen Führungsperson im Kolchos sowie über die Korruption und die Arbeitsmoral. *„Alle Brigadiers sind Landbesitzer [...] und der Rest verarmt und wird schlecht behandelt, deswegen weil die Regierungsorgane keine Mittel haben, sie zu be-*

³²⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 307-312.

³²⁵ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 29-41.

³²⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 80-82.

herrschen“.³²⁷ Alkoholismus, Dienstmissbrauch, Schlägereien prägten das Bild vom Alltag im Dorf.

In einem kollektiven Brief beschwerten sich die Kolchosarbeiter über einen Leiter, dessen Alltag und Arbeit nicht mit der Linie des Zentralkomitees der KPdSU übereinstimmte. Er besitze ein Radio sowie ein Telefon, wofür der Kolchos die Kosten übernahm. Außerdem wohne er in der Stadt, anstatt im Territorium des Kolchos und „[...] *er führe den Kolchos vom Telefon [von zuhause aus]*.“ Das Rayonskomitee verteidigte den Leiter, es sei vom Vorstand beschlossen worden. Er dürfe in der Stadt wohnen, da der Kolchos an der Grenze zur Stadt läge und es sei so vereinbart worden, dass die Kosten für das Telefon der Kolchos übernehme.³²⁸ Die Korruption wurde von der Leitung des Rayons eindeutig unterstützt.

Insbesondere die bürokratische Verhaltensweise wurde kritisiert: der grobe Umgang mit den Angestellten und das Fehlen der sozialistischen Arbeitsmoral.³²⁹ Missstände gab es in allen Institutionen, auch im Ministerium für Bildung. Es herrschte ein Chaos in den Lehrplänen und Bildungsprogrammen sowie bei den Kadern. Es gab keine Leitung und somit keine Kontrolle. Die Absolventen waren arbeitslos und diejenigen, die schwarzarbeiteten, hatten ein Wochenpensum von 40 bis 50 Stunden. Der Brief war anonym: „*Einer von vielen Tausend Eltern*.“³³⁰

Auch der Umgang der Angestellten des Zentralkomitees mit den Pressemitarbeitern war kompliziert. Eine Redakteurin, die bereits vier Mal im Zentralkomitee war, schrieb: „*Ich wünschte mir, der Genosse Jurgaitis hätte mehr Achtung vor sich selbst und seinen Besuchern*“.³³¹

Die Partei-Organe, wie zum Beispiel die Presse, waren dem Zentralkomitee unterstellt. Die öffentliche Denunziation wurde unter anderem von der Zeitung „Tiesa“ („Wahrheit“) betrieben. Obwohl kein Name genannt wurde, wurden die Personen so eindeutig be-

³²⁷ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 154-158.

³²⁸ Fond 1771, Bestand 182, Akte 20, S. 62-71.

³²⁹ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 168-185.

³³⁰ Fond 1771, Bestand 182, Akte 20, S. 6-9.

³³¹ Fond 1771, Bestand 188, Akte 112, S. 267-269.

schrieben, dass die Person erkannt werden konnte. Aus den Belegen und Bescheiden war es ersichtlich, dass der Verfasser der Beschwerde die Beschuldigungen widerlegen konnte. Doch die Partei und die Redaktion sahen nicht ein, den Verfasser öffentlich zu rehabilitieren, da sein Name nicht genannt wurde. Der Verfasser fügte hinzu „*das Zentralkomitee sollte daran interessiert sein, dass sein Organ seinem Namen gerecht wird*“.³³²

Die Bürokraten im Apparat erhielten teilweise Briefe mit den Beschwerden über sich selbst und mussten die Entscheidung selbst fällen. Dieses Phänomen zeigt, wie umfassend, undurchlässig und korrumpiert die Schicht der Nomenklatura und der Bürokratie war. Man beteuerte, dass die Bürokraten kein Gewissen hätten, Lügen verbreiteten und „*sich für einen Tropfen Wodka verkauften*“.³³³

Der Sekretär der ersten Parteiorganisation schrieb an das Zentralkomitee über die Vergehen des Kolchosvorsitzenden. Der „*strenge*“ Vorsitzende wurde ermahnt, sich mehrmals das Staatseigentum angeeignet zu haben. Da er Verwandte in der Verwaltung des Kolchos hatte, war keine Besserung eingetreten. „*Ein Fisch geht im Wasser nicht unter*“, fasste der Sekretär zusammen. Das Zentralkomitee reagierte anscheinend deswegen, da es Vertrauen in seine Kader hatte.³³⁴

Kritisiert wurden insbesondere die Umstände bei den Wohnraumverwaltungseinrichtungen, inklusive Exekutivkomitees, Rayonkomitees, Kreiskomitees, Stadtverwaltungen etc. Das Nicht-Wirken der lokalen Parteiorgane trotz zahlreicher Beschwerden und Antragsstellungen schien ein sehr großes Problem über die gesamte Länge der Periode zu sein.

³³² Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 41-51.

³³³ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

³³⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 56-68.

4.1.4. Kritik an Institutionen

Das Nicht-Funktionieren der Institutionen hatte in den Augen der Schreibenden das größte Ausmaß erreicht. Weder Miliz noch Staatsanwaltschaft noch Gerichte reagierten auf die Rufe der Öffentlichkeit. Das Nicht-Wirken und die Verfahrensverlängerung an den Gerichten wurden kritisiert.³³⁵ Die korrupten, alkoholisierten und gewalttätigen Kolchosvorsitzenden und ihr Gefolge reagierten nicht auf die zahlreichen Beschwerden von den Kolchosarbeitern. Die Schuldigen wurden selten verfolgt und die Straftäter kamen auf Grund ihrer Beziehungen frei. *„Die Menschen haben aufgehört, die Gerechtigkeit zu suchen, da ihre Beschwerden den gleichen Personen, nämlich der Staatsanwaltschaft, weitergegeben werden. [...] Alles umsonst.“*³³⁶ Für die Beschwerden der Kolchosarbeiter wurde Rache ausgeübt: Manchen wurde nahe gelegt, das Kolchos zu verlassen und manche wurden gleich gekündigt: *„Wie der Staatsanwalt P. sagt, wir brauchen solche nicht, die alle Geheimnisse nach außen tragen.“*³³⁷

Kritisiert wurde auch die Bestechung von einigen Richtern; es wurden gemilderte Strafen verhängt, während die richtigen Verbrecher noch in ihren leitenden Posten waren. Die Bewohner von Šiauliai äußerten anonym ihre Enttäuschung über zwei Richter, die konfisziertes Eigentum verschwendet hatten und nur ihre Posten verloren. Sie forderten den Entzug der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei sowie strafrechtliche Konsequenzen. Sie begründeten konform die Imageschädigung der KP und denunzierten namentlich die Richter und Direktoren, die die Arbeiter für ihre eigenen Angelegenheiten ausnutzten, Freundschaftsdienste zu realisieren.³³⁸

Eine Lehrerin beschwerte sich mit klaren Worten *„Ich habe viel geopfert diesem wertlosen Mist – sowjetischem Diplom.“* Nach drei Jahren Arbeit wollte man sie, als ungeeignet für die pädagogische Arbeit, kündigen. Angeblich habe sie durch Beziehungen die Stelle bekommen. Aber sie erwiderte, dass sie ohne Absprache mit dem Direktor und ohne

³³⁵ Fond 1771, Bestand 158, Akte 22, S. 205-209.

³³⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 83-90.

³³⁷ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 83-90.

³³⁸ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

Schmierer ihre Arbeit in der Schule aufnahm, und in drei Jahren ihrer Tätigkeit nichts mitgemacht hatte, was in der Schule des Öfteren praktiziert wurde.³³⁹

In einer Stellungnahme aus dem Jahr 1953 lobte ein Bediensteter die Bolschewiken und die Regierung für die immerwährenden Bemühungen, das Wohl der Arbeiter zu verbessern und beschwerte sich zugleich über die Willkür und den Dienstmissbrauch der medizinischen Einrichtungen. Der an Tuberkulose erkrankte Mann forderte ein funktionsfähiges Röntgengerät. Das Gesundheitsministerium antwortete, dass das Röntgen funktionsfähig gewesen sei, außer, wenn es kaputt ging, und dies geschah seit 1952 des Öfteren. Das Ministerium versprach, das Gerät zu reparieren und wieder zur Verfügung zu stellen.

In einem anonymen Brief kritisierten die Bewohner von Šiauliai die Staatsanwaltschaft, die ihren Aufgaben nicht nachging und systematisches Bestechen zuließ.³⁴⁰ Dem Zentralkomitee warf man vor, dass von dieser Institution nichts mehr zu erwarten war und dass es für sein Nicht-Handeln immer eine Ausrede fände. Die Parteimitgliedschaft schien ein Ticket für ein besseres Leben zu sein und war durch die „*Bestechungen und unwürdige Mitteln*“ zu erwerben.³⁴¹

In einem kollektiven Brief wurde Kritik bezüglich des politischen Amtes geäußert. Ein Deputierter habe die Interessen des Volkes nicht vertreten, im Gegenteil, er sei sogar abgehoben von den Massen.³⁴²

Die thematische Breite zeigten unter anderem Briefe zur Sprachpolitik. So beschwerte sich zum Beispiel im Jahr 1957 ein Bewohner der Stadt Eišiškės über die Polonisierung der Stadt.³⁴³ Er befürchtete, dass man in 10 Jahren keine litauisch Sprechenden mehr finden würde. Die Schulen seien polnisch und die Lehrer würden verlangen, zu Hause auch polnisch zu sprechen. Die litauisch Sprechenden „*würden ausgelacht wie im Pilsudski-*

³³⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 47-53.

³⁴⁰ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 217-218.

³⁴¹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

³⁴² Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139.

³⁴³ Zum Vergleich: Im Jahr 2011 war die demographische Zusammensetzung wie folgt: 83,26 Prozent Polen, 8,37 Prozent Litauer, 3,19 Prozent Russen, 2,02 Prozent Roma, 1,64 Prozent Weißrussen, 0,5 Prozent Ukrainer, 1,02 Prozent Andere.

<https://lt.wikipedia.org/wiki/Eišiškės> (19.04.2018).

schen Polen“. „*Polen [seien] überall bei der Post, in der Schule, Kirche, im Laden, überall.*“ Wenn man in einem Geschäft nach einem Beschwerdebuch verlangte, wurde erwidert, „*solche Sachen gibt es nicht mehr, hörst du, wir erkennen nur polnisch und russisch an.*“ Ein Kunde regte sich auf und sagte „*fahre nach Polen, und die Polen versammelten sich und riefen: hier wird auch Polen sein, Vilnius wird an Polen angeschlossen werden.*“³⁴⁴

Die Parteiführung lag zwar in den Händen der nationalen Eliten, dennoch waren die Führungsorgane der LKP von der politischen Partielite in Moskau abhängig. Diese setzte die sowjetische Nationalitätenpolitik zwischen Russifizierung beziehungsweise sukzessiven Assimilierung durch.³⁴⁵ Bereits 1958 entflammte die Debatte über den Nationalismus. Die Formulare wurden zweisprachig aufgelegt. Auch manche Kader wurden ausgetauscht und durch diejenigen ersetzt, die „*die Ortssprache und Russisch können.*“³⁴⁶ Beschuldigt wurden das örtliche Exekutivkomitee, weil es eine litauischsprachige Sekretärin eingestellt hat und nicht diejenige, die russisch und polnisch tippen konnte.

³⁴⁴ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 59-61.

³⁴⁵ Vgl.: Wälzholz, Gunnar: Nationalismus in der Sowjetunion. Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten. Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Heft 8/1997, S 9-18.

³⁴⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 110-118.

4.1.5. „Kritik und Selbstkritik“

Da das Prinzip der „Selbstkritik“ und der „Kritik“ eine diskursive Verkehrsform unter den Parteimitgliedern herstellte, wird in der vorliegenden Studie der Frage nachgegangen, ob sich in den Petitionen eine ähnliche Praxis der „Kritik“ entwickelte und Kritik in den nicht anonymen Petitionen nach stalinistischem Prinzip geäußert wurde.³⁴⁷

Kollektive „Selbstkritik“, die in den 1920er Jahren als Aufruf zur Bekämpfung der korrupten Funktionäre als kommunikative Praxis entstanden war, schlug sich im Petitionswesen nieder. Das Verhältnis zwischen dem Staat und den „Untertanen“ hat sich einer erzieherischen Maßnahme – dem Einsatz der „Selbstkritik“ – bedient.³⁴⁸ „Kritik und Selbstkritik“ wurde im stalinistischen Modus als „Kritik von unten“ kommuniziert, als *„einer der Faktoren, die die Arbeit verbessern und sie kreativer machten.“*³⁴⁹ Als Fragment einer öffentlichen Meinung spiegelt die „Selbstkritik“ im Petitionswesen eine Selbsterziehung wieder, die ab 1953 bei der Formung des neuen sowjetischen Menschen eine bedeutende Rolle spielte: *„Kritik und Selbstkritik müssen die Art zum Arbeiten lehren, sie sollen aus der Liebe zur Arbeit entstehen, aus dem Wunsch, einem Menschen zu helfen, der sich dieser Arbeit unterzieht, aber auf keinen Fall mit ausgedachten Fakten das Auditorium täuschen und dessen Wort unterdrücken.“*³⁵⁰

Bemängelt wurde, dass das Prinzip der „Selbstkritik und Kritik“ in der Peripherie nicht angekommen war und deswegen die ländlichen Regionen in Rückständigkeit gegenüber der Stadt versetzte: *„Kritik und offene Kritik verändern die Menschen positiv, sie müssen sich entfalten und nicht nur in der Stadt in die Massen hineinwachsen, sondern auch auf dem Dorf, weil dort das Aktiv, das in der Presse oder in den Versammlungen Kritik ausübt, immer noch hasserfüllt betrachtet wird.“*³⁵¹ Der Verfasser beschwerte sich im Namen des kommunistischen Aktivs über die Missstände auf dem Kolchos, die Willkür und

³⁴⁷ Vgl.: Unfried, Berthold: Ich bekenne. Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik. Frankfurt/Main (u.a.) 2004, S. 157.

³⁴⁸ Vgl.: Erren, Lorenz: Selbstkritik und Schuldbekennnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917-1953). München 2006, S. 180.

³⁴⁹ Fond 1771, Bestand 158, Akte. 44, S. 91.

³⁵⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 44, S. 92.

³⁵¹ Fond 1771, Bestand 188, Akte 90, S. 62.

die Herkunft des Kolchosvorsitzenden. In der ersten Bearbeitung des Briefes wurden die Fakten abgelehnt, doch nach dem zweiten Herantreten des Autors an die Partei bekam der eifrige Verfasser Recht und der Kolchosvorsitzende wurde gekündigt.

In einem anderen Fall kritisierten junge Spezialisten auf ihren Versammlungen für Waldwirtschaft den Direktor. Aber anstatt Konsequenzen daraus zu ziehen, wurde er hasserfüllt gegenüber den Kritisierenden. Sie schrieben an das Zentralkomitee, dass er die Kritik und die Selbstkritik nicht anerkannte. Persönliche Bereicherung und Missbrauch der Kader zeugten von bürokratischem Umgang. *„Nein! Zuerst muss man überzeugte Bürokraten aus den Führungsstellen beseitigen“*, endete ein Autor seine Ausführung.³⁵²

„Kritik und Selbstkritik“ hatten einen starken Anspruch auf Wahrheit. Die Verfasser kommunizierten ihnen selbst widererfahrene Ungerechtigkeit und hofften, unter Einsatz der „Kritik und Selbstkritik“ das ZK auf die Spur der Wahrheit zu führen. Die Wahrheitsfindung ähnelte hier einem Gericht – das ZK hörte sich die Parteien an. Eine Partei waren die Verfasser, die andere die dem ZK untergeordneten Instanzen, die sich mit der Klärung der im Brief geschilderten Fakten beschäftigten. Das Urteil wurde in einem Bescheid – *spravka* – gefällt und man konnte nur erahnen, welche Aussagen, Fakten oder Personen dem ZK gewichtiger zu sein schienen.

„Kritik und Selbstkritik“ kamen dann zum Einsatz, wenn die Verfasser Ungerechtigkeit empfanden und diese in ihren Briefen beschrieben. Die Wahrheitsinstanz der „Kritik und Selbstkritik“ sei in der Lehre der Partei verankert, sie sei eine mächtige Treibkraft der Gesellschaft, aber nur dann sinnvoll, wenn sie wahrheitsgemäß sei.³⁵³ Mit diesem Anspruch schrieb der Sekretär der ersten Parteiorganisation eines Kunstkombinats an das Stadtkomitee, Rayonskomitee, ZK und an die Zeitung. Er sei im Zeitungsfeuilleton, das im sozialistischen Litauen öfters eine Denunziations-Plattform war, öffentlich beschuldigt worden und ersuchte um Klarstellung.

Ein Thema im Diskurs der „Kritik und Selbstkritik“ war die Rache. Die Schreibenden wandten sich an die Partei, weil sie für die von der Partei propagierte „Kritik und Selbst-

³⁵² Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 267-271.

³⁵³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 37, S. 121.

kritik“ bestraft wurden und der Partei schriftlich vermittelten, dass sie in ihrem Glauben an die Lehre der Partei sich getäuscht fühlten: „*Der Erste Parteisekretär muss eine Autoritätsperson sein, entsprechend der Linie der Partei handeln und sich nicht an einem Kommunisten für korrekte Kritik rächen, sondern eine Lehre daraus ziehen und die Fehler berichtigen.*“³⁵⁴ Hier ging es um eine Kündigung, weil der Verfasser dem Ersten Parteisekretär für sein „unmoralisches Verhalten“ (ein Verhältnis mit einer Kolchosangestellten) Kritik ausgesprochen hatte. In den Petitionen zeigt sich mehrheitlich, dass insbesondere auf den Kolchosen viele Kündigungen vollzogen wurden, weil Kolchosvorsitzende für ihre Korruption, Verschwendung, Unordnung, Willkür etc. kritisiert wurden. Als Verlierer im lokalen Machtgefüge wandten sich die Arbeiter an das ZK im Glauben, dass Kritik die richtige und unbestreitbare Umgangsform sei.³⁵⁵

Besonders wenn ein ganzes Rayonskomitee samt Sekretär kritisiert wurde, dann hatte es Folgen für den Autor und seine ganze Familie. Die Kritik bestand darin, dass man dem Autor unterstellte, die sowjetischen Gesetze zu brechen. Der Autor sagte, niemals ein Gesetz übergangen zu haben und immer die „Lebensnormen“ beachtet zu haben und bat letztlich den Ersten Sekretär der LKP, die Rache für die Kritik zu verbieten. Sein Wunsch war die objektive Bewertung seiner Arbeit. Ihm wurde unterstellt, Antipartei- und Anti-staatsarbeit zu leisten. Seine Frau war auch von der Rache betroffen; sie arbeitete als Verkäuferin; eines Tages kam die Miliz in das Geschäft und beschuldigte sie der Spekulation. Nach der Bearbeitung der Briefe in ZK bekam die Familie einen Anruf – man habe keine positive Lösung zu erwarten.³⁵⁶

Eine Autorin wurde wegen Kritik gekündigt. Sie beschrieb im Detail die Missstände in der Arbeit des Exekutivkomitees im Rayon und die unzureichende Arbeit der Genossin S. Es wurden sogar zwei Artikel in der Zeitung „Sowjetisches Litauen“ mit den Titeln „Wie im Exekutivkomitee des Rayons Dscherschinski auf die Kritik reagiert wird“ und „Wie sollte man umfassend die Selbstkritik und die Kritik von unten pflegen und erhalten“ publiziert. Das Zentralkomitee deckte offensichtlich die Genossin S. Letztendlich wandte sich die Autorin an das Zentralkomitee der KPdSU. „*Gehrter Genosse Chruschtschow,*

³⁵⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 58, S. 246.

³⁵⁵ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 234-241.

³⁵⁶ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 145-157.

*ich bitte Sie, mischen sie sich in mein Schicksal ein. Die von mir vorgebrachte Kritik war notwendig, denn ich konnte dem Chaos, das vor meinen Augen geschah, nicht mehr zusehen. Und für die Kritik wird man bei uns nicht gekündigt, oder?*³⁵⁷

„Kritik und Selbstkritik“ war eine Verkehrsform, eine Kommunikationsform unter den Genossen, und ein Rahmen für Parteiveranstaltungen aller Art, wo man „einander kritisierte“ bis hin zu einer Umgangsform auf dem Kolchos, auf dessen Versammlungen man sich „selbstkritisch äußerte“ oder „selbstkritisch aussagte“, – aber nur pro forma.³⁵⁸ In denunziationsähnlichen Petitionen gingen beim ZK unter anderem auch anonyme Briefe ein, die die Kommunisten denunzierten, die sich der richtigen Kritik nicht stellten, keine Konsequenzen daraus zogen und schlimmstenfalls Unmut gegenüber den Kritisierenden verbreiteten. Eine starke politische Überzeugung und große Enttäuschung gegenüber den Funktionären, die „Kritik und Selbstkritik“ nicht anerkannten, befähigte die Verfasser, die Partei an ihre Statuten zu erinnern: *„Eine passive und formelle Einstellung der Kommunisten zu den Beschlüssen der Partei schwächt ihre Kampfbereitschaft und ist nicht mit der Mitgliedschaft in ihren Reihen zu vereinen /aus den Parteistatuten, Art. 1, 36/“*.³⁵⁹

„Kritik und Selbstkritik“ wurde als Kontrastfolie angewendet, um korrupte Funktionäre in diversen Parteiinstitutionen zu eliminieren. Es schien eine raffinierte Herangehensweise gewesen zu sein, unter dem Vorwand der „Kritik und Selbstkritik“ zu handeln. Die Zweiwortverbindung erfuhr eine Metamorphose zu einer Floskel, denn die Formulierungen in diversen Briefen waren fast identisch und dienten zum einen dazu, die Missstände und die Willkür, die die Vertreter des Regimes verursachten, zu beseitigen, aber auch dazu, seitens der Funktionäre regimeuntreue Personen aus dem Weg zu schaffen.

Für die regimekonformen Verfasser waren „Kritik und Selbstkritik“ eine Messlatte für den Erfolg des Regimes und den Aufbau des sozialistischen Staates. Der Sozialismus beruhte in deren Augen auf der Arbeit seines kommunistischen Aktivs, das die „Kritik und Selbstkritik“ zu einer Leitlinie der Arbeitsmoral küren sollte. Wer die Prinzipien

³⁵⁷ Fond 1771, Bestand 169, Akte 9, S. 243-251.

³⁵⁸ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 42-62.

³⁵⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 270.

missachtete, verursachte eine passive Einstellung des kommunistischen Aktivs zu seiner Arbeit und eine „leere“ Arbeit.³⁶⁰

„Kritik und Selbstkritik“ wurden in einem Diskurs mit Kritik an „Unterdrückung der Kritik“ verwendet. Am Rayonskomitee und dessen Parteisekretären ausgesprochene Kritik hatte oft Kündigungen zur Konsequenz. Deswegen wurden die Funktionäre der „Unterdrückung der Kritik“ und der Ausübung der Rache für die in den Petitionen ausgesprochene Kritik beschuldigt.³⁶¹ An die Adresse des Ersten Sekretärs der Litauischen Kommunistischen Partei, Antanas Sniečkus, gingen Bitten ein, die „Unterdrückung der Kritik“ zu beseitigen und die Verfasser für die geäußerte „gerechte“ Kritik vor Beschuldigungen und vor Rache zu retten. Äußerung der Kritik und „Unterdrückung der Kritik“ fanden in den Petitionen einen strategischen Platz. Sie wurden in einen Rahmen aus Wunschäußerung und Denunziation eingebunden und rhetorisch untermauert. Wenn die gewünschte Lage durch die geäußerte Kritik („Kritik und Selbstkritik“) an der entsprechenden Person (Denunziation) nicht eintrat, wurde gefragt, ob es denn eine kommunistische Kommunikationsart sei „Kritik zu unterdrücken“?³⁶²

Wenn sich Kommunisten anonym und kollektiv in einem Zusammenschluss mehrerer Parteiorganisationen über den ersten Sekretär eines Rayons beschwerten, der keine Konsequenzen aus der Kritik zog, bereitete es dem ZK große Sorgen, das bemüht zu sein schien, an der Basis gute und zuverlässige Kommunisten zu installieren. Das ZK nahm solche Hinweise tatsächlich sehr ernst: Zum Beispiel ein mit mehreren Notizen bereits am nächsten Tag nach dem Eingang versehener anonymer Brief rief tatsächlich in der spravka eine Entscheidung hervor, den Ersten Sekretär eines Rayons anderweitig „zu verwenden“.³⁶³ Gegen die Handlungen der Abteilungsvorstände vorgebrachte (positive) Kritik hatte Konsequenzen für die Arbeiter.³⁶⁴

Ironische und kritische Briefe wurden in der Zeitung „Krokodil“ veröffentlicht. Eine Dorflehrerin schrieb auf Russisch, dass es im Dorf an allem fehle. Es gäbe keinen Arzt,

³⁶⁰ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 133.

³⁶¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte. 72, S. 147.

³⁶² Fond 1771, Bestand 210, Akte 61, S. 34.

³⁶³ Fond 1771, Bestand 220, Akte. 67, S. 62-74.

³⁶⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 60, S. 145-156.

weder kulturelle noch politische Veranstaltungen, der Kinosaal sei viel zu klein und sehe wie jener Pferdestall aus, aus dem die Pferde wegen Lebensgefahr geflüchtet wären. Sie kritisierte mit Ironie die Rayonsleitung, die die Vertreter geschickt habe und die gestaunt hätten, warum im Dorf keine Agitations- und Propagandaarbeit durchgeführt wurde. Die Vertreter fuhren weg und alles wurde vergessen. Sie kritisierte, dass Brot und sonstige Waren nur geliefert wurden, wenn der начальник (Natschalnik; russisch für Leiter, Chef) es wolle.³⁶⁵

Die Kolchosarbeiter beschwerten sich, dass es gar keine Reaktionen seitens der Institutionen gab. Zuerst wandten sie sich an das Rayonskomitee, dann an die Staatsanwaltschaft eines Rayons und letztens an den Ersten Sekretär der LKP, Genossen Justas Paleckis, aber nichts geschah. Der Vorsitzende des Kolchos und der Brigadier waren gewalttätig, unterbreiteten Lügen und zwangen sie, weniger zu arbeiten. Die Angelegenheit wurde diesmal positiv für die Autoren gelöst.³⁶⁶

Das Zentralkomitee untersuchte akribisch die Fakten, die in einem anonymen Brief geäußert wurden. In einem sprachlich sehr direkten Brief wurden der Direktor und seine Buchhalterin wegen der Korruption, Arbeitsmoral und des Alkoholismus beschimpft. *„Die Maschinen- und Traktorenstation von Kvédarna ist keine Einrichtung, sondern ein Chaos.³⁶⁷ Der Direktor stellt seinen Freunden die Maschinen zur Verfügung und alle, die wollen, versorgt er mit dem Benzin. Š. hat die MTS in eine Schlampe verwandelt, die niemandem widerstehen und Absage erteilen kann. [...] Gedeckt werden diese Freunde von ihrem Bourgeoisie-Gewissen und dem Parteiausweis. Und bei den Trinkgelagen während der Arbeitszeit mit dem Sekretär des Zentralkomitees Šilalė, dem T., denken sie, dass sie unter dem Schutz von T. sicher sind und so weierhin schlampen können, so viel sie wollen“³⁶⁸.* In einem weiteren Brief wurden dem Genossen T. familiäre Beziehungen mit dem Direktor einer anderen MTS vorgeworfen.³⁶⁹ Dieser anonyme Brief wurde sehr ernst behandelt und akribisch geprüft, denn es gab eine Resolution vom Ersten Sekretär der

³⁶⁵ Fond 1771, Bestand 182, Akte 32, S. 135-142.

³⁶⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 66, S. 124-126.

³⁶⁷ MTS (Mašinių ir traktorių stotis) ist eine Abkürzung für „Maschinen und Traktoren Station“, ein staatliches Unternehmen, das unter anderem die Kolchosen beliefert hat.

³⁶⁸ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 162-168.

³⁶⁹ Fond 1771, Bestand 189, Akte 66, S. 4-10.

LKP, Sniečkus. Die Privatsphäre wurde hier sprachlich eindeutig überschritten. Da die MTS nur bis ca. 1958 existierten, kann man daran erkennen, dass die Wirtschaft bereits im frühen Stadium der Sowjetunion zu bröckeln begann.

Man muss die kritischen Stimmen jener Verfasser erwähnen, die keine Angst hatten, durch eine tiefgreifende Schreibmaschinen- oder Poststempelanalyse gefunden zu werden. Sie zeigten offen eine kritische Einstellung zum System und das ZK zögerte nicht, solches Material zu vernichten, – wie die handschriftliche Notiz auf einem Brief aus 1959 zeigte: *„Andere Kopien sind vernichtet“*³⁷⁰

„Kopie

An die Redaktion der Zeitung „Tiesa“

Kopien an: ZK und Hohen Rat

Lügner, Angeber, Betrüger!

Die ganze Zeit berichten Sie im Fernsehen und Radio, dass es nirgendwo ein vergleichbares Glück wie in der Sowjetunion gibt, dass es in kapitalistischen Ländern nur Ausbeutung gibt. Aber nein, Genosse, wo es Kapital gibt, dort gibt es auch Glück und Freude, weil es ohne Kapital nichts gibt.

1. Vergleich: Sie reden die ganze Zeit, dass alle gleich sind, alle gleiche Rechte haben. Nein, Genosse, nicht alle haben gleiche Rechte, die einen verdienen ein Riesengeld, die anderen ärmliche Gehälter. Sie sagen, dass es bei uns keine Bourgeoisie gibt. Bourgeoisie und Ausbeuter gibt es mehr als Sie sagen, mehr als es im Faschismus gegeben hat.

2. Vergleich: Durch das Radio schreien Sie, dass in den kapitalistischen Ländern nicht alle Kinder aus Mangel an Mitteln einen Platz im Sommerlager bekommen können, und wie ist es bei uns, Genosse, können alle dorthin gelangen? Ich kenne viele Arbeiter, die 300 bis 500 Rubel verdienen und ihre Kinder nicht nur in Sommerlager schicken können, sondern auch nichts zum Essen und zum Anziehen für diese haben. Es gibt keinen

³⁷⁰ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 144.

Grund viel zu schreiben, weil Sie wohl verstehen, wer Geld hat, hat auch Glück und wer bei uns Geld hat, wissen Sie wohl besser, aber auf keinen Fall ein Arbeiter. Wer arbeitet und nicht klaut, dem geht es schlecht.

Also, Herrschaften – Genossen, denken Sie darüber nach und setzen Sie das Nötige in Gang – können die Arbeiter denn, die 300 bis 500 Rubel verdienen besser leben oder nicht?

Unterschriften – alle leidenden Arbeiter“

[Notiz auf einer anderen Seite: „Andere Kopien sind vernichtet“]

Am Anfang der Tauwetterperiode gab es stalinistische Spuren. Die Sowjetisierung, die zwar offiziell 1952 als abgeschlossen galt, fand weiterhin statt und spiegelte sich hauptsächlich in der Kadersäuberung beziehungsweise Kadererneuerung wider. Als Stichwörter galten hier „Banditen“ und „Deportierte“, denn wer in seiner „Charakteristik“ über die beiden Wörter verfügte, gleich in welchem Verwandtschaftsgrad, derjenige wurde höchstwahrscheinlich gekündigt. Ob eine „Gnade“ erteilt wurde und jemand eine Aussicht auf eine Arbeit behalten durfte, schien willkürlich beschlossen worden zu sein. Auch überzeugte Kommunisten konnten nicht immer überzeugen, und einfach kommunistisch konforme Bürger bekamen ihre Arbeit manchmal zurück, nachdem sie mit ihrer Laufbahn bewiesen hatten, ihrer Familie und der Vergangenheit den Rücken gekehrt zu haben. Die Entscheidung lag beim jeweiligen Funktionär.

Die meiste Kritik gab es als Kritik an der Wirtschaft in Verbindung mit Systemkritik sowie Kritik an Institutionen.

„Kritik und Selbstkritik“ veränderten seit ihrem Ursprung in den 1920er Jahren ihre Bedeutung kaum. Mit dem Einsatz dieser Mittel ging es zum einen darum, eine Sphäre insofern zu säubern, dass man dort ein korruptes Verhalten oder Unterdrückung der Kritik beseitigen wollte. Zum anderen aber darum, jemanden zu denunzieren, wenn man die Situation umkehren wollte.

Es wurde in der Sprache des Regimes kritisiert. Kritische Aussagen wurden meist in der Propagandasprache geäußert, eine blühende Metaphorik der Liebe und des Weges wurde verwendet, kritische Deutungen wurden von Zitaten und rhetorischen Fragen begleitet, und nicht selten wurden Personen denunziert, um die geschehene Ungerechtigkeit zu personifizieren. Die Verfasser griffen Aussagen der Parteiführer auf und setzten sie ein, wenn sie Kritik übten und denunzierten. Chruschtschows Kritik am Personenkult Stalins wurde kontinuierlich wiederholt, wenn es darum ging, der Partei ihre hergestellte Moral vor Augen zu führen sowie Personenkult mancher Funktionäre und daraus entstandene Neigung zum Dienstmissbrauch und zur Korruption zu beseitigen.³⁷¹

³⁷¹ Fond1771, Bestand 189, Akte 6, S. 1-3.

Die kommunistische Partei reagierte paranoid auf jeden Hinweis politischer Untreue. Man kritisierte das Parteikomitee eines Rayons für den Glauben „an leere Worte“ anstatt an Fakten und Beweise. Wegen politischer Untreue wurde ein Kaderwechsel vorgenommen.³⁷² Die Grenze zwischen privat und öffentlich war sehr dünn. Die Partei wollte Skandale vermeiden und am guten kommunistischen Beispiel festhalten.³⁷³

Wenn die Verfasser in ihren Briefen das paradigmatische Gefüge aus „Kritik“, „Kritik und Selbstkritik“ und „Unterdrückung der Kritik“ ansprachen, unterlag dies einer Kontrolle der Fakten. Die Annahme, dass diese Kontrolle korrekt oder falsch verlief, hatte genauso wenig Gewicht wie auch die Annahme, man könne sich auf die objektiven Untersuchungen der Petitionen verlassen oder gar eine subjektive Willkür im Prozess der Entscheidungsfindung (Erstellung der spravka) annehmen.

³⁷² Fond 1771, Bestand 158, Akte 20, S. 202-203.

³⁷³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 49, S. 20-21.

4. 2. Rollenmetamorphose der Propaganda

„Sprache ist ein taktisch-manipulatives Mittel zur Sicherung von politischer Herrschaft.³⁷⁴ Aufgrund des Fehlens demokratischer Bestätigung kam der rhetorischen Propagierung in den totalitären Regimen eine besondere Bedeutung zu.³⁷⁵ Rhetorik als Element von Macht und Herrschaft wurde bislang nur in Bezug auf die Herrschenden diskutiert. Die Petitionen zeigen aber, dass es in der rhetorischen Dependenz durchaus ein komplementäres Verhältnis gab und dass auch die „Beherrschten“ sich rhetorischer Strategien bedienten. In der Sowjetunion wurden Redeweisen aus der Verwaltungs- und Parteisprache in die öffentliche Kommunikation übernommen; die Bürger/innen sollten sie billigen und sich letzten Endes mit ihnen identifizieren. Die Verfasser/innen der Petitionen waren durch die Massenpropaganda bereits zunehmend politisch-ideologisch „geschult“ und ahmten das kommunikative Verhalten der Herrschaft nach: Sie lösten rationale Argumente auf und strebten stattdessen emotionale Identifikation an. Der systemische Versuch der Steuerung von Ausdruck und Handeln kulminierte in der Sowjetunion in der Propaganda. Während die Rhetorik sich argumentativer und auch emotionaler Mittel bedient, durch die persuasive Kommunikation gelingt, wurden in den Petitionen von der Herrschaft propagierte Mittel eingesetzt, die außerhalb der Grenzen der Rhetorik liegen (z. B. Drohungen). Formell scheint die Persuasion misslungen zu sein und statt ihrer eine rein ideologisch geprägte, intolerante Demagogie eingesetzt zu haben.³⁷⁶ In den Petitionen wurden Formulierungen, die der „offiziellen“ politisch-ideologischen Propaganda entstammen, als Zeichen der Loyalität verwendet und um eine gemeinsame Kommunikationsebene mit den Adressaten zu erzeugen. Das Kommunikationsverhalten des Staates, wie es sich in Propaganda und Medien spiegelte, wurde so von der Bevölkerung „privatisiert“: Der Raum

³⁷⁴ Vgl.: Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 58.

³⁷⁵ Vgl.: Grieswelle, Detlef: Rhetorik und Politik. Kulturwissenschaftliche Studien. Beiträge des Instituts für empirische Soziologie, Bd. 2, München 1978, S. 18.

³⁷⁶ Vgl.: Lutweites, Jewgeni: Funktion der politischen Rhetorik im Reformprozess der Sowjetunion (1987-1990). Dissertation, Berlin 1994, S. 12.

des Politischen wurde in die Privatsphäre überführt und kehrte in Form der Petitionen wieder in die Machtstrukturen zurück.“³⁷⁷

Auf Grund der politischen Steuerung des sprachlichen Ausdrucks segmentierte sich die Schriftsprache von der mündlichen Sprache. Der Welterklärungsanspruch der kommunistischen Partei bediente sich der totalen Sprachregelung. Die kommunikative Praxis zwischen den Herrschern und den Beherrschten äußerte sich unter anderem unter dem Einsatz der Propaganda beziehungsweise Propagandasprache.

Die Strukturen des Herrschaftsapparats waren für so einen kanonisierten Sprachgebrauch sehr empfänglich. Das Vokabular der offiziellen Sprache floss in die Alltagssprache ein. Die Aneignung der offiziellen Sprache lässt die Position des Regimes, aber auch die Gegenposition besser nachvollziehen. Das Regime sah sich dadurch legitimiert und intendierte, alle Bereiche des öffentlichen und des privaten Lebens zu regulieren.

Die Beherrschten nutzten die „formelle“ Sprache, um in der Sprache der Herrscher zu kommunizieren und so besser verstanden zu werden. Die Autoren bestätigten das Medium „Macht“ in seiner Geltung. Sie wiederholten und ahmten nach, um wahrhaftigen Eindruck zu hinterlassen. Die Beherrschten inszenierten eine Kulisse aus Floskeln, Paragraphen, Statuten etc. bis hin zu Denunziation.

Zunächst gilt es festzuhalten, wie die „Ideologie“ (System) und die „Realität“ (Lebenswelt) nach Habermas „Theorie des kommunikativen Handelns“ interagierten. „Das Öffentliche – die Ideologie – das System“ und „das Private – die Realität – die Lebenswelt“ gingen über autonome Bereiche hinaus und dies war anhand der sprachlichen Handlungen in den Briefen ersichtlich.

Im Folgenden werden die Besonderheiten der schriftlichen Kommunikation erläutert. Der kommunikative Stil der Propagandasprache soll mit ihren Aspekten der Wirkung und Rückwirkung näher betrachtet werden.

³⁷⁷ Paslaviciute, Inga: 'Privatisierung des Staates' und 'Politisierung des Privaten' als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010, S. 70-71.

4.2.1. Propagandasprache als Strategie

Die Struktur der Briefe war von der Propaganda beziehungsweise Propagandasprache beeinflusst. Propaganda arbeitet laut Bussemer unter anderem mit und über Sprache.³⁷⁸ Durch neue sprachliche Verknüpfungen wurde die Kommunikation manipuliert, besonders in „solchen Regimen wird alles durchdringende und omnipräsente Propaganda eingesetzt, um die Dominanz der herrschenden Ideologie abzusichern und den Führungsanspruch der Herrschenden in allen Lebensbereichen zu behaupten.“³⁷⁹

Propagandasprache wurde eingesetzt, um eine Darstellung zu untermauern und beim Herrschenden Mitleid zu erzeugen. Beispielweise, wenn jemand in der LTSR sein ganzes Leben tüchtig arbeitete und dann gebrechlich wurde, regte man an „*vielleicht wollen sie die Sowjetregierung beschuldigen, vielleicht das Volk hetzen, um die sowjetischen Gesetze zu brechen.*“³⁸⁰

Zuerst wurden explizit Verdienste sowie Parteimitgliedschaft hervorgehoben, dann wurde irgendein Problem umrissen und zum Schluss erfolgte die Klage. Scheinbar nebensächlich bat man den Adressaten, den „*Arbeitsmenschen*“ nicht zu bestrafen.³⁸¹

Es kristallisierte sich in den Briefen eine Einleitung heraus, die eine Spur vom strengen Kodex innehatte. Am Anfang eines Schriftstückes wurde meistens eine persönliche Vorstellung vorgenommen: „*20 Jahre diente ich den Kadern der sowjetischen Streitkräfte*“³⁸² oder „*Ich habe [...] die marxistisch-leninistische Universität abgeschlossen. Meine Eignung für die Bibliotheksarbeit habe ich mit meiner ehrlichen Arbeit bewiesen. Ich bin ein ehrlicher sowjetischer Bürger. Meine Familie erziehe ich im sowjetischen Geist: meine ältere Tochter ist Komsomolze, die jüngeren – Pioniere*“.³⁸³ Beinahe rituell wurden die Verdienste betont: der Vater habe während der Oktoberrevolution von 1917 an der

³⁷⁸ Vgl.: Bussemer, Thymian: Propaganda. Konzepte und Theorien. Mit einem einführenden Vorwort von Peter Glotz. 2. Überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2008, S 34.

³⁷⁹ Ebd., S 37.

³⁸⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 12, S. 40-46.

³⁸¹ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S 67-73.

³⁸² Fond 1771, Bestand 210, Akte 61, S. 55-67.

³⁸³ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 49-52.

Seite der Sowjets gekämpft, die Mutter habe eine Medaille für die geleistete Arbeit während des Großen Vaterländischen Krieges bekommen beziehungsweise jemand sei Invalide des Großen Vaterländischen Krieges.³⁸⁴ Eine Einleitung als Mutter-Heldin kam in den Briefen von verwitweten Frauen des Öfteren vor: *„Ich bin Mutter-Heldin. Ich habe 13 Kinder zur Welt gebracht, 10 davon leben noch. Ich bin mit einem Mutter-Heldin-Orden, ausgestellt am 5.10.1955 vom Höchsten Rat der LSSR [...] geehrt worden.“*³⁸⁵

Die zentrale Steuerung des Ausdrucks resultierte in einer beabsichtigten Strategie, die zum Erfolg führen konnte. Diese war rhetorisch durchdacht, zuerst die Verdienste, beispielsweise im Großen Vaterländischen Krieg, aufzuzählen, dann die jetzige Situation (zum Beispiel Wohnsituation) und letztendlich die Verbesserung der Arbeitsleistungen durch die Verbesserung der jetzigen Situation zu erreichen (*„[...] man möchte noch besser arbeiten, die Jugend im kommunistischen Geist erziehen, aber hin und wieder stören die Umstände zu Hause.“*³⁸⁶).

Manche Autoren entschuldigten sich bei der Obrigkeit im ersten Satz für die Störung und äußerten dann das Anliegen. Wenn es um Kündigungen ging, schienen sich die Petitionsschreiber an den letzten Strohalm zu klammern. Sie schwärmten von der Sowjetgesetzlichkeit und lobten das Land, in dem nur mehrfache Verbrecher und Volksfeinde verurteilt wurden. Sie fragten, ob zur Not auch eine mildere Disziplinarstrafe möglich wäre.³⁸⁷ Oder sie baten ihren *„öffentlich völlig zerstörten Namen des sowjetischen Ingenieurs“* wieder herzustellen.³⁸⁸

Die Überwindung der rhetorischen Hemmschwellen erzeugte neue kommunikative Macht. Die gewünschte Arbeit beziehungsweise die Wiederanstellung wurden als größter Wunsch und größte Pflicht gegenüber der sowjetischen Republik beschrieben. Man fühle sich, als wäre man dieser Republik etwas für die Erziehung und die Ausbildung schuldig. Man wünsche sich, man könnte durch die ehrliche Arbeit der *„sowjetischen Republik und*

³⁸⁴ Fond 1771, Bestand 146, Akte 34, S. 137-156 und S. 343-345.

³⁸⁵ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 50-63.

³⁸⁶ Fond 1771, Bestand 158, Akte 20, S. 204-211.

³⁸⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 30-32.

³⁸⁸ Fond 1771, Bestand 169, Akte 79, S. 22-26.

der Heimat für ihre Fürsorge“ etwas zurückgeben.³⁸⁹ Der Staat kümmerte sich „*alltäglich und allseitig um das Wohl eines jeden sowjetischen Bürgers*“.³⁹⁰ Er übernahm also die Rolle der Eltern, der sowjetischen Familie: „*Weil ich weiß, dass die Partei sich um unser Schicksal kümmert, schreibe ich in folgender Angelegenheit.*“³⁹¹

Manchmal setzten die Autoren umgekehrt eine Argumentationspraxis ein, um dem Adressaten die Versprechen der Partei vor Augen zu führen („*Ich kann nicht längere Zeit ohne Arbeit sein, aber in unseren Zeiten sollte es keine Arbeitslosen geben, und wie Sie sehen, in der Praxis gibt es diese.*“³⁹²). Propaganda kam zur Geltung, wenn wiederholt wurde, was das sowjetische Land versprach und was jedoch alles nicht der Wirklichkeit entsprach.

Um die Entwicklung der Landwirtschaft voranzutreiben, rief die Partei Tausende Arbeiter, Angestellte und Experten für die Landwirtschaft in die Dörfer zu kommen. „*Die Kommunisten in allen Bereichen der kommunistischen Gesellschaften nehmen den avantgardistischen Führungsplatz ein, klären auf über das Ungute, beseitigen es. So sollte es auch bei uns sein.*“³⁹³ Es wurde nach mehr partizipierender Einstellung der Partei verlangt.

Die Idealisierung der Vergangenheit diente nicht dem Gemeinwohl, sondern war eine Angelegenheit von purem Pragmatismus. Man konnte mit Stolz darüber berichten, dass man keine Ausbildung hatte, dass man das ganze Leben bei den Herrschaften gedient hatte, dass man aus der Arbeiterfamilie stammte. Man freute sich über die Sowjetmacht und war sehr dankbar.³⁹⁴

Auf Grund des absoluten Geltungsanspruchs zwischen dem System und der Lebenswelt bekamen die Partei und die Regierung eine familiäre Stellung zugewiesen. Sie wurden als Allgemeinwillen personifiziert. Die Schreiber mit hohem moralischem Anspruch nutzten

³⁸⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 737, S 21-28.

³⁹⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 56-68.

³⁹¹ Fond 1771, Bestand 211, Akte 43, S. 19-23.

³⁹² Fond 1771, Bestand 182, Akte 20, S. 13-40.

³⁹³ Fond 1771, Bestand 188, Akte 90, S. 26-33.

³⁹⁴ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 5-9.

Tautologien wie zum Beispiel „*das richtige, lebendige Leben*“, das jetzt anfangen würde. Sie sprachen ihre Dankbarkeit für die zukünftige Arbeit aus und versprachen „*richtig glücklich zu sein und der Partei und dem Volk*“ großen Nutzen zu bringen.³⁹⁵

Unter diesem Gesichtspunkt waren die Autoren von absoluter Unterwerfung behaftet, ja sogar infantil, indem sie die Partei über alles stellten. Die Partei und Regierung hätten sie von der Unterdrückung durch Bourgeoisie und Kapitalisten gerettet.³⁹⁶ Sie beteuerten, dass der Traum eines ganzen Jahrhunderts in Erfüllung gegangen sei und Litauen sozialistisch geworden sei.³⁹⁷

Im gemeinsamen Interesse wurde gleichzeitig geklagt, dass in die leitenden Kader „*die Kapitalisten, die Feinde des Kommunismus und die Unterwerfer der Bourgeoisie sich einmischen [...] und der kommunistischen Partei, dem Parteiprogramm [...] schaden und die Gesellschaft demoralisieren.*“³⁹⁸ Diese standardisierte Argumentation mit Dauerpräsenz diverser sprachgestalterischer Mittel erweckte den Anschein, den moralischen Kern der Partei zu treffen.

³⁹⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S.1-3 Akte 100, S. 172-174.

³⁹⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 114-118.

³⁹⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 244-248.

³⁹⁸ Fond 1771, Bestand 158, Akte 2, S. 45-62.

4.2.2. Formalisierung der Sprache: Institutionalisierung der öffentlichen Kommunikation

Mit Entdifferenzierung beziehungsweise Durchmischung der Sprachebenen erreichte man die funktionale Äußerung. Man institutionalisierte eine Sphäre von Sprache. Man kannte die letzten Partei- und Regierungsbeschlüsse und man richtete eine Bitte an die Autorität, dass man eine mildere Strafe wünsche und fragte, ob man weiterhin lernen könne, denn in dieser Zeit sei die Bildung sehr wichtig, besonders für einen Kommunisten.³⁹⁹ Man behauptete energisch, dass die Kraft nicht zu schade ist, „*die Beschlüsse der Partei und der Regierung zu realisieren [...]*“.⁴⁰⁰

Die Presse sollte laut manchen Autoren „*die schärfste Waffe der Partei*“ sein, und man wäre bereit mit „*seinem eigenen Kopf die Verantwortung zu übernehmen*“.⁴⁰¹ Als ein Redaktionsmitarbeiter gekündigt wurde, bekam er die Antwort, dass er auf Grund seiner Parteilosigkeit nicht an Parteikonferenzen und Plenarsitzungen teilnehmen könne, was die Zeitung am „*Bau der Parteithematik*“ hindere.⁴⁰² Die von der Partei beherrschten Massenmedien mündeten in der Vorstellung der Realisierung der Programmatik der kommunistischen Führung.

Mit dem Ziel des Wahrheitsanspruchs wurden Statuten und weitere Gesetzestexte herangezogen („*Passive und formale Einstellung zu den Beschlüssen der Partei schwächen die Kampfbereitschaft und entsprechen nicht einer Mitgliedschaft in ihren Reihen. /Aus den Parteistatuten, Art. 1, 36/ [...]*“; „*Wir sind freie Bürger der Sowjetunion, wir sind stolz auf die Staatsbürgerschaft der Sowjetunion, niemand hat uns Rechte weggenommen; die Verfassung der Sowjetunion garantiert uns die Bürgerrechte. [...] Wir brauchen klare Beschlüsse [...], so klar wie die Prinzipien und Ideen von Marx und Lenin. [...] Wie viel Zeit, wie viel Energie hat man umsonst verbraucht, anstatt sie in für die Republik und für die Gesellschaft nützliche Arbeit zu stecken.*“).⁴⁰³

³⁹⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 49, S. 52-54.

⁴⁰⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 79 S. 137-140.

⁴⁰¹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 60-62.

⁴⁰² Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

⁴⁰³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 267-271.

Die Verfasser der Briefe wussten, welches politisch-ideologisches Instrument wie einzusetzen war. Man zitierte also die Verfassung der Sowjetunion, wenn es um Fragen des Arbeitsrechts ging. Jeder Mensch hätte das Recht auf Arbeit in „*unserer*“ Sowjetunion.⁴⁰⁴ Es wurde hervorgehoben, dass man immerwährende Missstände bei der Arbeit beseitigt habe, um die sozialistischen Verpflichtungen und bessere Arbeitsergebnisse zu erreichen.⁴⁰⁵ Ebenso wurden formal Gesetze aufgelistet, zum Beispiel „[...] *Statut für Strafrecht Artikel 161* [...]“⁴⁰⁶ oder Parteikongresse zitiert: „*Genosse Chruschtschow betonte im XXI. Parteikongress* [...]“.⁴⁰⁷

Die zentrale politische Steuerung des Ausdrucks mündete in der Institutionensprache. Der Konformismus bis in die Feinheiten der Formulierung hinein, wurde belohnt.⁴⁰⁸ „*Die Aufgabe der Partei und der Regierung ist es, die Kolchosen zu stärken sowie diverse Revisionisten aus den Reihen des Vorstands zu vertreiben und durch sowjetische Kader zu ersetzen, damit der Vorstand des Kolchos nicht zwei Arten von Menschen unterscheidet: die Unseren und die Nicht-Unseren. Falls man zu Smetonschem Regime kommunistische Einsichten hatte, nach der deutschen Okkupation mit der Waffe in der Hand mit den Banden der Bourgeoisie Nationalisten gekämpft hatte, wurde man ausgelacht und man hat gesagt bekommen, das ist Eure Macht*“.⁴⁰⁹ Im Vorstand des Kolchos saßen smetonsche „Šauliai“ und Polizisten.⁴¹⁰ Man benötigte Kader mit hoher sowjetischer Moral, die im Gleichschritt mit der Partei gingen.

Es blieb aber nicht sicher, ob jemand die konforme Sprache benutzte, um die Annehmlichkeiten in einem wachsenden Maße kontrollierenden Staat zu genießen. So beschwerte sich ein Autor über Verleumdung in einer Zeitung, was „*mit der Ethik der sowjetischen Presse*“ nicht kongruiere und behauptete weiter „*er glaube an die sowjetische Presse,*

⁴⁰⁴ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 84-85.

⁴⁰⁵ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 145-157.

⁴⁰⁶ Fond 1771, Bestand 210, Akte 57, S. 94-104.

⁴⁰⁷ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 215.

⁴⁰⁸ Vgl.: Jessen, Ralph: Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 64.

⁴⁰⁹ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 143-147.

⁴¹⁰ „Lietuvos šaulių sąjunga“ wurde 1919 gegründet und war eine paramilitärische Organisation die sogenannten Partisanen.

*weil sie ein wichtiges Instrument im Kampf der Wahrheitsfindung ist“.*⁴¹¹ Manchmal wurde die Wahrheitsfindung ironisch ausgedrückt: *„Ich glaube daran, dass in der sowjetischen Staatsform die Wahrheit existiert, ich bitte nur um Ihre Hilfe, sie wieder zu entdecken, sie ist in gegebener Sache in Lügen untergegangen.“*⁴¹²

Die eigentliche trübe Realität wurde in den Zeitungen verschwiegen. Stattdessen triumphtierte die Presse mit den Leitsprüchen, sie sei die größte Waffe im Kampf gegen Ungerechtigkeit, die geeignetste Tribüne der Erziehung der Gesellschaft in Bezug auf den noch „schöneren kommunistischen Morgen“.

Den Charakter der kommunistischen Herrschaft machte unter anderem die große Konzentration zum Zentrum aus. Die Kluft zwischen Stadt und Land, dem Zentrum und der Peripherie war sichtbar: *„Die kommunistische Partei unserer Sowjetunion und die sowjetische Regierung kümmern sich darum, wie man das Dorf an die Stadt näher bringen kann. Währenddessen versucht Genosse [...] das Gegenteil zu tun, hindert unsere öffentliche Verbindung mit der Stadt, verletzt unsere Bürgerrechte und hindert uns daran mit seinen nicht rechtmäßigen Handlungen, die Beschlüsse der Partei und der Regierung zu realisieren.“*⁴¹³ Die rechtliche Kenntnis mit einstudierten Sprachformeln diente nicht der Argumentation, sondern bekam den Anschein der Opportunität.

⁴¹¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 56, S. 141-163.

⁴¹² Fond 1771, Bestand 211, Akte 52, S. 8-27.

⁴¹³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 99; S. 122-139.

4.2.3. Einfluss der Propaganda auf Denunziation

Die Grenzen der Propaganda und Denunziation waren fließend. Wenn man hypothetisch feststellt, dass Denunziation quasi zum guten Ton gehörte, dann kann man das Funktionieren des sozialistischen Staatsapparats besser verstehen. Eine verhältnismäßig hohe Anzahl der Briefe hatte Denunziationscharakter und wies Aussagen oder Verweise auf unzuverlässige Personen im Apparat auf.⁴¹⁴ Es wurde Gewalt thematisiert, die seitens „der Bourgeoisie-Elemente“ und auf „ehrliche“ sowie „verlässliche“ Sowjetbürger ausgeübt werde.⁴¹⁵ Ein Autor nannte den Genossen Chruschtschow „*Erschaffer des Wohlstands der Arbeiter*“, stellte sich jedoch gleichwertig, da auch er zum Wohlstand der Arbeiter beitragen wolle und denunzierte gleichzeitig die „Bourgeoisie-Elemente“.⁴¹⁶ Ein großes Misstrauen wurde verbreitet, dass die Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges gekündigt wurden und an ihre Stelle unzuverlässige Personen angestellt wurden oder diejenigen, die geschmiert haben.⁴¹⁷ Der Ausdruck „*die deutschen Faschisten*“ gehörte der politisch-ideologischen Terminologie an und war als Loyalitätszeichen in die offizielle Sprache inkludiert. Ganze Familien wurden angestachelt, für ihre Verwandtschaft Verantwortung zu tragen, jedoch distanzieren sich diese davon („*die genau solche Feinde der sozialistischen Staatsordnung wie für mich sind, und ich trage keine Verantwortung für sie*“⁴¹⁸).

Die Briefe zeigten eine gewisse Homogenität in Bezug auf Schuld. Wenn jemand beschuldigt wurde, ließ er den Leser an seiner Vergangenheit teilhaben, um zu beweisen, dass er die Strafe nicht verdiente und weiterhin am Wohl der „*sowjetischen Heimat*“ arbeiten werde.⁴¹⁹ Die Treue der sowjetischen Republik musste bewiesen werden.⁴²⁰ In manchen Schriftstücken wurde die Leitung beschuldigt, über keinen sowjetischen Arbeitsstil zu verfügen.⁴²¹ „*Wir, Kommunisten, sind vom starken Willen und voller Energie*

⁴¹⁴ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 101-104.

⁴¹⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 341-344.

⁴¹⁶ Fond 1771, Bestand 169, Akte 13, S. 29-46.

⁴¹⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 4, S. 125-143.

⁴¹⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 56, S. 275-278.

⁴¹⁹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 33, S. 38-41.

⁴²⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 119-124.

⁴²¹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 44, S. 91-95.

*den Kommunismus aufzubauen und alle Missstände zu verurteilen [...]. Wir, Kommunisten, wollen das Büro des Zentralkomitees durch die Redaktion von „Tiesa“ („Wahrheit“) fragen, ob Genosse [...] das religiöse Fest „Weihnachten“ feiern wird, weil es bald kommt.“*⁴²² Es ist zu vermuten, dass denunziatorische Inhalte manipulative Funktion in der kommunikativen Praxis des Regimes hatten.

Die ständige Paranoia und die Suche nach Freund oder Feind regierten alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. *„Ich halte es für meine Parteipflicht, Sie zu informieren [...]“*, war der Satz, der einen berühmten litauischen Schriftsteller beim Zentralkomitee diffamierte. Man schrieb, man kannte ihn oder schien ihn zu kennen als einen mutigen Antifaschisten, der als einer der ersten seinen sowjetischen Weg, wie auch viele andere talentierte litauische Schriftsteller, unter den schwierigen politischen Umständen, fand. Man war aber enttäuscht, dass er es nicht schaffen würde, sich aus seiner nationalistischen Einstellung zu befreien beziehungsweise sich nicht genug Mühe gäbe, dies zu schaffen.⁴²³

Das Problem läge darin, dass jene Bourgeoisie Verbrecher immer noch in den Reihen der leitenden Kader Platz einnahmen, was den *„gemeinsamen sowjetischen Bau und die Rolle der Partei“* störe. Es gäbe keinen Unterschied zu damals, kritisierte man den *„bürokratischen Umgang“*.⁴²⁴ Thematisiert wurde, dass *„ohne sich in die Sache zu vertiefen“* und *„formal bei der Sache zu sein“* Urteile gefällt wurden.⁴²⁵ Es zeigte sich, dass die formalisierten Ausdrücke wie *„Banditen“*, *„Bourgeoisie-Elemente“* etc., die vorrangig durch die Partei und Presse verbreitet wurden, in die schriftliche Sprache übernommen wurden.⁴²⁶

⁴²² Fond 1771, Bestand 220, Akte 67, S. 62-74.

⁴²³ Fond 1771, Bestand 211, Akte 54, S. 90-93.

⁴²⁴ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

⁴²⁵ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 168-185.

⁴²⁶ Fond 1771, Bestand 211, Akte 52, S. 304-327.

Im zentralistischen Staatsapparat erfolgte die Sprachlenkung von oben nach unten. Die Autoren versuchten, die vom Regime geprägte Sprache, die offizielle Schriftsprache, notorisch zu wiederholen. Unter diktatorischen Bedingungen galten Sprachformeln wie „enger Praktizismus“ sowie „die Rückkehr in die Bourgeoisie“ als Signale der Anpassung. Die Partei generierte durch spezifische Wendungen eine neue Propaganda-Rhetorik. Rituell gewordene Wortverbindungen wie „*unsere sowjetische Regierung bemüht sich, das Wohl der Bürger zu verbessern*“, „*Beschlüsse der Partei*“ oder „*bürokratischer Umgang*“ mündeten in Vorhersehbarkeit und sicherten so den Verfasser ab.⁴²⁷

Die Propagandasprache tendierte zu euphorischen Metaphorisierung. Zum Beispiel wurde im Bildungswesen großer Wert auf „die Qualität“ der Kader gelegt. Die Partei bevorzugte die Parteimitglieder oder zumindest Komsomol. Wichtige Themen waren die Erziehung des Arbeitervolkes, der „*jungen Kader*“ sowie die „*Erziehungsmethoden eines genialen sowjetischen Pädagogen*“.⁴²⁸ Die formalisierte Sprache reichte von Suggestion bis hin zur totalen Kontrolle. Es gilt festzustellen, dass die meisten sprachlichen Ausdrücke standardisiert, formalisiert und einstudiert waren.

In der russischen Verwaltungssprache herrschten männliche Berufsbezeichnungen. Diese Sprachnorm wurde vom Russischen übernommen. Statt dem Femininum (Genossin Sekretärin) wurde das Maskulinum (Genosse Sekretär) für die gesamte Sowjetzeit in den litauischen Sprachgebrauch übernommen.

⁴²⁷ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S 99-103. Dazu vgl.: Jessen, Ralph: Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 68.

⁴²⁸ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 3-4.

Zum Einsatz kamen einige rhetorische Figuren unter anderem Metapher, Euphemismen, Tautologien, Personifizierung. Der stalinistische Personenkult wurde zur Rhetorikfigur, wenn es um Vergleiche zum Dienstmissbrauch der leitenden Kader ging. Die praktizierten Sprechweisen und die Sprachlenkung durch die Propagandasprache zeigen, dass die argumentativen und emotionalen Elemente mit ideologiegeprägten Demagogie-Elementen mit dem Ziel des „*persuadere*“ (lat. „überzeugen“, „überreden“) korrelierten.⁴²⁹

⁴²⁹ Vgl.: Plett, Heinrich F.: Einführung in die rhetorische Textanalyse. Hamburg 1975, S. 4.

4.3. Drastische Kommunikation

4.3.1. Denunziation

Alf Lüdtke bezeichnete die Denunziation als zentrales Mittel der Herrschaftssicherung.⁴³⁰ Ein Teil der sowjetischen Politik war die Entdeckung und Eliminierung feindlicher „Elemente“, ob in einer geheimen (Petitionen) oder öffentlichen Aktion (Leserbriefe),⁴³¹ die sich ebenso der rhetorischen Propagierung bediente. Während seitens der kommunistischen Partei die Praxis des Sekretierens von Texten mit besonderem Augenmerk für denunziatorische Inhalte absolut gängig war, zeichnete sich die Denunziations-Praxis auch seitens der Verfasser bereits in der frühesten Phase des Petitionswesens in der LSSR ab und war im erheblichen Teil der Petitionen impliziert.⁴³² Im Dissertationsprojekt wird die Frage nach der Instrumentalisierung des Petitionswesens für das Denunziantentum gestellt, das als Ausdruck der manipulativen Kraft eines totalitären Systems gedeutet werden kann. Als Anhaltspunkt steht in diesem Kontext Jörg Baberowskis Kategorisierung der Motivation für die Denunziation als stalinistische Praxis.⁴³³ Die Untersuchung der Petitionen unter diesem Aspekt soll zum einen Antworten darauf liefern, ob es stalinistische Kontinuitäten dieser Praxis gegeben hat und wie die Bürger in eine Bitt- beziehungsweise Beschwerdeschrift eine denunzierende Aussage implizierten.

Als eine Form der Kritik wurden korrupte Führungspersonen, die der Untreue und der Verschwendung beschuldigt wurden, kritisiert, dies geschah nicht aus niedrigen Beweggründen.⁴³⁴ Die Schreibenden, die in den Jahren 1953 bis 1962 denunzierten, wandten

⁴³⁰ Vgl.: Lüdtke, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen. In: Ders./Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 14.

⁴³¹ Vgl.: Korzeniewska, Katarzyna: Vykdomasias kabinetas praneša... Sovietų valdininkai skundžia katalikų kunigus (1962-1965) Kas? Kam? Ką? Naujasis Židinys-Aidai 2006, S. 157.

⁴³² Die Verfolgung denunziatorischer Inhalte ist durch eine Markierung in den Petitionen erkennbar.

⁴³³ Jörg Baberowski stellt folgende Kategorisierung der Denunziation im Stalinismus fest: Denunziation aus ideologischer Überzeugung, Denunziation zur Bewältigung von Alltagsproblemen, Denunziation im ethnischen Sinne, Denunziation als archaischer Konflikt an der Peripherie, Denunziation als Waffe gegen die Despotie der lokalen Amtsträger. Vgl.: Baberowski, Jörg: „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein“: Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928-1941. In: Friso Ross/Achim Landwehr (Hrsg.): Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 2000, S. 165-197.

⁴³⁴Vgl.: Celikates, Robin: Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt/New York 2009, S. 109.

sich zum einen vor allem gegen lokale Amtsträger und wollten zum anderen ihre Alltagsprobleme bewältigen. Bei der Denunziation gegen lokale Amtsträger ging es vor allem um Personen aus dem jeweiligen Bürokratieapparat: Vorgesetzte oder ehemalige Vorgesetzte, Kollegen beziehungsweise ehemalige Kollegen. Denunziationsgründe waren Willkür in der Verwaltung, Korruption und Ideologie. Führungspersonen, seien es Lehrer oder Kolchosvorsitzende, die „fremd“ dem sowjetischen System waren, die eine bürgerliche Abstammung aufwiesen, die Grund besessen hatten oder in deren Familie jemand deportiert worden war, seien nicht in der Lage, ideologische Arbeit zu leisten und wurden deswegen denunziert.⁴³⁵ Überzeugte Kommunisten, die an das Funktionieren des Systems glaubten und in den Briefen den Eindruck erweckten, dass es um eine öffentliche Angelegenheit ging, die unmittelbar zum Erfolg des sozialistischen Aufbaus beitragen würde und deren Lösung zum Beispiel eine Arbeitsnorm steigern würde, denunzierten Personen, die korrupt waren. Solche Hinweise wurden von der Partei ernst genommen und verfolgt.⁴³⁶ Die Vertreter vom Zentralkomitee fuhren vor Ort um Gespräche zu führen und um andere Personen zu befragen.⁴³⁷

Denunziation wurde entweder aus einem privaten Zweck, zum Beispiel Bewältigung von Alltagsproblemen oder aus einem öffentlichen Zweck, zum Beispiel gegen lokale Amtsträger beziehungsweise Zentrum-Peripherie-Konflikt betrieben. Zum einen ging es beim Zentrum-Peripherie-Konflikt um den Stadt-Rayon-Konflikt und um den Rayonzentrum-Dorf-Konflikt; zum anderen um das Machtzentrum Moskau und die Litauische Sowjetrepublik. Zitiert wurde beispielsweise Chruschtschows Rede beim XXI. Kongress der KPdSU, in der behauptet wurde, man dürfe die politische Wachsamkeit nicht verlieren. Dann folgten die Ausführungen zu Differenzen in der Politik der Sowjetrepublik Litauen. Denunzierte Personen stammten aus der sowjetischen Öffentlichkeit – dem Bürokratieapparat; sie waren entweder Vorgesetzte beziehungsweise ehemalige Vorgesetzte oder Kollegen beziehungsweise ehemalige Kollegen. Andererseits gab es auch private Denunziation zum Beispiel Nachbarn oder Eheleute.⁴³⁸

⁴³⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 117, S. 60-65.

⁴³⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 114-118.

⁴³⁷ Fond 1771, Bestand 188, Akte 90 S. 62-64, 73-78.

⁴³⁸ Vgl. dazu Fitzpatrick, Sheila: Denunciation and Problems of Loyalty and Citizenship. In: Michaela Hohkamp/Claudia Ulbrich (Hrsg.): Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive. Leipzig 2001, S. 383-395.

Das Zentralkomitee untersuchte die Denunziationshinweise und erstellte Bescheide, die positiv wie auch negativ ausfielen; der Wahrheitsgehalt ist in diesem Gespann aus persönlichen Beziehungen, Protektion, Zufälligkeit und Gutmütigkeit nur schwer einzuschätzen. Bei den puren Denunziationsfällen reagierte die Partei darauf und listete auf, welche Maßnahmen sie gegen wen traf.

4.3.1.1. Denunziation als Bewältigung von Alltagsproblemen

Es gab unterschiedliche Gründe für Denunziation, meist waren mehrere Motive dafür ausschlaggebend. Beispielweise wurde in einer Beschwerde der Direktor samt Kollegium der geringen Allgemeinbildung, der sexuellen Nötigung und des Alkoholismus denunziert. Das Zentralkomitee schlug in der spravka vor, die Beschwerde anonym zu halten.⁴³⁹

Die Bourgeoisie und Ideologie wurden öfters als Gründe für Dienstmissbrauch angesehen. Man hielt für unakzeptabel, wie sich in die *„Ehrenreihen der kommunistischen Partei solche Menschen einschleichen, die zu Zeiten der Smetonschen Regierung [...] Aufklärungsarbeit darüber geführt haben, dass die Sowjetmacht nie wieder nach Litauen einkehrt. Heutzutage sind viele „Patrioten“ zu fleißigen Kommunisten geworden, sind mit Arbeit versorgt worden [...]“*.⁴⁴⁰ Um die Ideologie ging es auch, wenn Ehefrauen die Geliebten ihrer Männer denunzierten: *„[...] ihr Vater ist für den Banditismus deportiert. Und seine Tochter [...] hatte in politischer Hinsicht banditische Ansichten.“*⁴⁴¹

„Er und seine Persönlichkeit“ war der Titel eines anonymen Briefes, der beim Zentralkomitee einlangte. In diesem Brief wurde der Presse eine bedeutende Rolle im Kampf mit Ungerechtigkeit zugeschrieben. Währenddessen wurde ein jüdischer Redakteur in Klaipėda denunziert. Seine Person wurde ironisch beschrieben; er sei von hoher Gelehrsamkeit, sein Wissen eignete er sich über die *„Idišė Štime“* (Jüdische Tageszeitung in Litauen 1918 bis 1940) an, denn sein Onkel war der Herausgeber von einer kosmopolitischen und Bourgeoisie Zeitung zu Smetonschen Zeiten in Kaunas. Der Onkel wurde des Plagiiers bezichtigt und für seine praktischen Ratgeber (*„Wie viele Fühlnerve hat die Zunge“* oder *„Wie stopft man Socken“*) verspottet. Er sei dank seiner Dienststellung und seiner gesellschaftlicher Stellung im Stadtkomitee von den Stadtbewohnern Gott und Zar genannt worden (*„Я бог и царь. Я пуп земли!“* vom Russischen *„Ich bin der Gott und der Zar. Ich bin der Papst der Erde!“*). Sein Name wurde preisgegeben, sein Aussehen präzise beschrieben, seine Vergangenheit verurteilt. Er profitiere vom *„Kult der Person“*.

⁴³⁹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 22, S. 228-231.

⁴⁴⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S 72-85.

⁴⁴¹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 25, S 200-204.

Hier könne man deutlich die Parallele zum Personenkult um Stalin erkennen. Unterschrieben wurde der Brief von den Stadtbewohnern inklusive der Intelligentsia.⁴⁴²

Nachbarn denunzierten Nachbarn, wenn es um Wohnraum ging. Es wurden viele Beispiele angeführt, um zu beweisen, man sei nicht der einzige in solcher Lage. In solchen Fällen wurden die Verwandtschaft sowie die Nachbarschaft befragt. Manche spravka vom Zentralkomitee ähnelte den Ermittlungen in den Kriminalfällen, die keine waren.⁴⁴³

Denunziationsbriefe fingen mit dem typischen Satz an: *„Ich halte es für meine Pflicht, Sie zu informieren.“*⁴⁴⁴ Folgender Brief war eine pure Denunziation einer Person. Herr V. war seinerzeit ein Abteilungsleiter eines Kolchos von einem Rayon und wurde in den Vorstand befördert. Der Vorstand stellte eine Anfrage beim Exekutivkomitee und beim Parteikomitee des Rayons. Man bekam die Informationen, dass Herr. V. eine unzuverlässige Person sei und dass er Verbindungen zu den Banditen und zum Klerus habe. Auf Staatskosten hätte er sich ein Haus bauen lassen und seine Wohnung zu überhöhtem Preis verkauft. Die Fakten konnten durch zwei Personen bestätigt werden. Die spravka wurde nach sowjetischer Tradition verfasst, indem betont wurde, woher er stammte, welchen Beruf und welche Einsichten seine Eltern hatten.

Um Ideologie ging es auch in einem Brief, in dem fast ein Dutzend Personen *„im System des Chaos demaskiert und deschiffriert“* wurden: *„1945 demaskierte ich einen Elektromonteur der Druckerei „Tiesa“ („Wahrheit“), der Verbringungen zu den im Wald lebenden Banditen hatte [...]. 1948 beobachtete ich in einem Kooperativ einen Wachmeister von der Smetonschen Polizei und habe ihn demaskiert (er wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt). 1949 habe ich einen „Einschleicher“ in die Partei demaskiert. 1950-1951 dechiffrierte ich [...].“*⁴⁴⁵ Ebenso wurde ein Lehrer als fremd für die sowjetische Staatsordnung bezeichnet, da seine Eltern Großgrundbesitzer waren und ein Sommerhaus besaßen; sein

⁴⁴² Fond 1771, Bestand 210, Akte 57, S. 94-104.

⁴⁴³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 25, S. 191-199.

⁴⁴⁴ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 5-7.

⁴⁴⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 55, S. 34-41.

Bruder floh mit den Deutschen und seine Frau war die Tochter eines polnischen Kapitalisten.⁴⁴⁶

In einigen Schriftstücken wurden Personen der Reihe nach nummeriert, mit Vornamen und Nachnamen versehen und denunziert. Deren Vergehen beziehungsweise Schuld sahen die Autoren im Smetonschen Regime. Die denunzierten Personen hatten antisowjetische Punkte in ihrer Biografie. Erwähnt wurde alles Mögliche: das Untertauchen während der Deportation des „*antisowjetischen Elementes 1945-1946*“, das Begehen der religiösen Rituale wie Weihnachten oder Ostern und das Verweigern der Feier anlässlich der Oktoberrevolution.⁴⁴⁷ Die meisten von ihnen hatten in der sowjetischen Republik hohe Posten. Die Emotionen und die Gefühlslagen wie Neid oder Eifersucht spielten eine bedeutende Rolle beim Denunzieren.⁴⁴⁸

Korruption war ein die ganze Gesellschaft übergreifendes Phänomen. Die Korruption war besonders groß am Wohnungsmarkt, dementsprechend war die Denunziation diesbezüglich von ähnlicher Dimension. Selbst unter Intellektuellen wurde denunziert. Zum Beispiel bekam ein Theaterhaus einige Wohnungen zu dessen Verfügung. Doch die Theaterdirektion hat nur an die „*neuen Mitarbeiter zum Beispiel [...], [...], [...] und eine ganze Reihe anderer*“ die Wohnungen verteilt.⁴⁴⁹

Einige Vorstandsvorsitzenden wurden denunziert, weil sie kritische Aussagen in ihrer Arbeit nicht zuließen. Manches Persönliche schlug sich nieder, indem eine Person auf Grund der Kritik degradiert wurde. Auch da zitierte man den „*Arbeitsgesetzkodex Art. 36 und 37*“.⁴⁵⁰ Eine Verfasserin übte Kritik, weil die Institutionen untätig waren und denunzierte, indem sie eine Institution gegen die andere ausspielte. Sie schrieb an ein Ministerium, sie sei bei dem Rayonkomitee gewesen, und dort haben die Mitarbeiter behauptet, „*die dort*

⁴⁴⁶Fond 1771, Bestand 146, Akte 117, S. 60-65.

⁴⁴⁷ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 143-147.

⁴⁴⁸ Vgl. dazu Kohte-Meyer, Irmhild: Denunzierung – eine psychoanalytische Sicht auf individuelle und kollektive psychische Geschehnisse. In: Günter Jeroushek/Inge MarBolek/Hedwig Röckelein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997, S. 279-298.

⁴⁴⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 66, S. 126-133.

⁴⁵⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 60, S. 145-156.

*im Ministerium können nur Befehle erlassen, vor Ort zu kommen oder arbeiten zu helfen wolle niemand.*⁴⁵¹

Wenn die örtlichen Organe zu versagen schienen, wandte man sich an das Zentralkomitee. Eine Autorin beschrieb mit genauer Uhrzeit den Aufenthaltsort eines Direktors. Sie fand ihn mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees in der örtlichen Cafeteria. Er sei auf Grund hoher Alkoholisierung nicht mehr in der Lage dazu gewesen, ein Gespräch zu führen. Sie endete ihre Ausführungen, mit einigen Fragen – wie könne er in solchem Zustand einen Werk leiten, wie können die Pläne erfüllt werden und wie könne die Produktion denn hochwertig sein?⁴⁵² Die Beschwerde hatte keine Wirkung. Das Zentralkomitee schien den Direktor zu protegieren.

Das Private ging in die sogenannte „Partei-Öffentlichkeit“ über.⁴⁵³ Wegen des nicht sozialistischen Lebensstils wurde eine Ärztin denunziert, die Geliebte eines Kolchosvorsitzenden war. Es schrieben seine Töchter und seine Ehefrau. Wegen des Schriftbildes ist zu vermuten, dass die Briefe der Töchter in Wahrheit von seiner Ehefrau geschrieben wurden. Nichtsdestotrotz klärte die Partei die Sache auf, sogar per Resolution. *„Genosse [...]! Ich bitte Sie vor Ort zu fahren und sich mit dem Genossen [...] zu unterhalten, wenn nötig, mit noch jemandem. Die Verachtung der Familie, die Verspottung der Kinder und die Erniedrigung des Namens eines Parteimitgliedes müssen verboten werden. Die Berichterstattung über das Resultat geht an mich.“* Die Ärztin und Geliebte wurde versetzt.⁴⁵⁴

Es war nichts Besonderes, wenn Bürokraten, die namentlich in den Briefen erwähnt wurden, weil sie betrunken zur Arbeit kamen und dann Auto fahren, keine Konsequenzen zu tragen hatten. Die Schicht der Bürokratie war ziemlich umfangreich, intransparent und korrumpiert.⁴⁵⁵

⁴⁵¹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 79, S. 85-89.

⁴⁵² Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 50-63.

⁴⁵³ Vgl.: Erren, Lorenz: „Kritik und Selbstkritik“ in der sowjetischen Parteiöffentlichkeit der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002), S. 186-194.

⁴⁵⁴ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 5-9.

⁴⁵⁵ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

4.3.1.2. Denunziation gegen lokale Amtsträger

Denunziation gegen lokale Amtsträger wurde geäußert, wenn es um Korruption ging, zum Beispiel korrupte Kolchosvorsitzende. Die Schreibenden baten bei der Überprüfung der Fakten die Beschwerde geheim zu halten.⁴⁵⁶ Manchmal wurde Kritik und Denunziation verwechselt; in der Folge verlor beispielsweise eine Autorin ihre Anstellung.⁴⁵⁷

In einem Brief an Chruschtschow und das Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei wurden mehr als fünf Personen wegen Betruges denunziert. Die Personen, der Kolchosvorsitzende und eine „*Handvoll*“ Mittäter, wurden für das Herunterkommen des Kolchos bezüglich des Haushalts und der Wirtschaft, für das Ausnutzen der Kolchosbauern und das ungerechte Einkommen in Form von Naturalien sowie Finanzen verantwortlich gemacht. „*Werfen wir einen Blick in die Kader unseres Kolchos*“ – dabei wurden der Reihe nach fünf Namen erwähnt und Landesbesitz in Hektar angegeben. Es existieren in diesem Fall zwei Briefe mit identischer Schrift. Die Unterschrift am zweiten Brief erweckte den Eindruck, dass der Autor kaum schreiben konnte. Anzunehmen ist, dass es Briefschreiber gab, die im Auftrag tätig waren.⁴⁵⁸

Die Denunziation für die Korruption wurde auch kollektiv ausgeübt. In einer Beschwerde gegen das Verwaltungspersonal einer Fabrik sollte eine Angelegenheit in der Sitzung besprochen werden. Anstelle des Personals, das sich abgesprochen hatte, wurden die Arbeiter, die die Verwaltung wegen der Korruption kritisiert hatten, beschuldigt. Die Partei und die Fabrik schienen zusammengearbeitet zu haben, da die Strafen zu gering ausfielen. Eine Antwort erfolgte vom Ministerium, nicht vom Zentralkomitee.⁴⁵⁹

Gegen lokale Amtsträger wurde auch aus Rache geklagt, zum Beispiel wegen einer Kündigung wurde ein Vorsitzender auf Grund des Beschlusses vom Zentralkomitee entlassen.⁴⁶⁰ In diesem Zusammenhang entsteht die Frage, ob den Kommunisten aus den ersten

⁴⁵⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 66, S. 4-10.

⁴⁵⁷ Fond 1771, Bestand 169, Akte 9, S. 243-251.

⁴⁵⁸ Fond 1771, Bestand 169, Akte 13, S 29-46.

⁴⁵⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 58, S 173-177.

⁴⁶⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 66, S 18-23.

Parteiorganisationen beziehungsweise Parteikadern mehr überzeugend für die Partei waren, als sonstige Personen.

In einem anonymen und kollektiven Brief wurde auf ironische Weise ein KGB-Mitarbeiter beschrieben, der geplant hatte, beim KGB im Gebiet Kaukasus zu arbeiten. Er habe Urlaub in Odessa gemacht und habe sich sehr auffällig verhalten (getrunken, geschimpft, beim Arzt randaliert usw.), berichtete der litauische KGB an die KGB-Kaderabteilung Krasnodarsk.⁴⁶¹

Wenn in anonymen Beschwerden angegeben wurde, dass es Zeugen für die jeweiligen Vergehen von Willkür oder Korruption gäbe, wurden diese Personen befragt. Man versuchte zudem herauszufinden, wer der Autor des Briefes war.⁴⁶² Bei Briefen, die von Korruption der lokalen Autorität handelten und anonym waren beziehungsweise wenn ein gefälschter Name angegeben war, wurden seitens der Partei Recherchen unternommen, um herauszufinden, wer der Autor war.⁴⁶³

In den Denunziationsbriefen, die mit der Wortverbindung „zum Beispiel“ anfangen, setzte sich das geschilderte Exempel mit der Beschreibung des Fehlverhaltens einer Person fort. Es wurden vor allem Bürokraten höheren Ranges oder Mitarbeiter des Zentralkomitees im Rayon denunziert. Die Themen wiederholten sich – vom Alkoholismus über Dienstmissbrauch bis Korruption.

Emotional und direkt wurden die Geschehnisse in einer Maschinen-Traktoren-Station beschrieben. Dem anonymen Brief wurde nachgegangen; es gab sogar eine Resolution vom Ersten Sekretär der LKP, Antanas Sniečkus. Es ging um tägliche Trinkgelage, Schlägereien, um Fremdgehen und Gewalt zweier Direktoren, eines Ingenieurs und eines Agronoms. Trinkereien und Korruption standen an der Tagesordnung. Es bestimmte der, der einen Liter Wodka besorgte. Dieser Brief handelte vom Alltag eines Betriebes, dennoch wurden ganz intime Ereignisse beschrieben, an denen man ablesen konnte, dass das Private in das Öffentliche übertragen wurde und wie das Wirtschaftssystem zu Grunde

⁴⁶¹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S 113-115.

⁴⁶² Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S 307-312.

⁴⁶³ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 80-82.

ging. Der schriftliche Ausdruck war primitiv und prekär, eindeutig hatte der Schreibende die Geduld verloren.⁴⁶⁴

Nach einem beinahe dreiseitigen Bericht, in dem die Fakten nummeriert wurden, wurden mehr als zehn Personen namentlich denunziert. Der Autor des Berichtes war ein ehemaliger Mitarbeiter im Innenministerium und der Staatssicherheit. Während seines Dienstes sei er dem Adressaten persönlich begegnet. Er erwarte eine Reaktion. Die Staatsanwaltschaft der Republik würde die Briefe nur an das Rayon weiterleiten und der Staatsanwalt samt Polizei für die Kritik Rache ausüben.⁴⁶⁵

In einer Beschwerde zu Russifizierung, Sprachpolitik sowie Kadertausch wurde dem Ersten Sekretär eines Rayons vorgeworfen, dass er „*in einer Reihe von Fragen unrecht*“ habe. Einigen Mitarbeitern wurde auf Grund der Sprache Nationalismus vorgeworfen.⁴⁶⁶

„*Uns Kommunisten ist bekannt, dass [...].*“ Der Brief handelte vom Gerichtssystem, Amerika und Dollar, von Juden, von Trinkgelagen, von Prostitution und kommunistischer Moral. „*Beim Trinkgelage sagte Genosse [...], wenn wir trinken, dann trinken wir. Aber wenn Genosse Chruschtschow betrunken von der freundlichen Visite aus Finnland kommt, hat Genosse [...] eine Frage gestellt.*“⁴⁶⁷ „Frage stellen“ hieß im sowjetischen Jargon, dass die Autorität der Person bezweifelt wurde; der Ausdruck wurde in mehreren Briefen angewandt.

„*Wie es der Zufall wollte, habe ich Fakten erfahren, die ich Ihnen als Kommunist berichten muss.*“⁴⁶⁸ Dieser Autor schrieb im Jahr 1958, dass der Sekretär der Parteiorganisation des Kolchos in der Kirche bei der Beerdigung seines Vaters beichtete und während der Messe die heilige Kommunion empfing sowie weitere religiöse Rituale ausübte. Die Kolchosbauern berichteten dem Parteikomitee des Rayons; der Sekretär wurde abgesetzt, doch die Parteiorganisation wurde nicht kontrolliert. Zudem war der Pfarrer öfters Gast beim Kolchosvorsitzenden. Weiterhin berichtete der Autor, dass der Pfarrer auch die

⁴⁶⁴ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 162-168.

⁴⁶⁵ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 83-90.

⁴⁶⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 110-118.

⁴⁶⁷ Fond 1771, Bestand 220, Akte 67, S. 62-74.

⁴⁶⁸ Fond 1771, Bestand 189, Akte 66, S. 134-137.

kommunistischen Familien beim Sammeln „der Gaben“ besuchte.⁴⁶⁹ Der Genosse K. unterstützte die Kirche und schenkte dem Organisten drei Pferde für den Transport „der Gaben“. Insgesamt betrieb der Pfarrer, laut Autor, große religiöse Propaganda und demoralisierte die Kolchosbauern während der Predigt. Sogar der Kolchosvorsitzende entfernte sich von der Parteiarbeit: mehrere Wochen trank er und unterstand dem Pfarrer. Auf Grund seiner Nachlässigkeit wurden illegal Brenn- und Verkaufseinrichtungen gegründet. Die Kolchosbauern seien nicht mehr in der Lage, zwischen dem Eigentum vom Kolchos und dem persönlichen Eigentum zu unterscheiden.

Die litauische Gesellschaft – fast homogen katholisch – war von ihrer starken Beziehung zur Kirche geprägt. Der totalitäre Staat verlieh der Religion eine negative Schattierung. Die Institution Kirche unterstand in den Jahren 1953 bis 1967 einem kompromisslosen *modus vivendi*.⁴⁷⁰ Die Sowjetmacht versuchte, die Geistlichen in die politische Arbeit einzubeziehen, um die sogenannte aktive antisowjetische Tätigkeit zu limitieren. Die katholische Kirche war der Meinung, dass die Loyalität zur sowjetischen Macht wichtig sei, um den Glauben der Menschen zu bewahren, denn jegliche Anzeichen von Illoyalität würden weitere Repressionen hervorrufen und die Anzahl der Gläubigen verringern. Die Ziele der Sowjetmacht waren zum einen, die Anzahl von Bischöfen zu reduzieren und weniger Bistümer zentral zu fokussieren und die loyalen Geistlichen zu bevorzugen. Zum anderen sollte der Wechsel von Pfarre zu Pfarre kontrolliert ablaufen und jegliche Einmischung des Heiligen Stuhls verhindert werden. Eine Möglichkeit, die das Regime sah, war die Einführung der Lohnsteuer für Pfarrer, welche von Einnahmen aus der Kollekte und im Zuge von Trauungen und Begräbnissen abgeführt werden sollte, um die Geistlichen unter Druck zu setzen. Die weiteren Maßnahmen umfassten das Verbot des Katechisierens der Kinder. Dafür sollten mehr Sommerlager für Schüler durchgeführt werden. Beschlossen wurden auch die Schließung weiterer Kirchen und die Streichung der Mittel für die Renovierung der Kirchen.

Die Briefe zeigen, dass Denunziation einiges mit geschehenem Unrecht zu tun hatte. Beispiele dafür gab es viele – vom Viehfutter bis hin zu den Möbeln, mit denen die Wohnungen für Armeeingestellte ausgestattet wurden, sowie über Selbstbereicherung bis hin

⁴⁶⁹ Das Wort ist eine Anspielung auf die Heilige Messe und die Bereitung der Gaben.

⁴⁷⁰Vgl.: Streikus, Arūnas: *Sovietų valdžios antibažnytinė politika (1953-1967)*. <http://genocig.lt/Leidyba/1/arunas.htm> (28.11.2018).

zu intimen Details (so im Brief des Frauenaktivs „[...] die Kader werden nach dem Prinzip „Liebe“ ausgesucht.“).⁴⁷¹ Der Vergleich „wie zu Bourgeoisie-Zeiten“ war sehr wirksam. Es gab unermüdliche Autoren, die aus Enttäuschung an mehrere Parteiinstitutionen (ZK der LKP, ZK der KPdSU sowie sowjetische Presse) schrieben.⁴⁷² Es entstand der Eindruck, dass das Zentralkomitee der LKP nur dann handelte, wenn es unter Druck von Moskau stand; ebenso, dass nur sehr wenige Erste Sekretäre in den Rayons ehrlichen Dienst leisteten. Mit Listen von Namen und den beschriebenen Vergehen wurde versucht, gegen das System anzukämpfen.⁴⁷³

⁴⁷¹ Fond 1771, Bestand 210, Akte 57, S. 81-93.

⁴⁷² Fond 1771, Bestand 209, Akte 56, S. 141-163.

⁴⁷³ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

4.3.1.3. Öffentliche Denunziation

„Man muss darüber berichten und ihn öffentlich zerfleischen.“⁴⁷⁴

Wie eingangs erwähnt, bestand ein Teil der sowjetischen Politik darin, die „feindlichen Elemente“ im System zu entdecken und zu eliminieren, dies geschah zum Beispiel durch öffentliche Aktionen (Leserbriefe). Auch gab es durch Journalisten initiierte Aktionen der Denunziation. In der öffentlichen Denunziation ging es um die Denunziation in der Presse. Auf Weisung des Zentralkomitees stellten Journalisten regelmäßig jemanden an den Pranger.

Wenn aber Journalisten unerlaubt tätig wurden, riskierten diese ihre Stelle. Zum Beispiel beobachtete ein Journalist einer Lokalzeitung einen Korruptionsvorfall, in den der Erste Rayonsekretär involviert war und wollte einen Artikel darüber publizieren. Der Artikel wurde nicht publiziert und der Journalist wurde gekündigt.⁴⁷⁵

Im Jahr 2007 führte die Autorin der vorliegenden Dissertation ein Gespräch mit Jūra Marija Baužytė, der ehemaligen Journalistin von den Zeitungen „Komjaunimo tiesa“ („Wahrheit der Kommunistischen Jugend“ von 1957 bis 1960) und „Tiesa“ („Wahrheit“ von 1960 bis 1992).⁴⁷⁶ Baužytė führte aus, wie die Arbeit mit den Leserbriefen erfolgte und die Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee funktionierte.

Gedächtnisprotokoll

„Die Redaktionen standen unter Druck, an das ZK Bericht zu erstatten sowie halbjährliche Berichte anzufertigen (wie viele Briefe, positiv, kritisch, anonym).⁴⁷⁷ Die Briefe wurden nach dem Nachnamen, dem Rayon, der Abteilung sowie der Art des Briefes registriert. Nach dem Prinzip Stalins, ‚Wenn fünf Prozent der Wahrheit existieren, ist alles Wahrheit‘ wurde zur öffentlichen Denunziation aufgerufen.“

⁴⁷⁴ Zitat aus dem Gedächtnisprotokoll der Unterredung vom 28.07.2007 verfasst von der Autorin; im Besitz derselben.

⁴⁷⁵ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S. 1-3.

⁴⁷⁶ Gedächtnisprotokoll dieser Unterredung vom 28.07.2007 verfasst von der Autorin; im Besitz derselben.

⁴⁷⁷ Vgl. dazu im Kapitel 3.3.5. 1983 Exkurs – Arbeit mit den Briefen in der Zeitung „Panevėžio tiesa“.

Eine besondere Stellung hatten die anonymen maschinengeschriebenen Leserbriefe. Die Schreibmaschinen wurden registriert. Es wurde versucht, nach den Autoren wie nach den Feinden zu suchen: die Schrift zu dechiffrieren und durch die Postmarken den Ort der Absendung zu identifizieren. Hin und wieder kamen die Mitarbeiter der Staatssicherheit und wandten sich an den Stellvertreter mit der Bitte um Briefe von konkreten Personen.

Bei den Besprechungen in den Redaktionen wurde nach spektakulären Nachrichten beziehungsweise Themen gesucht. Ein Redakteur sagte, man muss darüber berichten und ihn [eine Person] öffentlich zerfleischen. Die Fakten wurden dann vor Ort untersucht. Falls Institutionen in der Presse angeklagt wurden, mussten diese auch in der Presse Frage und Antwort stehen. Loyale Briefe hatten mehr Erfolg. Insgesamt wurden die Briefe bevorzugt, die mehr ‚öffentlichen Klang‘ hatten.

Die Journalisten standen ebenso unter Druck, ihren Plan zu erfüllen; beispielsweise sollte man im Lichte eines Kongresses aus einem unbedeutenden Ereignis einen guten Artikel verfassen (zum Beispiel es stritten sich zwei Nachbarn um einen Brunnen). Es gab auch Anrufe, mit der Bitte vor Ort hinzufahren und sich von der Lage ein Bild zu machen: ‚Kommen Sie, ich werde bezahlen.‘ Man konnte sich nicht immer einen objektiven Eindruck verschaffen, man musste öfters die goldene Mitte finden. Falls man Recht hatte, half einem auch die Zeitung, falls nicht, dann half das Geld auch nicht. Vieles hing von den Redakteuren ab: Genrikas Zimanas und Albertas Laurinčiukas waren keine Monster.⁴⁷⁸ Die Sowjetunion wollte keine Konflikte öffentlich machen. Falls es politisch motivierte Briefe gab, wurde versucht, den Autor als psychisch krank darzustellen. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, den Ersten Rayonsekretär zu kritisieren „Ich bin der Gott und der Zar und der Militärchef.“ („Я и бог и царь и военский начальник“).

⁴⁷⁸ Genrikas Zimanas war Redakteur der Zeitung „Tiesa“ von 1940 bis 1941 sowie von 1945 bis 1970, Albertas Laurinčiukas von 1971 bis 1988.

Der Begriff Denunziation mit seinen Synonymen Anzeige, Meldung, Anschwärzung und Verleumdung hat pejorative Schattierungen von Erniedrigung bis hin zur Vernichtung in sich.⁴⁷⁹ Diese Denunziationsform hat entweder persönliche oder politische Zielsetzung. Das Regime verlieh der Denunziation positive Bewertung und förderte sie. Die materielle sowie ideelle Belohnung stand im Vordergrund. Die Erwartungshaltung der Denunzierenden inkludierte eine Handlung mit der darauf folgenden Sanktionierung beziehungsweise Konsequenz.

Zum Ersten schilderten die hier beschriebenen Denunziationsfälle alltägliche Phänomene wie Gerüchte über den Wohnraum bis hin zu Bourgeoisie sowie subjektiv empfundener Ungerechtigkeit. Denunziation war ein überaus kompliziertes soziales und moralisches Problem. Eine Öffentlichmachung von persönlichen Angelegenheiten war besonders verbreitet.

Zum Zweiten erweckten die Denunzierenden den Eindruck als Ersatzinstanz in höherem Auftrag zu handeln. Man versuchte eine Art Normalisierung zu erreichen, indem man gegen die Korruption ankämpfte sowie lokale Amtsträger aus Rache denunzierte. Strafrechtliche Relevanz der Denunziation galt insbesondere den Institutionen, hier Korruption sowie Denunziation gegen lokale Amtsträger.

Zum Dritten scheint die Hypothese gerecht, dass aus Hoffnungsverlust gehandelt, das heißt denunziert wurde. Die Grenzen der Denunziation waren durchlässig. Die Denunziation wurde zum Teil von Emotionen – Neid und Eifersucht – verursacht.

Mit der öffentlichen Denunziation intendierte man alle gesellschaftlichen und privaten Ereignisse zu kontrollieren. Die öffentliche Denunziation hatte auch eine Disziplinierungsfunktion inne; die Trennung zwischen Herrschenden und Beherrschten sollte normalisiert werden.⁴⁸⁰

⁴⁷⁹ Vgl.: Hennig, Heinz: Ohnmacht, Macht und Rivalität – Zur Psychodynamik der Denunziation. In: Günter Jeroushek/Inge MarBolek/Hedwig Röckelein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997, S. 224.

⁴⁸⁰ Vgl.: Lüdtke, Alf: Denunziationen - Politik aus Liebe? In: Michaela Hohkamp/Claudia Ulbrich (Hrsg.): Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive. Leipzig 2001, S. 399.

4.3.2. Drohung

Eine Drohung ist ein Versuch, jemanden in seiner zukünftigen Handlung zu beeinflussen. In Briefen, Beschwerden, Stellungnahmen erfolgte die Drohung zu diversen Themen, meistens jedoch zu Arbeit und zu Korruption. Unterscheiden kann man zwei Richtungen von Drohungen, „von unten nach oben“ und „von oben nach unten“.

Es handelt sich um eine Drohung „von unten nach oben“, wenn jemand einzeln oder kollektiv eine direkte oder indirekte Drohung an die Macht äußerte.

Zum Beispiel wandten sich die Bewohner von Plungė anonym an die Partei, als sie eine Karikatur des Papstes an der Kirche ausgehängt sahen. Folgend wurde gefordert, die ältere Generation der Gläubigen nicht mehr zu ärgern, weil ein kleiner Funke zum großen Feuer werden könnte und weil *„durch das Verhalten der Hiesigen die sowjetische Verfassung verletzt wird, die nicht so hart gegenüber der Gläubigen ist.“*⁴⁸¹

Als eine Art der Disziplinierung der Institutionen wurde mit dem Zentralkomitee in Moskau gedroht; der Autor schrieb an das Justizministerium: *„Falls ich keine positive Antwort und mein verdientes Geld nicht bekomme, werde ich gezwungen sein, mich an das Zentralkomitee der UdSSR zu wenden.“*⁴⁸² Es gab einige Disziplinierungsanweisungen wegen der Untätigkeit der Parteiorgane *„[...] ansonsten wird sich das ZK mit der Angelegenheit vor Ort beschäftigen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.“*⁴⁸³

Ein Sekretär der Ersten Parteiorganisation drohte dem Zentralkomitee. Er forderte eine Reaktion auf die entstandene Lage im sowjetischen System, vor allem wegen der Korruption: *„Ich bitte Sie auf diese Angelegenheit einen ausführlichen sowjetischen Blick zu werfen. Falls sich die Lage nicht ändert, könnten große Unannehmlichkeiten entstehen, die die ganze Republik betreffen.“*⁴⁸⁴ Eine Abteilungsleiterin drohte dem Rayonkomitee und dem Sekretär der Litauischen Kommunistischen Partei, ihrem Dienst nicht mehr nachzugehen, solange sie keine Wohnung bekomme. Solche Wohnumstände würden sich

⁴⁸¹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 109, S. 36-38.

⁴⁸² Fond 1771, Bestand 146, Akte 55, S. 121-123.

⁴⁸³ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 56-57.

⁴⁸⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 56-68.

auf ihre Arbeit und ihr Befinden negativ auswirken. Die Autorin gab den Behörden eine zehntägige Frist.⁴⁸⁵

Falls durch die Bürokraten verursachte Willkür nicht beseitigt werden konnte, drohte man mit – während diversen Parteikongressen getroffenen – Beschlüssen, sonst *„wenn keine ernste Schlussfolgerung daraus gezogen wird, sind wir gezwungen, uns an den Genossen CHRUSCHTSCHOW zu wenden.“*⁴⁸⁶

In einem anonymen Brief wurde eine leitende Person zum Ziel der Beschwerde: *„Die Menschen reden darüber, dass er alles machen kann, was er will. Die Menschen sind sehr verärgert. Die Chauffeure haben vor, einen kollektiven [Brief] nach Moskau zu schicken.“*⁴⁸⁷

Manche versuchten „versteckte“ Drohungen auszusprechen, bevor sie sich an das Zentrum in Moskau wandten: *„Wir wenden uns an Sie, Genosse Sekretär, als unsere letzte Instanz, denn wir wollen, dass diese Frage hier vor Ort, in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik gelöst wird.“*⁴⁸⁸ *„Und falls keine Mittel zur Lösung des Problems ergriffen werden, werden wir uns an das ZK der KPdSU wenden.“*⁴⁸⁹

Auch private Angelegenheiten wurden thematisiert. Eine Ehefrau war bei einem Rayonkomitee, um sich über die Gewalt ihres Ehemannes zu beschweren. Dort hat man der Frau nicht geholfen. Als ihr Ehemann erfuhr, dass sie sich beschwerte, drohte er ihr, sie zu erschießen.⁴⁹⁰

In einem Streit eines Kapitäns und einer KassiererIn ging es um Alkoholismus und Chaos. Vermutlich wurde die Beschwerde dort eingereicht, wo der Kapitän einen starken Rückhalt hatte: *„Dann hat er mir gedroht, sich an mir zu rächen.“*⁴⁹¹

⁴⁸⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S. 27-28.

⁴⁸⁶ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

⁴⁸⁷ Fond 1771, Bestand 211, Akte 52, S. 304-327.

⁴⁸⁸ Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139.

⁴⁸⁹ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 14-15.

⁴⁹⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 25, S. 200-204.

⁴⁹¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

Die Kolchosbauer haben als letzten Hilferuf die Beschwerde an den Genossen Sekretär verstanden, denn „*die Mehrheit der Kolchosbauer bereit sind in andere Kolchose zu fliehen*“, wenn die Lage sich nicht ändert.⁴⁹²

Wenn „von oben nach unten“ gedroht wurde, dann ging es um das Thema Arbeit beziehungsweise Kündigung. Die Institutionen waren intransparent, die Bürokraten korrupt und es herrschte Chaos und Selbstverwaltung: „*Derzeit betreibt der Vorsitzende M.R. systematische Trinkereien und versucht denjenigen, die sich beschwert haben oder denjenigen, die er vermutet der Beschwerde zuzustimmen, auf verschiedene Arten zu drohen.*“⁴⁹³ beziehungsweise „*Der Direktor T. hat 200 Rubel verlangt. Ich hatte kein Geld und habe mich strikt gewehrt, das Geld ihm zu geben. Dann drohte mir der Direktor mit einer Kündigung.*“⁴⁹⁴

Man berichtete, dass man zu einer Kündigung gezwungen wurde „*[...] und sie wollten, dass ich selbst kündige, mit Gewalt und Bedrohungen.*“⁴⁹⁵ In mehreren Briefen wurde mit einer Kündigung gedroht, zum Beispiel „*[...] ich bin gezwungen worden, selbst meinen Dienst zu kündigen und falls ich es nicht tue, wird es sowieso gemacht.*“⁴⁹⁶

Im Jahr 1959 beschwerte sich ein Leiter der Kulturabteilung, dass er „*freundlich gebeten wurde, selbst zu kündigen, andererseits wird er gekündigt. [...] Und damit ich „niemanden störe“ wurde ich ab 1. Februar 1959 in das staatliche Archiv des Rayons Lazdijai versetzt.*“⁴⁹⁷ Es handelte sich um Rache für die Kritik.

Auch in Karrierefragen wandten sich Parteiangehörige an das ZK. Ein Autor hatte Angst, dass er ohne Absprache mit dem Rayonkomitee nach Vilnius fuhr und bat seine Beschwerde gegenüber dem Rayon zu verschweigen.⁴⁹⁸ „*Falls ich leere Hoffnungen habe, eine Arbeit zu bekommen, seien Sie so nett, Genosse Sekretär, geben Sie zu, dass in unse-*

⁴⁹² Fond 1771/, Bestand 189, Akte 66, S. 124-126.

⁴⁹³ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 100-114.

⁴⁹⁴ Fond 1771, Bestand 146, Akte 45, S. 125-143.

⁴⁹⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 12, S. 40-46.

⁴⁹⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 49-52 und Fond 1771, Bestand 158, Akte 33, S. 38-41.

⁴⁹⁷ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 145-157.

⁴⁹⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 100, S. 172-174.

rer reichen Republik ein Studium nur zum Spaß dient (auch zu kochen macht es mit dem Universitätsabschluss viel mehr Spaß).“⁴⁹⁹

Die verlorene Arbeit ist einer der wichtigsten Gründe für die Enttäuschung der Verfasser. Deswegen drohten sie der Partei und dem gesamten System.⁵⁰⁰

Allenfalls spielte Angst bei der Drohung eine große Rolle. Einerseits hatten die Autoren Angst um ihre Arbeit, demzufolge um ihre Existenz. Andererseits versuchten die Autoren die Möglichkeiten auszuloten und mit der Drohung an die höheren Instanzen ihr Ziel, nämlich das Wirken, zu erreichen.

⁴⁹⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 47-53.

⁵⁰⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

4.3.3. Gewalt

„Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.“⁵⁰¹

Um von diesem Zitat auf die gewaltsamen Regime im 20. Jahrhundert anzuknüpfen, bedarf es keiner großen Gedankensprünge. Die Schlüsselwörter aktuell und potentiell sind insofern ausschlaggebend, als dass sie hier bereits die Kluft zwischen dem Aktuellen, dem Möglichen und dem Potenziellen, dem vorstellbar Möglichen, darstellen. Denn eine politische Klasse hat die Ressourcen monopolisiert, das Aktuelle unter dem Niveau des Potenziellen verdrängt und somit die Gewalt in das System impliziert.

In der soziologischen Debatte der letzten drei Jahrzehnte existieren zwei Gewaltkonzepte: das Konzept „struktureller“ Gewalt von Johan Galtung sowie das Verständnis über die Gewalt als eine Machttat zur absichtlichen Verletzung anderer von Heinrich Popitz.⁵⁰² Der erste Gewaltansatz versteht sich als gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit, der zweite währenddessen als ein Instrument, eine Aktionsmacht zur Bestimmung der Situation.

Dass die Gewalt sowohl für die Zerstörung als auch für die Herstellung sozialer Ordnung instrumentalisiert werden kann, abhängig von spezifischen historischen und sozialen Hintergründen, gilt sowohl für die autoritären als auch für die demokratischen Entwicklungen.

In der historischen Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt neigt der Blick zum einen auf die Erfahrungen der manifesten extremen sichtbaren Gewalt in der nationalsozialistischen und stalinistischen Diktatur. Es handelt sich hier vor allem um die Gewalt in Perioden des „gesetzten“ machtpolitischen Wandels während der „Tauwetter-Periode“ und Alltagsgewalt in sogenannten ruhigen Perioden, in denen latente Gewalt vorherrschte, die noch nicht präsent war, jedoch in dieser labilen Situation leicht zum Vorschein kommen

⁵⁰¹ Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 10.

⁵⁰²Vgl.: Boatcă, Manuela/Lamnek, Siegfried: Gewalt als Phänomen unserer Zeit. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SuB), Heft 2, 26 Jg. (2003), S. 123.

konnte.⁵⁰³ Auf der Makroebene, das totalitäre System betreffend, sprechen wir von einer Gewalt, bei der niemand in Erscheinung tritt, denn die Gewalt ist zum einen in das System eingebaut und äußert sich durch ungleiche Machtverhältnisse und ungleiche Lebenschancen.⁵⁰⁴ Genau hier kann man die Petitionen mit inkludierten Gewaltberichten verorten, die auf Grund des Empfindens der Ungleichheit und der Ohnmacht so zahlreich beim ZK der LKP eintrafen. Zum anderen, beispielsweise bei der Gewaltglorifizierung in den Petitionen, kann man von einem Ergebnis der psychischen Gewaltanwendung sprechen, bei der durch Lügen, Gehirnwäsche und Indoktrination solch eine perfide Einstellung zur Gewalt entstand.⁵⁰⁵ Denn die strukturelle Gewalt funktioniert als Konzept, Menschen so zu bedrohen, dass sie sich unterwerfen und dazu überredet werden können, überhaupt nichts wahrzunehmen.⁵⁰⁶

Auf der Mikroebene in den Petitionen geht es um konkrete direkte personale akteursbezogene sichtbare Gewalt, die auf konkrete Personen zurückzuführen ist und als Drohung zu verstehen ist.⁵⁰⁷

Die Petitionen an das höchste Organ der Litauischen Kommunistischen Partei, die von Gewalt in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens berichteten, sind ihrer Provenienz nach zu differenzieren. Zum einen handelte es sich um eine Einbettung der Gewaltbeschreibungen in eine Bitte, Beschwerde oder Stellungnahme. Durch persönliche Haltung zur beschriebenen Gewalt wurde dem Adressaten die Positionierung zum Staat vermittelt. Zum anderen waren es Berichte über die physische Gewalt, deren Grenzen zu Denunziationen fließend waren.⁵⁰⁸

⁵⁰³Vgl.: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 14.

⁵⁰⁴Vgl.: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 12.

⁵⁰⁵Vgl.: ebd., S. 11.

⁵⁰⁶Vgl.: ebd., S. 15.

⁵⁰⁷Vgl.: ebd.

⁵⁰⁸ Jörg Baberowski stellt folgende Kategorisierung der Denunziation im Stalinismus fest: Denunziation aus ideologischer Überzeugung, Denunziation zur Bewältigung von Alltagsproblemen, Denunziation im ethnischen Sinne, Denunziation als archaischer Konflikt an der Peripherie, Denunziation als Waffe gegen die Despotie der lokalen Amtsträger. Vgl.: Baberowski, Jörg: „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein“: Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928-1941. In: Friso Ross/Achim Landwehr (Hrsg.): Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 200, S. 165-197.

Es sind diverse Kategorien der Gewaltberichte festzustellen. Die Annahme, dass Gewalt ins System eingebaut war und deswegen zum Vorschein kam, lässt die wichtige Frage offen, welche Gewalt sich im Alltag niederschlug und welche Akteure dabei eine Rolle spielten.

4.3.3.1. Physische Gewalt

Erstens scheint Gewalt in den Quellen aus den 1950er und 1960er Jahren fast immer physisch und durch die Vertreter der Bürokratie ausgeübt worden zu sein. Es mag an der Brisanz des Themas zur damaligen Zeit liegen, dass nicht über polizeiliche Gewalt geklagt wurde, stattdessen gingen – angesichts der Agrarpolitik Chruschtschows – zahlreiche Petitionen zum Thema „Kolchos“ ein, bei denen Gewalt in der Arbeit der Genossen ganz wichtiges Unterthema wurde. Über physische Gewalt berichtet ein Kolchosmitarbeiter in einer Stellungnahme aus dem Jahr 1959: *“Kaum hat Genosse K. seinen Amt als Direktor übernommen, werden seine Worte von der Faust begleitet. So hat er zum Beispiel in der Abteilung Končėnai den Jugendlichen J. zusammengeschlagen, in der Abteilung Vėžoniai in der Kalbfarm den Arbeiter Herrn M. und auch Herrn K., der sich zufällig dort aufgehalten hat. (...) Einmal in der Nacht ist er zum Chauffeur, Herrn K., gekommen und wollte die dort wohnende Lehrerin Frau T. vergewaltigen.“*⁵⁰⁹

Zweitens kann ein großer Teil der Petitionen als Konglomerat aus willkürlicher Gewalt in der Bürokratie, Sachbeschädigung und Korruption charakterisiert werden, wobei es hier nicht zu einer direkten physischen Gewaltanwendung kam. Denn Gewalt liegt auch dann vor, wenn nicht Personen, sondern Objekte beschädigt wurden; Sachbeschädigung stellt eine Art der „degenerierten“ Gewalt dar, denn sie suggeriert Ankündigung oder Androhung einer möglichen Vernichtung von Personen.⁵¹⁰

In einer Beschwerde aus dem Jahr 1955 berichtete eine sechzehnfache Mutter über einen Vorfall mit einem Kolchosvorsitzenden.⁵¹¹ Er und seine Mitarbeiter enteigneten sie um zwei Tonnen Heu, schlugen sie, drohten ihr, sie zu erschießen und nach Russland zu verbannen. Durch eine medizinische Untersuchung wurde dies bestätigt und in einer Klage bei der Staatsanwaltschaft wurde die Angelegenheit verfolgt.

⁵⁰⁹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 71, S. 1-4.

⁵¹⁰ Vgl.: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 12.

⁵¹¹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 9, S. 120-126.

1961 beschwerten sich die Kolchosarbeiter anonym über die neue Vorsitzende, die zum Vorteil ihrer Verwandtschaft willkürlich den Arbeitern die Arbeit und die Wohnungen kündigte und dabei mit Staatsanwaltschaft, Miliz und Gefängnis drohte.⁵¹²

In einer Beschwerde an den Chefredakteur der Zeitung "Izvestija" berichten die Einwohner der Stadt Kaunas 1958 in einem anonymen Brief über das korrumpierte Verhalten des Staatsanwalts B.⁵¹³ Im Lichte des XX. Parteitags und der neuen Grundsätze zur "Verstärkung des Kampfes gegen Verbrechen in der sozialistischen Gesetzlichkeit" wurde hier auf die Verbrechen in der Justiz hingewiesen, für die der Staatsanwalt P. verantwortlich war. Personen ohne Haftbeschluss durften durch den Staatsanwalt für höchstens drei Tage verhaftet werden. Hier wurden namentlich Personen aufgeführt, die vier, sieben oder gar vierzehn Tage anstatt von drei Tagen willkürlich festgehalten wurden.

Durch Sowjets erfahrene Gewalt an Familienmitgliedern zog Konsequenzen für den Rest der Familie nach sich, wie in folgender Beschwerde aus dem Jahr 1953 ersichtlich wird.⁵¹⁴ Einem an Tuberkulose erkrankten Angestellten aus dem Finanzsektor wurde grundlos gekündigt. Um den Grund herauszufinden, wandte sich der Autor logischerweise an die Abteilungsleiterin, welche ihm die Forderung stellte, "*sich zu ändern und sich umzuerziehen*" und nicht von der Kündigung absah. Bei einem weiteren Versuch versprach die Abteilungsleiterin, den Arbeitsplatz wiederherzustellen, weil drei Angestellte "*mit Kraft, Gewalt und Drohungen*" gezwungen wurden, zu kündigen und somit drei freie Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Die Wiederanstellung geschah nach mehreren Besuchen bei höheren Behörden immer noch nicht. Der Grund wurde dem Autor erst beim Besuch des Stellvertreters des Ministers klar, welcher ihn beschimpfte, sein Vater sei ein Jahr zuvor, also 1952, nach Sibirien deportiert worden.

Drittens, in einem Teil der Petitionen scheint die Frage des Subjekts der Gewalt ausschlaggebend zu sein. Denn dieses wird aus dem Staatsbereich ausgeklammert und stellt ein drittes, nicht zum System gehörendes Subjekt dar, das Gewalt zugefügt hat. Das Opfer, der Schreibende, wandte sich an die Herrschaft mit der Bitte um Entschädigung beziehungsweise Beseitigung der Missstände. „*Als der große Vaterländische Krieg ange-*

⁵¹² Fond 1771, Bestand 211, Akte 66, S. 65.

⁵¹³ Fond 1771, Bestand 189, Akte 62, S. 168-171.

⁵¹⁴ Fond 1771, Bestand 146, Akte 12, S. 40-44.

*fangen hat, war ich gezwungen, mit meiner Arbeit aufzuhören, meine Familie und Kinder zu verlassen und in die Tiefen der Sowjetunion zu rücken, wo ich mich in die Reihen der Sowjetarmee eingliedert hatte; meine verbliebene Familie wurde von den Großgrund- und Landesbesitzern unterdrückt und verfolgt.*⁵¹⁵ Weil den Schreibenden ungerecht Gewalt zugestoßen war, baten sie als Entschädigung um positive Entscheidung. Die Schreibenden stellten sich als Opfer dar, wobei die Gewalt nicht direkt vom Staat ausging, sondern die Täter meist den Drittbeteiligten zugeschrieben werden konnten. Dies ist in einer Bitte um Zuteilung einer Wohnung im Jahr 1954 zu beobachten: Die an einem Familienmitglied ausgeführte Gewalt sollte ein begünstigender Grund sein.⁵¹⁶ Eine ungelernete Arbeiterin mit zwei Kindern und ihre Mutter suchten eine Wohnung. Die Autorin hat ihren Mann verloren, der sowjetischer Partisan war und durch die Ermordung durch Banditen ums Leben kam.

In den Berichten, in denen Gewalt in der Biographie zum Nachteil der Schreibenden wurde, wandten sich die Schreibenden an die Partei. Die kommunistische Partei schien Zweifel an Opfergeschichten zu haben, bei denen es um solche Gewalt ging, die durch Deutsche ausgeübt wurde. So in einer Beschwerde-Stellungnahme aus dem Jahr 1953:⁵¹⁷ Als ehemaliger Gefangener der deutschen Wehrmacht wurde der Autor von den sowjetischen Sicherheitsorganen als solcher anerkannt, ihm sei aber die Mitgliedschaft der kommunistischen Partei trotzdem verwehrt worden. Die sonst sehr akribischen Untersuchungen der Charakteristika der Autoren seitens der Partei bestätigen hier die Willkür und die Paranoia gegenüber den möglichen Feinden. Die Genossen erklärten in einer Antwort: *“In Folge der Unklarheiten der faktischen Lage, wie der Antragsteller in die Gefangenschaft geraten ist und womit er dort beschäftigt war (...), wird ihm die Mitgliedschaft in der KP nicht gewährt”*.

⁵¹⁵ Fond 1771, Bestand 192, Akte 55, S. 40.

⁵¹⁶ Fond 1771, Bestand 158, Akte 20, S. 121.

⁵¹⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 257f.

Ähnlich findet sich 1955 in einer Stellungnahme eines promovierten Literaturwissenschaftlers, eines Lehrers, der durch die Veröffentlichung von drei Novellen für zehn Jahre ins deutsche Lager verbannt wurde und dem die Lehrertätigkeit im sowjetischen Litauen entzogen wurde.⁵¹⁸

⁵¹⁸ Fond 1771, Bestand 192, Akte 55, S. 31-32.

4.3.3.2. Gewalt durch unterlassene Hilfe

Eine weitere Gruppe stellen Petitionen dar, in denen von unterlassener Hilfe gesprochen wird, die als Gewalt interpretiert wurde. Denn sollte etwas zu verhindern gewesen sein, so könnte es als Gewalt angesehen werden. In einem Leserbrief an die Redaktion der Zeitschrift "Krokodil" aus dem Jahr 1956 wurde in einem entsprechenden ironischen Ton berichtet, dass es in einem Ort, der über eine Internatsschule und einen Kolchos verfügt, kein Ambulatorium und keinen Arzt gab.⁵¹⁹ Demzufolge musste eine Lehrerein, die einen Armbruch erlitten hatte, 20 Kilometer fahren, um einen Arzt aufzusuchen. Wie auch eine Schülerin, die an Folgen der unterlassenen Hilfe beziehungsweise der Abwesenheit eines Arztes immer noch im Krankenhaus lag.

⁵¹⁹ Fond 1771, Bestand 182, Akte 32, S. 135-142.

4.3.3.3. Denunziationen mit inkludierten Gewaltberichten

Eine separate Kategorie stellen reine Denunziationen mit inkludierten Gewaltberichten dar. Eine gewalterfahrene Person wurde demgemäß als Täter, der gerecht bestraft wurde, dargestellt und der Staat als derjenige, der ohne Gewaltanwendung zum Opfer gefallen wäre.

So in einem Brief an die Redaktion Prawda in Moskau 1953: In diesem sehr ausführlichen Bericht über einen Bürokraten höheren Ranges wurde dessen Vergangenheit aufgedeckt. Herr P. erfuhr Gewalt als Kriegsgefangener, dem *„beim dritten Versuch die Flucht aus Deutschland gelungen war und der sich bei seinen Geschwistern niederließ, die – wie auch er – mit der Gestapo kollaborierten. Er hatte in all den Jahren der (deutschen) Okkupation mit sauberem Gewissen für die Gestapo gearbeitet und deren Brot gegessen, das durch das Blut der sowjetischen Menschen verseucht war.“*⁵²⁰ Hier wurden nun verschiedene Ebenen der Gewaltanwendung angesprochen. Zum einen wurde Herrn P. Gewalt durch die Gefangenschaft angetan, zum anderen aber wurde Herr P. zum Täter, der an der kollektiven Gewalt am sowjetischen Volk teilnahm. Die Erzählung soll dazu führen, Herrn P. aus seinem Amt zu entlassen.

Von ähnlicher Gewalt handelt ein ebenfalls anonymes Schreiben aus dem Jahr 1961. Ein korrumpierter Kolchosvorsitzender sei seinen Posten nicht wert, da er *„ein Untertan der deutschen Armee war und 1942 unsere Partisanen und russische Brüder in der Ukraine erschossen hat.“*⁵²¹

In einer von mehreren Parteiorganisationen unterschriebenen anonymen Beschwerde wurde 1962 detailliert über das Fehlverhalten des Ersten Sekretärs eines Rayons im westlichen Teil Litauens berichtet.⁵²² Herr V. als Faschist und Antikommunist *„würde wollen, dass diejenigen, die ihn kritisieren, sich umbringen würden, wie es der ehemalige Vorsitzende des Kolchos „Šviesus kelias“, Kommunist Ž. gemacht hat und sich am 16. August dieses Jahres erhängt hat. Schuld daran trägt direkt Genosse V., was von den Brüdern des Opfers und von seiner Frau mit ihren hinterbliebenen zwei Kleinkindern bestätigt*

⁵²⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 19, S. 15-17.

⁵²¹ Fond 1771, Bestand 211, Akte 66, S. 75.

⁵²² Fond 1771, Bestand 220, Akte 67, S. 62-67.

werden kann. Außerdem ist uns bekannt, dass er den ehemaligen Kriegskommissar Major Genosse I. wegen des Faschisten S. in den Selbstmord getrieben hat. Der amoralische Finanzabteilungsleiter L. hat seine Geliebte am 19. August dieses Jahres erschossen. Auch früher hat sich L. amoralisch verhalten. Nur, Herr V. reagiert dort nicht, wo es ihm passt, und weil er sieht, dass es ihm nichts bringt.“

Ob Denunziationen aus der reinen politischen Überzeugung erfolgten oder ob ein solches Verhalten durch Instrumente der psychischen Gewalt entstand, ist nicht belegbar und bleibt offen. Genauso wie die Frage, ob die Gewaltglorifizierung ebenfalls durch Indoktrination erfolgte oder sie als mögliche Strategie zum Erfolg der Petition stattfand (verdiente Gewalt, verdiente Strafe, verdiente Schuld etc.). Das Regime war ständig auf der Suche nach feindlichen „Elementen“ und wollte sie entweder in einer geheimen (Petitionen) oder öffentlichen Aktion (Leser- und Leserinnenbriefe) auskundschaften.⁵²³ Sich dem autoritären Verhältnis vom Staat zum Volk unterwerfend ging ein Teil der Schreibenden in ihren Petitionen sehr loyal und ideologiekonform vor. Die Verfasser rechtfertigten an anderen angewandte Gewalt, weil sie dem Staat drohende Gefahr suggerierten (*„oder wie viele Unschuldige habt ihr hier, vor Ort, umgebracht, ausgenommen der Banditen, die gegen die Staatsordnung waren, es ist zu rechtfertigen, die waren schuldig, die haben die Strafe verdient.“*⁵²⁴).

⁵²³Vgl.: Korzeniewska, Katarzyna: *Vykdomasis kabinetas praneša... Sovietų valdininkai skundžia katalikų kunigus (1962-1965) Kas? Kam? Ką? Naujasis Židinys-Aidai 2006, S. 157.*

⁵²⁴ Fond 1771, Bestand 205, Akte 46, S. 138.

4.3.3.4. Anonyme Gewaltberichte an die Gewaltsubjekte

In eine letzte Kategorie sind anonyme Petitionen an die Gewaltsubjekte einzuordnen. Durch die sowjetische Hegemonialpolitik motivierte Verbrechen veranlassten anonyme Verfasser mit unkontrollierter Kritik zu operieren, zum Beispiel offene Schuldzuweisung an die Vertreter des Regimes.

Im deutlich emotionalen Zustand attackierte 1960 ein anonymes Verfasser die Verbrechen Stalins.⁵²⁵ Einerseits wurden zwei Gewalt-Aktionen in einem Gefängnis in Vilnius beschrieben, andererseits wurden sowjetische Deportationen von 1946 bis 1952 angeführt („*wie viele unschuldige Menschen habt ihr in das verdammte Sibirien deportiert*“; „*oder wie viele Unschuldige habt ihr hier, vor Ort, umgebracht*“).

Wie Jörg Baberowski feststellte, komme dann Gewalt ins Spiel, wenn Menschen Gewissheit haben, sich gegen andere straflos durchzusetzen. Die Täter werden dann zu Allmächtigen, die Opfer zu Ohnmächtigen und dieses Verhältnis schien von der politischen Elite bis zum kleinsten Bürokraten in Regimen durchgesickert zu sein. Für die Gewaltforschung seien nicht Ursachen wichtig, sondern Handlungsdynamiken, die aus der Situation entstehen. Im Petitionswesen lässt sich zumindest eine der Seiten, also der Schreibenden, und deren subjektives Gefühl einer Situationsdynamik nachverfolgen.

Wenn man im Hinblick auf die angeführten Beispiele die formale Struktur der Gewaltberichte untersucht, muss man sich drei Leitfragen verdeutlichen: „*Wer – Was – Wem?*“ beziehungsweise durch welches Subjekt welche Aktion an welchem Objekt ausgeführt wurde oder wer waren die Täter, von welcher Gewalt wurde berichtet und welche sozialen Gruppen litten unter Gewalt.

Klar scheint zumindest, dass der Täter in den meisten Beispielen sich in einem politischen Prisma befindet und als Repräsentant des Staates zu deuten ist. Physische Gewalt kommt durch vorteilhafte Stellung der Bürokraten beziehungsweise deren Willkür zum Vor-

⁵²⁵ Fond 1771, Bestand 205, Akte 46, S. 138.

schein.⁵²⁶ Ausnahme bilden hier Gewaltberichte in reinen Denunziationen, in denen der Täter meist die gegen den Staat gewandte Einzelperson darstellt.

Die Gewalt konnte in diesem Zusammenhang der Gewaltberichte nicht strikt von jener der stalinistischen Verbrechen getrennt werden. Wenn es um die Opferfrage geht, scheint hier eher die Behauptung richtig zu sein, dass alle sozialen Gruppen betroffen waren oder werden konnten. Konkret heißt es, dass selbst hohe sowjetische Beamten nicht geschützt werden konnten, wenn die Partei Zweifel an ihrer Vergangenheit hatte. Umso weniger konnten die Kolchosarbeiter, für die die Beschwerde an die Partei die letzte Hoffnung zur Beseitigung der Missstände war, die alltägliche Gewalt meiden.

„Der Schutz der Gesellschaft vor physischer Gewalt setzte die unbegrenzte Fähigkeit des Staates zur Ausübung überlegener physischer Gewalt voraus. Nicht das Verschwinden der Gewalt als solcher schien realistisch, wohl aber die Entfernung aller Gewalt aus Sphäre des gesellschaftlichen Verkehrs und ihre Konzentration beim Staat, wo sie in ebenso berechenbarer wie effektiver Form durch ihre Institutionalisierung aufbewahrt, weiter entwickelt und bei Bedarf dosiert angewendet werden konnte.“⁵²⁷

⁵²⁶ Vgl.: Nunner-Winkler, Gertrud: Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Wilhelm Heitmeyer/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt a.M. 1994, S. 23.

⁵²⁷ Vgl.: Scheerer, Sebastian: Verstehen und Erklären von Gewalt – ein Versprechen der Moderne. In: Günter Albrecht/Otto Backes/Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt am Main 2001, S. 150.

5. Wege der Strategie

In der hermeneutischen Textanalyse spielt die Frage „was gefragt wurde“ eine große Rolle. Die Antworten waren standardisiert, die Fragen, hier die Briefe, dagegen (abgesehen von den Formalien wie Begrüßung, Äußerung, Verabschiedung) nicht. Es handelte sich sozusagen um eine hermeneutische Textanalyse der Briefe, die versucht, die Inhalte eines Briefes in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen.⁵²⁸

Ein und dasselbe Anliegen konnte unterschiedlich geäußert werden: die Art und Weise war den Autoren überlassen. Für welche Möglichkeiten sie sich entschieden, hing von den jeweiligen Umständen ab: gesellschaftliche Beziehungen, die Rolle des Menschen in der Produktion, familiäre Beziehungen bis hin zu Institutionen des öffentlichen Lebens.⁵²⁹

Die Gemütszustände, die der Autor erlebte, spiegelten sich in seinem Brief wider. Es ist heute beinahe unmöglich nachzuvollziehen, in welcher Situation sich der Autor befand, ob er lange überlegte oder den Brief eher spontan verfasste. Allenfalls geht es hier um die Anpassung der zur Verfügung stehenden sprachlichen Mittel für die jeweilige schriftliche Kommunikationssituation.

Im Folgenden wird versucht, die Art und Weise der Äußerung festzuhalten, um später eine Interpretation durchzuführen oder gar eine Strategie festzustellen.

⁵²⁸ Vgl.: Maurer, Markus/Reinemann, Carsten: Medieninhalte. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 68.

⁵²⁹ Vgl.: Schippan, Thea: Lexikologie der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen 1992, S. 228.

5.1. Argumentationsstruktur

5.1.1. Sachliche Argumente

Für die sachliche Erzähl- beziehungsweise Äußerungsweise war die Bezugnahme auf den rechtlichen Rahmen zum Beispiel „die Kodizes“, „die Paragraphen“ sowie „die Fakten“ und „die Zeugen“ von großer Bedeutung. *„Gemäß des Kodex der Arbeitsgesetze Artikel 47 Paragraph d sowie der Kommentare darf ein Angestellter nur in einem solchen Fall aus seinem Dienstes entlassen werden, wenn er bereits verwahrt worden ist und wenn sanftere Disziplinarstrafen keine Wirkung gezeigt haben.“*⁵³⁰

Hier begründete man, in dem man Zeugen und Fakten erwähnte: *„Dass sie gemeinsam getrunken haben, über meine Zeugen kann ich die Namen herausfinden. Sie arbeiten in der Küche des Pionierlagers.“*⁵³¹, *„Wenn wir schon darüber reden, nähern wir uns doch den Fakten. [...] Auch diesen Fakt dürfen wir nicht auslassen.“*⁵³² oder *„Diesen Fakt muss man möglichst schnell klären. [...] Diese Fakten muss man gründlich überprüfen. [...] Es gibt noch mehr solche Fakten, zum Beispiel [...]. Es sind hier bei Weitestem nicht alle Fakten aufgezählt, die die Politik unserer Partei in den Augen der Bewohner von Šiauliai schlecht darstellen.“*⁵³³

In einem anderen Beispiel wurden die Fakten sachlich geschildert, allerdings ersuchte man um eine größere Wohnung nicht aus persönlichen Gründen, sondern wegen der Arbeit. *„Deswegen bitte ich wiederholt Genossen Sekretär, unsere Arbeitsumstände zu berücksichtigen und zu helfen eine Wohnung zu bekommen oder mindesten zu raten, an wen ich mich in dieser Angelegenheit wenden könnte.“*⁵³⁴

Die Sachlichkeit spiegelte sich in aufgezählten Fakten nicht korrekten Verhaltens wider: *„Sprechen wir in Fakten. [...] Es ist nicht nur meine eigene Angelegenheit. Es betrifft alle*

⁵³⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 30-32.

⁵³¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

⁵³² Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 131-133.

⁵³³ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

⁵³⁴ Fond 1771, Bestand 169, Akte 60, S. 76-84.

Studenten, alle die in dieser Kantine essen. Sie müssen uns helfen. Wir sind auch Menschen und die Verwaltung der Kantine hat kein Recht, uns so ein Essen zu geben.“⁵³⁵

Bei der sachlichen Argumentation wurden meist Personen, Fakten oder Eigenschaften als Beweismittel aufgeführt. *„Wenn ich das Amt eines Sekretärs ausübe: 1) kann ich nicht mehr studieren; 2) ich habe keine Erfahrungen in der Arbeit als Sekretär der kommunistischen Jugend; 3) wenn ich die Tätigkeit vom Ersten Sekretär ausüben würde, wäre meine pädagogische Praxis unterbrochen, was sehr wichtig für das Fernstudium ist.*“⁵³⁶

Mutige Autoren gaben dem Zentralkomitee zwei Entscheidungsmöglichkeiten mit einem Lösungsvorschlag. Personen fungieren auch im Rahmen der sachlichen Argumentation als Beweise. *„Davon, dass sie gemeinsam Trinkgelage veranstalteten, habe ich Zeugen [...].*“⁵³⁷

Es wurden auch Fakten als Beweis zur Hilfe gezogen. *„Den ersten Fakt kann die ehemalige Kaderinspektorin bestätigen [...].*“⁵³⁸

Das Beispiel hatte in der Argumentationsstruktur die Funktion eines Beweises. Auch wenn man vom Nicht-Wirken der Institutionen sprach, wurden als Beispiele Schriften und Dokumente erwähnt, die sich bei dem Genossen [...] befanden.⁵³⁹ Unter anderem diente der namentliche Beweis nicht nur der Wahrheitsfindung sondern auch der Denunziation. Dabei waren die Grenzen einer Anklage für ein unwürdiges Verhalten und einer Denunziation fließend: *„Zum Beispiel: so ein Gespräch mit dem Genossen [...].*“⁵⁴⁰

Manchmal wurde ein Beispiel wörtlich gemeint: *„Zum Beispiel schauen wir auf den Kolchos namens [...]“* war der einleitende Satz, wenn man über die Missstände in einem Kolchos berichtete.⁵⁴¹

⁵³⁵ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 288-291.

⁵³⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 100, S. 158-162.

⁵³⁷ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

⁵³⁸ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 5-7.

⁵³⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 66, S. 126-133.

⁵⁴⁰ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 168-185.

⁵⁴¹ Fond 1771, Bestand 188, Akte 90, S. 26-33.

Auch wenn man vom Dienstmissbrauch schrieb, gab man einige Beispiele an. „*Zum Beispiel die Dienstreisen vom Genossen [...] nach [...] mit dem Ziel der Trinkereien und Schlampereien.*“⁵⁴² Bei Korruption wurde ebenfalls diese Wortverbindung angewandt: „*Hier einige Beispiele:[...]*“, „*Zum Beispiel die Bürgerin [...]*.“⁵⁴³

Die Gewaltanwendung und Willkür wurde mit Hilfe der Beispiele geäußert: „*Zum Beispiel [...] wurde der Jugendliche [...] zusammengeschlagen [...]. Zum Beispiel ist während der Nacht zum Chauffeur [...] gekommen, und wollte die dort wohnhafte Lehrerin [...] vergewaltigen.*“⁵⁴⁴

⁵⁴² Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 131-133.

⁵⁴³ Fond 1771, Bestand 189, Akte 62, S. 103-110 und Fond 1771 Bestand 189, Akte 74, S. 83-90.

⁵⁴⁴ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 1-5.

5.1.2. Emotionale Argumente

Bei der emotionalen Argumentation spielten Gefühle eine große Rolle. Sie dienten der Anpassung der Kommunikationssituation aus der Sicht des Senders (Autors) und vor allem dem Zweck, emotional Konsens (Erfolg) zu erreichen. Es wurde effizient emotional argumentiert, um beim Empfänger – dem Zentralkomitee – eine positive Reaktion auszulösen.

Der Absender des folgenden Briefes verbalisierte die Aufrichtigkeit und vertraute darauf, mit seinem Ausdruck Einfluss beim Zentralkomitee zu hinterlassen: *„Arbeiten bei der Redaktion von ‚Tiesa‘ war mein größter Wunsch; dieser Wunsch hatte ernsthafte Gründe. Zum einen fühlte ich mich vom breiten Arbeitsspektrum angezogen. Zum anderen bin ich ein junger Schriftsteller im sowjetischen Litauen und ich bin bereit, koste es, was es wolle, den Reihen der sowjetischen Schriftsteller anzugehören.“*⁵⁴⁵

Es wurden emotionale Appelle an die Partei gerichtet, wenn in einem Feuilletonteil einer Zeitung Unwahrheiten berichtet wurden. *„Welche Schande und welche Unehre, durch ganz Litauen einen solchen Ruf verbreitet zu haben. Ich bitte Sie sehr, seien Sie gnädig und schauen Sie das Material noch mal an.“*⁵⁴⁶

Wenn es um Arbeit ging, wurde diese emotional beschrieben und personifiziert. *„[...] die Arbeit, in die ich mich von meiner Jugend an verliebt habe.“*⁵⁴⁷

Angst gehört zu emotionalen Eigenschaften. So bat eine Kolchosbäuerin ihren Namen nicht zu veröffentlichen: *„Liebe Radioredaktion, ich bitte Sie von Herzen, mich für das Stören zu entschuldigen und ich bitte Sie, meinen Brief an Sie geheim zu halten. Seien Sie so gut, veröffentlichen Sie meinen Namen gar nicht, weder im Radio noch im Kolchos. Falls Redakteure kämen, würden mir große Unannehmlichkeiten geschehen, ich bitte Sie sehr, veröffentlichen Sie meinen Nachnamen nicht, seien Sie so gut.“*⁵⁴⁸

⁵⁴⁵ Fond 1771, Bestand 146, Akte 100, S. 172-174.

⁵⁴⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 1-9.

⁵⁴⁷ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 110-116.

⁵⁴⁸ Fond 1771, Bestand 211, Akte 54, S. 4-15.

5.1.2.1. Anklagend und opfermäßig

Die Gesamtstrategie des Briefs konnte einerseits anklagend sein, andererseits konnte der Autor in eine Opferrolle schlüpfen. In solchen Briefen brachten manche Autoren ihre klägliche Lage zum Ausdruck. Die Autoren litten unter der jetzigen Situation und schrieben, dass es ihnen unmöglich sei, eine Anstellung zu finden.⁵⁴⁹

Beispielsweise wurden Wohnumstände thematisiert, die Wohnung sei zu kalt und zu feucht, sogar die Möbel würden anfangen zu verfaulen und *„ich habe eine kleine Tochter, ein Jahr alt und ich kann nicht länger dem Kind sowas antun.“*⁵⁵⁰ *„Es ist klar, dass eine solch unmögliche Lage negative Folgen auf die Arbeitsfähigkeit, Gesundheit und zuletzt auf das normale Familienleben und Beziehungen hat. [...] Aber es scheint, dass weder meine Familienlage noch Reihungsnummer für die Zuteilung einer Wohnung die Leitung des Exekutivkomitees des Rayons Lenin interessiert.“*⁵⁵¹

Folgend wurden ein Zitat und ein Vergleich herangezogen, um die Realität der Lage zu verdeutlichen und Mitleid zu erwecken: *„Erspartes haben wir nicht, die Kinder sind krank, klein und können kein eigenes Geld verdienen; sie sind hungrig und traurig, ‚Papa, wir haben Hunger‘ bitten sie. Traurig schauen sie den Kindern zu, die zu den Sommerlagern für Pioniere fahren, denn sie haben ihre kindliche Freude verloren, haben nichts anzuziehen, keine Schuhe usw.“*⁵⁵²

Mit der Wiederholung des Inhalts versuchte man, die Ernsthaftigkeit der Lage zu schildern: *„Der Kolchos ist bis zum niedrigsten Grad der Vernichtung herabgesunken. Es gibt sowohl für die Kolchosbauern als auch für die Tiere kein Essen mehr. Menschen und Tiere hungern. Aber eine Handvoll derjenigen, die die Menschen ausnutzen, ist gar nicht traurig darüber.“*⁵⁵³

⁵⁴⁹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S. 23-26.

⁵⁵⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 20, S. 204-211.

⁵⁵¹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 66, S.126-133.

⁵⁵² Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

⁵⁵³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 13, S. 29-46.

Die Autorin versuchte folgend im klagenden Ton ganz konkret ihre Lage zu schildern: *„Das Leben war die ganze Zeit schon sehr schwer [...]. Jetzt bekomme ich die Hälfte vom Gehalt meines Ehemannes. 100 Rubel zahle ich für die Wohnung, 130 Rubel bleiben zum Leben für drei Personen. Allein die Milch für die Kinder kostet 140 Rubel, Geschweige denn die Kleidung [...].“*⁵⁵⁴

Folgend wurde das Private an die Parteiöffentlichkeit getragen. Die Autoren stellten sich in den Briefen als Opfer dar. Sie erzählten der Partei von Armut, von ungerechter Behandlung sogar von den privaten Angelegenheiten. Sie hofften alle, dass ihre Klagen Gehör finden würden.

Beispielsweise wandten sich eine Mutter und deren Tochter in zwei Briefen an die Partei. Sie beide stilisierten sich als Opfer. *„Wir hatten Freude an unserem gemeinsamen Leben, aber jetzt will er mich mit drei Kindern verlassen [...].“* Die Tochter: *„Bitte, lassen sie meinen Vater nicht vom Kolchos gehen; er hat vor, nach dem Jahresabschluss zu kündigen. Falls er den Kolchos nicht leiten kann, könnte er als einfacher Brigadier arbeiten. Wir werden gemeinsam leben und nach einiger Zeit wird die Liebe vergehen, die über der Liebe zu den Kindern stand.“* Es wurde eine Strategie verfolgt, die ein Apell und einen Lösungsvorschlag beinhaltete: *„Falls mein Mann nicht einen höheren Posten haben kann, könnte er doch im Kolchos als einfacher Arbeiter arbeiten, denn einen guten Posten kann er nicht schätzen.“* Die Tochter setzte in einem anderen Brief fort: *„Wie kann die Rede von einer Trennung sein, da väterliche Hilfe sowohl beim Lernen als auch in der materiellen Versorgung notwendig ist. Wir können daran gar nicht denken, ohne Vater oder ohne Mutter zu leben.“*⁵⁵⁵

⁵⁵⁴ Fond 1771, Bestand 188, Akte 112, S. 167-169.

⁵⁵⁵ Fond 1771, Bestand, 189, Akte 71, S. 5-9.

5.1.2.2. Bittend und persönlich

Im Folgenden wird auf die Gesamtstrategie der Briefe eingegangen, die hauptsächlich bittend und persönlich formuliert waren. Die Geduld eines Autors war am Ende, dennoch blieb er höflich und bat um eine (weitere) Anstellung: *„Genosse Sekretär! Ich bin heute viel zu viel aufgeregt, als dass ich Ihnen alles schreiben könnte, wie ich mich fühle. Aber Ihnen nicht zu schreiben und sich nicht bei Ihnen zu beschweren, das kann ich diesmal nicht. [...] Genosse Sekretär! Wenn Sie es können, rufen Sie den Beschluss unseres Rayonkomitees zurück und erlauben Sie mir bei der „Tiesa“ [„Wahrheit“, eine Tageszeitung] zu arbeiten.“*⁵⁵⁶

Um Arbeit ging es auch in folgendem Brief; bittend wandte sich eine junge Frau an die Partei: *„Helfen Sie mir, wenn Sie können. Ich werde vom ganzen Herzen arbeiten. [...] Ich habe die Hoffnung noch nicht verloren. Falls Sie können, helfen Sie mir bitte, weil ohne eine Arbeit in der Schule, werde ich es schwer haben. [...] Mein Mann ist Arzt; allmählich fand er Gefallen an Gesellschaften, Flirts und Kartenspielen, während ich, die Ehefrau vom „Doktor“, zwei Winter lang nicht genug zu essen hatte und im unbeheizten Halbkeller wohnte. [...] Schade um die 11 Jahre (fünf Jahre Studien und sechs Jahre Arbeit).“*⁵⁵⁷

Sehr emotional und bittend, am Anfang eher distanziert, doch am Ende sehr persönlich und nah wurde ein folgender Brief formuliert: *„Sehr verehrter Sekretär der Kommunistischen Partei, erlauben Sie mir bitte, detailliert meine Arbeitsumstände zu beschreiben. [...] Ich entschuldige mich vom Herzen bei Ihnen, Genosse Vorsitzender, dass ich Ihnen schreibe, dass ich Sie mit meinen Sorgen störe. Hochachtungsvoll, Grüß Gott, bleiben Sie gesund. Ich warte auf die Antwort von Ihnen.“*⁵⁵⁸

Teilweise emotional und teilweise sachlich wandte sich eine weitere Person mit einem öffentlichen Anliegen an den Genossen Sekretär: *„Demütig bitte ich den Genossen Sekretär des Zentralkomitees der LKP, eine ernsthafte, autoritätsvolle Person für die Untersuchung unserer Beschwerde vor Ort zur Verfügung zu stellen. Außerdem bitte ich, unsere*

⁵⁵⁶ Fond 1771, Bestand 146, Akte 100, S. 172-174.

⁵⁵⁷ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 47-53.

⁵⁵⁸ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 110-116.

*Beschwerde der Gewerkschaft mit Aussagen und Schlussfolgerungen der Arbeiter zu akzeptieren. Ich würde Sie bitten, die Beschwerde gründlich und rechtmäßig zu untersuchen, weil für uns, die die Missstände ans Licht gebracht haben, ist es unmöglich, weiter in der Fabrik zu arbeiten.*⁵⁵⁹

Die Autoren nahmen die Rolle eines Untertanen ein. In fast allen Briefen hat man die kommunistische Partei beziehungsweise den Sekretär als unerreichbare Autorität betrachtet (siehe Ansprachen). Um sich heranzuschmeicheln, wurden oft Wiederholungen und Entschuldigungen vorgenommen. Paradoxerweise wurden in manchen Briefen religiöse Ausdrücke verwendet („*Griß Gott*“) oder sie waren religiös konnotiert („*demütig*“).

⁵⁵⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 58, S. 173-177.

5.1.2.3. Rechtfertigung und Reue

Wie bereits erwähnt, wurde öffentliche Denunziation auch seitens der Presse betrieben. Folgend werden zwei Beispiele angeführt, in denen sich die betroffenen Personen daraufhin zu rechtfertigen versuchten. Eine Mutter schrieb an das Zentralkomitee: *„Als mein Mann verstarb, war ich mit den Nerven am Ende. Wenn ich mich aufrege oder wenn andere mich aufregen, kann ich viel Blödsinn anrichten. So ein Blödsinn ist mir passiert, als ich in Rage war und meinen Sohn, Bronius Užiela, verunglimpfte. In der Folge erschien ein Zeitungsartikel ‚Sie ist keine Mutter für uns‘“*. Der Sohn wandte sich ebenfalls an das Zentralkomitee: *„Als meine Mutter das Feuilleton las, wurde sie noch kränker und kommt nun nicht mehr aus dem Bett. Natürlich gibt sie zu, irgendjemandem erzählt zu haben, dass die Kinder sie während der Krankheit nicht besuchten. Diese gewissenhafte Erzählung hält sie für die Ursache des Feuilletonartikels.“*⁵⁶⁰

Wenn jemand Gerüchte gestreut hat, ob in der Presse oder privat, sahen die Autoren nur einen einzigen Ausweg – die Partei. Sie wandten sich an diese und rechtfertigten sich oder zeigten Reue. Die Partei war in Augen der Autoren allmächtig. Sie konnte wieder alles in Ordnung bringen. Nun war sie aber andererseits ein Initiator, der durch seine Organe (Presse) Verleumdungen in Auftrag gegeben hatte.⁵⁶¹

Ein Eisverkäufer rechtfertigte sich in einem sehr langen Brief an das Zentralkomitee wie folgt: *„Falls man dem Autor glauben sollte, bin ich derjenige mit einem „roten Ziegelhaus“, [Name]. Seit 1947 lebe ich in Klaipėda, seit dem Frühling 1952 arbeite ich als Eisverkäufer, zuerst in der Milchfabrik, dann seit 1954 im Kriegshandel. Ich habe auch einen Bart, den man am beigefügten Foto sehen kann. [...] Sonst muss ich anmerken, dass es in Klaipėda keinen anderen Eisverkäufer mit einem Bart gibt, abgesehen von mir. Ich bin „der einzige Eisverkäufer mit einem Bart“ in der Hafenstadt. [...] Das bedeutet, dass das erwähnte Feuilleton mich persönlich betrifft, denn nur ich besitze die im Feuilleton beschriebenen Merkmale, es gibt keinen anderen solchen Menschen in Klaipėda. Und da ich in Klaipėda schon lange arbeite, bin ich unter den Stadtbewohnern bekannt. Und sie wissen auch, dass es in Wahrheit keinen anderen solchen Eisverkäufer gibt. [...] Dennoch habe ich keinen Grund dem erwähnten Korrespondenten dankbar zu sein, weil ich*

⁵⁶⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 79, S. 22-26.

⁵⁶¹ Vgl.: Kapitel 4.3.1.3. Öffentliche Denunziation.

in Wahrheit kein Haus baue, da ich es mir nicht leisten kann. [...] Ich muss sagen, dass ich ehrlich arbeite, keine Geschäfte mache, mein Lohn reicht zum Leben, aber für ein Haus bleibt nichts mehr übrig. Außerdem studiert mein Sohn in Kaunas Medizin, man muss ihn finanziell unterstützen. Und der Verdienst ist nicht so gut, außer im Sommer, wenn die Sonne brennt, steigt der Verdienst, man kann den Plan schon mal übererfüllen. [...] Aus beigegefügteten offiziellen Nachweisen ist ersichtlich, dass ich weder in Palanga noch in Klaipėda ein Haus baue. Deswegen ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, dass unsere sowjetische Zeitung als besonderes Organ des Zentralkomitees der kommunistischen Partei grundlos einen sowjetischen Bürger verleumdet, ihn der ganzen Republik als Betrüger präsentiert, der die Käufer belügt und ein Haus baut. Soweit ich es verstehe, muss die Angelegenheit überprüft werden und die Redaktion muss sich ernster mit dieser Sache beschäftigen. [...] Dies ist sehr wichtig für mich, weil nachdem der Artikel im Feuilleton erschien, habe ich es schwer zu arbeiten: in der Arbeit und in der Milchfabrik, wo ich das Eis hole, betrachtet man mich als Betrüger und ich bekomme weniger Eis für den Verkauf. Wenn ich schuld wäre, dann würde ich schweigen, aber ich bin zu Unrecht verleumdet worden. Deswegen bitte ich, mich zu rehabilitieren sowie für den Korrespondenten entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Außerdem bitte ich, mir den echten Namen des Korrespondenten mitzuteilen.“⁵⁶²

Neben den kurzen Varianten der Einführungs- beziehungsweise Zwischensätzen („*Meine Arbeit erledigte ich stets zur vollen Zufriedenheit und wurde immerwährend gelobt*“⁵⁶³, „*Über mich hat sich niemand beschwert und ich hatte auch keine Verwarnungen [...]*“⁵⁶⁴, „*Ich rechtfertige die Taufe meines Kindes folgend.*“⁵⁶⁵) gab es auch sachliche Varianten mit emotionaler sogar religiöser Schattierung: „*Es wurde sehr einseitig untersucht, ohne es gründlich zu analysieren. Denn es wurde nach den fiktiven Argumenten gesucht, um zu bestätigen, dass ich „Staatseigentum“ geraubt habe. [...] Ich arbeite seit 1957 im System sowjetischer Landwirtschaft. [...] Während der ganzen Arbeitszeit habe*

⁵⁶² Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 41-51.

⁵⁶³ Fond 1771, Bestand, 146, Akte 23, S. 49-52.

⁵⁶⁴ Fond 1771, Bestand 146, Akte 78, S. 136-153.

⁵⁶⁵ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 36-44.

ich keine administrativen Strafen bekommen. [...] Bitte betrachten Sie demütig meine erwähnten Motive und Argumente.“⁵⁶⁶

Rechtfertigung als Argumentation wurde in Arbeitsangelegenheiten, beispielweise, wenn es um die verlorene Anstellung beziehungsweise Arbeit ging, geäußert.⁵⁶⁷

Ein Ereignis in der Vergangenheit ließ den Autor nicht an der Wahrheit zweifeln, dennoch versuchte er, durch das nachträgliche Bedauern dem Zentralkomitee sein Verhalten zu rechtfertigen. *„Ich weiß, dass Gerechtigkeit existiert, aber ich weiß es nicht, ob ich mich korrekt verhalten habe und dem Parteikomitee darüber berichtet habe. Es wäre alles gut gewesen, wenn ich es verschwiegen hätte und die Einwohner hätten verdorbene Wurst mit Maden und Eiter gegessen.*“⁵⁶⁸

In einem Brief aus dem Jahr 1955 rechtfertigte sich die Autorin für die Taufe ihres Kindes und denunzierte gleichzeitig sieben Personen in den ersten Parteiorganisationen. Die Namen derer wurden von den Mitarbeitern des Zentralkomitees im Brief unterstrichen.⁵⁶⁹

⁵⁶⁶ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 42-62.

⁵⁶⁷ Fond 1771, Bestand 158, Akte 44, S. 91-95, Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

⁵⁶⁸ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 25-29.

⁵⁶⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 36-40.

5.1.2.4. Literarisch

Bei der literarischen Strategie handelt es sich um die literarische Präsenz in den Briefen, deren Autoren unterschiedliche moralische Regeln und Verhaltensstandards hatten. Mittels rhetorischer Textgestaltung und literarischer Strategien referierten sie dem Publikum (dem Zentralkomitee) ihre Nöte.⁵⁷⁰ Innenpolitische Satire und satirische Kritik als Zeitkritik wurde von der Partei toleriert und waren in ihrer Hand zum pädagogischen Instrument geworden.⁵⁷¹ 1922 wurde in Moskau „Krokodil“, eine Zeitschrift für politische Satire im Dienst der Propaganda, gegründet. Ihr Adäquat in der Litauischen SSR hieß „Šluota“ („Der Besen“).

Vor allem um schlechte Zustände ging es einer Autorin und sie wandte sich an die Zeitschrift in direkter Ansprache: *„Ich habe es irgendwo gehört, liebes Krokodil [...]“*. Die Autorin beschwerte sich über die Qualität einer Zeitung und nutzte die in Prosa übliche direkte und indirekte Rede: *„‘Und was ist daran schlecht?’ wird nicht nur einer fragen...“*.⁵⁷²

Manche Schriftstücke wurden von literarischen Neben- beziehungsweise Zwischensätzen begleitet. Zum Beispiel *„[...] mit Tannenbäumen bewachsenen Weg führte zum gleichnamigen Herrenhaus. [...] Die Felder des Herrenhauses waren weit.“*⁵⁷³ oder *„Es war Dienstag, 20. Mai 1958. [...] Doch in seinen Worten gab es irgendetwas Verräterisches.“*⁵⁷⁴

Die tragische und bedrohliche Komponente fand ihre Verwendung im folgenden Brief: *„Als die Sowjetmacht wieder zurückkam, wurde unser Vater zum Kreisvorsitzenden gewählt. Während seines Dienstes musste er sich von Angreifern verstecken, weil jede Stunde Gefahr und unerwarteter Tod drohte. So vergingen einige Jahre.“*⁵⁷⁵ Wenn man etwas

⁵⁷⁰ Vgl.: Bogner, Ralf G.: Die Bezaähmung der Zunge. Literatur und Disziplinierung der Alltagskommunikation in der Frühen Neuzeit. Tübingen 1997, S. 86-87.

⁵⁷¹ Vgl. Klötzer, Sylvia: Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR. Köln 2006, S. 12.

⁵⁷² Fond 1771, Bestand 182, Akte 32, S. 135-142.

⁵⁷³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139.

⁵⁷⁴ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S. 99-103.

⁵⁷⁵ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 67-76.

als übertrieben darstellen wollte, setzte man literarisch gewieft das rhetorische Stilmittel der Hyperbel ein.

Zum Beispiel: *„In diesem Frühling ist die Schule von Kražiai vom grausamen unerhörtem Schlag getroffen worden: von dreißig Abiturienten haben nur ein paar das Reifezeugnis bekommen.“*⁵⁷⁶

⁵⁷⁶ Fond 1771, Bestand 158, Akte 22, S. 228-231.

5.1.2.5. Vergleich

Vergleiche wurden dann herangezogen, wenn es um subjektives Ungerechtigkeitsgefühl und Neid ging. Eine Autorin beschrieb namentlich zwei Töchter von einem ehemaligen Großgrundbesitzer. Sie verglich die Anstellungen der Töchter, eine war in einem Ambulatorium tätig, die andere im Gymnasium, und beklagte sich beim Zentralkomitee, warum ihre Schwester mit gleicher Ausbildung keine Anstellung als Lehrerin fand.⁵⁷⁷

Im Bereich der Bildung wurde „*enger Praktizismus*“ als Vergleich zu Bourgeoisie Zeiten gezogen.⁵⁷⁸ Unter Einsatz der rhetorischen Frage und des Vergleichs wurde auf die Abiturientenrate aufmerksam gemacht: „*Warum haben von 80 Abiturienten der Mittelschule der Stadt Kelmė alle ein Reifezeugnis bekommen? Vielleicht ist der Direktor von Kelmė besser? Nein!*“⁵⁷⁹ In einem anonymen Brief schrieb ein Autor voller Neid, dass der Busbahnhof von Kaunas viel besser sei, als der von Vilnius, „*welch eine Schande.*“⁵⁸⁰

Wenn es um Gewalt ging, wurde beispielsweise ein Vergleich zur Deutschen Armee gezogen: „*[...] und benimmt sich gegenüber dem Kolchosbauer wie ein deutscher Gendarm; der Unterschied ist nur der, dass er keine Menschen erschießt, sondern mit seiner Pistole Zähne ausschlägt, wenn er betrunken ist.*“⁵⁸¹

Mit der Absicht das Zentralkomitee an seiner Schwachstelle zu treffen, wurde die Situation eines Dorfes in einem Brief mit einem Konzentrationslager verglichen. „*Wir sind doch kein Konzentrationslager, da wir eine Genehmigung brauchen, das Dorf zu verlassen [...]. [...] möchte unser Dorf einem Konzentrationslager gleichstellen und uns nur einen Weg [eine Straße] in eine Richtung lassen. Hiermit werden unsere Bürgerrechte eingeschränkt. Wir hatten früher zwei Wege, die vom Dorf in zwei verschiedenen Richtungen führten, dies fordern wir gerecht auch jetzt.*“⁵⁸²

⁵⁷⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 341-344.

⁵⁷⁸ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 3-4.

⁵⁷⁹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 22, S. 228-231.

⁵⁸⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 109, S. 269-273.

⁵⁸¹ Fond 1771, Bestand 189, Akte 66, S. 124-126.

⁵⁸² Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139. Ein weiterer Brief, in dem namentlich „Vergleich“ aufgeführt wurde, wurde im Kapitel 4.1.5. „Kritik und Selbstkritik“ beschrieben (Lügner, Angeber, Betrüger!).

5.2. Rhetorische Mittel

5.2.1. Lexikalische Ebene

5.2.1.1. Euphemismus

Der Begriff Euphemismus charakterisiert ein Stilmittel, das einen Sachverhalt aufwertet, mildert beziehungsweise verschleiert.⁵⁸³ In den Briefen hatte es die Funktion der Beschönigung und diente ausdrücklich der Propaganda und Politik. Der Einsatz der Euphemismen hatte die Intention, etwas Konkretes zu erreichen. Euphemismen traten in Kombination mit Personifizierung und Ironie auf.

Beispielsweise lobte eine Autorin die Partei und bat am Ende um eine bessere Wohnung: *„Bis jetzt habe ich sehr gewissenhaft gearbeitet. Als Delegierte war ich beim VII. Parteikongress vom Geiste der Partei begeistert, möchte noch mehr arbeiten, die Jugend im kommunistischen Geist erziehen, aber manchmal stören die Wohnumstände sogar die Arbeit.“*⁵⁸⁴

Der Autor eines anderen Briefes thematisierte Trinkgelage im Kolchos und umschrieb den Wodka in Anführungszeichen euphemistisch und ironisch: *„[...] aber als Genosse [...] mit dem erwähnten Förster einige Halbliter ‚alles könnende 40% Flüssigkeit‘ getrunken hatte, war die Sache so erledigt, dass die Fakten nicht an die Öffentlichkeit kamen.“*⁵⁸⁵

⁵⁸³ Vgl.: Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. De Gruyter Berlin/New York 1989, S. 622.

⁵⁸⁴ Fond 1771, Bestand 158, Akte 20, S. 204-211.

⁵⁸⁵ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 75-76.

Um eine größere Würdigung zu verleihen beziehungsweise etwas besser darzustellen, wurde neben dem Euphemismus auch das Stilmittel der Personifizierung verwendet: *„Arbeit ist mein größter Wunsch, weil ich kommunistische Pflicht gegenüber der Sowjetrepublik spüre, die mich gelehrt und erzogen hat und einiges an Kosten hatte. Ich soll durch das Zuschulden-Kommen von jemandem jetzt arbeitslos bleiben. Ich möchte mich durch meine ehrliche Arbeit bei der sowjetischen Republik und der Heimat bedanken, dafür dass sie für mich gesorgt hat und mir die Möglichkeit gab, die Universität abzuschließen.“*⁵⁸⁶

⁵⁸⁶ Fond 1771, Bestand 169, Akte 737, S. 21-28.

5.2.1.2. Metapher

Im Folgenden wird als Metapher ein Wort beziehungsweise einer Wortgruppe verstanden, die mehr als nur wortwörtliche Bedeutung hat.⁵⁸⁷ Es sei ein rein sprachliches paraphrasierbares Phänomen mit einer unklaren Bedeutung, dass zwei Bereiche verknüpft, die im Wahren miteinander nichts zu tun haben.⁵⁸⁸

Zum Beispiel wurde der Begriff Brot anstelle von Arbeit beziehungsweise Geld eingesetzt: „[...] es wäre gerechter, mir eine viel mildere Disziplinarstrafe zu geben, anstatt die Familie mit Kindern ohne einen Bissen Brot zu lassen [...].“⁵⁸⁹

Eine Lehrerin wurde gekündigt. Demzufolge wandte sie sich an das Zentralkomitee mit folgender Bitte: „Und so muss ich mich von meinen Kindheitstraum verabschieden – pädagogischer Arbeit. Pädagogische Arbeit war mein Kindheitstraum.“⁵⁹⁰ Sie hat ihren Wunsch also metaphorisch umschrieben.

Hier wiederum wurde „die Partei und die kommunistische Jugend“ anstelle von Eltern gebraucht und personifiziert: „Ich, ein junger Redakteur, bin nicht bereit, solch einem Weg zu folgen, mich anders zu verhalten, als mich die Partei und die kommunistische Jugend erzogen haben. Ich habe beschlossen, auf dem geraden Weg nach Wahrheit zu suchen.“⁵⁹¹

„Ich weiß, dass das Proletariat die ganze Last auf seinen Schultern trägt [...]. Es wäre viel leichter zu tragen, wenn man sehen und fühlen würde, dass die Last gerecht verteilt [...] wäre.“⁵⁹² Als „Last“ meinte der Autor das konforme kommunistische Verhalten. Es gab diejenigen, die die kommunistischen Gesetze strikt befolgten und diejenigen, die es gar nicht taten.

⁵⁸⁷ Vgl.: Schmitt, Rudolf: Methode und Subjektivität in der Systematischen Metaphernanalyse. FQS, Forum für qualitative Sozialforschung, Volume 4, No 2., Art. 41, Mai 2003.

⁵⁸⁸ Vgl.: Drewer, Petra: Die kognitive Metapher als Werkzeug des Denkens. Zur Rolle der Analogie bei der Gewinnung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Tübingen 2003. S. 37.

⁵⁸⁹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 30-32.

⁵⁹⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 47-53.

⁵⁹¹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 30, S. 114-118.

⁵⁹² Fond 1771, Bestand 146, Akte 55, S. 34-41.

Die Bedrohung wurde im folgenden Fall als „Schminke“ metaphorisiert: „[...] und diejenigen Lehrer, die ihre Arbeit fleißig und gewissenhaft erledigen, manchmal werden sie so bewertet, deren Gesichter werden so geschminkt, dass sie nicht mehr wissen, wie sie weiter arbeiten sollen.“⁵⁹³

In einem anderen Brief wurden mehrere Metaphern in der literarischen und ironischen Funktion eingesetzt. „Ich bin oft darüber enttäuscht, dass wir zu übertriebenen Plauderern geworden sind, wir zwitschern wie eine Nachtigall mit geschlossenen Augen, entfernen uns oft vom praktischen und realen Leben. [...] Zum Beispiel, als 1955 nicht nur ein verantwortlicher Kopf von Kukuruzkrankheit besessen war und diese Frage nur vom Wind gestützt war, vom Winde wurde sie auch verweht; sie hat uns sogar Partei- und Sowjetopfer gekostet.“⁵⁹⁴ Die Wortverbindung „zwitschern wie eine Nachtigall“ meinte hier das sinnlose Reden im von der realen Welt entfernten Zustand. Mit einem „Kopf“ wurde eine Person umschrieben. Sowie der Ausdruck „vom Wind gestützt war, vom Winde wurde sie auch verweht“ könnte man als zu wenig konkret oder nicht gut geplant interpretieren.

Die Metapher des Herzens kam oft vor und unter anderem wurde diese für das Zentralkomitee gebraucht: „Aber wir Kommunisten bleiben unseren Prinzipien treu. Falls unsere Stimme vom Zentralkomitee nicht gehört wird, werden wir gezwungen, uns an unser Herz zu wenden – das Zentralkomitee der Sowjetunion.“⁵⁹⁵

„Von den beiden versoffenes Geld ist zu meinen Tränen geworden.“⁵⁹⁶ Hier wurde ein emotionaler Zustand metaphorisch umschrieben.

⁵⁹³ Fond 1771, Bestand 158, Akte 44, S. 91-95.

⁵⁹⁴ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 67-76.

⁵⁹⁵ Fond 1771, Bestand 220, Akte 67, S. 62-74.

⁵⁹⁶ Fond 1771, Bestand 209, Akte 72, S. 77-83.

Der folgende Beispiel handelt um die parteikonforme politische Metaphorik: „*Mein sowjetisches Gewissen erlaubt mir heute kein Schweigen mehr. [...] Das sind Menschen, die heutzutage ein warmes Plätzchen haben und ihre Vergangenheit ist schwarz.*“⁵⁹⁷ Mit „sowjetischem Gewissen“ war das Denunzieren gemeint und seine schwarze Vergangenheit konnte bedeuten, dass die Personen „Großgrundbesitzer“, „Banditen“ oder antisowjetischer Haltung waren.

Die systematische Metaphernanalyse hat das Ziel, Muster des Denkens, des Erlebens und des Handelns zu rekonstruieren.⁵⁹⁸ Im hermeneutischen Verfahren, das nicht automatisierbar ist, wurde versucht, das Befinden des Autors in seinem sozialen Umfeld gemäß des historischen Kontextes zu interpretieren. Wichtig war die Beobachtung, dass sich mehrmals um die politische Metaphorik handelte, welche dem Staat sehr willkommen war. Zugleich ließ sich feststellen, welche Grenzen der totalitäre Staat setze und welche Metaphern als zulässig und gar erwartet wurden.⁵⁹⁹ Wie zum Beispiel im folgenden Brief: „*Ich wende mich an die Kommunistische Partei mit der Bitte, mir die Zukunftswege zu zeigen und zu weisen.*“⁶⁰⁰ Statt Arbeit setzte der Autor euphorisiert die Metapher der „Zukunftswege“ ein. In diesem Sinne wurden auch weiter der Begriff „Arbeit“ metaphorisch umschrieben: „*[...] Arbeit ist ein heller Traum [...]*“,⁶⁰¹ „*Arbeit ist mein größter Wunsch [...]. Ich verantworte alles mit meinem Kopf.*“⁶⁰²

⁵⁹⁷ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 143-147.

⁵⁹⁸ Vgl.: Schmitt, Rudolf: Methode und Subjektivität in der Systematischen Metaphernanalyse. FQS, Forum für qualitative Sozialforschung, Volume 4, No 2., Art. 41, Mai 2003.

⁵⁹⁹ Vgl.: Kurz, Gerhard: Metapher, Allegorie, Symbol. Göttingen 2004, S. 27.

⁶⁰⁰ Fond 1771, Bestand 146, Akte 87, S. 1-3.

⁶⁰¹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 100, S. 172-174.

⁶⁰² Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 60-62.

5.2.2. Syntaktischer Bereich

5.2.2.1. Ironie

„Das Ernsthafte ist der Hintergrund, vor welchem sich die Possenhaftigkeit und das Tragische abheben, aber diese akzentuieren ihrerseits durch Kontrast, den ERNST, der so eine Reliefwirkung wird.“⁶⁰³

Edgar Lapp definiert Ironie wie folgt: „Wenn jemand meint, was er sagt, hat er in aller Regel eine wörtliche Äußerung vollzogen. Wenn jemand sagt, was er meint, muss er die im Gegensatz dazu keineswegs wörtlich tun. Er kann dazu alle Register seines sprachlichen und stilistischen Könnens ziehen. Man kann sagen, was man meint ohne es zu meinen, was man wörtlich sagt, indem man eine ironische Äußerung vollzieht.“⁶⁰⁴ Ironie meint das Gegenteil oder etwas anderes als das Gesagte. Indirekte Sprechakte können auch ironisch verwendet werden. Dazu müssen beide – der Sender und der Empfänger – den Referenzakt nachvollziehen können und genügend Informationen haben, um das gemeinte Bezugsobjekt zu identifizieren.⁶⁰⁵

Zur Ironie gehört das Ironiesignal. Signale, die auf Ironie in gedruckten Texten hinweisen, sind Wortwiederholungen, Kursivdruck und Anführungszeichen.⁶⁰⁶

*„Ich bin eine junge Hausfrau. Wie man Gurken einlegt, habe ich nicht gelernt und kann es auch nicht. Nun aber möchte ich zum Mittagessen eingelegte-marinierte Gürkchen, aber leider...“*⁶⁰⁷ Hier wies die Autorin mit „...“-zeichen durch das Nichtgesagte auf die Mangelwirtschaft hin.

⁶⁰³ Jankélévitch, Vladimir: Die Ironie. E-Book Suhrkamp Verlag Berlin 2012, S. 10.

⁶⁰⁴ Lapp, Edgar: Linguistik der Ironie. Tübingen 1997, S. 11.

⁶⁰⁵ Vgl.: Wüest, Jakob: Was Texte zusammenhält. Zur Pragmatik des Textverstehens. Tübingen 2011, S. 52.

⁶⁰⁶ Vgl.: Weinrich, Harald: Linguistik der Lüge. Kann Sprache die Gedanken verbergen. Heidelberg 1966, S. 60-61.

⁶⁰⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 109, S. 269-273.

Durch die gegenteilige Behauptung wurde hier auf die Pläne hingewiesen, die vom Zentralkomitee propagiert wurden: „[...] und was sollen wir tun, wenn wir keinen Siebenjahresplan haben, wir haben keinen Einjahresplan.“⁶⁰⁸

Im folgenden Beispiel ist die Ironie durch das Gegenteil und die Anführungszeichen erkennbar. „Es ist anzumerken, dass es im Kolchos große Verschwendungen des allgemeinen Eigentums gibt. Durch die Anweisungen des ‚strengen‘ Vorsitzenden merken es die Mitglieder des Vorstands nicht [...].“⁶⁰⁹ Gemeint war hier das Gegenteil.

Die Pläne der örtlichen Institutionen wurden in Anführungszeichen umschrieben: „Diese ‚Gutherzigkeit‘ der örtlichen Macht befriedigen unsere Nöte nicht [...].“⁶¹⁰

Im nächsten Brief ging es um Korruption. In Anführungszeichen wurde versucht, etwas Abgehobenes, Unerreichbares zu kommunizieren: „In dessen Folge versorgt [...] unaufhörlich mit Bier auf ‚Direktorart‘ und anderen Getränken und liefert sie direkt nach Hause.“⁶¹¹ Hier wurde auch die Korruptionsproblematik auf ironische Weise beschrieben: „Seine Persönlichkeit ist groß und ehrenhaft [...]. Um ihn kümmern sich auch die höheren Vorsitzenden [...] oder wie ihm der Name des ‚sozialistischen Arbeitsheldes‘ zu verleihen wäre. Wenn es erreicht ist, können auch seine Verwandten besser atmen, denn er hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Bälle, Obst, Essen fehlen bei ihm nie, der Kolchos kann sich das leisten.“⁶¹²

Durch das Gegenteil wurden hier zwei Parteien gegenübergestellt: „Die kommunistische Partei spricht von der Einigkeit der Disziplin für alle Kommunisten, ja, darüber reden wir auch: Es gibt diese nicht, und es kann auch nicht sein, dass es zwei Disziplinen gibt, eine für das gewöhnliche Volk, und eine andere die Nomenklatura. Warum hat es das KGB Parteikomitee und der Ministerrat vergessen?“⁶¹³

⁶⁰⁸ Fond 1771, Bestand 210, Akte 61, S. 55-67.

⁶⁰⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 56-68.

⁶¹⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 60, S. 76-84.

⁶¹¹ Fond 1771, Bestand 209, Akte 79, S. 209-214.

⁶¹² Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 29-41.

⁶¹³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 113-115.

Die Mangelwirtschaft wurde im folgenden Brief durch die gegenteilige Behauptung folgend umschrieben: *„Jetzt sind alle zufrieden, Militäranghörige freuten sich auch, dass sie weich sitzen können [...] Und nun blieb den Einwohnern der Stadt Kybartai kein Sofa mehr übrig.“*⁶¹⁴

⁶¹⁴ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S. 99-103.

5.2.2.2. Rhetorische Frage – „Lohnt es sich, über die Wahrheit zu sprechen?“⁶¹⁵

Es gibt zahlreiche Definitionen der rhetorischen Frage. Ich beziehe mich hier auf die Definition von Jörg Meibauer. Seiner Ansicht nach ist eine rhetorische Frage keine „echte“ Frage, weil es nicht erwartet wird, dem Fragenden eine Antwort abzunehmen. Vielmehr sei es, als ob der Fragende eine Behauptung aufstellen möchte.⁶¹⁶

Bei den folgenden rhetorischen Fragen wurde neben den Fragen auch die Antwort als Behauptung angegeben. *„Und kann er seine Untergebenen positiv beraten oder belehren? Wahrscheinlich nicht!“*⁶¹⁷, *„Jedem Bürger der Sowjetunion ist das Recht auf Arbeit garantiert, und mir nicht?“*⁶¹⁸, *„Ich verfolge unaufhörlich die bolschewikische Linie, aber warum lässt man mich nicht und will man nicht ein gerechter sowjetischer Arbeiter sein? Wo sind die kommunistischen Prinzipien?“*⁶¹⁹

Die Partei postulierte, dass jeder Sowjetbürger ein Recht auf Arbeit habe. Hier wurde das bis dato Erreichte im Rahmen einer ironischen Frage aufgezählt: *„Habe ich denn als 27-jähriger mit einem Reifezeugnis, vom Beruf Buchhalter, mit Kenntnis zweier Sprachen litauisch und russisch, kein Recht auf Arbeit?“*⁶²⁰

Ein überzeugter Kommunist wandte sich mit mehreren Fragen, unter anderem auch rhetorischen, an die Partei und ging auf mehrere Themen ein. Der Autor schien rhetorisch gewieft zu sein. Die Wiederholung vom Adverb „warum“ verlieh dem Brief Nachdruck: *„Warum: Warum hat der Kolchosvorsitzende, nachdem er Hunderttausend Rubel in ein paar Jahren geklaut hat, nur seine Arbeit verloren und sitzt nicht im Gefängnis? [...] Warum werden in den Dörfern Feinde des Kommunismus, Diebe und Banditen unterstützt? Warum können wir die kapitalistischen Reste im Dorf nicht vernichten? Warum ist das sowjetische Recht so tief versteckt, dass keiner es finden kann? Warum ist im Dorf*

⁶¹⁵ Fond 1771, Bestand 189, Akte 74, S. 67-76.

⁶¹⁶ Vgl.: Meibauer, Jörg: Rhetorische Fragen. Tübingen 1986, S. 3.

⁶¹⁷ Fond 1771, Bestand 189, Akte 76, S. 99-103.

⁶¹⁸ Fond 1771, Bestand 158, Akte 22, S. 205-209.

⁶¹⁹ Fond 1771, Bestand 146, Akte 55, S. 34-41.

⁶²⁰ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 119-124.

das höchste Machtorgan das Schmieren, das Geld, der Besitz und alkoholische Getränke?“⁶²¹

Ironisch und mit rhetorischen Fragen wurde im folgenden Brief der Zustand in einem Kolchos beschrieben. *„Vielleicht wird jemand denken, welche Krankheit hat sie erwischt? Ja, die schlimmste Krankheit „Hunger“ hat sie erwischt, einige Schweine sind schon gefallen. Wir sterben noch nicht vor Hunger, auf diese und jene Art versuchen wir es abzuwehren, aber das Vieh stirbt schon seit Herbst, wann wird denn Schluss sein? [...] Interessant, gibt es denn keine Führungspersonen mehr in der Litauischen Republik? [...] Vielleicht entsteht beim Lesen der Gedanke ‚Warum arbeiten sie nicht?‘ Aber wir werden antworten, unsere ‚Herren‘, von denen wir viele haben, lassen uns nicht arbeiten. Einer befiehlt fahren, der andere reiten, der dritte gehen und ein Mensch weiß nicht, was er tun soll.“⁶²²* Auch hier wurden diverse Probleme angesprochen und unter anderem mit Hilfe der rhetorischen Frage formuliert.

Folgend wurde eine konkrete Person angesprochen. Der Autor war außer sich und gab als Vermutung auf die rhetorische Frage gleich eine Antwort und führte sie gleich aus: *„Und warum studieren junge Leute an der Akademie, damit sie bei einem Bürokraten landen, der anstatt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, Kündigungen an die jungen Spezialisten verteilt? Nein! Zuerst muss man die eingesessene Bürokratenschicht von ihren Posten beseitigen.“⁶²³*

Unter Einsatz der rhetorischen Frage wurden öfters reale Missstände dargestellt beziehungsweise Antworten, die die Partei nicht zu geben beabsichtigte, ausgesprochen.

⁶²¹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 2, S. 45-62.

⁶²² Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 154-158.

⁶²³ Fond 1771, Bestand 169, Akte 91, S. 267-271.

5.2.2.3. Zitat

Der Begriff Zitat ist etymologisch mit dem Begriff citare verwandt; in der ursprünglichen Bedeutung definierte es unter anderem „herbeirufen“. In einem fließenden Übergang ging der Begriff vom ver-rechtlichten „einen Zeugen vor Gericht zitieren“ in einen „einen Text als Beleg anführen“ über.⁶²⁴ Das Zitieren in den Briefen diente als Beweis des real Geschehenen.

Im folgenden Brief wurden zwei Sprichwörter zitiert. Im Eigentlichen sind die Sprichwörter nicht übersetzbar. Da die Suche nach den entsprechenden Sprichwörtern ergebnislos war, wurde hier versucht, die Sprichwörter zu übersetzen, damit das Phänomen des Zitierens in den Briefen in seiner Vielfältigkeit gezeigt wird. *„Ein Sprichwort sagt: ‚Verlasse den Weg nicht wegen des Nebenweges‘ [...] Wie ein anderes Sprichwort sagt: ‚Von einem Hosenbein schneidet und das andere Hosenbein flickt‘, aber dieses Sprichwort passt auch nicht genau [...], da es dem Gesetz folgt, für jeden Preis soll eine Entscheidung getroffen werden, ohne sich in den Sachverhalt zu vertiefen, seine Beschlüsse sind wie Eintagsfliegen.“*⁶²⁵

*„Abgesehen davon, schreibt man im genannten Feuilleton: ‚Sehen Sie, bei der Polizei weiß man alles. Man weiß es. Nur unternimmt man nichts, den geheimen Bau zu klären. Wie soll man beweisen, dass ein Mann mit einem Bart, der Eis in der Hafenstadt verkauft, sein rotes Ziegelhaus fast fertig hat.“*⁶²⁶ Hier zitierte man einen denunziatorischen Zeitungsartikel. Der Autor versuchte, die Gerüchte über ihn abzuwehren.

Das reale Wohnungsproblem versuchten die Autoren möglichst real mit Hilfe der direkten Rede wiederzugeben. *„Bereits seit drei Jahren schon stehe ich als Spezialist auf der Liste, eine Wohnung zu bekommen, fast eineinhalb Jahre habe ich meine Zeit verschwendet und bin von einer zu der anderen Einrichtung gegangen, aber das ist alles umsonst (‚Es gibt keine Wohnungen‘, ‚Wir müssen mal sehen‘)“*⁶²⁷ beziehungsweise *“Obwohl sie*

⁶²⁴ Vgl.: Wim van der Berg: *Autorität und Schmuck. Über die Funktion des Zitates von der Antike bis zur Romantik.* In: Klaus Beekmann/Ralf Grüttemeier (Hrsg.): *Instrument Zitat. Über den literarhistorischen und institutionellen Nutzen von Zitaten und Zitieren.* Amsterdam/Atlanta 2000, S. 12.

⁶²⁵ Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139.

⁶²⁶ Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 41-51.

⁶²⁷ Fond 1771, Bestand 146, Akte 34, S. 137-156.

auf meine Anfragen antworten: ‚Wenn es freie Wohnungen gibt, werden sie als Erster versorgt.‘⁶²⁸

Manche Zitate verschmolzen mit dem Inhalt: ‚Heutzutage sind solche ‚Patrioten‘ zu eifrigen Kommunisten geworden, die sich mit der Arbeit versorgten und niemand hat ein Recht zu sagen, so wie man mir [...] gesagt wurde, Du bist nicht in der Partei, deswegen hast du kein Recht‘.⁶²⁹

Um die Vergangenheit real darzustellen, wurden die Drohungen der Nomenklatura zitiert: ‚Mit Faustschlägen auf den Tisch, fast zu jedem hat er drohend geschrien, ‚ich gebe es an den Staatsanwalt weiter, sperre dich ein, kündige dich, ist das klar?‘ [...] Zum Beispiel: so ein Gespräch zwischen Genossen [...] und dem Kolchosvorsitzendem Genossen [...]: ‚Du bist noch zu schwach, um mich zu belehren! Wenn du das Hochschulstudium abgeschlossen hast! Wenn Du ein Minister gewesen bist! Und später zum Vorsitzenden eines Rayonkomitees wirst, dann kannst du mich belehren! Und jetzt höre mir zu, was ich zu sagen habe! Ist es klar?! Hast du es verstanden?!‘⁶³⁰, ‚Halten sie den Mund, ich bin hier der Leiter!‘ – versuchte er die Unzufriedenen mit dem Verhalten des Kolchosvorsitzenden zu beherrschen [...].‘⁶³¹

Das Zitat wurde als Mittel der Überredung (persuasio) eingesetzt.⁶³² Ein Zitat hatte unterschiedliche Formen, einerseits waren es Sprichwörter, andererseits direkte Rede. Zitate stützten die Argumentationslinien und hatten bedeutungssteuernde Funktion.

⁶²⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 78, S. 109-115.

⁶²⁹ Fond 1771, Bestand 158, Akte 66, S. 72-85.

⁶³⁰ Fond 1771, Bestand 182, Akte 2, S. 168-185.

⁶³¹ Fond 1771, Bestand 210, Akte 66, S. 234-241.

⁶³² Vgl.: Wim van der Berg: *Autorität und Schmuck. Über die Funktion des Zitates von der Antike bis zur Romantik*. In: Klaus Beekmann/Ralf Grüttemeier (Hrsg.): *Instrument Zitat. Über den literarhistorischen und institutionellen Nutzen von Zitaten und Zitieren*. Amsterdam/Atlanta 2000, S. 15.

5.2.3. Kompositorischer Bereich – Antithese, Exkurs, Vorgriff

Als Antithese wird eine Formulierung, die einer These entgegengesetzte Bedeutung innehat, definiert. Für die Antithese wurden auch Argumente angeführt; ob es sich allerdings um eine Antithese handelte, ließ sich erst im interpretativen Durchgang entscheiden.⁶³³ Die Antithese erfolgte hier in der Form einer Metapher: *„MTS von Kvédarna ist nicht eine Einrichtung, sondern ein Chaos, [...] ist nicht ein Direktor, sondern eine Schlampe, die alle haben können, die einen „Liter“ haben.“*⁶³⁴

Die Antithese diente unter anderem dazu, eine Lüge zu entlarven: *„Weiter steht in der Zeitung, als ich angefangen habe in der Druckerei zu arbeiten, wohnte ich in der Wohnung von [...]. Bei [...] habe ich am 5.11.1955 angefangen mit meiner Frau (geheiratet am 5.7.1955) zu wohnen. In der Zeitung schreibt man, dass ich in eine Schlägerei verwickelt war und 100 Rubel Strafe zahlen musste. An so einen Skandal habe ich nie gedacht. Alle Nachbarn können es bezeugen.“*

Ein Exkurs bedeutet zunächst Erörterung beziehungsweise eine in sich geschlossene Erzählung oder Abschweifung, durch die das Gesamtkonzept des Textes ergänzt wird.⁶³⁵ Die Exkurse, die in den Briefen vorkamen, hatten teilweise die Funktion eines Beispiels mit dem Anspruch, Gerechtigkeit wieder herzustellen. Meist wurde versucht, in die Erzählung – in diesem Fall den Brief – die Moral des Exkurses zu übernehmen; hier zum Beispiel wurde ein Exkurs in die griechische Mythologie gewagt:

Im alten System der griechischen Mythologie gab es einen berühmten Helden, der laut mythologischer Erzählungen der Sohn vom Gott des Meeres, Poseidon, und Gaya, der Göttin der Erde, war. Er war sehr an seine Mutter gebunden, die ihn geboren, gepflegt und gehegt hat. Wodurch kam seine Macht zu Vorschein? Seine Macht kam dadurch zum Vorschein, wenn er jedes Mal gekämpft hat und nah der Niederlage war, er jedes Mal die Erde, seine Mutter berührte, die ihn geboren und gehegt und neue Kräfte gegeben hat. Allerdings hat er eine schwache Stelle gehabt – er war sehr gefährlich, wenn er auf eine

⁶³³ Vgl.: Przyborski, Aglaja: Gesprächsanalyse und dokumentarische Methode. Qualitative Auswertung von Gesprächen, Gruppendiskussionen und anderen Diskursen. Wiesbaden 2004, S. 72.

⁶³⁴ Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 162-168.

⁶³⁵ Vgl.: DUDEN. Universalwörterbuch, 3., neu bearbeitete Auflage, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1996, S. 471.

oder andere Art und Weise vom Boden abgehoben war. Die Feinde wussten von seiner schwachen Stelle und lauerten ihm auf. Und ein Feind ist gekommen und nutzte seine Schwäche aus. Es war Herkules. Aber wie hat er gewonnen? Er riss ihn von der Erde, hob ihn in die Luft, nahm ihm die Möglichkeit, die Erde zu berühren, und auf diese Weise erstickte er in der Luft.“⁶³⁶

Beim Begriff Vorgriff, laut DUDEN Vorgreifen, überblickte der Autor die Zukunft, die Zeit und die Orte.⁶³⁷ Im Rückblick beschrieb und kommentierte er: *„Es stellt sich für mich die Frage, ob einer in den Parteilinien sein darf, der zur Zeit der deutschen Okkupation nach Deutschland gebracht wurde, aber danach von den Organen der Sowjetsicherheit geprüft worden ist, für unschuldig erklärt wurde, und keine Strafe bekam. Genau von mir rede ich [...].*“⁶³⁸

Man kann zunächst folgendes festhalten. Die Autoren, die sich als Opfer betrachteten, klagten und erzählten der Partei von ihren Nöten und hofften, dass die Partei Hilfe in Aussicht stellen würde. Wenn die Autoren eine Bitte an die Partei hatten, nahmen sie die Rolle eines Untertanen ein, und betrachteten die Partei als Autorität beziehungsweise Übermacht (religiös konnotierte Ausdrücke). Eine zwiespältige Rolle nahm die Partei bei Reue und Rechtfertigung ein. Denn sie initiierte teilweise das Zustandekommen der Gerüchte, indessen Folge wandten sich die Autoren wiederum an die Partei, denn nur sie konnte den entstandenen Schaden wieder beseitigen beziehungsweise mildern.

Tatsächlich konnte man die meisten Autoren als gleichwertig betrachten, das heißt für die Autoren war die Partei nicht übermächtig in ihrer Wahrnehmung und in ihrem schriftlichen Ausdruck. Nur einige sind als infantil zu betrachten. Zum Beispiel: *„Zuerst entschuldigen Sie mich bitte, Genosse Sekretär, dass ich Sie störe. [...] Bitte verzeihen Sie mir für die Störung, ich warte auf Ihre Antwort. [...] Ich habe noch eine Bitte, Genosse*

⁶³⁶ Fond 1771, Bestand 169, Akte 99, S. 122-139.

⁶³⁷ Vgl.: DUDEN. Universalwörterbuch, 3., neu bearbeitete Auflage, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1996, S. 1693.

⁶³⁸ Fond 1771, Bestand 146, Akte 23, S. 257-259.

Sekretär, bitte weisen Sie das Parteirayonkomitee an, mir zu erlauben, in einer der Einrichtungen zu arbeiten; ich verspreche ehrlich und gewissenhaft zu arbeiten.“⁶³⁹

Die gesamte Argumentationsstrategie beruhte auf mehreren Komponenten. Einerseits versuchte man durch Wiederholung die Dringlichkeit der Lage zu beweisen, andererseits durch die Denunziation, die offene Konformität und die Loyalität zu der Partei auszudrücken. Auch mit Verdiensten versuchten die Autoren der Partei zu schmeicheln. Die objektive Beweislage war von großer Bedeutung: Kodizes, Paragraphen, Fakten und Zeugen. Vergleiche wurden herangezogen, wenn es einerseits um Neid ging, andererseits, um die Partei an ihrer Schwachstelle zu treffen.

Unter Einsatz diverser rhetorischen Mittel versuchte man, die kommunistische Partei zu beeindrucken. Auf der lexikalischen Ebene setzte man Euphemismen, Metaphern und Hyperbeln ein. Mit Euphemismen versuchte man, die Aussagen zu mildern und zu beschönigen. Metaphern wurden eingesetzt, um etwas „durch die Blume“ zu sagen beziehungsweise die Gedanken wurden nicht wortwörtlich verschriftlicht. Üblich war die politische Metaphorik. Hyperbeln setzte man ein, um etwas größer und bedeutender darzustellen, als es in Wirklichkeit war.

Der syntaktische Bereich beruhte auf dem Einsatz der Ironie, der rhetorischen Frage und des Zitats. Ironie hatte die Funktion, etwas zu meinen ohne es im Worte zu fassen, öfters das Gegenteil von dem, was geschrieben wurde. Zahlreiche rhetorische Fragen zielten auf die Antwort ab, ohne jedoch tatsächlich zu fragen. Das Zitat diente dem Beweis, es wurde auch öfters als direkte Rede eingesetzt. Im Rahmen des kompositorischen Bereichs wurden Antithesen, Exkurse und Vorgriffe eingesetzt.

Jeder Brief beabsichtigte das gleiche Ergebnis, nämlich eine positive Lösung des Problems. Dennoch wurde jeder Brief anders aufgebaut. Es gab viele gleiche Bitten und Anliegen; die Briefe wurden aber anders formuliert und rhetorisch verschriftlicht. Insofern lässt sich in jedem Brief eine Strategie verorten. Eine allgemein gültige Strategie lässt sich jedoch nahezu ausschließen. Es blieb bei „rhetorischen“, „kommunikativen“ und „argumentativen“ Strategien und nicht bei einer, für die Gesamtheit der Briefe gültigen, Strategie.

⁶³⁹ Fond 1771, Bestand 169, Akte 49, S. 52-54.

6. 1988 und 1989

Im Hinblick auf Glasnost und Perestroika stieg die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Das Schlagwort nach Verlangen nach mehr Souveränität spielte eine immer größere Rolle. Die öffentlich vorgebrachte Kritik bediente sich immer noch der Argumentationslinie nach sozialistischen Prinzipien. Man war eher der Meinung, dass die Reformen innerhalb der Perestroika realisierbar waren.⁶⁴⁰ Nur wenige trauten sich, die Unterdrückung auszusprechen.

In der LKP hatten sich in den Jahren von 1988 bis 1989 programmatisch drei Gruppen herauskristallisiert. Erstens diejenigen, die die völlige Unabhängigkeit des Staates verlangten, zweitens die sogenannten „Gemäßigten“, die die Souveränität innerhalb der Sowjetunion quasi als „föderale Republik“ forderten und drittens diejenigen, die den Status quo behalten wollten.

Die LKP reagierte auf den Reformweg nach einem aus der Physik stammenden Prinzip des sogenannten Inertialsystems (von lateinisch inertia für „Trägheit“). Wenn es keine äußeren Kräfte gab, die die LKP bewegten, blieb die Partei im – für den kommunistischen Apparat gewohnten – Zustand nihil novo. Aus dem für Stagnation typischen Bewusstsein haben sich weder das örtliche Aktiv, die Nomenklatura, noch der KGB gemäß der neuen Lage orientiert.⁶⁴¹

Der Öffentlichkeitsdiskurs spiegelte sich in zwei Themenkomplexen wider. Zum einen im Jahr 1988 in der Kundgebung und dem Hungerstreik für die Freilassung politischer Gefangener sowie zum anderen in Repressalien durch die Polizei (Baltischer Weg 1989).

⁶⁴⁰ Vgl.: Hermann, Arthur: Die Phasen des baltischen Unabhängigkeitskampfes 1985-1991. <http://annaberger-annalen.de/jahrbuch/1994/Annaberg%20Nr.2%20Kap5.pdf>, S 116 (22.2.2018).

⁶⁴¹ Vgl.: Blažytė, Danutė: Lietuvos elito įtaka komunistinės struktūros transformacijai į politinę partiją. Lietuvos istorijos metraštis. Vilnius 2001, S. 277-298.

6.1. Das Jahr 1988. Der Hungerstreik für die Freilassung politischer Gefangener und das gewaltsame Ende durch die Miliz – der sogenannte „Bananenball“

Das Jahr 1988 stand in Litauen im Zeichen der Massen-Reformbewegung, die in der Literatur unter der Bezeichnung Sajūdis, dem litauischen Wort für Perestroika, bezeichnet wird. Sajūdis mit dem Vorsitzenden Vytautas Landsbergis, der nie der Kommunistischen Partei angehörte, verlangte die völlige Unabhängigkeit des Staates und stimmte die ganze Reformbewegung auf den Austritt aus der Sowjetunion ein. Im Verlangen nach mehr Souveränität waren der Wunsch nach einer freien, nationalen Identität sowie Themen wie Sprache, Hymne und Flagge inkludiert.⁶⁴² Litauisch als Staatssprache sowie nationale Symbole wurden wieder eingeführt. Die Veröffentlichung des Ribbentrop-Molotow-Paktes machte sich Sajūdis zu einer seiner wichtigsten Aufgaben.

Die Reformbewegung Perestroika propagierte unter anderem mehr Öffentlichkeit. Als Reaktion darauf initiierte die Litauische Freiheitsliga (Lietuvos Laisvė Lyga) am 23. August 1987 anlässlich des Ribbentrop-Molotow-Paktes einen Trauertag am Denkmal des litauisch-polnischen Schriftstellers Adomas Mickevičius (polnisch Adam Mickiewicz) und stellte Forderungen nach einem Austritt aus der Sowjetunion. Zu den verantwortlichen Personen zählten Antanas Terleckas, Vytautas Bogušis, Petras Cidzikas und Nijolė Sadūnaitė. Die letztere verkündete öffentlich: *„Wir haben uns heute wegen zweier Banditen versammelt, Hitler und Stalin. [...] Alle kennen diese Schande, den Ribbentrop-Molotow-Pakt. Die Sowjetunion hält bis heute die ‚geheimen Protokolle‘ geheim. Wir fordern die Sowjetunion auf, dieses Lügen-, Gewalt- und Terrordokument zu veröffentlichen, infolgedessen die baltischen Staaten gezwungen waren, Teil des sowjetischen roten Imperiums zu werden. Wir protestieren gegen den Pakt der Schande unter zwei Tyrannen und fordern die Unabhängigkeit der drei freien baltischen Völker zurück.“*⁶⁴³ Keiner der Teilnehmer wurde durch den KGB festgenommen. Der KGB gab sich mit kleineren Repressalien zufrieden: Einige der aktivsten Teilnehmer der Kundgebung wurden in Autos

⁶⁴² Vgl.: Christophe, Barbara: Kohäsion und Differenz. Nation und Nationalismus in Litauen. In: Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Bd. 2. Hrsg. v. Egbert Jahn, Baden-Baden 2009, S. 226 ff.

⁶⁴³ Vgl.: Terleckas, Antanas: Kelias į nepriklausomybę Lietuvos Laisvės Lygos ir Lietuvos Persitvarkymo Sajūdžio veikla. In: Visuomenė, S. 37. <http://www.ziengala.lt/saugykla/pdf/6-terleckas.pdf> (24.1.2018).

gesetzt, mehrere Kilometer hinter die Stadtgrenzen von Vilnius gefahren und dort ausgesetzt.⁶⁴⁴

In einem Telegramm vom 5. September 1988 informierte das Komitee für die Befreiung politischer Gefangener das Zentralkomitee der KPdSU über einen Hungerstreik und die Forderungen der Hungernden, die in der Presse veröffentlicht werden sollten: Veröffentlichung der Termine für die Neuaufnahme der Prozesse sowie den Ausschluss des Staatsanwalts B. aus der Kommission für die Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus sowie Dementierung denunziatorischer Publikationen in der Presse. Das Komitee sei über den kritischen Gesundheitszustand besorgt und wende sich an das Internationale Rote Kreuz zwecks Einladung zur Beobachtung, da die Lage seitens der Staatsorgane ignoriert werde und die demokratische und humane Art der Befreiung der politischen Gefangenen missachtet werde.⁶⁴⁵

Am 14. September 1988 gab es einen internen Briefwechsel der Justizbehörden der LSSR und der Sowjetunion mit der Bitte um Benachrichtigung über die Beschlüsse des Obersten Gerichts der Sowjetunion, da ein „*zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit und der informellen Organisationen*“ bestünde.⁶⁴⁶

Am 4. Oktober schrieb das Komitee für die Befreiung politischer Gefangener, es sei eine Schande nicht nur für die Justiz, sondern auch für die Gesellschaft, dass in dieser Zeit, in der Demokratisierungsprozesse ihren Verlauf nehmen, Menschen für ihre politische oder religiöse Meinung deportiert oder gefangen genommen werden.⁶⁴⁷ Der Hungerstreik könne nur dann beendet werden, wenn die Prozesse folgender Personen neu aufgenommen werden beziehungsweise wenn die Gefangenen freigelassen werden.

„B.G. wurde wegen des Vaterlandsverrats, der antisowjetischen Propaganda, der Mitgliedschaft in einer Konterrevolutionsorganisation zu 25 Jahren Haft verurteilt; am 3. Mai 1973 wurde er freigelassen. Später erneut vom höchsten Gericht

⁶⁴⁴ Vgl.: Genzelis, Bronislovas: Baltijos kelias–išsivadavimo simbolis. <http://www.ziengala.lt/lt/metrastis-gimtasai-krastas/gimtasai-krastas-2009/baltijos-kelias-issivadavimo-simbolis> (18.07.2019).

⁶⁴⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 3.

⁶⁴⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 9.

⁶⁴⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 10.

der LSSR zu zehn Jahren Haft und fünf Jahren Deportation verurteilt sowie als besonders gefährlicher Rezidivtäter eingestuft. ⁶⁴⁸

„V.P. wurde bereits drei Mal verurteilt unter anderem wegen Sabotage. Erneute Verurteilung erfolgte wegen der antisowjetischen Propaganda, gegen den Staat gerichtete gefährliche Straftaten, Homosexualität und Einbeziehung der Minderjährigen in die Straftaten. Er wurde zu 10 Jahren Haft und 5 Jahren Deportation verurteilt und besonders gefährlicher Rezidivtäter eingestuft. Ebenso verurteilte das höchste Gericht der LSSR drei weitere Personen zu 3, 6, 7 Jahren Haft und jeweils 5 Jahren Deportation für die Herausgabe antisowjetischer Literatur: ‚Geistiger Genozid in Litauen‘ und Untergrund-Zeitschrift ‚Alma mater‘“. ⁶⁴⁹

„S.T. wurde zu 6 Jahren Haft und 4 Jahren Deportation verurteilt, da er beim Predigen Gerüchte vom Aufstand verbreitete.“ ⁶⁵⁰

„J.-V.P. wurde wegen des Vaterlandsverrats, unrechtmäßiger Herstellung von Waffen zu 12 Jahren Haft und Konfiskation des Eigentums verurteilt, zudem wurden sein Bruder und seine Frau wegen des Versuchs eines Übertritts der Staatsgrenze einer Strafe unterzogen.“ ⁶⁵¹

„V.K. wurde strafrechtlich wegen der Herstellung und Verbreitung antisowjetischer Flugblätter verfolgt und schließlich für psychisch krank erklärt und in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.“ ⁶⁵²

„B.L. wurde wegen Dokumentenfälschung, Desertierens, Vaterlandsverrats, eines terroristischen Akts sowie besonderer Gefährdung des Staates zu 15 Jahren Haft (10 Jahre Gefängnis) und Konfiskation des Eigentums verurteilt.“ ⁶⁵³

⁶⁴⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 4. Die Mengenangaben werden wie im Originalzitat nicht ausgeschrieben.

⁶⁴⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 5.

⁶⁵⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 5.

⁶⁵¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 5.

⁶⁵² Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 6.

⁶⁵³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 6.

„Drei weitere Personen wurden vom KGB in Karelien wegen des illegalen Übertritts der sowjetischen-finnischen Grenze verhaftet.“⁶⁵⁴

„P.G. lehnte den Dienst aus religiösem Grund bei der Sowjetarmee ab, erschien nicht beim Kriegskommissariat zur Teilnahme an einer Ausbildung, erkannte die sowjetische Macht nicht an und wurde zu 10 Monaten Haft verurteilt.“⁶⁵⁵

Am 19. Oktober 1988 schrieb der damalige Instrukteur für die Verwaltungsorgane des Zentralkomitees der LKP, Artūras Paulauskas, eine spravka mit Beschlüssen der Staatsanwaltschaft: Vier Personen wurden begnadigt, J.P. erhielt eine Strafmilderung und wurde bereits entlassen. Das Urteil von P.G. sei nicht anzuzweifeln. B.L hatte eine Straftat von besonderer Schwere gegen die Staatsgewalt begangen und das Urteil sei rechtmäßig. Eine weitere Person, V.K, sei psychisch krank und hielt sich in einer psychiatrischen Klinik in Kaunas auf.⁶⁵⁶

Fast vier Jahre später, am 30. Juni 1992, wurde das gesamte Material an den Generalstaatsanwalt der bereits unabhängigen Litauischen Republik, den ehemaligen Instrukteur des Zentralkomitees, Paulauskas, wegen der „Verantwortung für das Genozid an der Bevölkerung“ übergeben.⁶⁵⁷

Als Reaktion auf die Wiederaufnahme des Hungerstreiks am 29. September 1988 schrieb die Bauunion des Lenin'schen Ordens „Vilnius“ am 12. Oktober 1988 an das Zentralkomitee der LKP einen kollektiven Brief. Darin hatte sie die Freilassung der politischen Gefangenen *„als Beseitigung der stalinistischen Relikte, welche die Aktivität der Bevölkerung unterdrücke und dem Zeitgeist nicht mehr entspreche“* gefordert.⁶⁵⁸ Darauf folgte eine spravka, verfasst von Paulauskas, dass die Gefangenen auf Grund der Gnade entlas-

⁶⁵⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 6.

⁶⁵⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 7.

⁶⁵⁶ Artūras Paulauskas war stellvertretender Generalstaatsanwalt der Litauischen SSR 1987–1990.

⁶⁵⁷ <http://www.llks.lt/knygos/zmogaus%20teises/I%20knyga-Laiskai-prasymai-atsakymai-straipsniai-interviu-apzvaldos-korespondencijos.pdf>. Laiškai, raštai, prašymai ir atsakymai, S. 297 (09.10.2017).

⁶⁵⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 14.

sen worden seien und weshalb „für Petras Cidzikas keine Hindernisse mehr bestünden, den Hungerstreik abzubrechen und er am 29. Oktober den Gediminas-Platz verließ.“⁶⁵⁹

Ebenfalls mit einem solchen Anliegen wandte sich eine Autorin an das Zentralkomitee der LKP: „Man sagt, dass sie bereit sind, zu sterben. Sie [der Erste Sekretär] haben doch die Macht es umzukehren, dass niemand stirbt. [...] ‚Das Schlechte an sich ist nicht schlecht, aber arm sei derjenige, durch den es zum Schlechten kommt‘ – das ist nicht meine Weisheit, es steht in der Heiligen Schrift. Wenn jemand von den Hungernden sterben sollte, ist es nicht schlecht – da hätten die Litauer einen neuen Heiligen im Himmel. Aber was geschieht mit denen, die es verhindern hätten können, aber nicht wollten.“⁶⁶⁰ In einem Telegramm an Michail Sergejewitsch Gorbatschow fragte Frau A., warum die humanistischen Forderungen der Hungernden für die Freilassung der politischen Gefangenen des stalinistischen Regimes nicht erfüllt wurden.⁶⁶¹ Die Autorin wurde vom Instrukteur für die Verwaltungsorgane, Paulauskas, in das Zentralkomitee zitiert und darüber informiert, dass in der Zeit der demokratischen Prozesse eine Wiederaufnahme der Akten wegen der antisowjetischen Agitation und Propaganda möglich sei und die Gesellschaft darüber zur richtigen Zeit informiert werden würde. Die Autorin war mit dem Gespräch zufrieden, begründete ihr Anliegen mit der Solidarität mit den Hungernden und wollte diesbezüglich sich „nirgendwo mehr wenden“.⁶⁶²

Die Sājūdis-Gruppe des Instituts für Städteplanung in Vilnius schrieb an den Hohen Rat, an den Ministerrat der LSSR und an das Zentralkomitee der LKP eine Petition, in der sie die Aufklärung des Akts der Gewalt durch die Miliz forderte. Die Vorfälle am 28. und 29. September 1988 thematisierten auch das Institut für Mathematik, das Institut für Physik, die Fakultät für Chemie der Universität Vilnius, der Schriftstellerverband, der Künstlerverband, das Konservatorium, die Union für Komponisten, die Schule für Medizin, der Verband für Lebensmittelindustrie, das staatliche Fernsehen und Radio, die Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums und viele andere.

⁶⁵⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 15. Gediminas-Platz ist der Hauptplatz von Vilnius.

⁶⁶⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 16.

⁶⁶¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 17.

⁶⁶² Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 20.

Die litauische Dependence der internationalen Organisation für Menschenrechte konstatierte, dass auch in Zeiten „des neuen Denkens, der Öffentlichkeit und der Demokratisierung“ Verletzungen für Menschenrechte stattfanden und berief sich auf den „Artikel 20 Punkt a) Jeder Mensch hat das Recht auf friedliche Zusammenkünfte und Versammlungen“.⁶⁶³ Die Litauische Freiheitsliga wandte sich an das Exekutivkomitee von Vilnius mit einem Versammlungsantrag anlässlich des 49. Jahrestags des Ribbentrop-Molotow-Paktes. Wegen formeller Unstimmigkeiten – es wurde „eine Meldung statt Bitte“ abgegeben – wurde der Antrag abgelehnt. Zudem wurde die Öffentlichkeit über das Versammlungsverbot nicht informiert, obwohl genug Zeit vorhanden war und alle Informationsmedien vorhanden waren.

Einige Zeugen berichteten von der Gewalt durch die Miliz am 27. und am 28. September 1988. Es wurde schwerstes Gerät auf Gediminas-Platz gebracht. Laut Menschenrechtsorganisation hatte die Miliz damit gerechnet, Gewalt einzusetzen. Die Litauische Freiheitsliga galt in den Medien und bei der Presse als extremistisch und antisowjetisch. Mit Gewalt wurden die Menschen vom Platz gedrängt. Kaum hatten die Vertreter der Litauischen Freiheitsliga ihre Reden vorgetragen, griff die Miliz, ungeachtet der anwesenden Kinder und Frauen, zu Schlagstöcken (Gummiknüppeln, in der Umgangssprache „Bananen“ genannt).⁶⁶⁴

„Sie [die Miliz] haben mit Gewalt die Menschen von der Ankündigungstafel gedrängt. Die Menschen fingen zu applaudieren an. Die Milizionäre haben angefangen, zwei Frauen mundtot zu machen. Die Frauen skandierten folgend ‚Freies Litauen‘. Die Milizionäre schmissen sie auf den Boden und zogen sie schließlich vom Platz. Später wurden sie in ein Auto gezerrt und damit weggeführt. Oberst R. verkündete auf dem Platz, dass sie ins Sicherheitskomitee gebracht worden sind. Unterschriften von 29 Zeugen.“⁶⁶⁵

„Ich habe das erste Mal erlebt, wie von uns verehrte Soldaten in grünen Uniformen alle in der ersten Reihe stehenden Menschen schlugen, weil sie nicht fliehen

⁶⁶³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 24, 25.

⁶⁶⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 26.

⁶⁶⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 26.

konnten. Die Schwächeren wurden mit den Füßen getreten und zum Boden gezogen. (V.D.)“⁶⁶⁶

„Während T. seine Rede gehalten hat, begann die Miliz ca. fünf Min. später, friedlich stehende Menschen zu schlagen. Die Menschen hatten keine Steine oder Flaschen. (P.V.)“⁶⁶⁷

„Die Miliz begann die Masse mit den Schlagstöcken zurückzudrängen. Die Menschen waren unbewaffnet, hatten keine antisowjetische Rufe getätigt, waren nur umgedreht und wollten zurückgehen und wurden von den Vandalen in Helmen und mit den Schlagstöcken überfallen. Ich habe es selbst genau gesehen, wie die Menschen den Konflikten ausweichen wollten, während die Milizionäre mit einer Hand die Personen festhielten und mit der anderen Hand mit einem Schlagstock auf den Rücken, den Kopf, wohin es gelang, schlugen... (N.N.)“⁶⁶⁸

„Einer von der Litauischen Freiheitsliga rief schnell: ‚Lass uns still sitzen und auf die Flaggen aufpassen.‘ Hinter den Rücken der Menschen ist eine Lawine von Schlägen ausgebrochen. Wir akzentuieren es nochmals – es hat keine Provokationen, keine Beleidigungen der Offiziere, keine Steine oder Flaschen gegeben; die einen saßen oder hockten, die anderen standen und hörten ruhig zu... Wir sahen, wie eine schwangere Frau mit den Schlagstöcken geschlagen wurde, wie zwei ‚Männlein‘ einen jungen Mann mit einem Kind auf den Schultern umringten und schlugen und auch das Kind konnte den Schlägen nicht ausweichen. Wir sahen, wie – von drei ‚Jugendlichen‘ [die jungen Milizangehörige] umringt – ein paar Mädchen auf die Köpfe geschlagen wurden und ein alter Mann, wahrscheinlich Behinderter, in einen Bus der Miliz gezogen wurde... (9 Unterschriften)“⁶⁶⁹

„Ein Offizier der Miliz, ein Oberfeldwebel, russischer Nationalität, an den Nachnamen kann ich mich nicht erinnern, schlug meinen Kopf gegen die Autotür und während er mich auf den Sitz zog, wurde meine Stecknadel für ein unabhängiges

⁶⁶⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 26.

⁶⁶⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 27.

⁶⁶⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 27.

⁶⁶⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 28.

Litauen ausgerissen. Meine Arme wurden verrenkt. Nach ein paar Sekunden stiegen ins Auto zwei Unteroffiziere, Angehörige der Miliz, russischer Nationalität und fingen an, mich furchtbar zu schlagen; sie waren mutig, weil mich keiner im Auto sah. Man hat mir fünf Mal auf den Kopf geschlagen, dann in den Kiefer und es wurde gerufen ‚Da hast dein Litauen‘, ‚Da hast deine Freiheit‘. (G.G.)“⁶⁷⁰

Ein anderer Fall zeigt, dass auch Menschen betroffen waren, die zufällig daran vorbeigingen. Unbeteiligte wurden von der Miliz zu Opfern gemacht. *„In der Nähe der Ereignisse ging ein junger Mann vom Training nach Hause, dabei wurde er von hinten auf den Kopf geschlagen und wurde bewusstlos. Die Milizionäre schleppten ihn in einen Bus, kaum war er erwacht, wurde er auf den Kopf, den Rücken und die Brust geschlagen: ‚Dir, du Hund, zeig ich die Demokratie, zeig ich die Freiheit.‘“ (P.V.)“⁶⁷¹*

Die tragischen Vorkommnisse zeigten, dass das friedliche Versammlungsrecht nicht existierte, deswegen forderte die Menschenrechtsorganisation in Litauen, dass erstens die Menschenrechte in einem fortschrittlichen demokratischen Staat nicht beschnitten werden dürfen, zweitens eine dringliche Aufklärung über Befehlsgeber und eine adäquate Bestrafung derer und drittens, dass die Repressionen gegenüber den Organisatoren zu unterlassen.⁶⁷²

In einer „Information“, die vom Stellvertreter des Staatsanwalts, Paulauskas, verfasst wurde, wurde betont, dass alle Namen der Zeugen, die in oben genannter kollektiven Petition als Abkürzungen auftauchten, bereits dechiffriert, alle Krankenhäuser in Vilnius nach den Verletzten befragt und es bereits seitens der Staatsanwaltschaft in ein paar Fällen Strafprozesse eröffnet worden seien.⁶⁷³

Die Lehrenden und die Studierenden der Fakultät für Mathematik der Universität Vilnius wiesen auf bereits vergangene Zeiten hin, in denen der Staat beurteilte, was gut ist für die

⁶⁷⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 28.

⁶⁷¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 28.

⁶⁷² Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 29.

⁶⁷³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 30-31.

Gesellschaft sei und was schlecht. Die Gesellschaft sei „*intelligent*“ genug, um selbst verschiedene Behauptungen und Ideen beurteilen zu können.⁶⁷⁴

Die Mitarbeiter einer Geflügelfabrik forderten den Innenminister der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der verfassungswidrig gehandelt hatte, zum Rücktritt auf. Er lasse friedlich demonstrierende Menschen festnehmen und unterstütze sogar Gewalt gegen Frauen. Er versuche die stalinistischen Repressionen wieder aufleben zu lassen, was aber ihm nicht gelingen werde.⁶⁷⁵

In einer weiteren Petition mit Dutzenden Unterschriften beklagte die Medizinische Universität den Umgang mit dem friedlich demonstrierenden Volk und verurteilte den Einsatz von Gummischlagstöcken. Es sei der Eindruck entstanden, als ob die Miliz „*mit ihrem neuen Spielzeug*“ spielen wollte, und „*sie keinen modernen Stalinismus brauchen*“.⁶⁷⁶

Im Gegensatz zu kollektiven Beschwerden beziehungsweise Petitionen waren die Briefe von einzelnen Autoren seltener. Am 5. Oktober 1988 schrieb ein Autor, „*Woher nehmt ihr euch das Recht, unbewaffnete Menschen [...] zu schlagen? Das ist hinterhältig! Das ist nicht viel besser, als beim Zar, Pinochet oder in Belfast! [...]. Was wird daraus, wenn einmal die ‚gelernten‘ Massen zu Hunderttausenden demonstrieren und Steine, Armaturstangen oder Messer mitnehmen?*“⁶⁷⁷

Ein anderer Autor forderte den Ersten Sekretär der LKP, Ringaudas Songaila, auf, sich öffentlich via Fernsehen, Radio und Presse zu entschuldigen und schrieb am Ende des Briefes: „*Ich möchte an Ihre Autorität glauben.*“⁶⁷⁸ Im offenen Brief eines Instituts für wissenschaftliche Recherchen bezeichneten die Mitarbeiter die Vorkommnisse als „*Rezidiv des Stalinismus*“.⁶⁷⁹ Schriftsteller-, Künstler-, Komponisten-, Kinematografen-, Schauspieler, Architekten- und Journalistenverbände wandten sich an Gorbatschow und

⁶⁷⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 33.

⁶⁷⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 32.

⁶⁷⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 35.

⁶⁷⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 38.

⁶⁷⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 85.

⁶⁷⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 41.

forderten sofortig ein Plenum des Zentralkomitees der LKP zu organisatorischen Fragen (unter anderem betreffend das Aufhalten des Fortschritts der Perestroika).⁶⁸⁰

In einer Resolution schrieben das Staatskonservatorium und der Komponistenverband, dass die Geschehnisse ein politischer Akt seien, wofür die Partei, vor allem der Erste Parteisekretär Songaila und das Innenministerium, verantwortlich seien und „*der anachronistischen Haltung zwischen den Beziehungen von Staat und Gesellschaft*“ nicht zustimme.⁶⁸¹

Die Bewegung gegen Alkoholismus (blaivystės sąjūdis) schrieb folgendes: „*Gut trainierte Schläger in Milizuniformen (sogar mit Sternchen auf den Schultern), mit schusssicheren Westen und Gummischlagstöcken schlugen Menschen, sogar Alte und Frauen, die sich friedlich versammelten, um der Aufteilung Europas vor 49 Jahren durch Hitler und Stalin zu gedenken. [...] Die Geschichte Litauens kennt keinen Fall, wo [...] die Staatsmänner auch Führer der Banditen seien. Diese alle sind nichts anderes als Rezidive des Faschismus und des Stalinismus.*“⁶⁸²

In den Briefen, teilweise mit mehr als 300 Unterschriften, wurde unter anderem gefordert, dass in einem zivilisierten Staat niemals Probleme mit Gewalt gelöst werden, es eine pluralistische Meinungsgesellschaft sei und dass die Dislokation von speziellen Truppen geprüft werden sollte.⁶⁸³ Das Ziel solcher Aktionen war es, den Einwohnern Angst einzujagen, und in die demokratisch werdende Gesellschaft wieder die stalinistischen Methoden einzuführen.

Im offenen Brief an das Zentralkomitee und an eine Zeitungredaktion beschwerte sich Frau Ž. im September 1988, dass es behauptet werde, Sąjūdis sei „*mononational*“ und sie argumentierte folgendermaßen: Sie fragte das Zentralkomitee, ob es angemessen sei, Volksverhetzung zwischen Russen, Polen und Litauer zu betreiben, denn sie sei „*internationale Nationalistin*“ und stünde dafür ein, dass alle Völker gleichwertig zu behandeln

⁶⁸⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 47.

⁶⁸¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 49-50.

⁶⁸² Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 51.

⁶⁸³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 69.

sein.⁶⁸⁴ Im ironischen Ton fragte sie, ob zum Beispiel Ökologie angesichts des Atomkraftwerks Ignalina nicht alle Völker angehe und alle kleinsten „*Tierchen und Pflänzchen*“ in die Liste für bedrohte Arten aufgenommen worden seien und stellte am Ende ihrer Ausführung die Frage, warum nicht „*in die Liste für bedrohte Arten auch schwindende Völker*“ aufgenommen werden.⁶⁸⁵

Es gab auch von den sogenannte „Imperialisten“ einige Gegenstimmen zur Aufbruchsstimmung – in einem Brief wurde behauptet, dass unter den Kriegsveteranen noch immer Passivität herrsche und die Kommunisten alter Generation bolschewikische Kampfbereitschaft und Patriotismus der jungen Generation schuldig seien.⁶⁸⁶ In einem anderen Brief vom Oktober 1988 beschwerte sich ein Veteran der Arbeit, dass Sajūdis vorhabe, ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus zu errichten und dabei die Opfer des Bourgeoisie-Nationalismus in Vergessenheit gerieten.⁶⁸⁷ Die Antwort vom Zentralkomitee der LKP bestand darin, die Teile des Briefes in einer Zeitung zu veröffentlichen und ein Telefonforum mit den Publizisten und Historikern zeitnah durchzuführen.⁶⁸⁸

Weitere Briefe zeigten die Proteste gegen die Reformbewegung, die sich für die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus und für die Erinnerung an die litauischen Schriftsteller eingesetzt hatte und gegen die Opfer der Bourgeoisie-Nationalisten (sogenannte Banditen) sowie gegen die sowjetischen Schriftsteller war. Die Autoren waren ehemalige KGB-Mitarbeiter und überzeugte Kommunisten: „*Was können die Litauer für Macht zeigen, die sitzen ja unter der starken Hand der Sowjetunion*“.⁶⁸⁹ Am 30. September 1988 bot das Zentralkomitee einem Autor an, einen Artikel zu verfassen und zu publizieren „*worin er allen Publikationen einen Schlag verpasst, die ungerecht den Klassenkampf der Nachkriegszeit darstellen*“.⁶⁹⁰ Ein Kongress bis zu Ende des Jahres stand auch in Aussicht, wo

⁶⁸⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 123.

⁶⁸⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 124.

⁶⁸⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 3.

⁶⁸⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 5-8.

⁶⁸⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 10.

⁶⁸⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 18.

⁶⁹⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 22.

über „den bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetmacht und dessen Grausamkeit“ berichtet werden würde sowie die Ehrung der „Verteidiger des Volkes“ stattfände.⁶⁹¹

Am 26. Juli 1988 schrieb ein Autor „*Warum werden die Namen von den wirklichen Verbrechern, den litauischen Dekanosows und Merkulows und deren Unterhändlern nicht veröffentlicht? [...]*“⁶⁹² Weiter führte er aus, dass er fürchte, dass der „unverdiente Schatten“ über die damalige Führung der LSSR falle – Justas Paleckis, Antanas Sniečkus etc.⁶⁹³

Außerdem beschwerte sich ein Autor, dass immer die Rede von den Opfern des Stalinismus sei, man vergesse dabei aber die Opfer des Bourgeoise-Nationalismus und forderte „*Sajūdis und die Presse an ihren Platz*“ zu stellen.⁶⁹⁴

Sehr enttäuscht von den von Sajūdis hervorgerufenen Reformen äußerten sich in einem kollektiven Brief die Personen, die immer noch ihre Hoffnung in Gorbatschowscher Perestroika fanden, und behaupteten „*[...] der litauische Umbau ist mit Nationalismus, Antisowjetismus, Antihumanismus verbunden, was den Perestroika-Prinzipien von Gorbatschow widerspricht.*“⁶⁹⁵

In der Zeitung „*Gimtasis kraštas*“ vom 14./20. Juli 1988 erschien der Artikel „Demokratie ist nicht notwendig“. Es handelte von der Ersten Parteisekretärin des Rayons Molėtai, die laut zwei Autoren, Stalinismus unterstütze und offensichtlich gegen die Glasnost- und Perestroikapolitik sei.⁶⁹⁶ Wiederum folgten fünf andere, die das Gegenteil behaupteten.⁶⁹⁷ Am Ende hat ein Autor den Journalisten an den Pranger gestellt. Der Brief wurde mit

⁶⁹¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 22. „Verteidiger des Volkes“ waren in der Zeit der Okkupation offizielle bewaffnete Aktivisten für den Kampf mit den Partisanen. In der Umgangssprache wurden die „Verteidiger des Volkes“ *stribas* genannt (russ. *istrebitel* – der Vernichter).

⁶⁹² Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 23.

⁶⁹³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 23.

⁶⁹⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 37.

⁶⁹⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 238, S. 160.

⁶⁹⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 24-27.

⁶⁹⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 28-34.

einer handschriftlichen Notiz versehen, ob der Autor nicht einverstanden wäre, den Brief in der Presse zu veröffentlichen.⁶⁹⁸

Kaum zwei Wochen vor dem Rücktritt des Ersten Sekretärs der LKP, Ringaudas Songaila, am 20.10.1988 kamen vermehrt offene Briefe von mehreren Institutionen (Betriebe, Lehreinrichtungen) mit den Rücktrittsforderungen. Auf Grund der Ereignisse auf dem Gediminas-Platz trauten sich der Erste Sekretär und die Regierung der LKP nicht mehr in die Öffentlichkeit. Die Führung der LKP habe die notwendigen Schritte versäumt, war unfähig und von aussichtsloser Stimmung geprägt.⁶⁹⁹ Songaila vertrete die Interessen des Volkes nicht mehr, aus der Presse bekomme man den Eindruck, dass er gegen Perestrojka sei.⁷⁰⁰ Sein Vorwurf, Sąjūdis vertrete keine Meinungsvielfalt, wurde mit seinem eigenen Zitat erwidert „...*uns ist nicht irdeneine, sondern sozialistische Meinungsdiversität eigen.*“⁷⁰¹

Das Zentralkomitee war aus Zeitgründen nicht mehr in der Lage, die Briefe zu bearbeiten. Die meist kollektiven Briefe wurden mit einem Stempel zum Ausfüllen versehen, der leer blieb, was hieß, dass der Brief nicht registriert wurde. Sie enthielten aber eine handschriftliche Notiz „*Mit dem Inhalt wurden Genossen R. Songaila., N. Mitkinas, L. Šepetys bekannt gemacht.*“⁷⁰²

Als – für die Stagnationszeiten typische – Idee des unkontrollierten Bürokratismus bezeichnete Sąjūdis die Baupläne der Universität Vilnius für ein neues Gebäude für Politische Bildung. So ein Haus existiere schon, man müsse es aber mit neuem Inhalt, anstatt mit neuer Form versehen. Auf derselben Seite war eine handschriftliche Notiz: „*Die Frage wegen der Nutzung des Hauses für die Politische Bildung kann erst nach seiner Fertigstellung erfolgen, d.h. nicht früher als Anfang des Jahres 1990.*“⁷⁰³

⁶⁹⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 40.

⁶⁹⁹ Vgl.: Blažytė, Danutė: Lietuvos elito įtaka komunistinės struktūros transformacijai į politinę partiją. Lietuvos istorijos metraštis. Vilnius 2001, S. 282 ff.

⁷⁰⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 43.

⁷⁰¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 83.

⁷⁰² Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 89.

⁷⁰³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 103.

Es gab immer noch kollektive Beschwerden mit Fakten des Dienstmissbrauchs, Unterdrückung der Kritik, welche mit der Unterdrückung der Öffentlichkeit und der Demokratie begründet waren.⁷⁰⁴

In der neuen Perestroika-Epoche, wo diverse Fragen des öffentlichen Lebens immer mehr Meinungspluralismus forderten, bat Sąjūdis in einem kollektiven Brief mit drei Seiten an Unterschriften die Stadtverwaltung Kaunas um eine neue Wochenzeitung „Kauno aidas“ („Echo von Kaunas“).⁷⁰⁵ Vor allem wäre die Zeitung den Intellektuellen und den Studierenden gewidmet, und sollte die Themen wie Ökologie, *„Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Souveränität, den Prozess der Gründung des Rechtsstaates [...]“* beleuchten und *„der Mobilisierung der Gesellschaft für die Realisierung der aktuellen Ziele, sowie der moralischen und materiellen Unterstützung der Neugestaltung“* dienen.⁷⁰⁶ Das Zentralkomitee erlaubte die Herausgabe der eigenen Publikationen für Zehntausend Exemplare in litauischer und Zweitausend in russischer Sprache.⁷⁰⁷

Im September 1988 wurde im Zentralkomitee die Frage der Erinnerung behandelt. Ende August 1988 erreichte das Zentralkomitee ein Brief mit acht Unterschriften als Reaktion auf einen Zeitungartikel. In der Zeitung „Mūsų žodis“ („Unser Wort“) vom 2. August 1988 wurden die Leser im Artikel „Pasidalinkite atmintimi“ („Teilen Sie die Erinnerung“) gebeten, Listen von damaligen sogenannten „Verteidigern des Volkes“ zu erstellen und an Sąjūdis zu übergeben. Die Autoren waren ihrer sowjetischen Heimat treu und fragten sich, warum sie den Wehrmachtssoldaten gleichgestellt wurden. Sie hätten *„heilig an die Partei geglaubt“* und das Volk gegenüber den Feinden verteidigt.⁷⁰⁸ *„Dieselben Kämpfer für die Freiheit Litauens haben in der Nachkriegszeit das Kreuz zum Küssen gereicht, ein Schützen-Zeichen und die Flagge, und dann mit einem ruhigen Gewissen jemanden umgebracht und gesagt, dass Litauen jetzt ein bisschen sauberer geworden ist.“*⁷⁰⁹ Diejenigen, die so schrieben, waren nach Meinung der acht Autoren *„voller Hass*

⁷⁰⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 239, S. 144.

⁷⁰⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 1.

⁷⁰⁶ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 1.

⁷⁰⁷ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 4.

⁷⁰⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 5.

⁷⁰⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 6.

gegenüber unserer sowjetischen Staatsordnung“.⁷¹⁰ Das Zentralkomitee organisierte seinerseits ein Treffen, in dem betont wurde, dass der Kampf der „Verteidiger des Volkes“ auf keinen Fall in Vergessenheit geriet, und sogar ein Buch namens „Das Wort der Verteidiger des Volkes“ erschienen sei. Das Institut für Parteigeschichte habe vor, eine Enzyklopädie herauszugeben, worin alle Opfer der Bourgeoise-Nationalisten aufgelistet werden würden. Das Zentralkomitee erklärte weiterhin *„Die Partei und Regierung realisiert unaufhörlich Maßnahmen, die die Alltags- und Lebensbedingungen für die Kriegs- und Arbeitsveteranen sowie der Verteidiger des Volkes verbessern.“*⁷¹¹

Bei der Zusammenkunft der Jugend mit dem Ersten Sekretär der LKP, Algirdas Brazauskas, so ein Autor im Jahr 1988, habe der Erste Sekretär behauptet, dass wir *„deswegen kein moralisches Recht haben, den 16. Februar zu feiern, weil er auf den Knochen der sozialistischen Revolution entstand. [...] und während eines Kongresses von Sėjūdis haben Sie energisch applaudiert, dass der 16. Februar zum Nationalfeiertag erklärt wird. Was ist Ihre wirkliche Meinung zu dieser Frage?“*⁷¹² Dies deutete die zwiespältige Lage der litauischen Führung an. Brazauskas und seine Regierung waren in gewisser Weise eine Marionette Moskaus; aber es gab aus Moskau keine eindeutigen Direktiven. Die Starre und die Machtlosigkeit der Führung der Republik hielten an. Die breschnewsche Riege einiger Mitglieder (Ringaudas Songaila, Nikolajus Mitkinas, Lionginas Šepetys) der kommunistischen Partei versuchte das Tempo der Reformen zu verlangsamen.

In einem kollektiven Brief forderten die Mitarbeiter vom Fernsehen und Radio mehr Transparenz ihrer Tätigkeit, eine völlige Neugestaltung des TV-Komitees, absolute Öffentlichkeit bei der Wertung der Geschichte und der Gegenwart, Absage an Nachrichtendienste bei den Vorbereitungen und Redigieren von Sendungen sowie mehr Vertrauen an Kompetenz der Journalisten.⁷¹³

⁷¹⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 7.

⁷¹¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 8.

⁷¹² Fond 1771, Bestand 271, Akte 237, S. 1.

⁷¹³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 9.

Den Ruf nach Souveränität artikulierten immer mehr Kulturverbände und wissenschaftliche Einrichtungen. Zum Beispiel schrieb Emanuelis Zingeris, Vorsitzender des Vereins der Juden Litauens, im August 1988 einen Brief an das Zentralkomitee der LKP und an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften mit der Bitte um Errichtung einer interdisziplinären Forschungsgruppe für das Erbe der Juden in Litauen. Darin thematisierte er, dass auf der Welt diverse Symposien und Konferenzen über Juden Litauens stattfänden und beendete seinen Brief mit einer rhetorischen Frage: „*Es ist komisch – [man redet] über uns, ohne uns*“.⁷¹⁴ Nach Absprache mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften antwortete das Zentralkomitee, man könne erst nach der Gründung eines Instituts für Kultur- und Kunstgeschichte die Errichtung einer solchen Forschungsgruppe in Erwägung ziehen.⁷¹⁵

⁷¹⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 151.

⁷¹⁵ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 153.

6.2. Das Jahr 1989. Der Baltische Weg und seine Folgen

Als der „Baltische Weg“ wird eine Veranstaltung im Gedenken an die Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Pakts sowie an die hundert Tausenden Deportierten bezeichnet. Am 24. Dezember 1989 gab Alexander Nikolajewitsch Jakowlew zu, dass Geheimprotokolle zum Pakt existierten. *„Gibt Moskau die Echtheit [der Geheimprotokolle] zu, läßt sich die Sowjetpräsenz im Baltikum nicht mehr legitimieren – außer mit dem Appell des Reform-Historikers Afanasjew, die Realität nicht zu ignorieren – sonst gäbe es eine ‚Katastrophe‘.“*⁷¹⁶ Sechs Jahre später schrieb Jurij Afanasjew, dass nur einzelne Historiker aus Russland und mehrere aus den baltischen Staaten versuchten die Existenz der geheimen Protokolle des Ribbentrop-Molotow-Pakts zu beweisen, obwohl sie davon wussten und sogar davon, wo sie aufbewahrt wurden.⁷¹⁷ Es wuchs das Interesse an der tatsächlichen geschichtlichen Darstellung mit der Begründung, dass Litauen nicht freiwillig der Sowjetunion beigetreten war.

Als Reaktion auf den „Baltischen Weg“, eine Kette von fast eine Million Menschen von Vilnius nach Tallinn, veröffentlichte die Parteizeitung „Prawda“ einen anonymen Artikel „Zur Lage in den sowjetischen baltischen Republiken“, worin anonym eine reaktionäre Stellung bezogen wurde: *„Das Schicksal der baltischen Republiken wird bedroht. Die Menschen müssen wissen, in welche Gefahr sie von der nationalistischen Führung gebracht werden. Falls sie es erreichen werden, könnte es katastrophale Folgen für die Völker haben. Es könnte die Frage nach der Auslöschung entstehen. [...] die Lage, die entstanden ist, fordert mutige unverzügliche Maßnahmen, damit der Perestroika Prozess im Baltikum vom Extremismus gesäubert wird...“*⁷¹⁸

⁷¹⁶ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531448.html> (22.1.2017).

⁷¹⁷ Vgl.: Šepetys, Nerijus: Slaptieji 1939 metų SSRS-Vokietijos susitarimai ir Lietuvos nepriklausomybės (ne)atkūrimo vizijos bei keliai (1988-1990). Lietuvos istorijos studijos 2003, S. 52.

⁷¹⁸ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 1.

Danutė Blažytė schrieb in ihrem Artikel, dass Gorbatschow den Ersten Sekretär der Partei, Brazauskas, aufforderte, Zugeständnisse zu machen und sich „auf die gegnerische Seite“ zu stellen.⁷¹⁹ Erst dann könne die Lage neu bewertet werden. Dutzende Briefe erreichten das Zentralkomitee der LKP. Diverse Gruppen von Sąjūdis äußerten darüber ihren Unmut. Das Zentralkomitee der LKP strebte vor allem nach wirtschaftlicher Souveränität. Die meisten Briefe unterstützten die reformpolitische Richtung des Zentralkomitees der LKP.

In mehreren Protestschreiben wurde das Zentralkomitee der KPdSU beschuldigt, die Reformbewegungen aufzuhalten und sich selbst in Richtung Stagnation zu bewegen. Vor allem seien unter anderem zweimal über eineinhalb Millionen Unterschriften gesammelt worden.⁷²⁰ Die kommunistische Partei wurde der politischen Kurzsichtigkeit, das Recht der kleinen Völker auf ihre Existenz friedlich zu verteidigen, beschuldigt. Gefordert wurde eine prinzipielle Stellungnahme von „[...] *Kommunisten, allen Bürgern von Litauen, allen Menschen guten Willens*“.⁷²¹ Des Weiteren wurde das Misstrauen gegenüber der Zeitung „Prawda“ geäußert. Die drei baltischen Republiken wurden wegen des „Baltischen Weges“ einer nationalen Hysterie bezichtigt.⁷²²

In einer anonymen Stellungnahme an das Zentralkomitee der KPdSU wurden nicht nur die Völker in den jeweiligen Ländern gegeneinander aufgebracht, sondern auch ganze Sowjetrepubliken.⁷²³

In einem Brief der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiter der Philologischen Fakultät der Universität Vilnius hieß es, man habe man an die Befreiung vom stalinistischen Terror und von der Demagogie der von Breschnew geprägten Angstatmosphäre geglaubt, aber nun zweifle man daran. Das Zentralkomitee der KPdSU verbiete sogar die Meinungsäußerung bezüglich des Vertrags vom 23. August 1939 und über dessen geheimen Protokolle, in Folge derer drei unabhängige Republiken aufgelöst wurden. Man fragte

⁷¹⁹ Vgl.: Blažytė, Danutė: Lietuvos elito įtaka komunistinės struktūros transformacijai į politinę partiją. Lietuvos istorijos metraštis. Vilnius 2001, S. 277-298.

⁷²⁰ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 1.

⁷²¹ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 1.

⁷²² Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 2.

⁷²³ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 4.

sich, wie nun diese Verbote mit der pluralistischen Meinungsgesellschaft korrelieren würden.⁷²⁴

In einem „Stellungnahme-Protest“ genannten Brief vom Krankenhaus in Joniškis fragten die Mitarbeiter: *„Welches Recht hat das Zentralkomitee der KPdSU, sich in solch einem Ton an die gleichgestellten Bewohner der Republik, an die baltischen Völker zu wenden, im Wissen, dass in dieser Situation jedes öffentliche Wort, besonders von ‚oben‘ sehr sensibel betrachtet und abgewogen wird.“*⁷²⁵

Die politische Stimmung war zerbrechlich, da die Bevölkerungsgruppen innerhalb Litauens gegeneinander aufgehetzt wurden. Fast in allen weiteren Briefen fand sich die Zustimmung für die allmähliche wirtschaftliche und politische Souveränität, was der Programmatik von Sajūdis entsprach.

Die öffentliche Meinung, deren Stimme durch die Vertreter der Gewerkschaft, des polnischen Kulturvereins und von Sajūdis sichtbar wurde, rief alle Einwohner Litauens auf, sich zu konsolidieren.⁷²⁶

In einem kollektivem Brief der Tourismus- und Exkursionsunion Litauens an Gorbatschow, Brazauskas und an eine Tageszeitung wurde auf den „Prawda“-Artikel als verfassungswidriges Dokument hingewiesen und beteuert, dass die Regierung der Sowjetunion sich weigerte, die Wahrheit ans Licht zu bringen sowie stattdessen die Bevölkerung des Nationalismus, Extremismus und Separatismus bezichtigte.⁷²⁷ Zum Teil wurde auch sehr emotional geschrieben: *„Es ist nicht notwendig sich um unser Schicksal zu kümmern, wir wollen selbst entscheiden, wie wir leben und mit wem wir befreundet sein wollen. [...] Wir werden uns keine Angst einjagen lassen, weil unsere Sache heilig und recht ist.“*⁷²⁸

In einer Stellungnahme der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Vilnius wurde die Frage nach der Lebendigkeit beziehungsweise Auslöschung des litauischen

⁷²⁴ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 7.

⁷²⁵ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 13.

⁷²⁶ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 16.

⁷²⁷ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 19.

⁷²⁸ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 20.

Volkes auf die Bedrohung von außen zurückgeführt. Das würde den Untergang von Perestroika und die Rückkehr in die düstere Vergangenheit bedeuten.⁷²⁹ Aus juristischer Sicht habe der Artikel die Normen der Verfassung der Sowjetunion, faktisches Recht der Unionsrepubliken auf Souveränität zu haben, ignoriert.⁷³⁰

Über 40 Mitarbeiter des Botanischen Instituts der Akademie der Wissenschaften unterschrieben eine Petition an das Zentralkomitee der LKP, an das Zentralkomitee der KPdSU sowie an die Redaktion der „Prawda“, in der unter anderem stand, dass für die „Sowjetmacht in Litauen keine Bedrohung“ bestehe, was offensichtlich im Artikel der Zeitung „Prawda“ behauptet wurde.⁷³¹

In einem Brief der Polytechnischen Hochschule Kaunas wurde auf rhetorische Art gefragt, ob es *„eine Wiederbelebung der stalinistischen Ideen im Apparat des Zentralkomitees der KPdSU ist oder großstaatliches, imperiales Denken.“*⁷³² Im Brief einer anderen Hochschule fragte man sich *„Wo ist die in der Verfassung der UdSSR deklarierte Souveränität der sowjetischen Unionsrepublik?“* und in Bezug auf die Lebendigkeitsbeziehungsweise Auslöschungsmahnung wurde auf die von 1940 bis 1953 deportierten 20 Prozent der litauischen Bevölkerung hingewiesen.⁷³³

Ein Verlag beschrieb die Lage als nicht wahrheitsgemäß, da friedliches Zusammenarbeiten zwischen verschiedenen Volksgruppen (Litauer, Russen, Polen, Juden) existiere und Unfrieden zwischen den Völkergruppen gestiftet werde.⁷³⁴

In einem anderen Schriftstück wurde betont, dass das Zentralkomitee der Sowjetunion in seinem Auftragsartikel weder verfassungskonforme noch logische oder ethische Normen beinhaltete. Der Autor behauptete nachdrücklich *„Litauen ohne Souveränität – Litauen ohne Zukunft“*.⁷³⁵

⁷²⁹ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 24.

⁷³⁰ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 24.

⁷³¹ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 34.

⁷³² Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 41.

⁷³³ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 46-47.

⁷³⁴ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 56.

⁷³⁵ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 65.

Man beschwerte sich über die „Prawda“- Redaktion, die die journalistische Ethik verletzte und die Leserbriefe nicht veröffentlichte, die mit der Meinung der Redaktion nicht übereinstimmten.⁷³⁶

Die Briefe beziehungsweise Reaktionen auf den Auftragsartikel in der Zeitung „Prawda“, wurden – im Gegensatz zu den anderen Briefen – auf den Eingangsstempeln weder nummeriert noch mit einem Datum versehen. Vom Zentralkomitee wurden jene Teile mit vertikalen Strichen versehen, die sich vor allem über die litauische kommunistische Führung positiv äußerten.

Die Ereignisse überschlugen sich. Es formierten sich in allen Bevölkerungsschichten Bewegungen, die Denkprozesse in Gang setzten und zu Kundgebungen beziehungsweise Demonstrationen aufriefen. Überall entstanden Unterstützungsgruppen von Sajūdis, denen sich breite Massen anschlossen. Sie erkannten, dass sie mit vereinten Kräften etwas bewegen konnten. Zum ersten Mal durften sie öffentlich kundtun, was 50 Jahre verboten war, nämlich von den Deportationen, von der Russifizierung und von der zwangsweisen Eingliederung in die Sowjetunion zu sprechen.⁷³⁷

Durch die Schwäche der Sowjetunion war die kommunistische Partei handlungsunfähig geworden. Im Jahr 1991 konnte Gorbatschow nicht unterlassen, als letztes Mittel gegen den Zusammenbruch der Sowjetunion Gewalt einzusetzen. Letzten Endes war es die unaufhörliche Stimme des Volkes, die neben den entscheidenden Kundgebungen und – vor allem durch den Baltischen Weg – die Unabhängigkeit erlangte.

⁷³⁶ Fond 1771, Bestand 272, Akte 162, S. 75.

⁷³⁷ Hermann, Arthur: Die Phasen des baltischen Unabhängigkeitskampfes 1985-1991. <http://annaberger-annalen.de/jahrbuch/1994/Annaberg%20Nr.2%20Kap5.pdf>, S. 117 (22.2.2018).

6.3. 1988 und 1989 – Immerwährende Wohnraumproblematik

In den Jahren 1988 und 1989 war die Wohnraumproblematik immer noch ein bedeutendes Thema. Einige Briefe bezogen sich auf die katastrophalen Zustände in den Altbauwohnungen im Zentrum von Vilnius. Die Absage an eine Autorin wurde damit begründet, dass die Renovierungspläne erst im Jahr 1989 erstellt werden würden und außerdem hätte ihr Mann in seiner Arbeit die Reihungsnummer 59 für Zuteilung einer Wohnung.⁷³⁸ Ein anderer Autor fügte seinem Brief einen 10-seitigen Anhang mit seinen Verdiensten, Urkunden sowie einen Auszug aus dem Arbeitsbuch etc. hinzu. Er konnte damit beim Zentralkomitee keinen Eindruck erwecken.⁷³⁹

Im November 1987 wandte sich eine vierköpfige Familie an das Zentralkomitee. Der Mann und seine Ehefrau waren im Konservatorium tätig. Nach bürokratischem Hin und Her kam ein Jahr später, im November 1988, eine Antwort. Angesichts der schlechten gesundheitlichen Lage der Frau konnte das Zentralkomitee der Familie ausnahmsweise ermöglichen, einem Kooperativ für Wohnungsbau beizutreten; eine Drei-Zimmer-Wohnung zuzuteilen hatte man keine Möglichkeit, da höchstens fünf Quadratmeter pro Person vorgesehen waren.⁷⁴⁰

Die Bildungselite mit kommunistischer Parteimitgliedschaft und kommunistischen Ämtern hohen Ranges hatte es hingegen leichter. Auf einen diesbezüglichen Brief gab es eine Resolution vom Ersten Sekretär „*man müsse sich beraten*“ und der Wunsch nach einer Vier-Zimmer-Wohnung wurde erfüllt.⁷⁴¹

In zwei handschriftlichen Briefen wandte sich ein Ehemann im März 1987 in einer Wohnungszuteilungsangelegenheit an das Zentralkomitee. Nach ca. fünf Wochen kam die Antwort, dass ihm eine Wohnung zugeteilt werden sollte, wenn er an der Reihe (Nummer drei) sein würde. Das Zentralkomitee schrieb in seiner Antwort, das bei „*der Reihenzusammenstellung keine Unregelmäßigkeiten im Betrieb festzustellen waren*“.⁷⁴² Im No-

⁷³⁸ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 238.

⁷³⁹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 256.

⁷⁴⁰ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 267.

⁷⁴¹ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 270-272.

⁷⁴² Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 287.

vember 1988 wandte sich seine Frau an das Zentralkomitee. Sie schrieb „[...] falls mein Mann und ich Mitarbeiter der Administration wären, bekämen wir eine Wohnung auch ohne die lästige Schreiberei.“⁷⁴³ In der Antwort wurde vermerkt, dass keine Fehler seitens des Betriebes und dem Gewerkschaftskomitee festzustellen waren.⁷⁴⁴

In der Akte 223 aus dem Jahr 1989 ging es um Fragen der Verbesserung der Wohnraumes beziehungsweise der Wohnqualität (Wohnungen, Sommerhäuser) sowie Einrichtung der Telefonleitung. Zum Beispiel fragte der Vorsitzende des tatarischen Kulturvereins in Litauen an, ob er Unterstützung bei der Errichtung eines Museums erhalten könne. Da sein Onkel verstarb, war die verbliebene Witwe einverstanden, das Gehöft ihm beziehungsweise dem tatarischen Kulturverein zu überlassen. In der beiliegenden Resolution stand „Bitte bei der Umschreibung des Gehöfts, Verlegung der Straßen und bei der Pflege der Stadt helfen.“⁷⁴⁵ Sein Anliegen wurde positiv entschieden.

In einem anderen Fall schrieb ein enttäuschter Kommunist eine Beschwerde und sandte seine Parteimitgliedskarte zurück, da er von der Willkür der Bürokraten enttäuscht war. Das Zentralkomitee schrieb in der Antwort, er habe noch Zeit sich zu entscheiden.⁷⁴⁶

Es wurde positiv erledigt, was in der Resolution stand: „Genosse Klizas. Bitte um Klärung der die Einrichtung einer Telefonleitung störenden Ursachen. 1988.1.30 [Unterschrift S. Giedraitis].“ In der Folge wurden nicht nur Ursachen geklärt, sondern auch ein Versprechen abgegeben, die Telefonleitung einzurichten.⁷⁴⁷ In einem anderen Fall wurde die Resolution von Brazauskas wahr. „Genosse Vileikis. Bitte Sie um Annullierung des Vertrages mit der Archivverwaltung und um die Verbesserung der Wohnumstände der Familie.“ Nach einem Monat wurde der Familie eine Drei-Zimmer-Wohnung zugeteilt.⁷⁴⁸

⁷⁴³ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 291.

⁷⁴⁴ Fond 1771, Bestand 271, Akte 240, S. 292.

⁷⁴⁵ Fond 1771, Bestand 272, Akte 223, S. 2-4.

⁷⁴⁶ Fond 1771, Bestand 272, Akte 223, S. 30-32.

⁷⁴⁷ Fond 1771, Bestand 272, Akte 223, S. 37-50.

⁷⁴⁸ Fond 1771, Bestand 272, Akte 223, S. 68-73.

Das Thema rund ums Wohnen wurde seit dem Jahr 1953 die ganze Zeit über stetig in den Briefen geäußert. Es ist auffallend, dass Nomenklatura-Angehörige größere Chancen hatten, mit ihren Beschwerden Erfolg zu haben als die Mitglieder der ersten Parteiorganisationen. Ivanauskas beschrieb in seinem Buch die Privilegien, von denen ausschließlich die Nomenklatura profitieren konnte, aber auch die halb- beziehungsweise illegalen Privilegien, die durch die informelle und illegale Art zustande kamen.⁷⁴⁹ Dazu gehörte auch der Wohnraum.

Die Öffentlichkeit erlebte in den Jahren 1988 und 1989 schwerwiegende politische Umbrüche. Die Zentralmacht in Moskau wurde deutlich geschwächt, weil die Impulse dieser beiden Jahre den voraussichtlichen Zerfall des sowjetischen Imperiums ankündigten.

Der Hungerstreik war die Folge der Forderungen, politische Gefangene frei zu lassen. Die zaghaften Kundgebungen verlangten, den Ribbentrop-Molotow-Pakt neu zu bewerten beziehungsweise die geheimen Protokolle zu veröffentlichen. Die Öffentlichkeit hinderte allmählich die Zensur. Dies wurde dadurch sichtbar, dass die Streikenden nicht direkt zum KGB gebracht wurden, sondern weit weg von Vilnius, sodass diese zu Fuß zurückkehren mussten. Zudem spielte die Starre der Regierung der LSSR eine große Rolle. Und auch Moskau wurde gezwungen, durch die reformpolitischen Vorstellungen Gorbatschows sowie „die Ereignisse im Baltikum“ die Realitäten anzuerkennen. Neben Glasnost und Perestroika waren die Briefe ein Instrument der Demokratisierung. Die an das ZK der LKP adressierten kollektive Briefe, ja Petitionen, zeugen davon, dass die während des „Bananenballs“ angewandte Gewalt nicht unbemerkt blieb und in der Öffentlichkeit thematisiert wurde.

Der „Baltische Weg“ im Jahr 1989, der anlässlich der Erinnerung an den Ribbentrop-Molotow-Pakt veranstaltet wurde, setzte den Anfang zur Erlangung der Eigenstaatlichkeit der drei baltischen Länder. Auf Grund der Behauptung in der Parteizeitung „Prawda“, dass es ein nationalistischer Akt sei und die Auslöschung des Volkes drohe, wurden hunderte kollektive Briefe und Petitionen an das ZK adressiert.

⁷⁴⁹ Vgl.: Ivanauskas, Vilius: Lietuviškoji nomenklatura biurokratinė sistema: Tarp stagnacijos ir dinamikos (1968-1988). Lietuvos istorijos institutas. 2011.

Es entbrannten öffentliche Diskussionen. Im Vordergrund standen die immer größere Bestrebungen der politischen Eigenständigkeit sowie die Themen und Szenarien eines möglichen Austritts aus der Sowjetunion. Die Reformbewegung Sajūdis rund um Landsbergis bewirkte, dass Litauen am 11. März 1990 die Souveränität erlangte.

7. Conclusio

Diese historisch sprachwissenschaftliche Dissertationsschrift hatte zum Ziel, das Petitionswesen für die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik für den Zeitraum von 1953 bis 1989 zu untersuchen. Anhand der beim Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei eingelangten Briefe wurde versucht, einerseits die Thematik im Kontext der Alltagsgeschichte in Sowjetlitauen nachzuzeichnen andererseits Phänomene wie Kritik, Denunziation und Gewalt hervorzuheben und zu analysieren. Überdies wurden Propaganda als Bestandteil der Ideologie und die Sprache in den Blick genommen und mögliche rhetorische Strategien untersucht.

Entgegen des weitverbreiteten und postulierten Parteirufs „Arbeit für alle“, hatte der Austausch beziehungsweise starke Bevorzugung russischsprachigen Kader zur Folge, dass das Thema Arbeit hauptsächlich von 1953 bis 1962 im Beschwerdewesen thematisiert wurde. Im Zuge der Industrialisierung und der Verstädterung der Litauischen Sowjetrepublik forderte die schreibende Masse seit den 1970-er Jahren immer mehr Wohnraum in den Städten; dies will nicht heißen, dass die ländliche Bevölkerung daraus ausgenommen war, denn sie hauste teilweise in den Kellern.⁷⁵⁰ Der diskursive Rahmen im Beschwerdewesen war von Korruption und Dienstmissbrauch und den daraus entstandenen Notwendigkeitsbeziehungen geprägt.

Mit Vorschlägen versuchten die Arbeiter die Mangelwirtschaft zu kritisieren und auf die informellen Seiten des Handels (blatas) in der Schattenwirtschaft aufmerksam hinzuweisen. Im diskursiven Rahmen der „Selbstkritik“ wurde vorsichtig „Kritik von unten“ (als Wirtschaftskritik und Kritik an Institutionen) betrieben. Relevante Systemkritik wurde wenn, dann anonym ausgesprochen. Kritik am Dienstmissbrauch zog sich bis ins Jahr 1989.

Es wurde in der propagandistischen Parteisprache des herrschenden Systems kritisiert. Die Zitate der Partei- und Staatsführung wurden aufgegriffen und manchmal sogar versiert rhetorisch umgesetzt und notorisch wiederholt. Um auf den herrschenden Dienstmissbrauch und auf die Korruption aufmerksam zu machen, wurde lange nach

⁷⁵⁰ Fond 1771, Bestand 169, Akte 85, S. 47-53, Fond 1771, Bestand 205, Akte 46, S. 138-140.

Chruschtschow dessen Kritik am Personenkult Stalins wiederholt. Durch den Gebrauch der von der Partei generierten Wortverbindungen sandten die Verfasser Signale der Anpassung und sicherten sich selbst ab. Der Gedanke „der Erziehung eines sowjetischen Menschen“ wurde auf eine oder andere Weise in vielen Briefen suggeriert: Er erfolgte durch die Gegendarstellung der Erzählung oder als behauptetes Ziel der Erzählung.

Die Grenze zwischen privat und öffentlich war transparent. Der These von Mühlbauer, dass die Privatheit ein originäres Merkmal des Briefes und nicht der Eingabe, hier Beschwerde, sei, kann widersprochen werden.⁷⁵¹ Gerade mit der Offenlegung des privaten beziehungsweise intimen Lebens wurde in den Briefen der Versuch der Überzeugung unternommen.⁷⁵² Die Autoren nahmen an, dass nach dem Versenden oder Einwerfen eines Briefes die Beschwerde von Amtspersonen gelesen und bei den Versammlungen diskutiert wurde; demnach bleibt offen, ob in diesem argumentativen, emotionalen und privaten Gefüge eine Absicht mit dem Ziel des „persuadere“ bestand.

Die Denunziation war ein bedeutender Bestandteil vieler Briefe. Sie wurde entweder in die Briefe implementiert oder die Briefe waren pure Denunziationen. Das Denunzieren war politisch oder privat motiviert und zielte auf materielle oder ideelle Belohnung ab. Man versuchte eine Art Disziplinierung durch Denunziation zu erreichen, indem man lokale Amtsträger denunzierte. Seitens des Regimes war es dennoch ein gefördertes Mittel der Information. Die Denunziation war im Alltagsleben in der Litauischen Sowjetrepublik allgegenwärtig, auch die öffentliche Denunziation wurde im Auftrag vom Zentralkomitee propagiert und durch die Presse realisiert. Ein großer Teil der Denunziationen war von negativen Gefühlslagen wie Neid und Eifersucht geleitet.

Auch Drohung und Gewalt zählten dazu. Die Drohung wurde insbesondere im Zusammenhang mit einer Kündigung verwendet. Mit einem Appell wandten sich die verängstigten Autoren ohne Arbeit und angesichts entzogener Existenzgrundlage an die Institutionen von Staat und Partei. Umgekehrt versuchten manche Schreibende den Staatsinstitutionen zu drohen um das Wirken und die Disziplinierung zu erreichen.

⁷⁵¹ Vgl.: Mühlbauer, Julian: Kommunizieren und Partizipieren im "entwickelten Sozialismus": die Wohnungsfrage im Eingabewesen der Belorussischen Sowjetrepublik. Wiesbaden 2015, S. 298.

⁷⁵² Fond 1771, Bestand 189, Akte 71, S. 5-9, Fond 1771, Bestand 188, Akte 142, S. 162-168, Fond 1771, Bestand 169, Akte 25, S. 200-204.

Bei den Briefen mit inkludierten Gewaltberichten spielten die Täter als Repräsentanten des Staates sowie die situationsabhängige Handlungsdynamik eine besondere Rolle. Die vorteilhafte Stellung der Bürokraten im sowjetischen System löste dessen Willkür aus. Dabei ist nicht nur die Gewalt durch die Polizeibeamte im Jahr 1988 erwähnenswert, sondern auch, dass ab dem Jahr 1953 alle sozialen Gruppen von der willkürlichen Gewalt betroffen werden konnten.

Die litauische Gesellschaft erfuhr in den Jahren 1988 und 1989 bedeutende politische Veränderungen. Neben Glasnost und Perestroika waren die Briefe in den Jahren 1988 und 1989 ein Instrument der Demokratisierung. Die an das Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei adressierten kollektiven Briefe waren ein Zeugnis dafür, dass durch die Polizei ausgeübte Gewalt in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und dadurch die Zensur gehindert wurde. Im Schneeball-Effekt überrollten sich die Ereignisse vom „Baltischen Weg“ bis hin zur durch die Parteizeitung „Prawda“ ausgelösten Debatte um Auslöschung des litauischen Volkes. Mit kollektiven Briefen forderte die litauische Öffentlichkeit nun politische Veränderungen, nämlich vor allem die Souveränität Litauens. In diesem Zusammenhang hatten die Briefe systemverändernde Funktion.

Die Verfasser von Petitionen benutzten bewusst oder unbewusst ein Instrumentarium der Praxisbeeinflussung. Sie versuchten, entweder in einer rationalen Argumentationslinie das Anliegen zu schildern (Dringlichkeit der Lage, Denunziation beziehungsweise offene Konformität zur Partei, Schilderung der objektive Beweislage mit Hilfe von Kodizes, Paragraphen, Fakten und Zeugen) oder aber emotional den Adressaten zu überreden (Rolle des Opfers und Untertanen, Klagen, die Partei als Übermacht, Denunziation aus Neid, Vergleiche, religiös konnotierte Ausdrücke).

Obwohl die von Kopperschmidt aufgestellten Regeln der persuasiven Kommunikation⁷⁵³ im Beschwerdewesen wohl keine vollständige Anwendung fanden, wurde dieser Begriff verwendet, weil er den Aspekt des Überzeugens und Überredens mit dem Ziel einer Situationsveränderung in den Petitionen am besten verdeutlichte. Bei der persuasiven Kommunikation wird von einem problematisierten, handlungszerstörerischen Dissens und beiderseits angestrebten Geltungsanspruchs ausgegangen, der durch rechtfertigende, be-

⁷⁵³ Vgl.: Kopperschmidt, Josef: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der persuasiven Kommunikation. Stuttgart 1973, S. 85-98.

gründende Handlung in einen Konsens münden soll.⁷⁵⁴ Um eine positive Wirkung im Sinne der Verfasser zu erzeugen, wurden bewusst oder unbewusst rhetorische Strategien in einem Brief eingesetzt. Die Kodierung der Petitionen erfolgte unter Einsatz diverser sprachlicher und textgestalterischer Mittel, mit deren Hilfe eine rhetorische Strategie aufgebaut wurde. Auf der lexikalischen Ebene setzte man Euphemismen, Metaphern und Hyperbeln ein. Der syntaktische Bereich beruhte auf dem Einsatz der Ironie, der rhetorischen Frage und des Zitats. Im Rahmen des kompositorischen Bereichs wurden Antithesen, Exkurse und Vorgriffe eingesetzt. Die Verfasser bemühten sich um Konsens (hier: Erfolg der Beschwerde) und benutzten immer wieder andere diskursive Überzeugungstechniken.⁷⁵⁵

Es handelte sich in dieser Studie um eine hermeneutische Textanalyse der Briefe, die zum Ziel hatte, die Inhalte in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. Abgesehen von Begrüßung und Abschied wurde in jedem Brief auf andere „rhetorische“, „kommunikative“ und „argumentative“ Strategien zurückgegriffen. Insofern ließ sich keine gemeinsam gültige Strategie festlegen.

Den Ausgangspunkt bildete die Frage, ob die kommunistische Partei ihr autoritäres Potential ausschöpfte und diese Kommunikationsform beherrschte. Hinsichtlich des Legitimationsanspruchs verlieh die Parteiführung der Koordination der „Arbeit mit Briefen der Werktätigen“ höchste Priorität. Für die Partei fungierte das Beschwerdewesen als Lackmustest einerseits für die Zufriedenheit mit der sozialistischen Demokratie, andererseits für den in den Herrschaftsverhältnissen implizierten Kontrollanspruch. Neben der schriftlichen Sphäre der „Briefen der Werktätigen“ wurden zur Pflege der „rechtmäßigen Kultur der öffentlichen Meinungsäußerung“ Beschwerdekästen und Beschwerdebücher aufgestellt, Volksuniversitäten mit dem Ziel für bessere Berichterstattung gegründet sowie „Tage des offenen Briefes“ von der Presse eingeführt. Die Partei organisierte ländliche Zusammentreffen, Tage der Betriebe beziehungsweise der Brigade, „Polittage“, Radio- und Fernsehforen.

⁷⁵⁴ Vgl.: Kopperschmidt, Josef: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der persuasiven Kommunikation. Stuttgart 1973, S. 43f.

⁷⁵⁵ Vgl.: Maurer, Markus/Reinemann, Carsten: Medieninhalte. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 68.

Das Beschwerdewesen spielte eine große Rolle für beide Parteien, für die Bürger und für den Staat. Die sowjetische Gesellschaft in Litauen nahm den ihr übertragenen Partizipationsanspruch an und artikulierte ihre Bitten in diesem formalisierten Rahmen. Auf diese Weise kommunizierten die Bürger aktiv in Hunderttausenden Briefen ihre privaten Bedürfnisse oder sprachen öffentliche Angelegenheiten an. Der Staat erließ Beschwerdeordnungen, die diese Kommunikation regulieren sollte. Das Zentralkomitee kommunizierte mittels festgelegter Ordnung(en). Die aufgebaute Bürokratie versuchte die schriftliche Flut zu beherrschen, beschäftigte sich also weiter mit der Erstellung und Erfassung von Berichten. Die Partei- und Staatsführung ihrerseits versuchte eine „operative Reaktion“ zu gewährleisten und die Analyse der Konfliktsituationen und deren Prophylaxe zu betreiben.⁷⁵⁶ Faktisch gab es keine private geschweige denn öffentliche Sphäre mehr, die nicht mit Briefen in Berührung gekommen wäre. Der „unaufhörliche Fluss“ der Briefe forderte die politische Elite heraus;⁷⁵⁷ sie nahm ihrerseits im bürokratischen Staatapparat die Beherrschung der eigenen Bürokratie auf.⁷⁵⁸ Seit dem Jahr 1953 äußerten die Bürger ihre mangelwirtschaftlich bedingten Sorgen. Im Gegensatz dazu ging es doch in den Jahren 1988 und 1989 in erster Linie darum, die Gewalt zu unterbinden und im Rahmen der Reformpolitik, Demokratisierung und Transparenz einzufordern. Am Beschwerdewesen konnte man das Scheitern des sozialistischen Wirtschaftssystems erkennen und genau nachvollziehen. Sicherlich waren die kollektiven Briefe an das Zentralkomitee auf Grund ihres politischen Charakters ein Signal für das Scheitern des sozialistischen Regimes in Litauen.

Gewisse Einschränkungen stellte die Archivierungspraxis dar. Das Vernichten der Briefe in den Jahren 1962 bis 1989 war eine negative Tatsache. Für die Jahre 1980 bis 1989 standen vom Zentralkomitee angefertigten Berichte zur Verfügung. Dennoch wurde versucht, wenn auch mit Einschränkungen, einen Einblick in das Alltagsleben im Sozialismus am Beispiel Litauens zu gewähren.

⁷⁵⁶ Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 50.

⁷⁵⁷ Fond 1771, Bestand 260, Akte 250, S. 60.

⁷⁵⁸ Zum Kampf gegen Formalismus und Bürokratismus siehe Fond 1771, Bestand 257, Akte 223, S. 16 und Fond 1771, Bestand 259, Akte 241, S. 7.

Da es zahlreiche Quellen an die Parteizentrale in Moskau, an Ministerien sowie an die Presse gibt, wäre ein anschließendes umfassendes Projekt dazu wünschenswert. Weiterhin wäre beispielsweise eine Analyse der Leserbriefe in der sowjetischen Presse in Litauen neben der Studie zu kritischen Briefen in der Satirezeitschrift „Šluota“ von Klumbytė notwendig, um die Realität in der sozialistischen Gesellschaft in Litauen weiterhin und umfassend unter die Lupe nehmen zu können.⁷⁵⁹

Denkbar wären auch vergleichende Studien zum schriftlichen und digitalen Beschwerdewesen. Göbel und Chen beschrieben den Einfluss des staatlichen Beschwerdewesens in China.⁷⁶⁰ Die chinesische Staats- und Regierungsführung implementierte diesen Kommunikationskanal als Instrument der Legitimität der Bevölkerung. Die kommunistische Regierung erlaubte so die Kritik, gleichzeitig unterband sie aber die potenziellen Gefahren der Ausschreitungen. So erfolgte auch das schriftliche Petitionswesen im diskursiven Corpus der Kritik. Für beide Regime typisch waren auch die kommunizierten Inhalte, nämlich die Verbesserung des täglichen Lebens. Den Vorzug des digitalen Beschwerdewesens konnten nur diejenigen genießen, die über einen Internetzugang verfügten versus Papier und Stift oder Schreibmaschine. Der Disziplinierungsaspekt war auch hier eindeutig: die online Petenten konnten permanent den Status der Beschwerdebearbeitung einsehen. Je schneller und effektiver die Institutionen ihre Arbeit vollzogen, desto mehr Sterne wurde wurden von den online-usern vergeben. Beide Regime installierten ein Sprachrohr, um die Legitimation und Herrschaftssicherung zu garantieren.

Die „Briefe der Werktätigen“ fungierten als Lackmустest für die Zufriedenheit am Regime, während die Bürger es als Mitwirkung am Aufbau des sozialistischen Staates verstanden. Die übertriebene Neigung zu statistischen Berichten zeigte, wie groß der Druck vom Zentrum war und der Brief nicht nach dem Inhalt, sondern als eine Zahl in der Statistik betrachtet wurde.

⁷⁵⁹ Vgl.: Klumbytė, Neringa: Laiškų institucija ir kritinis pilietiškumas satyros žurnale „Šluota“. In: Lietuvos etnologija: socialinės antropologijos ir etnologijos studijos 17 (26) 2017, S. 43-76.

⁷⁶⁰ Vgl.: Göbel, Christian / Chen, Xuelian: Staatliche Beschwerdeportale im Internet: Funktion, Inhalte, Auswirkungen. In: Kaminski, Gerd (Hrsg.) Wer hört auf die Bürger? Beschwerdewesen in China und Europa. Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, Wien: ÖGSF, S. 229-245.

Kurzfassung⁷⁶¹

Petitionen bildeten eine besondere Variante der öffentlichen Meinungsäußerung beziehungsweise privaten Kommunikation mit den Herrschaftsträgern in der Sowjetunion. Es handelte sich um Bittschriften, Beschwerden und sonstige Stellungnahmen der Bevölkerung an die verschiedenen Instanzen von Staat und Partei. Ziel des Schreibens war es, private Interessen durchzusetzen beziehungsweise auf gesellschaftliche Mängel aufmerksam zu machen. Auf diese Weise vermittelten die Briefe der Werktätigen dem Staat Störungen in allen Bereichen öffentlichen (zum Beispiel Arbeit, Konsum) und privaten Lebens (zum Beispiel Wohnen).

Der politisch-ideologisch aufgebaute Staat führte die Kommunikation mit dem Bürger, um einerseits in dessen Sorgen und Nöte Einblick zu haben (Signalisierungseffekt), andererseits um die Kontrolle in der „sozialistischen Demokratie“ zu behalten (Dampfkesselleffekt). Aus diesem Grunde förderte der Staat das Petitionswesen, beispielsweise, indem Beschwerdebüros eingerichtet oder Beschwerdekästen in staatlichen beziehungsweise öffentlichen Einrichtungen aufgestellt wurden. Unter diesen Bedingungen unternahmen die Bürger einzeln, kollektiv oder anonym Schreibversuche, um sich aus den Zwängen der Mangelwirtschaft zu befreien. Somit stellte das Petitionswesen ein Kommunikationsparadigma zwischen Staat und Gesellschaft dar. Es führte zu einer Praxis der Bitt- und Beschwerdekultur seitens der Bevölkerung und der Sozialdisziplinierung seitens des Staates. De facto trat der Zustand einer verkehrten Wirklichkeit ein: Im Sinne der Partei übernahm der Bürger eine aktive Gestaltungsrolle am Aufbau des sozialistischen Ideals, während die Verfasser von Briefen sich eigentlich nicht selten mit einem letzten Hilferuf aus dessen Zwängen zu befreien versuchten.

Neben der Erforschung der alltagskulturellen und -historischen Diskurse in den Briefen der Werktätigen umfasst der Schwerpunkt der Dissertation folgende Bereiche: die Reflexion des Konsens/Dissens hinsichtlich der Politik der Sowjetunion, Beobachtung der Kritikäußerung, Feststellung der sprachlichen Dependenzverhältnisse der forcierten Öffentlichkeit in den Medien und der „Ersatzöffentlichkeit“ in den Briefen, Verifizierung des

⁷⁶¹ Diese Darstellung wurde größtenteils für die Beschreibung des Einzelprojets auf der Homepage <https://diktaturforschung.univie.ac.at/fellows-des-ik/paslaviciute-inga/einzelprojekt/> verwendet.

Einsatzes der Denunziation, Gewalt und Drohung sowie sprachliche Analyse der Quellen (Formation der rhetorischen Strukturen).

Die Absicht der empirischen Analyse ist die Erschließung des bewussten beziehungsweise unbewussten Handelns in einer fragmentierten Öffentlichkeit unter herrschaftlichen Zusammenhängen sowie der inneren Werthaltung in Bezug auf die Sowjetisierung Litauens. Im historischen und sprachwissenschaftlichen Rahmen wurde untersucht, inwieweit innerhalb der Kommunikation mit der kommunistischen Elite ein nonkonformes, systemresistentes beziehungsweise systemangepasstes sprachliches Denken und Handeln vorhanden war, konstant blieb oder sich veränderte. Die Untersuchung des Petitionswesens half dabei, die Grenzen der Loyalität aufzuspüren, und lieferte Antworten darauf, inwieweit ein absoluter Herrschaftsanspruch „die Stimme des Volkes“ in die (Non)Konformität drängte.

Abstract

As a part of fragmented Soviet publicity, petitions were tolerated by the state and were established by the citizens as a way of exerting influence. The extent of this kind of communication, together with the subjects, strategies and demands of participation developed into a mutual interaction with the totalitarian political system. These were petitions, complaints and statements of the people addressed to various institutions of state and party.

The politically and ideologically organized state power felt responsible to conduct communication with the citizens to have an insight into their concerns and needs (control function) and to keep the control in the "socialist democracy" (valve function). The investigation of the petitions will help to track the boundaries of (il)loyalty with the state-power, due to the fact that the petitions deliver answers how far an absolute claim of control pushed "the voice of the people" to the (non) conformity and was part of destabilization of the regime.

The state felt responsible to support the petitioning system either through the establishment of complaints offices or putting up complaint boxes in state or public institutions. Under these conditions the citizens took individually, collectively or anonymous writing attempts to free themselves from the constraints of the shortage economy. The petitioning system can be considered as a communication field between the state and society. It led to the practice of supplication and complaint culture in the society on the one hand side and to the social discipline of the state on the other hand side. In fact it became a wrong reality: For the communist party citizens took an active, creative role in building the socialist ideal, while such trials to write about the needs were often the last cry for help for the authors themselves.

The purpose of the narrative analysis is to track the content of communication and to relate it to everyday history and cultural development. Along the questions on the exploitation of (self) criticism, the metamorphosis of propaganda language, the use of denunciation violence descriptions this study constructs strategies of communication with the communist authorities.

Anhang

Quellenverzeichnis

Litauischer Spezialarchiv (Lietuvos Ypatingasis Archyvas) in Vilnius

Fond 1771 (Zentralkomitee der Litauischen Kommunistischen Partei)

Bestand 146

Akte 4: S. 125-143

Akte 12: S. 40-46

Akte 19: S. 15-17

Akte 23: S. 49-52, 101-104, 257-259, 341-344

Akte 30: S. 30-32, 114-118, 244-248

Akte 33: S. 38-41

Akte 34: S. 137-156, 343-345

Akte 45: S. 125-143

Akte 55: S. 34-41, 121-123

Akte 56: S. 275-278

Akte 78: S. 109-115, 136-153

Akte 87: S.1-3, 23-26, 27-28, 48-51

Akte 100: S. 158-162, 172-174

Akte 109: S. 36-38, 269-273

Akte 117: S. 60-65, 66-67, 167

Bestand 158

Akte 2: S. 45-62

Akte 20: S. 202-203, 204-211, 121

Akte 22: S. 205-209, 228-231

Akte 33: S. 38-41

Akte 44: S. 91-95

Akte 66: S. 60-62, 72-85, 119-124

Bestand 169

- Akte 9:* S. 118-123, 120-126, 243-251
Akte 13: S. 29-46
Akte 25: S. 191-199, 200-204
Akte 37: S. 1-4, 121, 207-210
Akte 49: S. 20-21, 52-54, 103-112
Akte 58: S. 173-177, 246
Akte 60: S. 76-84, 145-156
Akte 66: S. 18-23, 126-133
Akte 79: S. 22-26, 85-89, 137-140
Akte 85: S. 36-44, 47-53, 56-68, 288-291
Akte 87: S. 48-51
Akte 91: S. 29-41, 113-115, 54-158, 267-271, 307-312
Akte 99: S. 101-102, 122-139
Akte 737: S. 21-28

Bestand 182

- Akte 2:* S. 50-63, 67-73, 168-185
Akte 20: S. 6-9, 13-40, 62-71
Akte 32: S. 135-142

Bestand 188

- Akte 90:* S. 26-33, 62-64, 73-78
Akte 112: S. 167-169, 267-269
Akte 142: S. 14-15, S. 59-61, 131-133, 162-168

Bestand 189

- Akte 6:* S. 1-3
Akte 62: S. 103-110, 168-171
Akte 66: 4-10, 124-126, 134-137
Akte 71: S. 3-4, 5-9, 25-29, 41-51
Akte 72: S. 75-76
Akte 74: S. 1-9, 67-76, 80-82, 83-90, 110-118, 143-147
Akte 76: S. 1-3, 99-103

Bestand 192

Akte 55: S. 31-32, 40

Bestand 205

Akte 46: S. 138-140

Bestand 209

Akte 56: S. 141-163

Akte 71: S. 1-4

Akte 72: S. 1-5, 56-57, 58-66, 67-74, 75-76, 77-83, 84-85, 100-114, 145-157

Akte 79: S. 5-7, 144, 209-215, 217-218

Bestand 210

Akte 57: S. 81-104.

Akte 61: S. 34, 55-67

Akte 66: S. 42-62, 67-76, 110-116, 234-241

Bestand 211

Akte 43: S. 19-23

Akte 52: S. 8-27, 304-327

Akte 54: S. 4-15, 90-93

Akte 66: S. 65, 75

Bestand 220

Akte 67: S. 62-74

Bestand 257

Akte 223: Seiten 2, 3, 5, 7, 9, 10, 13, 14, 16, 18, 20-28, 41

Bestand 259:

Akte 241: S. 1, 2, 4, 5, 7-9, 24, 26, 27, 31, 36, 46, 47-50, 53, 54-61, 74

Bestand 260

Akte 250: S. 3, 5, 7, 12, 14, 17, 19, 22, 29, 30, 33, 35, 37, 48, 55, 58, 60, 61, 63, 65, 66

Bestand 261

Akte 210: S. 1, 2, 8, 10-15, 27, 28, 30, 32, 33, 35, 60, 61, 63, 64, 66, 67, 79, 80, 81

Bestand 265

Akte 182: S. 2-7, 9-11, 13, 18-20, 23, 24, 37, 50, 59, 66, 67-69, 70, 71, 75-77, 84, 87-90, 92, 97, 98, 100

Bestand 268

Akte 209: Seiten 1, 3, 5-8, 10-19, 24-40, 63, 65, 72, 74, 78

Bestand 271

Akte 237: S. 1, 3-7, 9, 10, 24-33, 35, 38, 41, 47, 49-51, 69, 85, 86, 123, 124

Akte 238: S. 3, 5-8, 10, 18, 22, 23, 37, 160

Akte 239: S. 24-37, 28-34, 40, 43, 83, 89, 103, 144

Akte 240: S. 1, 4-9, 151, 153, 238, 256, 267, 270, 271, 272, 287, 291, 292

Bestand 272

Akte 162: S. 1, 2, 4, 7, 13, 16, 19, 24, 34, 41, 46, 47, 56, 65, 75

Akte 223: S. 2-4, 30-32, 37-50, 68-73

Bibliographie

Anderle, Alfred (Hrsg.): Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR 1958. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Berlin 1960.

Anušauskas, Arvydas (Hrsg.)/Banionis, Juozas/Bauža, Česlovas (et al.): Lietuva, 1940-1990: Okupuotos Lietuvos istorija. Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras, Vilnius 2005.

Baberowski, Jörg: „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein“: Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928-1941. In: Friso Ross/Achim Landwehr (Hrsg.): Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 2000.

Bilinsky, Andreas: Rechtsmittel im sowjetischen Verwaltungsverfahren. Das Beschwerderecht der Bürger als Ersatz der Verwaltungsgerichtsbarkeit? In: Jahrbücher für Ostrecht 13 (1972).

Blažytė, Danutė: Lietuvos elito įtaka komunistinės struktūros transformacijai į politinę partiją. Lietuvos istorijos metraštis. Vilnius 2001.

Boatcă, Manuela/ Lamnek, Siegfried: Gewalt als Phänomen unserer Zeit. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SuB), Heft 2, 26 Jg. (2003).

Bogner, Ralf G.: Die Bezähmung der Zunge. Literatur und Disziplinierung der Alltagskommunikation in der Frühen Neuzeit. Tübingen 1997.

Bohn, Thomas M.: Das „Phänomen Minsk“. Stadtplanung und Urbanisierung in Weißrussland nach dem Zweiten Weltkrieg. Habilitationsschrift: Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2004 (erschien 2008 unter dem Titel „Die sozialistische Stadt in der Sowjetunion nach 1945. Studien zum Minsker Phänomen“).

Bussemer, Thymian: Propaganda. Konzepte und Theorien. Mit einem einführenden Vorwort von Peter Glotz. 2. Überarbeitete Auflage. Wiesbaden 2008.

Celikates, Robin: Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt/New York 2009.

Christophe, Barbara: Kohäsion und Differenz. Nation und Nationalismus in Litauen. In: Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Bd. 2. Hrsg. v. Egbert Jahn, Baden-Baden 2009.

De Nève, Dorothee: „Diese ewigen Diskussionen sind gelinde gesagt unerträglich!“ – Erwartungen der BürgerInnen im Kontext der Bundestagswahl (2009) in Deutschland. Polis, Nr. 70, 2013.

De Nève, Dorothee/Wawro, Fabian: Ratschläge aus erster Hand – Bürger beraten Politiker. Leserbriefe als Instrument der Politikberatung. Zeitschrift für Politikberatung, 3–4/2010, S.331–346.

Dittrich, Lisa: Antiklerikalismus in Europa. Öffentlichkeit und Säkularisierung in Frankreich, Spanien und Deutschland (1848-1914). Göttingen 2014.

Drewer, Petra: Die kognitive Metapher als Werkzeug des Denkens. Zur Rolle der Analogie bei der Gewinnung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Tübingen 2003.

Erren, Lorenz: “Kritik und Selbstkritik“ in der sowjetischen Parteiöffentlichkeit der dreißiger Jahre. Ein missverstandenes Schlagwort und seine Wirkung. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 50 (2002).

Erren, Lorenz: Selbstkritik und Schuldbekentnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917-1953). München 2006.

Felder, Ekkehard: Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In: Ekkehard Felder/Markus Müller/Friedemann Vogel (Hrsg.): Korpuspragmatik. Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen. Berlin/München/Boston 2012.

Fenske, Michaela: Demokratie einschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950-1974. Frankfurt am Main 2013.

Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära: Entstalinisierung und die Grenzen der Reform in der UdSSR 1953-1964. Internationale Einführungsreihe, Bd. 2, Decaton-Verlag 1995.

Fincke, Martin: Die Kontrolle der sowjetischen Verwaltung. Ursprünge, Entwicklung, Gegenwart. In: Jahrbuch für Ostrecht 6 (1965).

Fincke, Martin: Die Kontrolle der sowjetischen Verwaltung. Die Zeit der NEP 1922-1927. In: Jahrbuch für Ostrecht 7 (1966).

Fitzpatrick, Sheila/Robert Gellately (Ed.): Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History. Chicago/London 1997 [Original: The Journal of Modern History 68 (1996) H. 4.].

Fitzpatrick, Sheila: Denunciation and Problems of Loyalty and Citizenship. In: Michaela Hohkamp/Claudia Ulbrich (Hrsg.): Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive. Leipzig 2001.

Foitzik, Jan (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise. In (Ders., Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956: vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand; politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn 2001.

Frings, Andreas: Sowjetische Schriftpolitik zwischen 1917 und 1941. Eine handlungstheoretische Analyse. Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. Bd. 73. Stuttgart 2007.

Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975.

Garcelon, Marc: The Shadow of the Leviathan: Public and Private in Communist and Post-Communist Society. In: Jeff Weintraub/Krishan Kumar (Ed.): Public and Private in Thought and Practice. Perspectives on a Grand Dichotomy. Chicago/London 1997.

Grieswelle, Detlef: Rhetorik und Politik. Kulturwissenschaftliche Studien. Beiträge des Instituts für empirische Soziologie, Bd. 2, München 1978.

Göbel, Christian/Chen, Xuelian: Staatliche Beschwerdeportale im Internet: Funktion, Inhalte, Auswirkungen. In: Kaminski, Gerd (Hrsg.) Wer hört auf die Bürger? Beschwerdewesen in China und Europa. Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, Wien ÖGCF.

Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962]. Neuauflage mit einem Vorwort von 1990, Frankfurt am Main 1999.

Hausmann, Guido: Öffentlichkeit. In: Bohn, Thomas M./Neutatz, Dietmar (Hrsg.): Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 2. Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion. Köln/Weimar/Wien 2002.

Hennig, Heinz: Ohnmacht, Macht und Rivalität – Zur Psychodynamik der Denunziation. In: Günter Jeroushek/Inge Marßolek/Hedwig Röckelein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997.

Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. München 1998.

Horn, Hannelore: Wirtschaftliche Niveaueingleichung der Nationalitäten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal. Berlin/New York 1978.

Horstmann, Thomas: Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958. Köln/Weimar/Wien 2002.

Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.): Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen. Wiesbaden 1998.

Inkeles, Alex/Geiger, Kent (1952): Critical Letters to the Editors of the Soviet Press. Areas and Modes of Complaint, in: American Sociological Review 17 (1952) sowie ders.: (1953): Critical Letters to the Editors of the Soviet Press. Social Characteristics and Interrelations of Critics and Criticized, in: American Sociological Review 18 (1953).

Ivanauskas, Vilius: Lietuviškoji nomenklatūra biurokratinėje sistemoje: tarp stagnacijos ir dinamikos (1968-1988). Lietuvos istorijos institutas. Vilnius 2011.

Ivanauskas, Vilius: Work ethics of soviet bureaucrats, informal routines and shortages of the planning system: the case of soviet Lithuania. Filosofija, Sociologija Nr. 4. Vilnius 2006.

Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997.

Jessen, Ralph: Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. In: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997.

Klumbytė, Neringa: Laiškų institucija ir kritinis pilietiškumas satyros žurnale „Šluota“. In: Lietuvos etnologija: socialinės antropologijos ir etnologijos studijos. 17 (26), 2017, S. 43-76.

Klötzer, Sylvia: Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR. Köln, 2006.

Kohte-Meyer, Irmhild: Denunzierung – eine psychoanalytische Sicht auf individuelle und kollektive psychische Geschehnisse. In: Günter Jeroushek/Inge MarBolek/Hedwig Röckelein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997.

Kopperschmidt, Josef: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der persuasiven Kommunikation. Stuttgart 1973.

Korzeniewska, Katarzyna: Vykdomasis kabinetas praneša... Sovietų valdininkai skundžia katalikų kunigus (1962-1965) Kas? Kam? Ką? Naujasis Židinys-Aidai 2006.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995.

Kuss, Klaus-Jürgen: Das Beschwerde- und Antragsrecht in der sowjetischen Verwaltungspraxis. Unter rechtsvergleichender Berücksichtigung der anderen sozialistischen Staaten. In: Recht in Ost und West 29 (1985), H. 3.

Kurz, Gerhard: Metapher, Allegorie, Symbol. Göttingen 2004.

Käerdi, Martin: Die Neukodifikation des Privatrechts der baltischen Staaten. In: Heiss, Helmut (Hrsg.): Zivilrechtsreform im Baltikum. Tübingen 2006.

Lapp, Edgar: Linguistik der Ironie. Tübingen 1997.

Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999.

Lutweites, Jewgeni: Funktion der politischen Rhetorik im Reformprozess der Sowjetunion (1987-1990). Dissertation. Berlin 1994.

Lüdtke, Alf: Denunziationen – Politik aus Liebe? In: Michaela Hohkamp/Claudia Ulbrich (Hrsg.): Der Staatsbürger als Spitzel: Denunziation während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive. Leipzig 2001.

Lüdtke, Alf/Peter Becker (Hrsg.): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997

Lüdtke, Alf: Geschichte und Eigensinn. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Münster 1994.

Lüdtke, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen. In: Ders./Peter Becker (Hrsg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997.

Markovits, Inga: Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR. In: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln/Weimar/Wien 1999.

Markovits, Inga: Rechtsstaat oder Beschwerdestaat. Verwaltungsrechtsschutz in der DDR. In: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme 31 (1987).

Maurer, Markus/Reinemann, Carsten: Medieninhalte. Eine Einführung. Wiesbaden 2006.

Meder, Walter: Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917-1970. Frankfurt am Main/Berlin 1971.

Meibauer, Jörg: Rhetorische Fragen. Tübingen 1986.

Merkel, Ina (Hrsg.): "Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation." Briefe an das DDR-Fernsehen. Köln u. a. 1998. Stark erweiterte Neuausgabe. Berlin 2000.

Mommsen, Margareta: Hilf mir, mein Recht zu finden. Russische Bittschriften. Von Iwan dem Schrecklichen bis Gorbatschow. Frankfurt am Main/Berlin 1987.

Mühlbauer, Julian: Kommunizieren und Partizipieren im „entwickelten Sozialismus“: die Wohnungsfrage im Eingabewesen der Belorussischen Sowjetrepublik. Wiesbaden 2015.

Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. Berlin 2004.

Mühlberg, Felix: Wenn die Faust auf den Tisch schlägt. Eingaben als Strategie zur Bewältigung des Alltags. In: Ina Merkel (Hrsg.): Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren. Köln/Weimar/Wien 1996.

Neumaier, Eduard: Petitionen. Das Eingaben-Recht – des Bürgers Notrufsäule. Bundestag von a-z, Nr. 16, Hrsg. Deutscher Bundestag, Presse und Informationszentrum, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1982.

Nunner-Winkler, Gertrud: Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Wilhelm Heitmeyer/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt a.M. 1994.

Paliduskaitė, Jolanta: Korupcijos skaidos formos Lietuvoje: tarp sovietinio palikimo ir rinkos padiktuoto pragmatizmo. Viešoji politika ir administravimas Nr. 18. Kaunas 2006.

Plett, Heinrich F.: Einführung in die rhetorische Textanalyse. Hamburg 1975.

Przyborski, Aglaja: Gesprächsanalyse und dokumentarische Methode. Qualitative Auswertung von Gesprächen, Gruppendiskussionen und anderen Diskursen. Wiesbaden 2004.

Requate, Jörg/Schulze-Wessel Martin: Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz. In ders.: Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert. Frankfurt/New York 2002.

Rittersporn, Gábor/Malte, Rolf/Jan C. Behrends: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: Ein erster Blick aus komparativer Sicht. In: Ders. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten. Frankfurt am Main u.a. 2003.

Rothmann, Stanley/Breslauer, Goerge W.: Soviet Politics and Society. St. Paul u.a. 1978.

Scheerer, Sebastian: Verstehen und Erklären von Gewalt – ein Versprechen der Moderne. In: Günter Albrecht/Otto Backes/Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt am Main 2001.

Schick, Rupert: Petitionen. Von der Untertanenbitte zum Bürgerrecht. Heidelberg 1996.

Schier, Barbara: Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“: Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945-1990. Münster/New York/München/Berlin 2001.

Schippan, Thea: Lexikologie der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen 1992.

Schmitt, Rudolf: Methode und Subjektivität in der Systematischen Metaphernanalyse. FQS, Forum für qualitative Sozialforschung, Volume 4, No 2., Art. 41, Mai 2003.

Schulze, Winfried: Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“/Schlussbemerkungen zur Konferenz über „Ego-Dokumente“. In: Ders. (Hrsg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte. Berlin 1996.

Šepetys, Nerijus: Slaptieji 1939 metų SSRS-Vokietijos susitarimai ir Lietuvos nepriklausomybės (ne)atkūrimo vizijos bei keliai (1988-1990). Lietuvos istorijos studijos. 2003.

Sprau, Mirjam: Leben nach dem GULAG. Petitionen ehemaliger sowjetischer Häftlinge als Quelle. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2012 (1).

Unfried, Berthold: Ich bekenne. Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik. Frankfurt/Main (u.a.) 2004.

Vaiseta, Tomas: Nuobodulio visuomenė: kasdienybė ir ideologija vėlyvuosiu sovietmečiu (1964–1984). Vilnius 2014.

Weinrich, Harald: Linguistik der Lüge. Kann Sprache die Gedanken verbergen. Heidelberg 1966.

Wim van der Berg: Autorität und Schmuck. Über die Funktion des Zitates von der Antike bis zur Romantik. In: Klaus Beekmann/Ralf Grüttemeier (Hrsg.): Instrument Zitat. Über den literarhistorischen und institutionellen Nutzen von Zitaten und Zitieren. Amsterdam/Atlanta 2000.

Wälzholz, Gunnar: Nationalismus in der Sowjetunion. Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten. Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft, Heft 8/1997, 1-29.

Wüest, Jakob: Was Texte zusammenhält. Zur Pragmatik des Textverstehens. Tübingen 2011.

Zatlin, Jonathan: Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997) H. 10.

Gesetzestexte

Gesetz über die Bearbeitung von Eingaben der Bürger v. 19.6.1975, GBI, I, S. 461. In: Markovits, Inga: Rechtsstaat oder Beschwerdestaat. Verwaltungsrechtsschutz in der DDR. In: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Rechtsprobleme 31 (1987).

Lietuvos Tarybų Socialistinės Respublikos Civilinis kodekas. Oficialus tekstas su pakeitimais ir papildymais 1985m. sausio 1d. Vilnius 1985.

E-Books

Jankélévitch, Vladimir: Die Ironie. E-Book Suhrkamp Verlag Berlin 2012.

Lexika

DUDEN. Universalwörterbuch. 3., neu bearbeitete Auflage, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1996.

DUDEN. Das Synonymwörterbuch. Ein Wörterbuch sinnverwandter Wörter. 6., vollständig überarbeitete Auflage, Band 8. Berlin 2014.

Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York 1989.

Interview

Interview mit **Blažytė, Danutė.**

Gedächtnisprotokoll dieser Unterredung vom 28.07.2007 verfasst von der Autorin; im Besitz derselben.

Internetquellen

Genzelis, Bronislovas: Baltijos kelias–išsivadavimo simbolis. <http://www.ziemgala.lt/lt/metrastis-gimtasai-krastas/gimtasai-krastas-2009/baltijos-kelias-issivadavimo-simbolis> (18.07.2019)

Hermann, Arthur: Die Phasen des baltischen Unabhängigkeitskampfes 1985-1991. <http://annaberger-annalen.de/jahrbuch/1994/Annaberg%20Nr.2%20Kap5.pdf>, S 116. (22.02.2018)

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531448.html> (22.01.2017)

<https://www.vle.lt/Straipsnis/civilinio-proceso-teise-117935> (09.05.2019)

Marcinkevičienė, Dalia: Laiškas pakvietė kelionėn: Buitinių skundų praktika sovietinėje Lietuvoje. <http://www.genocid.lt/centras/lt/590/a/> (04.08.2009)

Paslaviciute, Inga: ‘Privatisierung des Staates‘ und ‚Politisierung des Privaten‘ als Kommunikationsstrategien der Petitionen in der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik 1953-1964. In: Staat oder privat? Akteure und Prozesse zwischen Staaten und Gesellschaften in Osteuropa. Beiträge für die 18. Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Nr. 109, 2010. <https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoap109.pdf> (18.10.2017)

Streikus, Arūnas: Sovietų valdžios antibažnytinė politika (1953-1967). <http://genocid.lt/Leidyba/1/arunas.htm> (28.11.2018)

Terleckas, Antanas: Kelias į nepriklausomybę Lietuvos Laisvės Lygos ir Lietuvos Persitvarkymo Sąjūdžio veikla. In: Visuomenė. <http://www.ziemgala.lt/saugykla/pdf/6-terleckas.pdf> (24.01.2018)